



UFZ-Bericht

UMWELTFORSCHUNGSZENTRUM LEIPZIG-HALLE GMBH

Nr. 27/2000

Städtische Armut in Leipzig
Analyse und Bewertung sozialer, ökonomischer
und ökologischer Einflussfaktoren

Jenny Richter

ZAROF – Zentrum für Arbeits- und Organisations-
forschung Leipzig e.V.

Das Forschungsprojekt wurde gefördert durch das
UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH.

RS

01

72 MA

ISSN 0948-9452

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ)



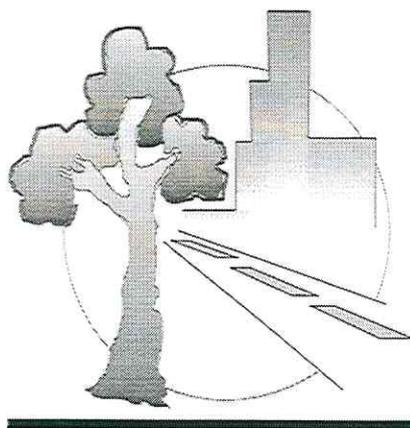
00408905

Städtische Armut in Leipzig
**Analyse und Bewertung sozialer, ökonomischer
und ökologischer Einflussfaktoren**

Jenny Richter

*ZAROF – Zentrum für Arbeits- und
Organisationsforschung Leipzig e.V.*

Archiv



Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS	2
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	3
TABELLENVERZEICHNIS	4
ANHANGSVERZEICHNIS	4
0 VORWORT	5
1 EINLEITUNG	7
2 PROJEKTÜBERBLICK	8
3 THEORETISCHER UND METHODISCHER ANSATZ	11
3.1 ENTWICKLUNGSSTUFEN VON ARMUTSKONZEPTEN UND EIN FAZIT.....	11
3.2 DIE ARMUTSDISKUSSION IN DER BUNDESREPUBLIK.....	14
3.2.1 <i>Der Lebenslagenansatz in Relation zu anderen Ansätzen</i>	17
3.2.2 <i>Die Anwendung verschiedener Armutsbegriffe in länderspezifischen und kommunalen Armutsbereichten</i>	19
3.2.3 <i>Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung des Lebenslagenansatzes auf kommunaler Ebene</i>	22
3.2.4 <i>Der Lebenslagenansatz in der qualitativen Sozialforschung und Bezug zur Anwendung im Projekt</i>	24
3.3 ARMUTSFORSCHUNG IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN NACH 1989 - EIN KURZER ÜBERBLICK ZUM STAND DER FORSCHUNG.....	26
3.4 „ARMUT“ VOR UND NACH 1989 - EINE PROBLEMATISIERUNG.....	28
3.5 DIE EINBINDUNG WEITERER THEORIEKONZEPTE - DAS KONZEPT SOZIALER UNGLEICHHEIT (HRADIL).....	31
3.6 METHODISCHER ANSATZ DER QUALITATIVEN INTERVIEWS.....	32
3.6.1 <i>Übersicht zu den Interviews</i>	32
3.6.2 <i>Methodischer Ansatz</i>	33
3.6.3 <i>Datenerhebung</i>	35
3.6.4 <i>Datenauswertung</i>	37
4 DIE SPEZIFIK DER AUSGEWÄHLTEN STADTTTEILE	42
4.1 SÜDVORSTADT.....	46
4.1.1 <i>Strukturdaten</i>	46
4.1.2 <i>Photoserie Südvorstadt (1997/98)</i>	48
<i>Aspekte der Lebenslagen im Stadtteil</i>	51
4.1.4 <i>Beurteilung des Stadtteiles und Fazit</i>	56
4.2 NEUSTADT-NEUSCHÖNEFELD.....	67
4.2.1 <i>Strukturdaten</i>	67
4.2.2 <i>Photoserie Neustadt-Neuschönefeld (1997/98)</i>	70
4.2.3 <i>Aspekte der Lebenslagen im Stadtteil</i>	71
4.2.4 <i>Beurteilung des Stadtteiles und Fazit</i>	74
4.3 GOHLIS-SÜD.....	79
4.3.1 <i>Strukturdaten</i>	79
4.3.2 <i>Photoserie Gohlis-Süd (1997/98)</i>	81
4.3.3 <i>Aspekte der Lebenslagen im Stadtteil</i>	82
4.3.4 <i>Beurteilung des Stadtteiles und Fazit</i>	85
4.4 GRÜNAU-MITTE.....	88
4.4.1 <i>Strukturdaten</i>	88
4.4.2 <i>Photoserie Grünau-Mitte (1997/98)</i>	92
4.4.3 <i>Aspekte der Lebenslagen im Stadtteil</i>	94
4.4.4 <i>Beurteilung des Stadtteiles und Fazit</i>	97
5 LEBENSLAGEN UND EINE TYPOLOGIE VON BEWÄLTIGUNGSSTRATEGIEN	103

6	ZUSAMMENFASSUNG UND EINORDNUNG IN EIN KONZEPT SOZIALER UNGLEICHHEIT	133
6.1	STÄDTISCHE ARMUT UND RÄUMLICHE ZUORDNUNG VON ARMUTSPROBLEMEN	135
6.2	PROBLEMSTELLUNG LEIPZIG	137
6.3	PROBLEMATISIERUNG DER LEIPZIGER SPEZIFIK IN BEZUG AUF DIE THEMEN ‚ARMUT‘, ‚SOZIALE MISCUNG‘ UND ‚SEGREGATION‘	139
6.3.1.1	Soziale Mischung in den Wohngebieten erhalten - aber wie?	139
6.3.1.2	Entwicklung eines Vergleichs-Schemas baulicher und sozialer Entwicklung	141
7	WEITERFÜHRENDE FRAGEN FÜR FORSCHUNGSANSÄTZE	144
	LITERATUR.....	146

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	übergreifende Fragestellungen des Projektes	8
Abbildung 2:	Ebenen der Problemdarstellung.....	9
Abbildung 3:	Methoden der Untersuchung	10
Abbildung 4:	ausgewählte Stadtteile der Untersuchung.....	11
Abbildung 5:	Argumentation theoretisch-empirische Armutsforschung	13
Abbildung 6:	Relation verwendeter Armutsbegriffe (Alisch / Dangschat 1993:28f.).....	14
Abbildung 7:	Übersicht zu Definitionen von ‚Armut‘	22
Abbildung 8:	Theoretischer Ansatz (Armutsforschung)	24
Abbildung 9:	Operationalisierung Lebenslagenansatz	25
Abbildung 10:	Konzept: Armut vor 1989	30
Abbildung 11:	Ebenen sozialer Ungleichheit nach Hradil	31
Abbildung 12:	Ablaufmodell strukturierender Inhaltsanalyse (allgemein) (Mayring 1990:78).....	39
Abbildung 13:	Auswertungskategorien in TAKT	40
Abbildung 14:	Ablaufmodell inhaltlicher Strukturierung (Mayring 1990:83).....	41
Abbildung 15:	Lage ausgewählter Ortsteile (Quelle: Amt für Statistik und Wahlen, Ortsteilkatalog Stadt Leipzig, 1995).....	42
Abbildung 16:	Übersicht Infrastruktureinrichtungen in Leipzig nach Beschreibungskategorien	44
Abbildung 17:	Südvorstadt (Ortsteil 40)	46
Abbildung 18:	Bild aus der Leipziger Volkszeitung v. 13.12.1996 , S. 17 (‘Pläne für MDR-Zentrale gebilligt’).....	47
Abbildung 19:	Neustadt-Neuschönefeld (Ortsteil 20).....	68
Abbildung 20:	Gohlis-Süd (Ortsteil 90)	79
Abbildung 21:	Grünau-Mitte (Ortsteil 62)	89
Abbildung 22:	Spezifizierung von Gruppen mit Unterversorgung	103
Abbildung 23:	Übersicht Typologien	133
Abbildung 24:	Zusammenhang bauliche und soziale Struktur (eigener Entwurf, 11/1999).....	142

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklungsstufen von Armutskonzepten (Dietz 1997:109)	12
Tabelle 2: Übersicht zu Dimensionen, Operationalisierungen und Unterversorgungsschwellen	18
Tabelle 3: Übersicht Befragte nach Nummer des Interviews, Interviewer, Fallbezeichnung, Geschlecht und Stadtteil	32
Tabelle 4: Übersicht über Beschreibungskategorien	43
Tabelle 5: Infrastruktureinrichtungen Südvorstadt	48
Tabelle 6: Übersicht Befragte Südvorstad	55
Tabelle 7: Infrastruktureinrichtungen Neustadt-Neuschönefeld	69
Tabelle 8: Übersicht Befragte Neustadt-Neuschönefeld	73
Tabelle 9: Infrastruktureinrichtungen Gohlis	80
Tabelle 10: Übersicht Befragte Gohlis-Süd	84
Tabelle 11: Infrastruktureinrichtungen Grünau- Mitte	90
Tabelle 12: Übersicht Befragte Grünau-Mitte	96

Anhangsverzeichnis

Anhang 1: Vorbemerkung zum Leitfaden	154
Anhang 2: Leitfaden	156
Anhang 3: Projektinformation	164
Anhang 4: Anschreiben an potentielle Interviewpartner	165

0 Vorwort

Das vom UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH geförderte Projekt „Städtische Armut in Leipzig. Analyse und Bewertung sozialer, ökonomischer und ökologischer Einflußfaktoren“ ist Bestandteil des stadtsoziologischen Forschungsbeitrags im Rahmen der Erarbeitung von Konzepten zur sozial- und umweltverträglichen Stadtentwicklung. Diese Aufgabenstellung stand im Zentrum eines Verbundprojektes von 1996 bis 2000, an dem mehrere Disziplinen beteiligt waren.

Die zentrale Fragestellung der vorliegenden Studie ist aus dem 1997 vom UFZ herausgegebenen Sozialatlas der Stadt Leipzig hervorgegangen. Dort enthaltene Erklärungsangebote zu sozialräumlichen Differenzierungsprozessen in Leipzig sollten am Beispiel der Armutsentwicklung überprüft und konkretisiert werden. Es war die Frage zu beantworten, ob Umweltbelastungen als Dimension sozialer Ungleichheit betrachtet werden können.

Die Studie folgte der Problemanalyse im Sozialatlas, indem weiterführende Untersuchungen auf der Basis einer kleinteiligen räumlichen Bezugsebene durchgeführt wurden. Zugleich wurde eine Weiterentwicklung des methodischen Designs vorgenommen, da ausgehend von einer quantitativen Analyse der Schwerpunkt der empirischen Arbeit auf qualitative Interviews gelegt wurde.

Das inhaltliche und methodische Konzept des Projekts ist in enger Zusammenarbeit zwischen der Projektbearbeiterin und UFZ-Mitarbeitern der Sektion Ökonomie, Soziologie und Recht entstanden. Dadurch konnten Forschungslinien des UFZ gestärkt und ergänzt werden. Es fanden auch stadttökologische Forschungsergebnisse Berücksichtigung, insbesondere die im Projektbereich Urbane Landschaften erarbeiteten Umweltqualitätsziele für Stadtstrukturtypen. Um Synergieeffekte zu erzielen, wurden als Untersuchungsgebiete die bereits aus stadttökologischer Perspektive exemplarisch betrachteten Stadtteile ausgewählt.

Neben den wissenschaftlichen Ergebnissen dieser Studie sind die Ausstrahlungseffekte auf die kommunalpolitische Arbeit in der Stadt Leipzig zu betonen. In Anknüpfung an die vorgelegten Resultate wurde beim Dezernat Soziales und Gesundheit eine umfassende Untersuchung zu Lebenslagen durchgeführt. Der „Lebenslagenreport Leipzig“ bildet seit seiner Annahme durch einen Beschluss des Stadtrates die Grundlage für eine präventive Strategie im Umgang mit Armutserscheinungen in Leipzig. Zwischenzeitlich sind die vorliegenden Erfahrungen von anderen Städten aufgegriffen worden.

Das UFZ hat bereits in der ämterübergreifenden Arbeitsgruppe mitgearbeitet, die die Erstellung des Lebenslagenreports unterstützte. Diese Arbeitsgruppe erfährt gegenwärtig in dem Beirat „Sozialberichterstattung und soziale Stadtentwicklung“ ihre Fortsetzung. Die kontinuierliche Mitarbeit des UFZ gewährleistet die enge Verbindung von Wissenschaft und Praxis. Die perspektivisch vorgesehenen Forschungsarbeiten im Rahmen einer integrierten Sozial- und Umweltberichterstattung werden ebenfalls anwendungsbezogenen Ansprüchen dienen.

1 Einleitung

Grundlegend für das Projekt war der Sozialatlas (UFZ 1997) und die Indikatorenzusammenstellung für das Leitbild 'Nachhaltige Entwicklung' (vgl. Wickop, E. et al, 1998: Qualitätszielkonzept für Stadtstrukturtypen am Beispiel der Stadt Leipzig)¹. Hier wurde z.B. der Begriff Nachhaltigkeit nicht ausschließlich auf ökologische Ziele bezogen definiert, sondern die Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Ziele der Armutsbekämpfung und des wirtschaftlichen Wachstums in den Entwicklungsländern als weiteres Kriterium definiert (Einheit von wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklung). Ein Defizit wurde v.a. bezüglich der Konkretisierung und Umsetzbarkeit der Ziele festgehalten (vgl. Wickop 1998:7). Des Weiteren war/ist die Projektbearbeiterin (J. Richter) in verschiedene Arbeitszusammenhänge eingebunden, die in den letzten Jahren eine Vielzahl von Daten produzierten (vgl. insb. Lebenslagenreport Leipzig 1999 sowie Mitarbeit Stadtentwicklungsplan Leipzig 1999). Es ist jedoch nicht möglich, alle vorhandenen Daten struktureller Art einzubringen, da dies den Rahmen der Arbeit sprengen würde.

Deshalb konzentriert sich die Arbeit auf die Darstellung biographischer Zusammenhänge und ihre verschiedenen inhaltlichen Bezugspunkte, nicht auf Strukturdaten mit räumlichen Bezug. Diese werden zur Kontrastierung mit den Aussagen der Interviewpartner/-innen genutzt. Im Mittelpunkt steht das Interesse an *qualitativen* Zusammenhängen von 'gebauter' und 'erlebter' Struktur sowie der Handlungsrahmen, den die gebaute Umwelt für die Bewältigung unterschiedlicher Lebenslagen im fördernden wie einschränkenden Sinn bietet.

Nach der Projektbeschreibung (Kap. 2) sowie einem Überblick zur theoretischen Diskussion und dem methodischen Ansatz (Kap. 3) wird auf die ausgewählten Stadtteile eingegangen (Kap. 4). Da die vier Untersuchungsräume - neben dem Thema 'Armut' - leitend für das Projekt waren, soll die Gliederung in diesem Kapitel primär nach den Untersuchungsräumen erfolgen und nicht nach thematischen Gebieten (z.B. Wohnumfeld, Gesundheit, Elternhaus etc.). Die Aussagen zu 'sozialer Infrastruktur' werden in einer qualitativen Zusammenfassung anhand des Sozialatlas an den Anfang der jeweiligen Abschnitte gestellt. Innerhalb der Ausführungen zu den einzelnen Stadtteilen werden demnach Strukturdaten aufgenommen und unterschiedliche Aspekte der Lebenslagen herausgearbeitet (z.B. der Stadtteil als fördernd bzw. hemmend für die Bewältigung von Problemlagen). Ein wichtiger Teil ist die Fremdwahrnehmung von Armut, insofern Aussagen dazu spezifisch mit dem jeweiligen Stadtteil verbunden werden können.

Kapitel 5 nimmt die unterschiedlichen Bewältigungsstrategien von Armut in den Blick und arbeitet verschiedene Typologien heraus. Hauptsächlich in diesem Kapitel wird der Lebenslagenansatz für die Typologiebildung als Grundlage genommen.

Im Abschlusskapitel 6 erfolgt die Zusammenfassung unter dem Aspekt theoretischer Fragestellungen sowie der aktuellen stadtentwicklungspolitischen Situation in Leipzig, d.h. teilweise 'losgelöst' von der räumlichen Betrachtungsweise. 6.1. beinhaltet die Problemstellung der räumlichen Zuordnung von Armutsproblemen, 6.2. geht auf die Leipziger Problemsituation ein, 6.3. widmet sich einer zusammenhängenden Betrachtung baulicher und sozialer Entwicklungsprozesse und untermauert die Notwendigkeit einer kleinräumigen Betrachtungsweise.

¹ 3 der 4 ausgewählten Untersuchungsgebiete stimmen mit denen des Projektes von Wickop et al. überein. Das betrifft Grünau-Mitte, Gohlis-Süd und die Südvorstadt. Anstelle von Volkmarisdorf wurde der angrenzende Stadtteil Neustadt-Neuschönefeld ausgewählt, da hier aus anderen Arbeitszusammenhängen zahlreiche Interviewpartner/-innen zur Verfügung standen.

Kapitel 7 faßt die offenen Forschungsfragen zusammen und stellt damit Ansatzpunkte für weitere Projekte vor.

2 Projektüberblick

Das vom Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH geförderte Projekt „Städtische Armut in Leipzig - Analyse und Bewertung sozialer, ökonomischer und ökologischer Einflußfaktoren“ verfolgt eine breite Themenstellung.

Mit der Armutsproblematik und dem Lebenslagenansatz nimmt das Projekt einen theoretischen Ansatz auf, der aufgrund seiner Mehrdimensionalität und aktuell-politischen Bedeutsamkeit zu den am meisten diskutierten Ansätzen zählt (z.B. in bezug auf die Etablierung einer nationalen Armutsberichterstattung, vgl. ISG 1999). Hinzu kommt die Verbindung der Ergebnisse mit räumlichen Entwicklungsprozessen - eine nach wie vor vernachlässigte Dimension in der deutschen Armutsforschung, die nicht nur mit dem unvollständigen Datenbestand begründbar ist. Die theoretischen Ausführungen in den ersten Kapiteln können aus diesem Grund nicht stringent bis zum Ende durchgehalten werden, da auch mit diesem Projekt eine Lösung der differenzierten theoretischen Probleme schwerlich leistbar ist. Dennoch sollen die Ergebnisse dem Ziel dienen, die Armutsproblematik weiter zu erhellen und dafür notwendige, kleinräumige, qualitativ orientierte Forschungsansätze einzufordern.

Eine grundlegende Frage für das Projekt war die Eruiierung von Stadtteilmerkmalen, die den **Zusammenhang von Umweltbedingungen (stadtökologischen Merkmalen) und Interdependenzen in Bezug auf die Verortung von Armut** deutlich werden lassen.

Die übergreifenden Fragestellungen gehen aus der nachfolgenden Übersicht hervor.

<p>Städtische Armut in Leipzig - Analyse und Bewertung sozialer, ökonomischer und ökologischer Einflußfaktoren (September 1996 bis August 1999)</p>
<p><u>Übergreifende Fragestellungen (allgemein)</u></p> <p>Welche Gruppen sind in welchem Maß von den Folgen des gesellschaftlichen Wandels betroffen?</p> <p>Wie zeigen sich diese Prozesse im Rahmen der Auf- und Abwertung einzelner städtischer Quartiere (z.B. Segregationstendenzen, „soziale Brennpunkte“)?</p> <p>Inwieweit existiert ein Ausgrenzungs- und Verdrängungsprozeß bestimmter Gruppen (Stadtpolitik, „Stadtteilöffentlichkeiten“)?</p> <p>Umgang mit „Armut“ (kommunale Entscheidungsträger, Bewältigungsstrategien Betroffener)?</p> <p>Läßt sich eine Kumulation von Armutslagen räumlich nachweisen? (kleinräumiges Herangehen; Einbindung Sozialatlas ÖKUS/UFZ; methodische Fragen)</p>

Abbildung 1: übergreifende Fragestellungen des Projektes

Die erste Frage, die das Ausmaß der Betroffenheit bestimmter sozialer Gruppen thematisiert, wird vorrangig durch die leitfadengestützten narrativen Interviews beantwortet. Ziel war demzufolge nicht,

statistische Daten kleinräumig den unterschiedlichen Stadträumen zuzuordnen und folgend Aussagen zur Verteilung sozialer Lagen zu machen bzw. einen Segregationsindex zu bilden. Die leitfadengestützten Interviews stellen die entscheidende Grundlage des Projektes dar, da es hauptsächlich qualitativ ausgerichtet ist. Für die Darstellung von Verarmungsprozessen im Rahmen der Auf- und Abwertung einzelner städtischer Quartiere (vgl. zweite Frage oben) sollen die Ergebnisse zur Einordnung bzw. Erhärtung der im Sozialatlas des UFZ (Mai 1997) vermuteten Tendenzen dienen. Die Frage (Frage 3), inwieweit schon ein Ausgrenzungs- und Verdrängungsprozeß bestimmter Gruppen stattfindet, kann im Grunde durch alle im Projekt angewandten Methoden erhellt werden. Wie die Stadtpolitik auf diese Prozesse reagiert, leitet zur nächsten Frage des 'Umgangs mit Armut' über. Hier ist ein ressortspezifisches Verwaltungshandeln zu vermuten, welches fördernde und hemmende Positionen für eine offensive Armutsvermeidung bzw. -bekämpfung deutlich werden läßt. Wie wichtig diese Problematik ist, zeigen die Verabschiedung des überarbeiteten wohnungspolitischen Konzeptes 1999, die wiederholte Erhebung zum Mietspiegel für die Stadt Leipzig 1998 sowie der Lebenslagenreportes für die Stadt Leipzig (1999), in dessen Mittelpunkt die Lebenslagen benachteiligter Gruppen stehen. Demgegenüber ist es wichtig zu verfolgen, wie sich die Übergabe der städtischen Belegungsrechte an die größte Wohnungsbaugesellschaft Leipzigs - die LWB GmbH - in den nächsten Jahren auf die Entwicklung sozialräumlicher Strukturen auswirken wird (vgl. LVZ 12.3.1997:17). Allerdings kann dieses 'Monitoring' nicht im Rahmen der vorliegenden Projektarbeit geleistet werden. Bekannt ist, dass das System der Wohnungsversorgung selbst soziale Strukturen in der Stadt produziert und damit auch Formen sozialer Unterschiede. Dies leitet zur letzten, o.g. Frage des 'Nachweises einer räumlichen Kumulation von Armutslagen' über. Für die weitere Arbeit am Sozialatlas bzw. Fragen sozialräumlicher Differenzierung generell bedeutet das die Verbindung von Makro- und Mikrodaten sowie qualitativen und quantitativen Daten (Ergebnisse von Fallstudien und Daten, die auf der Ebene amtlicher Statistik entstanden).

Dabei werden die aufgezeigten Problemstellungen auf folgenden Ebenen behandelt:

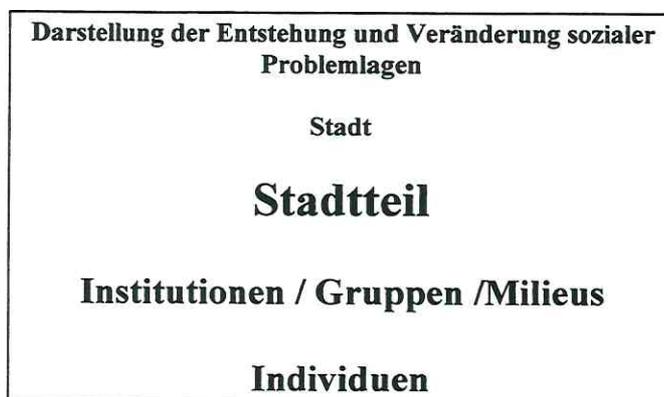


Abbildung 2: Ebenen der Problemdarstellung

Damit wird ein komplexes Herangehen, welches den Gegenstand von verschiedenen Seiten beleuchtet, präferiert. Die grundlegende Ebene der Beschreibung sind die ausgewählten Stadtteile mit den lokalen Institutionen und Individuen in ihrer gruppen- und milieuspezifischen Ausprägung. Der Lebenslagenreport mit dem auf dem Sozialatlas beruhenden ersten Aussagen zu Tendenzen sozialräumlicher Ausdifferenzierung wird als eine weitere Grundlage hinzugezogen. Auf der individuellen Ebene kommen qualitative Interviews mit einem standardisierten Nachfrageteil zum

Einsatz. Es wurden insgesamt 70 Interviews durch 7 Interviewer - meist in der Wohnung der Befragten - durchgeführt (Übersicht zu den Interviews vgl. Kapitel 3.6.1.).

Weiterhin wurde als Methode die Photographie angewandt, die mit Hilfe von Dia-Aufnahmen baulich-räumliche Strukturen in den ausgewählten Stadtteilen festhielt und einen Teil der 1997 aufgenommenen Objekte in einem gewissen Zeitabstand (1998) nochmals aufnahm, um Veränderungsprozesse festzuhalten. Zunächst war vorgesehen, schwarz-weiß Porträtaufnahmen der Befragten (mit deren Einverständnis) in ihrem unmittelbaren Lebensraum (Familie, Wohnung, Stadtteil) zu realisieren. Die wenigsten Befragten waren jedoch dazu bereit, so von dieser Methode - v.a. aus ethischen Gründen - Abstand genommen wurde.²

Auch die Beschreibung der Ausstattung mit sozialer und kultureller Infrastruktur wurde - über die im Sozialatlas aufgeführte hinaus - begonnen, zu erweitern. Die im Sozialatlas enthaltenen Ergebnisse nahmen die Verteilung von Ärzten, Zahnärzten, Handwerk und Einzelhandel auf.

Zusammengefaßt noch einmal die Methoden (nicht nach Wertigkeit geordnet):

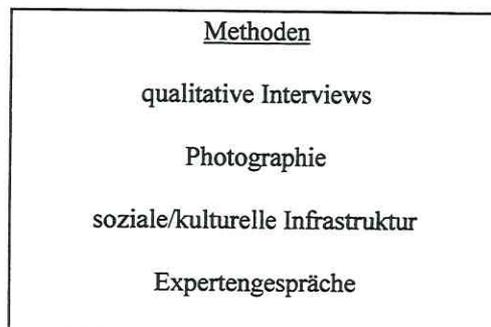


Abbildung 3: Methoden der Untersuchung

Um den Untersuchungsraum einzugrenzen, wurden vier Leipziger Ortsteile ausgewählt. Innerhalb dieser Ortsteile wurden nochmals eingegrenzte Räume für die durchzuführenden Interviews ausgewählt, die sich z.B. in der Südvorstadt hauptsächlich auf den nichtsanierten Wohnungsbestand bezogen.

Für die Auswahl der Ortsteile gab es drei Kriterien. Erstens sollten sie vier unterschiedliche Typen sozialer Räume - wie sie im Sozialatlas generiert wurden - repräsentieren. Zweitens soll in diesem Armutsprojekt die Verbindung mit ökologischen Faktoren und deren Einfluß auf Armutslagen, die z.B. in der Verstärkung einer schlechten Wohnlage durch schlechte Umweltbedingungen bestehen kann, realisiert werden. Aus diesem Grund wurden Gebiete ausgewählt, die auch durch die Stadtstrukturtypen beschrieben wurden. Von Interesse hier ist insbesondere die Erfassung der subjektiven Widerspiegelung dieses Problembereiches in den Interviews, d.h. die Frage, ob 'objektiv schlechtere Umweltbedingungen' von den Betroffenen als ein negativer Faktor auch so reflektiert und wahrgenommen werden. Ein drittes Kriterium war, dass diese ausgewählten Stadtteile historische- und DDR-Spezifika in ihrer Baugeschichte und auch sozialen Struktur repräsentieren (Bsp. Grünau mit der Wohnungszuweisungspolitik zuvor festgelegter Anteile bestimmter sozialer Gruppen). Diese Spezifika sind einige von vielen 'Ausgangsbedingungen' sozialräumlicher Differenzierungsprozesse in der Gegenwart und Zukunft. Zusammengefaßt noch einmal die Stadtteile (eine genauere Beschreibung erfolgt im Abschnitt 4.):

² Die zu Projektbeginn diskutierte ausführliche Archivanalyse, Presseanalyse sowie Datenbankrecherche wurden in Absprache mit dem Auftraggeber nicht im großen Maßstab sowie über den gesamten Projektzeitraum durchgeführt.

<u>Stadtteile</u>
<p>(20) Neustadt-Neuschönefeld (Gründerzeitliches Arbeiterviertel mit verdichteter einfacher Wohnbebauung)</p>
<p>(40) Südvorstadt (Gründerzeitliches Bürgerviertel mit repräsentativer Wohnbebauung)</p>
<p>(62) Grünau-Mitte (Hochverdichtetes Großneubaugebiet mit gemischter Bewohnerstruktur)</p>
<p>(90) Gohlis-Süd (Teil: Gründerzeitliches Kleinbürgerviertel mit gemischter Wohnbebauung und Gründerzeitliches Bürgerviertel mit repräsentativer Wohnbebauung)</p>
<p><u>Kriterien</u> -Vielfalt: Vier unterschiedliche Typen sozialer Räume -Sozialatlas / Qualitätszielkonzept Stadtstrukturtypen -„DDR-Spezifika“ deutlich</p>

Abbildung 4: ausgewählte Stadtteile der Untersuchung

3 Theoretischer und methodischer Ansatz

3.1 Entwicklungsstufen von Armutskonzepten und ein Fazit

Mit folgender Übersicht, die aus dem Buch „Soziologie der Armut“ (Dietz 1997) übernommen wurde, soll eine Übersicht zum Stand der Erfassung des Problembereiches ‘Armut’ in der theoretischen Diskussion gegeben werden. Dies geschieht deshalb, weil diese Art der Darstellung die bisherige Armutsdiskussion sehr gut zusammenfaßt und gleichzeitig die kritischen Aspekte der gegenwärtigen Diskussionen nicht vernachlässigt:³

Die einzelnen Begriffe werden nicht übergeordneten Ansätzen zugeordnet, sondern mit ihren grundlegenden Kategorien und dem Bezugsrahmen benannt.⁴

Begriff	Kategorien	Bezugsrahmen	AutorInnen
Absolute Armut	Nahrung, Wohnen, Verbrauchsgüter	Individualexistenz; physische Existenz	Rowntree 1901
Ökonomische Anomie	individuelle ‘Eigenheiten’ und Persönlichkeitsdefekte, strukturelle Defizite	kapitalistisches Wirtschaftssystem; individual-biologischer Ansatz; kapitalistische Wohlstandsteilhabe	Galbraith 1958
Stigmatisierung	geringes Einkommen, Fürsorgebezug, Verrufenheit, soziale Ausgrenzung durch spezifische Milieubildung	Wertestruktur der Wohlstandsgesellschaft; kulturell überlieferte Abgrenzung von Armut	Matza 1966

³ Obwohl auch Dietz die sozialräumliche Widerspiegelung von Armut vollständig in seinem Buch vernachlässigt, z.B. tauchen die relevanten Begriffe Segregation und Sozialraumanalyse an keiner Stelle auf. Der Autor konzentriert sich auf die zeitgeschichtlich, theoretisch und empirisch relevanten Ansätze.

⁴ Zur differenzierten Auseinandersetzung mit dem Begriff der ‘Multiplen bzw. kumulierten Deprivation’ vgl. ausführlich Dietz (1997), Abschnitte a) Faktoren kumulierter Deprivation und b) Operationalisierungsprobleme.

Armut als Subkultur	herkunftsbedingte Chancenungleichheit; Milieubildung; Internalisierung armutstypischer Werte, generationale 'Vererbung' von Armut	Minoritätenmilieus; anthropologischer Ansatz	Lewis 1963 / 1969
Gesetzliches Existenzminimum / latente Armut	Bezug sozialstaatlicher Unterstützung	Kaufkraft unterster Einkommensgruppen; Einkommensarmut unterhalb gesetzlicher Existenzgrenzen	BSHG (zuerst 1962)
Relative Einkommensarmut	Äquivalenzeinkommen (40%, 50%, 60% des Nettohaushaltseinkommens)	durchschnittliches nationales Nettohaushaltseinkommen; Abweichung von Durchschnittseinkommen	Hauser et al. 1981, OECD, EU, ILO, SOEP
Hypothetische Armut	auf Haushaltseinkommen bezogene Vermeidungsstrategien	Sozialhilfebezug; Einkommensarmut unterhalb gesetzlicher Existenzgrenzen	Geißler 1976, SPES und Klanberg 1978
Relative Deprivation	Ernährung, Kleidung, Ge- und Verbrauchsgüter, Wohnbedingungen, Bedingungen der Arbeitswelt, Gesundheit, Ernährung, Bildung, Umweltbedingungen, Familie, Erholung/Freizeit, soziale Integration	National übliche ökonomische und soziale Standards; Lebensstile, soziale Schichtung	Townsend 1979
Lebenslagenmodell	externe immaterielle und materielle Lebensbedingungen als Spielräume individueller Entfaltung; subjektive Zufriedenheit und Interessen	ökonomische, politische und kulturelle Bedingungen	Weisser 1956 / 1971, Nahsen 1975, u.v.a.
Tertiäre Armut	subjektiv wahrgenommene Unterversorgung, soziale Isolation, interaktionistische Deprivation	soziale Netze, Interaktionsprozesse; verhaltensdeterministischer Lebenslagenbezug	Klanfer 1969, Stromberger 1978
Multiple bzw. kumulierte Deprivation	interne und externe Aspekte nahezu aller objektiv und subjektiv bewertbarer Deprivationen	Ökonomische, ökologische, politische, soziale, kulturelle, psychische und physische Bedingungen; Lebensqualität	Hauser et al. 1981, Tschümperlin 1988, Hanesch 1994

Tabelle 1: Entwicklungsstufen von Armutskonzepten (Dietz 1997:109)

Der folgende Abschnitt wurde aufgenommen, um die Problematik der Erstellung eines umsetzbaren Konzeptes innerhalb der Kommune auf der Grundlage vorhandener theoretischer Ansätze zu verdeutlichen.

„Vorläufiges Fazit

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Armut hangelte sich - solange sie als Restkategorie galt - entweder an der Schwierigkeit entlang, diese als integralen Bestandteil oder deterministische Konsequenz sozialstruktureller Merkmale nicht dem Wesen, sondern nur der bloßen Erscheinung nach erfassen zu können. Oder sie war Gegenstand methodologischer Kontroversen und somit Opfer der begrifflichen Verwirrung zwischen theoretischer Präzision und empirisch-rationalistischer Machbarkeit. Die gegenwärtig schmerzliche Diskrepanz zwischen beiden Forschungsteilen besteht darin, dass die Empirie aufgrund der zur Verfügung stehenden Datenlage im wesentlichen Armut nur als Einkommensarmut verlässlich abbilden kann, während die jüngere Armutsforschung mit den theoretischen Konstrukten der Lebenslage und der kumulierten Benachteiligung diese Verengung längst überwunden hat. Weitergehenden Versuchen, die gleichermaßen Armut als einen Gesamtzustand begreifen, der nur mosaikartig in seine Bestandteile zerlegt werden müsse, um daraus geeignete Meßfaktoren ableiten zu können, mangelt es im strengen quantitativen Sinne an Validität und Reliabilität. Armut ist nicht vollständig objektivierbar, daher können auch nur quantitative **und** qualitative Bestimmungsmethoden der Vielschichtigkeit von Armut gerecht werden. Dieser Methodenmix ist bislang jedoch noch nicht zufriedenstellend entwickelt. Verarbeitet werden müßten Ansätze situativer *und* kultureller, absoluter *und* relativer, einkommensabhängiger *und* multipler Konstrukte. Bis jetzt schien die Theorie auf die Empirie zu warten, was aber fehlschlagen mußte, weil qualitative Untersuchungen extrem aufwendig sind, während Einkommensstichproben oder Verbrauchsstatistiken bei aller Unzulänglichkeit zugänglicher und einfacher zu handhaben sind und in letzter Konsequenz die empirische Armutsforschung auch nicht die geeigneten Indikatoren zur Verfügung hat, welche theoretisch stimmige Armutsrisiken repräsentieren und messen könnten. Aber auch die Empirie darf nicht auf die Theorie warten, da operational die Konzeptionen von Armut als intersubjektiv unterschiedliche Unterversorgung und Armut als gruppenspezifische soziale Benachteiligung nicht zusammenzubringen sind. **Vermutlich muß sich die Armutsforschung damit abfinden, dass nebeneinander klassische Armutsrisiken (Arbeitslosigkeit, Alter) und differenziertere Ursachen von Armut (Zugang zu Bildung oder Infrastruktur, soziokommunikative Desintegration) existieren und somit auch die quantitative Bestimmung der Armutsbevölkerung an sich als homogene Größe nicht möglich ist, sondern nur die relative Größe der in einer bestimmten Lebenslage Benachteiligten bestimmt werden kann, vorausgesetzt, die Datenlage würde erheblich verbessert.**

Armut als Erscheinung multipler Deprivation in der Vernetztheit vielfältig bestimmbarer Lebenslagenbereiche zu begreifen, zeigt unübersehbare Defizite eines verengten, einkommensfixierten Armutsbegriffes auf und macht letztlich Armutsforschung - auch im Hinblick auf die Tradition der deutschen Sozialstrukturforschung (vgl. Hradil 1987:14f.) - zu einem zentralen Bestandteil von Sozialforschung insgesamt und hebt diesen ab von Armutsforschung im hergebrachten Sinne als subalternen Teil von Sozialpolitik. Analytisch kann auf diese Weise auch die normative Fremdartigkeit und soziale Abwehr von Armut abgebaut werden, sie wird mittels ihrer Zusammenhänge entdämonisiert. Politisch wiederum lassen sich durch diese Zusammenhänge diejenigen Komplexe, welche untrennbar zu Armut gehören, besser erkennen: Macht, Interessen, Reichtum. Deprivation, *Benachteiligung*, ist hier nicht nur zustandsbeschreibender, sondern vor allem ein dynamischer Begriff. Menschen sind nicht nur einfach, sie *werden benachteiligt*.“ (Dietz 1997:128f.)⁵

Abbildung 5: Argumentation theoretisch-empirische Armutsforschung

⁵ Weiterführende Literatur: Chasse, Karl August (1991): Armutsforschung in der (alten) Bundesrepublik. Ein kritischer Literaturbericht; in: Armut: kein Thema?, Widersprüche, Heft 41, 12/1991, S. 53-67; Hradil, Stefan (1987): Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft; Opladen sowie Townsend, Peter (1979): Poverty in the United Kingdom; Harmondsworth

3.2 Die Armutsdiskussion in der Bundesrepublik

Seit Beginn der Armutsforschung in der Bundesrepublik ist eine Vielfalt von Armutsbegriffen vorhanden.⁶ Durch einen kurzen Überblick soll zunächst eine definitorische Abklärung des Gegenstandsbereiches erfolgen, damit die Entscheidung für die Anwendung des Lebenslagenansatzes im Endbericht des UFZ-Projektes deutlich wird. Nach der Erläuterung dieser theoretischen Grundlagen im Abschnitt 2.2.1. wird in 2.2.2. auf die Anwendung der verschiedenen Ansätze in institutionenspezifischen und kommunalen Armut- und Sozialberichten sowie unter 2.2.3. auf die Möglichkeiten der Anwendung des Lebenslagenansatzes auf kommunaler Ebene eingegangen⁷.

Bis heute gibt es *keinen allgemeingültigen* theoretischen Begriff, der Armut definiert, jedoch eine Vielzahl von Problemen bei der adäquaten Messung und Einschätzung von Armut. Der englische Soziologe Piachaud zeigt folgendes Problem auf (zit. nach 'pro sozial' 2/97:6f.):

„Die Schwierigkeiten einer nüchternen Auseinandersetzung (mit dem Thema 'Armut', d.V.) wurzeln vor allem darin, dass Armut nie ein ausschließlich objektiver, gleichsam vorgesellschaftlicher Tatbestand ist. Sie ist immer auch gesellschaftlicher Status, in den mehr oder weniger unausgesprochen Werturteile einfließen und die Art und Weise der gesellschaftlichen Reaktion prägen. In der Armutsforschung gibt es keine gültigen Anweisungen und 'richtigen Lösungen' für die Messung von Armut. Die meisten Methoden haben ihren Nutzen und lassen sich rechtfertigen. Sie haben aber auch ihre je eigenen Grenzen und lösen keinesfalls alle Probleme.“ (Piachaud 1992:84f.)

Armutsbegriffe können nach 'traditionellen' und sog. 'modernisierten' Vorstellungen unterschieden werden.

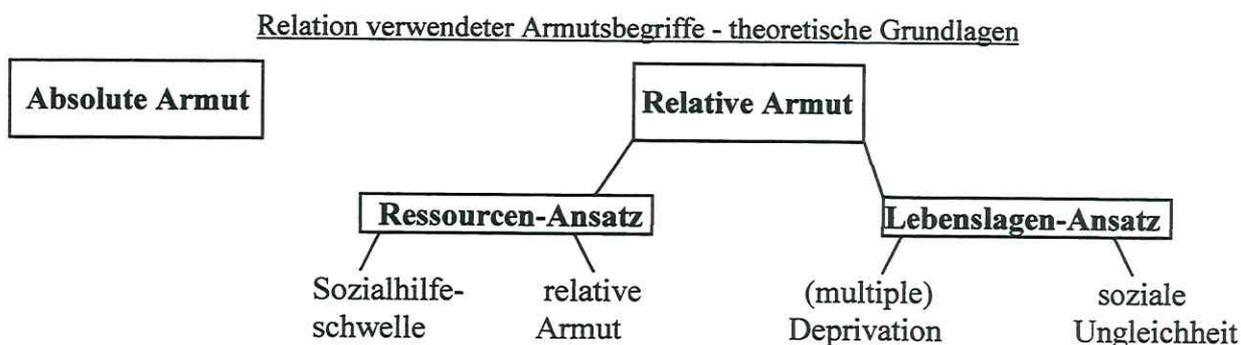


Abbildung 6: Relation verwendeter Armutsbegriffe (Alisch / Dangschat 1993:28f.)

Der Begriff der **'absoluten Armut'** bezeichnet die fehlende Möglichkeit der *Absicherung der physischen Existenz generell* (fehlende Wärme, Nahrung, Kleidung), ein gravierendes Problem in der 3. Welt, denkt man an die Flüchtlings- und Hungerkatastrophen in afrikanischen Ländern. Er spielt in den industriell hochentwickelten Ländern keine Rolle mehr, da durch das soziale Sicherungssystem nur ein Begriff der *relativen Armut* Vergleiche erlaubt.

⁶ Alle diese Begriffe können im Endbericht nicht abgehandelt werden, deshalb sei auf das umfangreiche Literaturverzeichnis verwiesen. Überblick neben Exkurs Kap. 2.1. vgl. auch Geissler 1994 und Bieback/Milz 1995:7ff.

⁷ Ein Vergleich zahlreicher Sozial- und Armutberichte verschiedener Städte ist im Lebenslagenreport (Stadt Leipzig 1999, Anhang D) enthalten.

‘**Relative Armut**’ wird an ‘länderspezifischen’, sozialpolitischen Dimensionen festgemacht und sozusagen *relativ* zu Reichtum und Wohlstand definiert. Unterschieden werden dabei der ‘**Ressourcen-**’ und der ‘**Lebenslagen-Ansatz**’.

Ressourcenansatz

Der Ressourcen-Ansatz ist auf die materiellen und Geldmittel gerichtet, über die die Personen bzw. Haushalte verfügen. Er wird in Ansätze der sog. ‘**Sozialhilfeschwelle**’ und der ‘**relativen Armut**’ (gemeint ist ‘relative Einkommensarmut’) unterteilt.

Zur Sozialhilfeschwelle: Bei der ‘**Sozialhilfeschwelle**’ gelten die Personen als arm, die Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt haben. Insbesondere in den ersten Jahren der Erstellung von ‘Armutsberechnungen’ (70er Jahre) wurden diese als Berichte über Sozialhilfeempfänger bzw. Gruppen von Sozialhilfeempfängern sowie die Statistik der Sozialhilfe gehandhabt. Der ‘Vorteil’ dieses Herangehens wurde sowohl von Forschung als auch Praxis darin gesehen, dass das - in Anführungszeichen - ‘*Armutspotential*’ leicht aus den Verwaltungsdaten der Sozialverwaltung bestimmbar war.⁸ Gerade auch wegen der politischen Dimension der Sozialhilfe, der Verteilung von Mitteln innerhalb der Kommunen und somit der Argumentation *für mehr finanzielle Mittel* wurde dieser Ansatz genutzt (vgl. auch Übersicht zur Unterteilung von ‘Armutsberechnungen’ und Kritik an diesen im Anschluß an diesen Abschnitt). Deshalb wird dieser Ansatz auch als ‘politische Armutsgrenze’ bezeichnet. Die Sozialhilfestatistik selbst verfügt ebenfalls nur über eine begrenzte Aussagekraft für die Armutsdiskussion insgesamt. Sie weist eine Reihe von Mängeln auf, die „nur teilweise mit der Reform im Rahmen des ‘Gesetzes zur Umsetzung des föderalen Konsolidierungsprogrammes - FKPG’ (1993) aufgehoben wurden. Einer der gravierendsten Mängel besteht darin, dass die Daten nur Auskunft über den Umfang der bekämpften Armut geben.“⁹ (pro sozial 2/97:10).

Wenn an dieser Stelle in Verbindung mit dem Sozialhilfebezug der Begriff der ‘bekämpften Armut’ fällt, muß auch auf die Begriffe der ‘**verdeckten Armut**’ sowie des ‘**prekären Wohlstandes**’ kurz eingegangen werden:

Unter verdeckter Armut werden Personen / Haushalte verstanden, die über ein (Erwerbs-) Einkommen / Leistungsbezug verfügen, mit diesem aber unterhalb der Grenze liegen, die sie zum Erhalt der Sozialhilfe berechtigt. Diese wird nicht beantragt und damit nicht in Anspruch genommen.

Unter *prekärem Wohlstand* wird eine wachsende Gruppe von Menschen gefaßt, die nur geringfügig über der Grenze der Sozialhilfebedürftigkeit lebt, aber bei Gefährdung des Arbeitsplatzes, Erkrankung von Haushaltsangehörigen oder unglücklich laufenden familiären Entwicklungen schnell unter die Armutsschwelle gerät.

Dem Ansatz der ‘Sozialhilfeschwelle’ steht der der ‘relativen Einkommensarmut’ gegenüber. Hier wird ‘Armut’ nicht nur als das ‘*Unterschreiten einer absoluten Grenze, wie der Sozialhilfeschwelle*’

⁸ Die Entwicklung Gruppe der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt stellt eine entscheidende Grundlage in Sozial- und Armutsberechnungen dar. Zu kurz würde es dennoch greifen, wählt man nur diese eine Gruppe zum Gegenstand und setzte sie nicht in Relation zu Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenhilfe etc..

⁹ Die Studie von Caritas und Diakonie zu ‘Menschen im Schatten’ (Mai 1997) geht des weiteren davon aus, dass bekämpfte Armut noch lange nicht überwundene Armut sei und durch mehrere Veränderungen des Berechnungsmodells in den letzten Jahren das soziokulturelle Existenzminimum durch die Sozialhilfe längst nicht mehr garantiert sei.

definiert, sondern als *‘ungenügende Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum’*. Zur Bestimmung der Armutsbevölkerung werden relativ zum monatlichen Einkommen (Nettoäquivalenzeinkommen) drei Grenzen markiert: 40% des gewichteten durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens bezeichnen die Grenze, unterhalb der die sogenannte strenge Armut vorliegt. Als mittlere Armutsmarke werden 50% des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens angesehen. Die 60%-Marke schließt „armutsnahe Einkommenspositionen“ ein.¹⁰ Die 50%-Schwelle der EU-Definition hat sich weitgehend durchgesetzt. Demnach gilt als *arm*, wem weniger als 50% des durchschnittlich gewichteten Pro-Kopf-Einkommens aller privaten Haushalte im Lande für ein jeweiliges Bezugsjahr zur Verfügung steht.

Alle drei Bemessungsgrenzen stellen jedoch nur eine „sozialwissenschaftliche Konvention“ dar, d.h. sie dienen der Verständigung der Wissenschaft darüber, wer aufgrund der Höhe des Einkommens/Leistungsbezuges als arm gilt. Damit rekurriert auch dieser Ansatz einseitig auf die Dimension ‘Einkommen’.¹¹ Parallel bot (und bietet) er jedoch eine größere Unabhängigkeit von fiskalischen Zwängen und haushaltspolitischen Verteilungskämpfen, als der Ansatz der Sozialhilfeschwelle.

Die Aussagefähigkeit und -kraft dieser ökonomisch definierten Bemessungsgrundlagen als alleinige Indikatoren für „Armut“ gilt in der gegenwärtigen Armutforschung jedoch als nicht ausreichend.

Die erste Kritik richtet sich in dem Zusammenhang auf folgendes:

Ökonomische Kriterien können nur ein Grobraster darstellen, denn längst nicht alle Lebenschancen sind in den Kategorien des Geldes und der kaufkräftigen Nachfrage auszudrücken. Erforderlich sind komplexe und mehrdimensional ansetzende Konzepte, wie sie schon erfolgreich mit dem Lebenslagenansatz von Glatzer/Hübinger (1990) umgesetzt wurden (vgl. 2.2.1.).

Die zweite Kritik wird an folgendem geübt:

Armuts- oder Sozialberichte bzw. auch Armutsstudien wurden und werden hauptsächlich noch mit Verfahren erstellt, die überwiegend auf Fixdaten und Stichtagserhebungen beruhen. Erforderlich ist dagegen die Operationalisierung von dynamischen Konzepten und ein prozeßorientiertes Herangehen.

Die dritte Kritik wird an den theoretischen Konzepten geübt, die als Grundlagen für die Begriffe und Operationalisierungen von Armuts- oder Sozialberichten dienen:

Hiermit ist die Kritik an der etablierten herkömmlichen Schichtungsforschung gemeint, die eine Hierarchie von großen gesellschaftlichen Einheiten (sozialen Gruppen) mit homogenen Merkmalen, stabilen Traditionen, spezifischen Sozialisations- und Kulturmustern unterstellt. Daraus werden dann auch noch Langzeitprognosen über das Schicksal dieser Personengruppen aufgrund ihrer Schichtzugehörigkeit getroffen. Aber: die traditionelle Schichtungsanalyse ist bei sozialen

¹⁰Das Äquivalenzeinkommen 1995 betrug in den alten Bundesländern DM 1.870 DM (einschließlich der Zuwanderer, die seit 1984 zugezogen sind) und für die neuen Bundesländer DM 1.458 (1995 lt. SOEP-Sozio-Ökonomisches Panel: 40%-Schwelle alte Bundesländer = 748 DM, neue Bundesländer = 583,20 DM. 50%-Schwelle alte Bundesländer = 935 DM, neue Bundesländer = 729 DM) (vgl. Alisch/Dangschat 1998:22). Vgl. weiterhin Glatzer, W.; Neumann, U. (1993): Der Beitrag des Lebenslagenkonzeptes zur Armuts- und Sozialberichterstattung. In: Hanesch, W.: Lebenslageforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern, S. 37-52f. und Alisch, M., Dangschat, Jens S. (1993): Die solidarische Stadt. Ursachen für Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich.

¹¹An dieser Stelle sei wiederum der englische Soziologe Piachaud (1992) zitiert (zit. nach ‘Pro sozial 2/97:9): „Keine von ihnen (die relativen Einkommensschwelle 40, 50, 60 Prozent), kann für sich in Anspruch nehmen, ein soziokulturelles Existenzminimum zu messen, geschweige denn, die Bedarfe von Armen in einer bestimmten Gesellschaft auszudrücken.“

Modernisierungsprozessen überfordert (erst recht in den neuen Bundesländern im Transformationsprozeß).

3.2.1 *Der Lebenslagenansatz in Relation zu anderen Ansätzen*

Der **Lebenslagenansatz** wird in die Ansätze (*multiple*) *Deprivation* (mehrfache Unterversorgung) und *soziale Ungleichheit* unterteilt.

Der Ansatz geht allgemein davon aus, dass 'Armut' nicht nur auf Einkommensarmut reduziert werden kann, auch wenn das 'Einkommen' - neben allen anderen Dimensionen der Lebenslage - die zentrale Dimension darstellt.

Über den Ansatz des *Ressourcenkonzeptes* hinausgehend, dessen Zentrum allein der Indikator 'Einkommen' und der Einsatz von Transfereinkommen zur Verhinderung von Armut von Haushaltsgemeinschaften bildet, steht beim Lebenslagenkonzept der enge Zusammenhang zwischen individueller Situation, Lage des Haushalts, materieller Armut und immaterieller Unterversorgung im Blickpunkt. Der Lebenslagenansatz erfaßt mehrere Indikatoren, die zur Beschreibung verschiedener Dimensionen der Versorgung bzw. Unterversorgung (Defizite) dienen.

Dazu zählen die Indikatoren

- Einkommen (Leistungsbezug)
- Wohnen
- Gesundheit
- Bildung/Kultur
- Möglichkeiten der Partizipation am gesellschaftlichen Leben
- immaterielle Faktoren (subjektive Sichtweisen, Selbsteinschätzung als 'arm').

Das Problem der Armut ist vielschichtig und kann nur durch differenzierte Darstellungen von Unterversorgungen in einzelnen sozialen Gruppen beschrieben werden.

Eine materielle Unterversorgung ist fast immer verbunden mit sozialen, kulturellen, teilweise auch psychischen Beeinträchtigungen. Jedoch: ökonomisch unterversorgt zu sein bedeutet nicht automatisch, in allen anderen Bereichen auch unterversorgt zu sein. Damit bietet dieser Ansatz einen breiteren und mehrdimensionalen ('multiplen') Zugang zur Armutsproblematik, der die Begrenzungen des Ressourcenansatzes überwindet und sich der Realität der Armut zu nähern sucht. Aus der Offenheit für die *Realität der Armut* entsteht für diesen Ansatz natürlich auch das Problem, diese Mehrdimensionalität zu erfassen (zu den Problemen, den Lebenslagenansatz auf kommunaler Ebene umzusetzen, vgl. Abschnitt 2.4.).¹² Auch hier sind Wertentscheidungen notwendig in Bezug auf Kriterien der Lebenslage. Wie differenziert diese sind, macht folgende Frage deutlich: Was sind Mindestanforderungen an den Wohnraum, die 'tragbare' Wohnkostenbelastung, die 'durchschnittliche' Gesundheitsbelastung, die Mindestansprüche beim Zugang zum Arbeitsmarkt und zu sozialen Dienstleistungen? Deutlich wird, dass es mehr oder weniger Anhaltspunkte für die Beschreibung von Unterversorgungen gibt, jedoch noch keine Standards für Berichte, weder auf

¹² In den vorbereitenden Untersuchungen für eine Frankfurter Armutsberichterstattung wurde dieses Problem ebenfalls formuliert: Der 'Begriff' „muß offen und breit genug sein, um neue Formen und Gestalten von Armut erfassen zu können; und er muß hinreichend konkret und genau sein, um mit ihm arbeiten zu können.“ (Bartelheimer/Freyberg 1994:33).

bundes-, länder-, noch kommunaler Ebene (vgl. auch Anhangsband, Teil D, 'Sozialberichte, Armutsberichte, Sozialraumanalysen und Sozialatlanten im Vergleich').¹³

Ein Beispiel zur *multiplen Deprivation*:¹⁴ Dieser Ansatz legt Indikatoren und Schwellen für die Unterversorgung in verschiedenen Lebenslagen fest. Es werden - in Relation zum durchschnittlichen Versorgungsniveau in der Gesellschaft - Minimalstandards definiert. Deren Unterschreiten wird als Unterversorgung definiert.

Dieses Herangehen stellt eine Verbindung von Ressourcen- und Lebenslagenansatz dar (vgl. z.B. a) Hanesch 1993:80, b) Hübinger 1989):

Beispiel a) Hanesch 1993:80 (für die standardisierte Erfassung im Fragebogen; vereinfacht, d.V.)

Übersicht zu Dimensionen, Indikatoren, Operationalisierungen und Unterversorgungsschwellen

Dimension (Lebenslage)	Indikatoren	Operationalisierung	Unterversorgungsschwellen
Einkommen	bedarfsgewichtetes verfügbares Haushaltseinkommen	verfügbares Haushaltseinkommen in Befragung / gewichtet nach Äquivalenzen	50% des durchschnittlichen gewichteten verfügbaren Haushaltseinkommens
Arbeit	Art und Umfang der Beschäftigung	Vorhandensein einer mehr als geringfügigen Beschäftigung	(1) registrierte Arbeitslosigkeit (2) nicht registrierte Arbeitslosigkeit (Stille Reserve) (3) geringfügige Beschäftigung
Bildung	-schulische Bildung -berufliche Bildung	-schulischer Bildungsabschluß -beruflicher Bildungsabschluß	kein Bildungsabschluß
Wohnen	-Wohnungsgröße und -belegung -Wohnungsausstattung	Wohnraum pro Person (ohne Bad, WC, Küche)	weniger als 1 Wohnraum pro Person
Lebens- und Bereichszufriedenheiten	-Allgemeine Zufriedenheit -Gesundheitszufriedenheit -Einkommenszufriedenheit -Wohnzufriedenheit	Abfrage im Fragebogen	entfällt

Tabelle 2: Übersicht zu Dimensionen, Operationalisierungen und Unterversorgungsschwellen

¹³ Der VSOP - Verein für Sozialplanung e.V. - bietet ein Forum für den Vergleich von Berichten. Ein Ziel ist es, in den nächsten zwei bis drei Jahren Standards als Orientierungshilfe festzuhalten und der Berichterstattung zur Verfügung zu stellen.

¹⁴ Eine theoretische Abhandlung zu den verschiedenen Ansätzen der „Sozialen Ungleichheit“ wurde nicht vorgenommen. Diese sehr unterschiedlichen theoretischen Richtungen üben eine grundlegende Kritik an Ansätzen, die 'soziale Ungleichheit' nur mit der Dimension 'Einkommen' beschreiben.

Beispiel b) Hübinger (1989)

Unterversorgung im Bereich

Bildung:

- a) keinen Hauptschulabschluß
- b) ohne beruflichen Bildungsabschluß

Einkommen:

Zusammensetzung des Haushaltseinkommens (Einkommen / Leistungsbezug)
häufig im Monat in finanziellen Schwierigkeiten

- a) starke Einschränkungen in einem der fünf Bereiche: Kleidung / Ernährung / Wohnungseinrichtung / Urlaub / Freizeit

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (bei Hübinger: 'soziale Integration')

- a) keine engen Freunde
- b) weniger als einmal wöchentlich Besuchskontakt mit Verwandten / Freunden und Bekannten / Nachbarn
- c) keine persönlichen Ratschläge bei Problemen erhalten von Freunden / Verwandten / Bekannten / Nachbarn
- d) keine Geld- oder Sachleistungen im letzten Jahr erhalten hat von Freunden / Verwandten / Bekannten / Nachbarn

.....

.....etc.

Die Beispiele verdeutlichen, dass die Lebenslage Einkommen im Zusammenhang mit den anderen Lebenslagen betrachtet wird und eine mehrdimensionale Beschreibung von Unterversorgungen ergibt.

3.2.2 Die Anwendung verschiedener Armutsbegriffe in länderspezifischen und kommunalen Armutsberichten

Obwohl der mit dem vorliegenden Projektansatz zu erstellende Bericht *kein* kommunaler Armutsbericht ist, wird im folgenden auf diesen eingegangen, da durch das Herangehen unterschiedliche „Armuts-Begriffe“ deutlich werden. Die Anwendung verschiedener Armutsbegriffe in unterschiedlichen Berichten muß in den jeweiligen zeitlichen und politischen Kontext eingeordnet werden, der an dieser Stelle ebenfalls nur grob skizziert werden kann.¹⁵

Die Debatte begann in den alten Bundesländern bereits in den 70er Jahren nach heftigen Konjunkturinbrüchen. Geißler stellte damals die „Neue soziale Frage“ (1976) in den Mittelpunkt der Diskussion. Einen umfassenden Armutsbericht für die damaligen Bundesländer erstellten Hauser et al. (1981). Seitdem wurde jedoch auch Kritik daran geübt, dass soziale Probleme immer nur im

¹⁵ Im Abschnitt 2.2.2. geht es vorrangig um die allgemeine Einteilung von Armutsberichten in Bezug auf den Armutsbegriff, im Lebenslagenreport Leipzig, Anhang Teil D ('Sozialberichte, Armutsberichte, Sozialraumanalysen und Sozialatlanten im Vergleich') werden z.B. Gemeinsamkeiten und Unterschiede von kommunalen Berichten anhand der enthaltenen Indikatoren aufgezeigt.

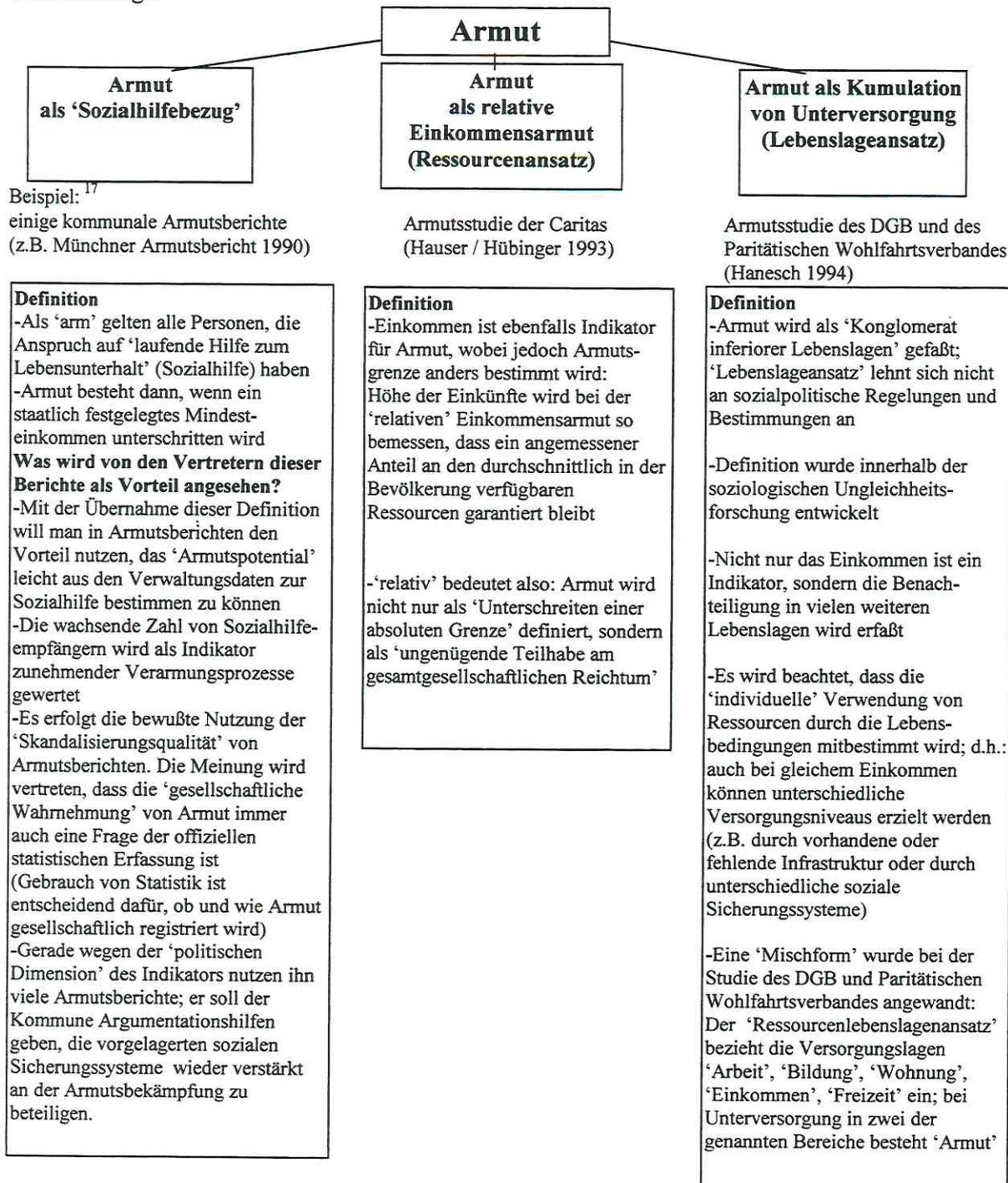
Verhältnis zur Sphäre der Produktion definiert wurden. Damit wurde das Problem der sog. 'neuen Armut' vernachlässigt. Diese steht jenseits der Probleme der Arbeitswelt, ist z.B. familienbedingt und auch altersbezogen.

Ansatzpunkte in den 70er und 80er Jahren für die Erstellung von Armutsberichten waren, wie im vorherigen Kapitel beschrieben (Ressourcenansatz):

1. der Sozialhilfebezug bzw. die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt oder
2. eine Einkommensgrenze von 40%, 50% oder 60% des regionalen Durchschnittseinkommens.

Erst die Studien von Glatzer und Hübinger (1990) und die des DGB und Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (Hanesch 1994) wandten den Lebenslagenansatz in Verbindung mit dem Ressourcenansatz an:

Eine Übersicht zu den bisher verwendeten Definitionen von 'Armut' in verschiedenen Berichten soll deren Vor- und Nachteile nochmals - 'idealtypisch' - verdeutlichen. Die Erfassung räumlicher Verteilung der Armut innerhalb des Stadtgebietes wird bei der nachfolgenden Darstellung vernachlässigt:¹⁶



¹⁶ Die Abbildung wurde anhand verschiedener Artikel zusammengestellt. Grundlage war der Aufsatz von Barlösius (1995). Barlösius verweist auf weitere Überblicke zu Armutsdefinitionen. Eine Zusammenfassung der Ansätze liefern ebenfalls Alisch und Dangschat (1993:28), die im wesentlichen mit der von Barlösius übereinstimmt.

¹⁷ Ausführliche Bezeichnung vgl. Literaturliste

Kritik
 -Die Zahl der Armen wird unmittelbar durch die politisch-administrative Festsetzung des Sozialhilfeanspruchs festgelegt (vgl. die Kritik Bourdieus 1985: Die staatliche Leistungsgrenze hat geradezu das Monopol auf die 'legitime Sicht von Armut')

-Das durchschnittliche Einkommen wird außer acht gelassen.

-Es werden nur Personen erfaßt, die ihren Sozialhilfeanspruch geltend machen

-Damit ist die faktische Sozialhilfequote nur bedingt geeignet, Verarmung quantitativ zu messen

Kritik
 -auch diese Definition rekurriert auf sozialpolitische Bestimmungen
 -alternative Konzepte werden nicht vorgestellt

Kritik
 -Zur Bestimmung von Armutsgrenzen wurde das Sozio-Ökonomische Panel (SOEP) angewendet (seit 1984 jährlich durchgeführte Haushaltsbefragung; 8000 Befragte). Dieses SOEP wurde jedoch nicht hauptsächlich für die Armutsforschung etabliert. Die Ergebnisse des SOEP, verglichen mit den Daten der Armutsberichte und Sozialhilfestatistiken, erbrachten wenig übereinstimmende Resultate. Das warf die Frage auf, ob mit dem vorhandenen soziologischen Instrumentarium arme Lebenslagen beschrieben werden können bzw. ob das Phänomen der Armut mit 'repräsentativen Untersuchungen' überhaupt wirklichkeitsnah erfaßt wird (Barlösius 1995:531). Auch Alisch/Dangschat (1993:32) bezweifeln, ob das SOEP eine angemessene Beschreibung der Armut in Deutschland liefern kann.

-Konsens besteht in der Armutsforschung darüber, dass der Lebenslageansatz am besten geeignet ist. Für die empirische Phase sind jedoch unmittelbar auf Armut gerichtete Erhebungen notwendig.

Abbildung 7: Übersicht zu Definitionen von 'Armut'

3.2.3 *Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung des Lebenslagenansatzes auf kommunaler Ebene*

In diesem Abschnitt wird zunächst allgemein darauf eingegangen, welche Möglichkeiten der Ansatz der Lebenslage für einen kommunalen Bericht bietet und - auf der anderen Seite - welche Begrenzungen für die Darstellung kommunaler Problembereiche eingerechnet werden müssen. Nicht eingegangen wird auf spezifische einzelne Berichte anderer Städte und qualitative Armutsstudien, da dies zu umfangreich ausfallen würde.

Auf der kommunalen Ebene sind bei der Umsetzung des Lebenslagenansatzes einige Spezifika zu beachten:

Möglichkeiten

- a) Der Lebenslagenansatz ist universal anwendbar, sowohl bezogen auf Lebensbereiche als auch in der Anwendung verschiedener sozialwissenschaftlicher Methoden. Insbesondere ist die Verbindung von quantifizierenden und qualitativen Methoden möglich.
- b) Er bildet die Grundlage für die Erfassung spezifischer Lebenslagen in unterschiedlichen sozialen Gruppen und auch bezogen auf die verschiedenen Bereiche kommunalen Handelns (Wohnen, Gesundheit, Freizeit etc.), wie es andere, in den vorhergehenden Abschnitten beschriebenen

Ansätze, nicht ermöglichen können. Die subjektiven Sichtweisen auf soziale Benachteiligung können erfaßt werden.

- c) Unterversorgungen in bestimmten Lebenslagen sind im Zusammenhang darstellbar, und es wird der Stellenwert ökonomischer Unterversorgung im Vergleich zu den anderen Lebenslagen deutlich.

Grenzen:

- a) Die Orientierung am Lebenslageansatz ist empirisch sehr aufwendig, und es sind eine Fülle von eigenen Erhebungen notwendig (vgl. Bartelheimer/Freyberg 1994:21). Durch den Einsatz verschiedener sozialwissenschaftlicher Erhebungsmethoden und weiterer Methoden (wie die sozialräumliche Kartierung) läßt sich der Gegenstand (hier: von Armut betroffene Gruppen bzw. verschiedene Problembereiche der Unterversorgung) von verschiedenen Blickwinkeln erfassen. Die wenigsten Sozial- bzw. Armutsberichte führten bisher jedoch aufgrund des benannten hohen Aufwandes eigene Erhebungen durch. Hauptmethode war die Sekundäranalyse, d.h. die nachträgliche Betrachtung vorliegender städtischer Statistiken und Berichte unter den verschiedenen Aspekten der Lebenslage. Daraus ergab (und ergibt) sich die Problematik, dass keine Aussagen zu *zusammenhängenden* Lebenslagen in Bezug auf bestimmte soziale Gruppen getroffen werden konnten (können) (Problem der Homogenität der Gruppen).
- b) Die amtliche Statistik basiert auf Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften. Sie erfaßt Problembereiche in der Regel nicht oder nur sehr bedingt nach dem Lebenslagenansatz. Ähnliches gilt auch für andere Statistiken, welche in Kommunalverwaltungen erhoben werden. Die amtlichen Daten des sozialen Bereichs liefern unter anderem auf rechtlich vorgegebener Basis Angaben, die für die Leistungsgewährung notwendig sind. Das gilt beispielsweise für Arbeitslose, Sozialhilfe- und Wohngeldempfänger. Ressortübergreifende Angaben sind hier normalerweise nicht verfügbar.
- c) Hinzu kommt das Datenschutzproblem bei Berichten, die außerhalb der Verwaltung erstellt werden. In einigen Städten wurden aus diesem Grund die Ersteller von Berichten befristet in die Verwaltung übernommen.
- d) Armuts- oder Sozialberichte wurden und werden teilweise noch mit Verfahren erstellt, die überwiegend auf Fixdaten und Stichtagserhebungen beruhen. Erforderlich ist dagegen die Operationalisierung von dynamischen Konzepten und ein prozeßorientiertes Herangehen¹⁸.

Verschiedene kommunale Armutsberichte wandten den Lebenslagenansatz mehr oder weniger theoretisch untersetzt an. Dabei wird auch in diesen Berichten deutlich, dass bestimmte Bereiche sozialer Problemlagen genau betrachtet werden können. Der Lebenslagenansatz stellt jedoch nur unter den genannten Spezifika ein übergreifendes Instrumentarium dar, Armut gesamtstädtisch zu erfassen.¹⁹

¹⁸ Das ist natürlich immer abhängig von den finanziellen Möglichkeiten und der Willensbildung, die bestimmt, wie groß der Zeitraum für die Erstellung von Berichten ist und wie oft demnach Daten erhoben werden können. Zumindest kann auf die Notwendigkeit eines solchen Herangehens in einem Bericht verwiesen und Instrumentarien entwickelt werden, die bei einer späteren Etablierung von Armuts- oder Sozialberichterstattung in der Stadtverwaltung genutzt werden können. In einigen Armutsstudien wurden wechselvolle Verlaufsformen von Verarmung wie die Möglichkeiten einer selbständigen bzw. flankierten Überwindung von Notlagen erfaßt (Pfaff, Leisering). Die Studie von Jacobs (1994) wies nach, dass gerade durch die Verwendung eines differenzierten Lebenslageansatzes aufgezeigt werden kann, dass einige Teile der Armutsbevölkerung in dauerhafter Deprivation mit nur geringen Handlungsoptionen und Selbsthilfepotentialen leben.

¹⁹ Vgl. die Sozial- und Armutsberichte Hamburg 1993, Hannover 1993, Frankfurt 1994 u.a.: Stadt Hamburg (Hrsg.) (1993): Armut in Hamburg: Beiträge zur Sozialberichterstattung, Freie und Hansestadt Hamburg; Hermann, Th. et al. (1993):

Eine grundlegende Frage für die ‘flächendeckende’ Anwendung des Lebenslagenansatzes, der den Ressourcenansatz insofern einbezieht, dass Kriterien für eine Unterversorgung festgelegt werden, wird folgend skizziert. Bei einer ‘imaginären’ Anwendung der 50%-Einkommens-Schwelle auf die kommunale Statistik müßte - sozusagen ‘in Reinform’ - auf diese Art und Weise herangegangen werden: Zunächst sind als Grundlage für den *Ressourcenansatz* gesamtstädtische Einkommensdaten über Haushaltseinkommen notwendig, die in keiner Stadt aufgearbeitet existieren. Daraus müßten die Haushalte mit der 50%-Schwelle herausgezogen werden und nach dem *Lebenslagenansatz* auf die anderen Dimensionen (Unterversorgung Wohnen etc.) untersucht werden. In einem kurzen Zeitraum ist dies nicht realisierbar, da man mit erheblichem Aufwand die Aufarbeitung der Einkommenssteuerstatistik vornehmen müßte.

3.2.4 *Der Lebenslagenansatz in der qualitativen Sozialforschung und Bezug zur Anwendung im Projekt*

Der Lebenslagenansatz gilt innerhalb der Armutforschung als der ausgebauteste Ansatz, sowohl in der qualitativen als auch quantitativen Ausrichtung bzw. in der Verbindung beider. Er geht auf das Konzept von Gerhard Weisser (1950/51) zurück, der es in die sozialpolitische Diskussion einbrachte. Später wurde es von unterschiedlichen Vertretern weiterentwickelt.²⁰ Die ursprüngliche wissenschaftliche Konzeption geht auf Otto Neurath und den Wiener Kreis zurück, der das Begriffskonzept der ‘Lebenslage’ entwickelte. Weisser bezeichnet als Lebenslage den „Spielraum, den die äußeren Umstände dem Menschen für die Erfüllung der Grundanliegen bieten, die er bei ungehinderter und gründlicher Selbstbesinnung als bestimmend für den Sinn des Lebens ansieht.“ (Krieger 1993:111). Das Konzept der Lebenslage ist auf der einen Seite sozialwissenschaftlich ausgerichtet, indem es zur Erfassung von unterversorgten Lebenslagen dient. Auf der anderen Seite vertritt es starke sozialpolitisch-reformerische Postulate, indem es Partei für sozial Benachteiligte ergreift und Veränderungen einfordert.

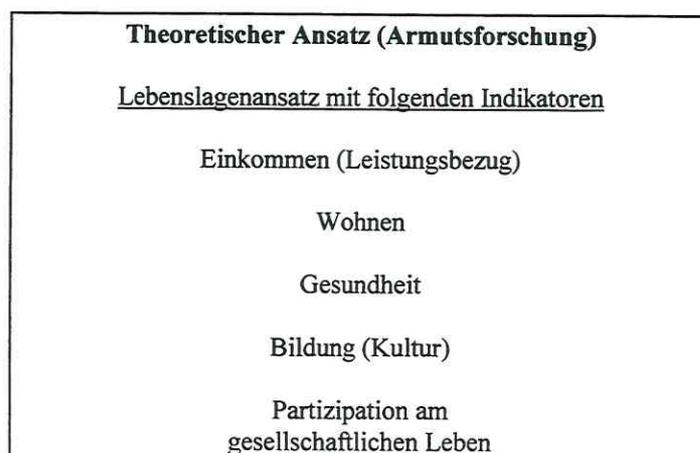


Abbildung 8: Theoretischer Ansatz (Armutforschung)

Bisher standen dem Sozialatlas - wobei dies im Sozialatlas selbst auch kritisch angemerkt wurde - Makrodaten sowie notwendige ‘klassische’ Indikatoren einer sozialen Zustandsbeschreibung auf

Sozialbericht Hannover. Bartelheimer/Freyberg (1994). Armut am Main. Vorarbeiten zu einer Frankfurter Armutberichterstattung.

²⁰ Vgl. Lompe, K. (1987), Krieger, I. et al. (1987)

räumlicher Ebene nicht zur Verfügung, wie z.B. Daten zur Einkommenssituation oder zur Berufs- und Beschäftigtenstruktur. Die vier, im Rahmen des Armutprojektes durchzuführenden Fallstudien in den ausgewählten städtischen Räumen, werden einen kleinen Ausschnitt darstellen, da hier haushaltsbezogene Daten erfaßt werden können.

In diesem Zusammenhang muß der Lebenslagenansatz für die qualitativen Interviews, das qualitative Herangehen operationalisiert werden. Für die Erfüllung der o.g. Indikatoren des Lebenslagenansatzes steht mehr oder weniger Spielraum zur Verfügung, den es gilt, für bestimmte soziale Gruppen festzuhalten. Damit wird nach Hradil die Ebene c) der individuellen Lebenslagen beschrieben. Es geht um die Ausprägung der Spielräume, die systemübergreifende Veränderung nach 1989 sowie deren Bewertung durch die Befragten als ausreichend oder restringiert. Dabei wird eine analytische Trennung gleichzeitig wirkender Faktoren vorgenommen.

Operationalisierung Lebenslagenansatz

- 1. Einkommens- und Versorgungsspielraum**
(z.B. Grad und Verfügbarkeit materieller Güter; Quelle; Höhe; Stabilität; Lebenseinkommensverlauf)
- 2. Kontakt- und Kooperationsspielraum**
(z.B. Maß der -privaten- sozialen Kontakte; Organisation in Vereinen, Bürgerinitiativen etc.; Chancen zum Informationsaustausch),
- 3. Lern- und Erfahrungsspielraum**
(z.B. Bildungsmöglichkeiten; Ausbildungsschicksal; Entscheidungsalternativen über Berufs- und Ausbildungsverläufe; kulturelle Muster, Mobilität),
- 4. Regenerations- und Mußspielraum**
(Wohnsituation; Wohnumfeld; Umweltbedingungen; konkrete Arbeitsbedingungen; Freizeit; Zukunftsängste; Diskriminierung)
- 5. Dispositionsspielraum**
(z.B. formelle und individuelle Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten; tatsächlicher Gestaltungseinfluß; soziale Distanz)

Abbildung 9: Operationalisierung Lebenslagenansatz

In der spezifischen Anwendung im Leipziger Armutprojekt sind jedoch auch nach der Erfassung dieser Spielräume zwei Richtungen noch nicht ausreichend beschrieben. Das betrifft auf der einen Seite die Darstellung der Ebene milieuspezifischer Lebenswelten, nach dem Konzept von Hradil die Ebene b) der Mikromilieus. Hier kommt es darauf an, nach der Durchführung der Interviews eine Verdichtung und Verallgemeinerung der Aussagen herbeizuführen, die die Bedeutung bestimmter Netzwerke, wie Familie oder Nachbarschaft, bei der Bewältigung von Armutssituationen oder Armutslagen deutlich macht.

Auf der anderen Seite muß die Bedeutung der räumlichen Bedingungen (Wohnbedingungen, Umweltbedingungen, Potentiale des Stadtteiles etc.) herausgearbeitet werden. In den bisherigen lebenslagenorientierten Armutstudien wurden in Bezug auf den räumlichen Aspekt eher regionalspezifische Disparitäten - wie z.B. die Verteilung von Gruppen Arbeitsloser nach Arbeitsamtsbezirken (Langzeitarbeitslose, ABM etc.) - in bestimmten Regionen beschrieben (vgl. Krieger 1993:120).

3.3 Armutsforschung in den neuen Bundesländern nach 1989 - ein kurzer Überblick zum Stand der Forschung

In diesem Abschnitt wird auf den Stand der Armutsforschung in den neuen Bundesländern nach 1989 eingegangen.

Unterschieden werden mehrere Formen der Beschäftigung mit dem Thema 'Armut':

1) Forschungsgruppen und -institutionen aus den alten Bundesländern, die über gewerkschaftliche Förderinstitutionen bzw. Institutionen der freien Wohlfahrtsverbände die Armutsforschung in den alten Bundesländern nach 1989 auf die in den neuen Bundesländern ausdehnten. Hierbei handelt es sich um großangelegte, zumeist quantitativ auf Haushaltsbefragungen (Panels) basierende Untersuchungen, die ab 1993/94 partiell auch qualitative Methoden zur Ergänzung anwandten. Diese Untersuchungen exportierten sowohl das theoretische Verständnis von Armut als auch die methodischen Ansätze. Damit wird auch ein theoretischer Standpunkt zementiert, der das Auftreten von 'Armut' erst mit der Übernahme des marktwirtschaftlichen Systems und der sich in diesem Prozeß herausbildenden 'Armut'-Gruppen in Verbindung bringt. Deziert auf eine lebenslagentheoretische Sicht rekurrierten nur die Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Zusammenarbeit mit dem DGB, die einen 'gemischten' Ressourcen-Lebenlagen-Ansatz anwandten, der neben der 'Einkommensarmut' auch die Bereiche 'Arbeit', 'Bildung' und 'Wohnen' versucht, quantitativ und qualitativ zu beschreiben.

2) Nach der Wende 1989 stellten die neuen Bundesländer ein lukratives Feld für die Armutsforschung dar. Zu Anfang stand vor allem die Studie von Manz (1992) „Armut in der DDR-Bevölkerung. Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende“ im Mittelpunkt, da sie zunächst auch als einzige Quelle erschien, die sich direkt diesem Thema widmete. Manz initiierte die Studie schon 1970, konnte sie aber erst nach der Wende 1989 im Jahr 1992 veröffentlichen. Er geht darin von einem *relativen Armutsbegriff* aus: Armut kennzeichnet „eine soziale Lage unterhalb des notwendigen oder üblichen (normalen) Wohlstandsniveaus.“ (Manz 1992:37). Ausgangspunkt ist eine Bestimmung von 'gesellschaftlich notwendigen Bedürfnissen' (S. 62) für einen typischen DDR-Haushalt, der aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern besteht. In den Bereichen Ernährung, Bekleidung, Wohnsituation, Kultur und Bildung, Gesundheit und Körperpflege werden Minimalstandards definiert, die Basis für einen Warenkorb sind. Dieser Warenkorb wird schließlich monetär bewertet, so dass sich entsprechende Einkommensbeträge für Erwachsene und Kinder ergeben, die als Armutsgrenze dienen. Der Begriff Lebenslage taucht in der Studie vereinzelt auf, ohne dass er als zentrales Konzept verwendet wird. Somit ist diese Studie den 'einkommenszentrierten' Studien zuzuordnen und ist nicht auf die Darstellung der sozialen und kulturellen Differenzierungen der DDR-Gesellschaft.

Weitere, vor 1989 angefertigte Studien, erlangten nach 1989 kaum diesen Stellenwert in der Diskussion.²¹ Die Diskussion zu sozialräumlichen Differenzierungsprozessen vor 1989 (vgl.

²¹ Aus diesem Grund wurde im Rahmen dieses Projektes diskutiert, ob eine Aufarbeitung 'grauer Literatur' und durchgeführter Projekte zur Benachteiligungsproblematik angestrebt werden sollte. Als Idee und Vorhaben muss dieses Anliegen nachdrücklich weitergeführt werden, konnte jedoch aufgrund der zeitlichen und personellen Ressourcen im UFZ-Projekt nicht realisiert werden.

Kabisch/Kindler/Rink 1997, Hardt/Herlyn 1996 u.a.) ist weiter zu verfolgen (vgl. folgende Ausführungen Punkt 3).

3) Eine stärker differenzierende Sicht strebten auch Studien an, die ab 1996 in den Sammelbänden der KSPW²² zu „Ungleichheit und Sozialpolitik“ erschienen und die Entwicklung und Verteilung von Lebenslagen in den neuen Bundesländern, Lebenslagen ausgewählter Gruppen sowie ausgewählte sozialpolitische Dimensionen des Transformationsprozesses in den Mittelpunkt stellten (vgl. ‘Beiträge zum sozialen und politischen Wandel’, KSPW-Berichte 1 bis 5; 1996). Hier wird z.B. in Bezug auf die Darstellung der Lebenslage Wohnen - um das Thema ‘Stadtentwicklung’ wieder in den Mittelpunkt zu rücken - eine starke Orientierung deutlich, das Ausmaß sozialer Segregation in der DDR zu erfassen (vgl. die Zusammenfassung Band 2 ‘Die wichtigsten Dimensionen sozialer Ungleichheit’ - ‘Lebenslage Wohnen’ sowie die Beiträge im KSPW Band 5 ‘Städte und Regionen’, insb. ‘Soziale Differenzierung und soziale Segregation’ von Ulfert Herlyn und Annette Hardt.).²³

Zu dieser Art von Darstellung zählt auch der Beitrag von Th. Olk und D. Rentzsch zur ‘Armutsentwicklung in ostdeutschen Städten’, die sich der Entwicklung und Verteilung der Sozialhilfeempfängerzahlen widmen und so - das bleibt kritisch anzumerken - mit dieser einen Gruppe alle anderen ‘Armutgruppen’ vernachlässigt (vgl. Olk/Rentzsch 1996).

4) Auf der anderen Seite gibt es eine Vielzahl Studien, die das Thema ‘Armut’ einschließen, wie z.B. die soziologischen Untersuchungen ostdeutscher Städte²⁴ bzw. die sozialplanerische Begleitung von Sanierungsprozessen²⁵ sowie Studien zu Bewältigungsstrategien von Sozialhilfeempfängern (in Anlehnung an die Bremer Langzeitstudie zu Sozialhilfeempfängern).²⁶

5) Sozial- bzw. Armutsberichte der Kommunen (und Länder) in den neuen Bundesländern sind nach wie vor in der Konzeptionsphase (zu bisher vorliegenden Berichten vgl. Lebenslagenreport Leipzig 1999, Anhang D sowie eine Zusammenfassung - kürzlich erschienen - Lutz/Zeng 1998). Der Sozialatlas Leipzig wird für andere Städte maßgebend in der Hinsicht sein, dass auf der einen Seite historische Entwicklungsprozesse einbezogen werden und andererseits die Darstellung dieser Prozesse nicht als abgeschlossen betrachtet wird, wie bei vielen ‘Stichtagserhebungen’, sondern ‘weiße Flecken’ hervorgehoben werden, die es gilt, weiter zu bearbeiten. Dazu zählt z.B. auch die Verbindung der auf der Basis der Aggregierung amtlicher und anderer Daten festgestellten Tendenzen mit konkreten Studien zu städtischen und sozialen Veränderungsprozessen.

6) Zum Thema ‘Armut’ erschien in Leipzig 1996 explizit nur ein Bericht vom Arbeitslosenverband Deutschland, LV Sachsen e.V.; Projekt Frauen 2000 (1996) ‘Armut von Frauen in der Region

²² KSPW-Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern. Diese bestand bis 1998.

²³ Weiterhin wurden neben der Regionalentwicklung auf der Ebene der Stadtentwicklung folgende Prozesse beschrieben: Häußermann, H.: ‘Die Transformation des Wohnungswesens’; Schäfer, U.: ‘Veränderungen in der wohnortnahen Infrastruktur’; Friedrichs, J.: ‘Die Entwicklung der Innenstädte: Chemnitz, Erfurt und Leipzig’; Gans, P., Ott, Th.: ‘Die lokale Dimension der Raumstruktur und ihre Dynamik - Das Beispiel Erfurt’; Sahner, H.: ‘Städte im Umbruch’ (alle im Band 5 der KSPW-Berichte; Leske+Budrich 1996)

²⁴ Zumeist wird jedoch auf die Armutsproblematik nur marginal eingegangen. Die Ergebnisse wurden häufig quantitativ auf der Grundlage eines Fragebogens erhalten. Vgl. Lange / Schöber (1993), Herlyn / Bertels (1994), ‘Fokus e.V.’-Befragung Halle (Februar 1996). Die Veränderung von Wohnmilieus beschreiben Herlyn / Hunger (1994). Vgl. auch das Projekt der TH Chemnitz unter Leitung Prof. Ch. Weißke ‘Sozialer Raum - soziale Zeit’, welches Veränderungen in einzelnen Stadtteilen Erfurts untersuchte.

²⁵ Ein Beispiel ist die Begleitforschung zu Sanierungsprozessen in Leipzig (Dohms 1995) oder im Prenzlauer Berg/Berlin (vgl. Hannemann 1993:378f.).

²⁶ Vgl. z.B. Studie im Auftrag Landesjugendamt Thüringen: Auswertung der Befragung jugendlicher Sozialhilfeempfänger im Freistaat Thüringen im November 1999 (Entwurf)

Leipzig“. Ein zweiter trägt in seiner Überschrift nicht das Thema ‘Armut’. Das ist der Bericht zur Lebenssituation von Frauen in der Stadt (Hrsg.: Stadt Leipzig, Referat für Gleichstellung von Frau und Mann (1996) (2 Teile). Dieser behandelt angrenzende Themen von Armut. Beide behandeln die Lebenssituation von Frauen aus unterschiedlicher Perspektive. Der erste beruht auf einer mündlichen Befragung von Frauen (n=600) zu verschiedenen Lebensbereichen und zu den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit. Eine stadtteilbezogene Sichtweise ist nicht vorhanden, allerdings werden Aussagen zum Thema Wohngeld, Obdachlosigkeit, Zwangsräumungen gemacht, die auf der Darstellung der amtlichen Statistik sowie einigen Expertengesprächen beruhen. Der zweite Bericht im Auftrag des Referates für Gleichstellung weist die Verteilung der alleinerziehenden Frauen nach Stadtteilen auf. Allerdings bleibt diese Verteilung etwas ‘einsam stehen’, da Unterschiede in der Verteilung weder in Bezug auf die Ursachen noch einen Handlungsbedarf und auch nicht im Zusammenhang mit anderen Indikatoren hin interpretiert werden. Aussagen zur Zufriedenheit mit bestimmten Lebensbereichen wurden auf der Grundlage der Bürgerumfrage 1995 des Amtes für Statistik und Wahlen gemacht. Diese Bürgerumfrage verfolgt keine ‘armutsrelevanten’ Fragestellungen. Im Bericht des Referates für Gleichstellung wird auf bestimmte Problembereiche beschreibend eingegangen, wie die Situation der Mädchenarbeit, der älteren Frauen, der Situation der Ausländerinnen sowie Problembereiche weiblicher Wohnungsnot (zu weiteren Leipziger Berichten, insbesondere aus dem Bereich der Hilfeplanung, vgl. Lebenslagenreport 1999, Kapitel 4.2. sowie Anhang C).

3.4 ,Armut‘ vor und nach 1989 - eine Problematisierung

Da Erscheinungen der Armut bzw. Benachteiligung unterschiedlicher sozialer Gruppen nicht als ein Prozeß zu fassen sind, der plötzlich nach der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen 1989 einsetzte und auf ein Feld ‘homogener sozialer Strukturen’ traf, ist es notwendig, die vor 1989 bestehenden ‘objektiven’ Bedingungen und individuellen Lagen zu erfassen und als Ausgangspunkt für Differenzierungsprozesse zu beschreiben. Dieses Vorgehen ist schon dadurch begründet, dass es sich hauptsächlich um ein Herangehen handelt, welches der qualitativen Methodologie zuzuordnen ist und mit der Ausrichtung auf die Erfassung biographischer Zusammenhänge generell den gesamten Lebenslauf der ‘Betroffenen’ erfaßt.

An dieser Stelle soll dennoch darauf verwiesen werden, dass damit nicht konservative Auffassungen vertreten werden. Im Gegenteil - der massenhafte Biographiebruch nach 1989, die Herausbildung großer Gruppen, die von Einkommensarmut und weiteren unterversorgten Lebenslagen betroffen sind (Sozialhilfeempfänger, Wohnungslose, Langzeitarbeitslose etc.), die Ähnlichkeit mit Prozessen der Herausbildung von Gruppen ‘Neuer Armut’, zeigen nur zu deutlich, dass beide Ansätze - Klassen- und Schichtenmodelle sowie der Individualisierungsansatz - in konkreten, empirisch und anwendungsorientierten Projekten, aufgenommen werden müssen. Für die Beschreibung der Ausdifferenzierung größerer Armutsgruppen können in diesem Projekt jedoch ‘nur’ die Angaben amtlicher Statistik herangezogen werden, da auch in Leipzig, wie in anderen Städten, noch keine flächendeckenden Untersuchungen, die z.B. auf dem Lebenslagenansatz beruhen, durchgeführt wurden.

Insofern kann man sich auch für das Leipziger Projekt zwei Auffassungen neuerer Armutsprojekte anschließen. Die erste betrifft die Frankfurter Untersuchungen in Vorbereitung auf einen Armutsreport der Stadt (vgl. Bartelheimer et. al. 1994:12). Dort wurde darauf verwiesen, dass z.B. die Diskussion in Bezug auf die Frage der Langzeitarmut die Armutsforschung in zwei Lager spaltet:

Position 1) vertritt, dass auf lange Sicht die Gesellschaft in arm und reich gespalten wird; eine wachsende Minderheit wird zu einer festen Armutspopulation. Dieser Auffassung liegen zwei Annahmen zugrunde: a) relative Stabilität des unteren, marginalisierten Bevölkerungsanteiles und b) die Benachteiligung dieses Teiles in verschiedenen Lebenslagen („Zweidrittelgesellschaft“)

Position 2): Die lebenslauftheoretische Armutsforschung stellt beide Annahmen in Frage. Armut ist kein Merkmal von Personen, Gruppen oder Segmenten der Gesellschaft; Armut ist nicht notwendiges Zeichen einer Marginalisierung, sondern kann Begleiterscheinung einer biographischen Übergangsphase sein; Armut ist ständig latentes Risiko, welches nicht mehr nur auf Randschichten beschränkt ist („Risikogesellschaft“).

Es besteht jedoch eine **fatale empirische Datenbasis**: beide Positionen berufen sich auf mehr oder weniger fragwürdige Statistiken und Untersuchungen: „Die sozialpolitisch brisante Frage, ob die Armutsentwicklung in Deutschland die Armutsrisiken zunehmend über breite Gesellschaftsschichten streut oder in wachsendem Maße bei einer Armutspopulation konzentriert, ist gegenwärtig aufgrund der Informationslage nicht entscheidbar. Am wahrscheinlichsten ist, dass es sich hierbei nicht um eine Alternative handelt.“ (Bartelheimer et al. 1994:13)

Demnach könnte auch für das Leipziger Projekt gelten, was Bieback und Milz in ihrem Buch zur ‘Neuen Armut’ (1995:7) formulierten. Es geht darum, dass „eigentlich Neue (zu) untersuchen, ohne den faktischen Fortbestand traditioneller Armutslagen zu übersehen oder gar zu leugnen.“ Traditionelle Armutslagen in den alten Bundesländern sind jedoch nicht identisch und in ihrer Genese vergleichbar mit ‘traditionellen’ und gegenwärtigen Armutslagen in den neuen Bundesländern. Vielmehr geht es in den neuen Bundesländern um den rasanten Nachholprozeß der Herausbildung neuer Armutgruppen. Doch auch hier sind zeitliche, räumliche und individuelle Dimensionen sowie die Zusammensetzung der betroffenen Gruppen und spezifische Handlungsoptionen anders zu beschreiben, als in den alten Bundesländern.

Zunächst erscheint es wichtig, einen Begriff der ‘Armut’ in der DDR zu finden, der die spezifischen sozialen und politischen Grundlagen sowie gruppenspezifische Aspekte vor 1989 erfaßt. In der Intention, wie er für die Armutsforschung der alten Bundesländer gefaßt wurde, kann er nicht verwendet werden. Zudem muß dieser Begriff auch für die Operationalisierung bei der Anwendung verschiedener Methoden (u.a. qualitative Interviews etc.) die Grundlage bilden können.

In drei Dimensionen, die als Arbeitsbegriffe bzw. Hintergrundfolie dienen - der zeitlichen, sozialen und räumlichen Dimension - soll Armut vor 1989 als ‘soziale Unterprivilegierung’ gefaßt werden.²⁷ Diese Dimensionen wirkten parallel und sind eigentlich nicht zu trennen.

Die zeitliche Dimension (die auch als ‘begriffliche’ Dimension bezeichnet werden könnte und in den anderen beiden Dimensionen enthalten ist) weist darauf hin, dass vor 1989 kein existenzielles Problem bestand, d.h. ‘Unterprivilegierung’ nicht als existenzgefährdend wirkte. Sie setzt am Armutsbegriff an, der für die Zeit vor 1989 in einem *relativen (sozial-) politischen Armutsbegriff* als ‘**soziale Unterprivilegierung**’ gefaßt werden kann. Soziale Unterprivilegierungen bzw. spezifische Formen der Benachteiligung erfuhren Ältere, Behinderte, die sog. ‘Asozialen’ (ehemalige Häftlinge, ‘Arbeitsbummler’ etc.), ohne dass für die Mehrzahl der Betroffenen ein *existenzielles Problem bestand*. Die DDR-Sozialpolitik schloß den ‘Armutsbegriff’ aus, er war tabuisiert. Dennoch gab es soziale Unterschiede und auch sozialräumliche Differenzierungsprozesse. Diese Diskussion wurde in

²⁷ Diese Dimensionen und Begriffe wurden in der Diskussion mit Dieter Rink entwickelt.

den letzten zwei Jahren verstärkt in Bezug auf die Diskussion der 'Nivellierung sozialer Unterschiede im Sozialismus' sowie zu 'Segregationsprozessen' aufgenommen. Um diese 'feinen Unterschiede' nachvollziehen zu können, müssen spezifische Formen der Benachteiligung beschrieben werden.

Die soziale Dimension beschreibt den Weg unterschiedlicher sozialer Gruppen von 'gesicherten' zu 'restringierten' Lebenslagen. Von 'Armut' sind nun Gruppen betroffen, die sich vor 1989 mehrheitlich in gesicherten Lagen befanden. Die 'DDR-Armut' vor 1989 findet differenziert ihre Fortsetzung in der nach 1989 existierenden und kann in den verschiedenen Lagen zu einer *Verstärkung, Stabilisierung oder auch Abschwächung/Aufhebung* führen. In dieser Hinsicht kann die Anwendung des Konzeptes der Lebenslage - auf das später näher eingegangen wird - eine Beschreibung der Verengung („Schließung“) oder Erweiterung („Öffnung“) vorhandener Spielräume für die einzelnen betroffenen sozialen Gruppen liefern und ermöglicht den Bezug auf und die Bewertung der jeweiligen gesellschaftlichen Umstände. Hierbei wird insbesondere in der qualitativen Sozialforschung die subjektive Sicht, die Betroffenenperspektive einbezogen, 'die Selbstverortung als arm'. Es geht um die Frage, ob und inwiefern sich vorhandene Spielräume nach 1989 verändert haben, ob diese als ausreichend oder als restringiert bewertet werden und welche Bewältigungsstrategien daraus folgen.

Die räumliche Dimension muß von den Spezifika der DDR-Stadt- und Wohnungspolitik ausgehen. Neben der Aufarbeitung von Literatur zu diesem Thema wurde mit einer Archivanalyse begonnen. Nachweislich waren räumliche Konzentrationen von sog. 'Problemgruppen' in einigen Stadtteilen vorhanden, z.B. durch die Einweisung unterprivilegierter Gruppen (wie ehem. Strafgefangene) in Altbauviertel mit schlechter Bausubstanz. Dabei handelt es sich um eine Form „staatlich dekretierter Segregation“ (Herlyn 1991).²⁸

Konzept: Armut vor 1989 als 'soziale Unterprivilegierung'

Dimensionen: (Arbeitsbegriffe)

zeitliche: 'Armutsbegriff' - soziale Unterprivilegierung

soziale: von 'gesicherten' Lagen zu 'restringierten' Lebenslagen
(Gruppenspezifik)

räumliche: Spezifika der DDR-Stadt- und Wohnungspolitik (z.B. 'staatlich dekretierte Segregation' (Herlyn 1991))

Abbildung 10: Konzept: Armut vor 1989

²⁸ Zur Beschreibung des Themas 'Armut vor 1989' im Zusammenhang mit der übergreifenden Fragestellung „Stadtentwicklung und sozialräumliche Differenzierung in der DDR“ könnten auch andere Zugänge gewählt werden, die jedoch aus zeitlichen und personellen Gründen im Projektrahmen nicht realisierbar waren. Z.B. kann künftig eine Archivanalyse (Stadtarchiv Leipzig) weiterführende wertvolle Informationen zum Thema liefern, z.B. Aussagen für die Themen a) Umgang mit sozial unterprivilegierten Gruppen, b) Prozesse der staatlich organisierten Wohnraumverteilung vor 1989, c) Eingabenanalyse zum Bereich Wohnen vor 1989, d) Entwicklungskonzeptionen für ausgewählte Stadtteile / -bezirke für Leipzig. Eine erste Übersicht zu dem im Stadtarchiv vorliegenden Material ist vorhanden, an dem bei einer weiteren Bearbeitung des Themas angeknüpft werden kann.

3.5 Die Einbindung weiterer Theoriekonzepte - das Konzept sozialer Ungleichheit (Hradil)

Als Ausgangspunkt soll das Konzept sozialer Ungleichheit nach Hradil (1983) dienen. Bei der Beschreibung der nachfolgenden Ebenen werden für die spezifische Darstellung von Armutsprozessen in den neuen Bundesländern die drei, im Abschnitt 2.4. hergeleiteten Dimensionen 'zeitlich', 'sozial', 'räumlich' im Hintergrund behalten.

Hradil bestimmt drei Ebenen sozialer Ungleichheit. Als erste Ebene a) steht die der objektiven Bedingungen, die er als die *Ebene struktureller Lebensbedingungen* bezeichnet. Als eine zweite Ebene b) bestimmt er die der *milieuspezifischen Lebenswelten (Mikromilieus)*.²⁹ Darunter sind Gruppierungen zu verstehen, deren Mitglieder in unmittelbarem persönlichen Kontakt stehen. Das können spezifische Formen von Netzwerken sein, wie Familien, Kollegenkreise, Nachbarschaften. Bei den Nachbarschaften wird der räumliche Aspekt am deutlichsten. Diese Ebene der Mikromilieus bringt die individuelle Relevanz der Strukturbedingungen zum Ausdruck. Die Subjektivität der handelnden Betroffenen wird auf der Ebene c), der *Ebene individueller Lebenslagen* erfaßt.

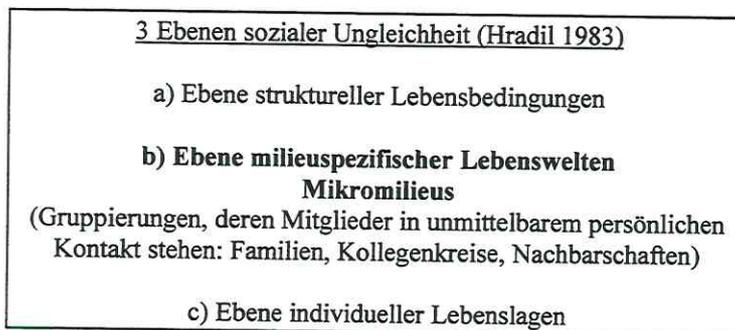


Abbildung 11: Ebenen sozialer Ungleichheit nach Hradil

Diese Ebenen stellten den Ansatz des Projektes „Armut und Milieu“ dar, in dem in der Stadt Hannover unterprivilegierte Gruppen in Stadtteilen untersucht wurden, die über einen längeren Zeitraum eine Abwertung erfahren hatten (vgl. Herlyn/Lakemann/Lettko 1991). Im Leipziger Projekt kommt es - im Unterschied dazu - zunächst darauf an, Tendenzen von Abwertungen städtischer Räume in Verbindung mit der Entwicklung sozialräumlicher Strukturen zu erkennen bzw. Hypothesen, die auf eine Abwertung hinweisen, zu erhärten.

Aus der erwähnten Untersuchung von Herlyn et al. und anderen Untersuchungen ist bekannt, dass die Stabilität der sozialräumlichen Umwelt für die Bewältigung von Armutssituationen bzw. das 'Herausfinden' aus Armutslagen eine entscheidende Bedeutung hat. Funktional und sozial durchmischte Gebiete bieten in diesem Zusammenhang weit bessere Bedingungen für die Bewältigung von Krisen, als sozial segregierte Gebiete (vgl. auch die Diskussion zu den Ansätzen 'Integration' / 'Segregation' nach Heitmeyer; Dangschat 1999). Dabei ist zunächst der Blick auf die Ebene c) zu richten, die Ebene individueller Lebenslagen. Dieser letzte Aspekt soll zur Beschreibung des methodischen Ansatzes der leitfadengestützten Interviews und der Auswertung dieser überleiten.

²⁹ Hradil beschreibt auch die Ebene der Makromilieus, wie Parteien, Landsmannschaften etc.. Diese sind jedoch für den Projektansatz zu vernachlässigen. Auch der räumliche Aspekt der Verortung dieser Milieus spielt nur eine marginale Rolle für deren Bestehen. In bezug auf Segregationstendenzen in den alten Bundesländern weist Herlyn jedoch darauf hin, dass wir häufig an bestimmten Orten der Stadt „den gewissermaßen harten Kern eines ansonsten überregional vorhandenen Milieus, also z.B. Arbeiterquartier und proletarisches Makromilieu; örtliche Drogenszene und Makromilieu von Abhängigen; Privilegierten-Wohnquartier und Milieus von Besitz und Bildung; gentrifizierte Wohngebiete und Makromilieus der Yuppies und eben auch Sub-Standard-Wohngebiete bzw. Armenghettos und Makromilieus der Armut“ (Herlyn et al. 1991:28) finden.

3.6 Methodischer Ansatz der qualitativen Interviews

3.6.1 Übersicht zu den Interviews

In die Auswertung fließen alle Interviews ein. In den Kapiteln zu den jeweiligen Stadtteilen fließen detailliertere Informationen zur Befragtenpopulation gesamt ein, wie z.B. Alter, Wohndauer im Stadtteil, Familienstand, Haushaltseinkommen etc. (vgl. Kap. 4.1. bis 4.4.).

Südvorstadt 28 Interviews

Gohlis-Süd 19 Interviews

Grünau-Mitte 10 Interviews

Neustadt-Neuschönefeld 13 Interviews

insgesamt 70 Interviews³⁰

insg. männlich: 24 Interviews (entspr. 1/3 der Interv.)

insg. weiblich: 46 Interviews (entspr. 2/3 der Interv.)

Nr.	Int.	Fall	Gesch.	OT
01	In	Scha	w	SV
02	In	Obda	mä	SV
03	In	Wa	w	SV
04	In	Die	mä	SV
05	In	Fis	mä	SV
06	Ub	Ha	w	SV
07	Ub	Kle	mä	SV
08	In	Tü	w	SV
09	Ub	Vo	mä	SV
10	Be	Sta	w	Goh
11	Be	Jü	mä	Goh
12	Bf	Bo	w	Grünau
13	Bf	A	w	Goh
14	Bf	B	w	Goh
15	Bf	C	w	Goh
16	Bf	D	w	Goh
17	In	Schu	w	SV
18	Ub	Mja	w	SV
19	In	Hem	w	SV
20	Be	Co	mä	Goh
21	Be	Le	w	Goh
22	Be	Pa	mä	Goh
23	Ub	Gau	w	SV
24	Ub	Schwer	w	SV
25	Ub	Kup	w	SV
26	Ub	Lan	w	SV
27	In	Pil	w	SV
28	Ub	Gö	mä	SV
29	Ub	Fünf	w	SV
30	Ub	Bla	w	SV
31	Ub	Har	mä	SV
32	Ub	Me	w	SV
33	Ub	Kö	mä	Goh
34	Ub	Re	w	SV
35	Ub	E	mä	SV

Nr.	Int.	Fall	Gesch.	OT
36	Ub	F	mä	SV
37	Ub	G	mä	SV
38	In	H	w	SV
39	Bf	I	w	Grünau
40	Bf	J	w	Goh
41	Bf	K	w	Grünau
42	Bf	L	mä	Goh
43	Bf	M	mä	Grünau
44	Bfi	N	mä	Grünau
45	Bf	O	w	NS
46	Bf	P	mä	Grünau
47	Bf	Q	mä	NS/Vol
48	Bf	R	w	Goh
49	Bf	S	w	Grünau
50	Bf	T	w	Grünau
51	Pb	Hof	w	SV
52	Pb	Blo	w	Goh
53	Pb	Gru	w	Goh
54	Pb	Pi	w	Goh
55	Pb	Ne	w	Goh
56	Pb	Hant	w	Grünau
57	Pb	Lam	w	Grünau
58	Pb	Irm	w	NS
59	Pb	Müll	w	Goh
60	Pb	Mü	w	Goh
61	Pb	Don	mä	NS
62	Si	Kra	mä	NS
63	Si	Gru	mä	NS
64	Si	Morg	w	NS
65	Si	Erd	w	NS
66	Si	Lang	w	NS
67	Si	Heil	mä	NS
68	Si	Hoff	mä	NS
69	Si	Wie	w	NS
70	Si	Hart	w	NS

Tabelle 3: Übersicht Befragte nach Nummer des Interviews, Interviewer, Fallbezeichnung, Geschlecht und Stadtteil

³⁰ Vier Interviews (11, 34, 43, 52) konnten aufgrund der sehr schlechten Aufnahmequalität nicht vollständig in die Auswertung einfließen und sind in den jeweiligen tabellarischen Übersichten Kapitel 4.1. bis 4.4. nicht enthalten.

3.6.2 Methodischer Ansatz

Die Zielstellung des Projektes zeichnete sich durch eine sehr hohe Komplexität aus. Die Entscheidung fiel für die Anwendung qualitativer Methoden mit der Absicht, „*nicht von außen dem Gegenstandsbereich Erklärungen überzustülpen, sondern ihm selbst, nämlich die sinnvoll handelnden Individuen, möglichst weitgehend in den Forschungsprozeß strukturierend hineinwirken zu lassen.*“ (Heinze 1995:8)³¹

Grundlegende Methode waren **leitfadengestützte, biographisch orientierte Interviews** (Leitfaden vgl. Anhang 2). Es wurden 70 Interviews durchgeführt, was für einen qualitativ orientierten Ansatz eine umfangreiche Menge darstellt.³² Eine Übersicht zur Zusammensetzung der Interviewten ist folgend enthalten. Diese verdeutlicht, dass sowohl in bezug auf die Altersgruppen als auch den Erwerbsstatus eine ausgewogene Verteilung vorhanden ist:

Nach dem Alter:

unter 20 Jahre	5
zwischen 20 und 30 Jahre	16
zwischen 30 und 40 Jahre	9
zwischen 40 und 50 Jahre	14
zwischen 50 und 60 Jahre	14
über 60 Jahre	12
<i>gesamt</i>	70

Nach dem Erwerbsstatus bzw. Tätigkeitsbereich:

Rentner (auch Invalidenrentner)	16
Vorruhestand	-
arbeitslos/ABM	37
Student/-in bzw. in Ausbildung	7
selbständig	-
voll erwerbstätig	5
teilzeit- / erwerbstätig	1
sonstiges (z.B. Erziehungsurlaub)	4
<i>gesamt</i>	70

³¹ In der qualitativen Sozialforschung wird die Methode der Triangulation als ein grundlegender Vorteil angesehen. Diese Methode wurde im Projekt nicht stringent angewandt, dennoch soll in dieser Fußnote darauf eingegangen werden: Denzin verstand darunter "die Kombination von Methodologien bei der Untersuchung des selben Phänomens." (Denzin 1978:291) Dabei wird unterschieden zwischen der Kombination 1. verschiedener Datenquellen ("Data-Triangulation"), die zu verschiedenen Zeitpunkten, an unterschiedlichen Orten und an verschiedenen Personen erhoben werden, 2. der "Investigator-Triangulation" - dies betrifft den Einsatz verschiedener Beobachter bzw. Interviewer, um die objektive Verzerrung durch den einzelnen auszugleichen und 3. der "Theorien-Triangulation" - von verschiedenen Perspektiven und Hypothesen ausgehend nähert man sich dem Forschungsgegenstand. Es wird bezweifelt, ob sich durch Kombination verschiedener Methoden ein 'totales Bild' des Phänomens erreichen läßt. Fielding und Fielding (1986:33) stellten dem entgegen: "Wir sollten Theorien und Methoden vorsichtig und zielbewußt in der Absicht kombinieren, unserer Analyse mehr Breite und Tiefe zu verleihen, aber nicht mit dem Ziel, 'objektive' Wahrheit anzustreben."

³² Die Bremer Studie zu Verarmungsprozessen und Sozialhilfeempfängern (Pfaff/Leisering 1991) basierte bspw. auf 60 Interviews mit Sozialhilfeempfängern.

Wichtig für die Aussagefähigkeit war neben dem Alter vor allem die Wohndauer in der Stadt bzw. im jeweiligen Stadtteil. So wurden bestimmte Prozesse und Veränderungen der Generation, die in den 60er bzw. 70er Jahren geboren wurde, ganz anders beurteilt, als etwa von der 'Kriegskindergeneration', insbesondere in bezug auf die Veränderungen im Stadtteil selbst sowie die Einschätzung 'eigener' oder 'fremder Armut'.

Wohndauer /	in Leipzig und	Wohndauer / im Stadtteil:
weniger als 1 Jahr	2	6
1-5 Jahre	6	16
5-10 Jahre	1	4
10 - 20 Jahre	15	16
20 - 30 Jahre	10	8
30 - 40 Jahre	11	9
40 - 50 Jahre	11	6
mehr als 50 Jahre	14	5
<i>gesamt</i>	<i>70</i>	<i>70</i>

Die ausgewählten Interviewpartner/-innen sollten das Spektrum der Vertreter verschiedener Generationen und Bereiche abdecken.

Ergänzend dazu wurden Dokumentenanalysen spezifischer kommunaler Daten und Berichte durchgeführt sowie die Ergebnisse der Vorgespräche mit explorativem Charakter genutzt.

Bereits in den theoretischen Überlegungen wurde deutlich, dass es keine übergreifende Theorie gibt, die als Grundlage für die Bearbeitung der komplexen Fragestellung dienen konnte. Aus diesem Grund wurde die Entscheidung getroffen, für das methodische Herangehen und den Prozeß der Datenauswertung in Anlehnung an das Verfahren der 'grounded theory' (vgl. Glaser/Strauss 1967) 'aus dem Material heraus' eine gegenstandsbezogene Beschreibung zu realisieren. Das Ziel der grounded theory ist es, eine gegenstandsbezogene Theorie zu generieren, die ein Verhaltensmuster erklärt, das für die Beteiligten relevant und problematisch ist. Diese gegenstandsnahe Theorie ist speziell auf ein bestimmtes Gegenstands- bzw. Analysefeld bezogen. Erst wenn mehrere solche gegenstandsbezogenen Theorien vorliegen, kann eine formale Theorie entwickelt werden, die übergreifende und allgemeine Bedingungen für Entstehung und Entwicklung der Analysegegenstände angibt. Damit steht am Anfang der Theorieentwicklung die bewußte Einschränkung der Verallgemeinerbarkeit (vgl. Wiedemann 1991:441). Von Strauss wird die 'grounded theory' als eigenständige Methodenlehre (bzw. *Methodologie*) verstanden, die folgende Spezifika aufweist: "*Der Fall als eigenständige Untersuchungseinheit, soziologische Interpretation als Kunstlehre, Kontinuität von alltagsweltlichem und wissenschaftlichem Denken, Offenheit sozialwissenschaftlicher Begriffsbildung.*" (Strauss 1991:11) Dabei wird davon ausgegangen, dass Hypothesen im Verlauf der Interpretation aus dem Text heraus gebildet und auch am Text empirisch belegt werden. Als Kriterium für die Verallgemeinerung einer Theorie gilt die theoretische Sättigung durch mehrere gegenstandsbezogene Theorien. Eine Theorie gilt dann als gesättigt, wenn sich keine neuen Fälle bzw. neue empirische Befunde unter die bereits entwickelte Theorie fassen lassen, d.h. nicht mehr zu einer Veränderung oder Entwicklung der Theorie beitragen (vgl. Wiedemann 1991:440). Die Annahme dieser Sättigung in den relativ kurzen Zeiträumen eines Forschungsprojektes ist jedoch idealtypisch,

man kann sich dem nur annähern: „Ganz gestillt kann der Hunger nie werden, da sich im Laufe der Zeit nicht nur die Phänomene verändern, sondern auch der Zugang zu ihnen. Außerdem stehen die meisten von uns unter forschungspragmatischen Zwängen. Wir haben nicht genug Zeit, Mittel und vielleicht auch Geduld, um immer weiter an einem Projekt zu forschen.“ (Rosenthal 1990:247). Die Einordnung in theoretische Ansätze (Lebenslagenansatz, Milieuansatz nach Hradil) stellt den abschließenden Schritt der Verallgemeinerung dar.

3.6.3 Datenerhebung

Die leitfadengestützten, biographisch orientierten Interviews

Bei den Interviews mit den - sogenannten ‘Laien-Experten’ wurde darauf orientiert, Personen aus verschiedenen Altersgruppen und sozialen Hintergründen in die Befragung einzubeziehen. Diese sollten Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit haben bzw. schon einmal gemacht haben. Gleichgewichtet sollten die Erfahrungen, die durch das Leben bzw. Wohnen im Stadtteil bestehen, einfließen.

Die Interviewpartner/-innen wurden über drei verschiedene Zugänge erreicht.

- A) Verteilung eines Anschreibens (Handzettel; vgl. Anhang 2) in den Häusern der Stadtteile Südvorstadt und Gohlis-Süd, auf denen die Hausbewohner über das Projekt informiert wurden (Inhalt; Auftraggeber; Gratifikation v. 20 DM; Ansprechpartner etc.). Die Interviewer/-innen fragten in den darauffolgenden Tagen im Haus nach, ob Bereitschaft für ein Interview besteht und vereinbarten Termine. Orientiert wurde auf nichtsanierte, mit Ofenheizung ausgestattete Häuser, da hier davon auszugehen war, dass bei bewohnten Zustand eher Personen erreicht wurden, die über ein geringes Haushaltseinkommen verfügen. Diese Hypothese bestätigte sich im Verlauf der Akquisition von Interviewpartner/-innen.
- B) wurden Institutionen in den Stadtteilen angesprochen, zu deren Klientel von Armut betroffene und bedrohte Personen zählen, die nach Möglichkeit bereits über einen längeren Zeitraum in den entsprechenden Einrichtungen wohnen. In Gohlis-Süd betraf dies das Übernachtungshaus für obdachlose Frauen, in der Südvorstadt das Obdachlosenhaus für suchtbetroffene Männer. Zu dieser Art des Zugangs werden zwei weitere Institutionen gezählt: Einmal das Leipziger Erwerbslosenzentrum in Gohlis-Süd, wobei es sich um ein offenes Beratungsangebot für die gesamte Stadt handelt und dort Befragte aus allen vier Stadtteilen erreicht wurden. Zweites handelt es sich um die Kirchgemeinde am Neustädter Markt (Neustadt-Neuschönefeld) mit dem dort vorhandenen offenen Angebot des Jugendtreffs.³³
- C) wurde mit dem sog. Schneeballverfahren gearbeitet, d.h. die jeweils Interviewten wurden nach Bekannten/Verwandten gefragt, die über gleiche Erfahrungen verfügen und evtl. zu einem Gespräch bereit sind.

Die Interviews wurden als leitfadengestützte, biographisch orientierte Interviews geführt. Diese Form des qualitativen Interviews erschien für die komplexe Fragestellung am erfolgversprechendsten. Es kam darauf an, die Gesprächspartner zu Erzählungen über ihre eigenen Erfahrungen zu ermutigen und ihnen dabei so viel wie möglich Raum für die eigene Gestaltung zu geben. Dadurch ist es möglich, das Relevanzsystem des Gesprächspartners zu erkennen. Durch die Einbettung in die

³³ Hier wurden nicht ausschließlich arbeitslose Jugendliche bzw. Jugendliche ohne Ausbildungsplatz befragt.

Lebensgeschichten können Rückschlüsse auf die Hintergründe bestimmter Einstellungen und Meinungen gezogen werden, die die eigene Entwicklung sowie die des Stadtteiles und der unmittelbaren Wohnumgebung (einschließlich des Hauses) betreffen. Ausgangsannahme dabei ist: *"Das heißt, das 'was jetzt gilt', der 'der ich jetzt bin', bestimmt in viel stärkerem Maße das 'was gewesen ist' und 'wer ich war'."* (Fischer 1978:319) Durch eine offene Erzählaufforderung wird dem Befragten die Möglichkeit gegeben, seine Lebensgeschichte zu entwerfen und wiederzugeben. Die Eingangsfragestellung hat etwa folgende Form: *"Ich möchte Sie bitten, mir ihre Lebensgeschichte zu erzählen, all die Erlebnisse, die für Sie persönlich wichtig waren. Sie können sich dazu so viel Zeit nehmen, wie Sie möchten. Ich werde mir jetzt Notizen machen und später auf Fragen eingehen."*³⁴ Durch diese Erzählaufforderung hat der Gesprächspartner die Möglichkeit, seine Haupterzählung völlig frei zu präsentieren, ohne dabei von Detaillierungsfragen unterbrochen zu werden. Können die Gesprächspartner ohne Interventionen erzählen, werden die Erzählungen von Geschichte zu Geschichte detaillierter, aus dem Gedächtnis tauchen mehr und mehr Einzelheiten und Erlebnisse auf. Fragen, die sich für den Interviewer im Verlauf der Haupterzählung ergaben, wurden notiert und im Nachfrageteil gestellt. Mit erzählgenerierenden Fragen wurde der Gesprächspartner zu weiteren Erzählungen motiviert. Dies waren Fragen zu Themen, die unklar geblieben sind und über die noch mehr in Erfahrung gebracht werden sollte, oder auch zu Ereignissen und Lebensphasen, die der Erzähler nur andeutete bzw. unerwähnt ließ. Wird die Frage nach bestimmten Ereignissen zu gezielt formuliert, erhält man von den Gesprächspartnern entweder bereits tradierte Geschichten oder allgemeine Einschätzungen, Argumentationen, die der Legitimation dienlich sind. *"Diese Konzeption impliziert generell ein Interesse daran, wie Menschen ihre Welt erlebten und heute erleben und wie sich ihnen ihre lebensgeschichtlichen Erfahrungen darbieten. Um diesem Interesse gerecht zu werden, dürfen nicht wir die Themen setzen, dürfen nicht wir definieren, was zu einem Thema gehört und was nicht, in welches thematische Feld ein Thema eingebettet ist und was seine Bestände sind."* (Rosenthal 1992:193)

Neben der Erzählung als dominanter Darstellungsform finden sich in den Ausführungen der Gesprächspartner aber auch andere Formen, z.B. die Argumentation und die Beschreibung. Argumentationen werden genutzt, um Zusammenhänge erklärend darzustellen oder Legitimationen auszudrücken, während Beschreibungen dazu dienen, Zustände, Situationen, typische Verfahrensweisen darzustellen. Erzählungen können hingegen Entwicklungsprozesse von Einstellungen und Haltungen anhand von Geschichten beschreiben. Siegfried Lamnek (1989:71) sieht in der Betonung des Erzählprinzips im narrativen Interview zwei methodologische Vorteile: *„a) Die Erzählungen kommen in ihrer Struktur dem Orientierungsmuster des Handelnden am nächsten; b) das Erzählen beinhaltet implizit eine retrospektive Interpretation des erzählten Handelns.“* Er geht davon aus, dass das narrative Interview den Erzählenden einem starken Zwang zur realitätsgetreuen Rekonstruktion vergangener Ereignisse aussetzt, ohne dass der Druck vom Interviewer auszugehen scheint oder gar das situative Klima das Interview gefährden könnte (vgl. Lamnek 1989:72).

Darüber hinaus sollten besonders die Einstellungen der Gesprächspartner zur Stadt sowie das subjektive Empfinden der Veränderungen in den verschiedenen Lebenslagen nach 1989 nachvollzogen werden. Aus diesem Grund wurden gezielte Nachfragen in diese Richtung gestellt. Eine Überlegung bestand darin, dass sich in der Entwicklung auch „kollektive“ (milieuspezifische) Grundstrukturen herausbildeten, die sich in den Einstellungen der Interviewpartner/-innen

³⁴Die Formulierung der Eingangsfrage wurde annähernd so gewählt, wie sie bei Gabriele Rosenthal (1995) zu finden ist.

widerspiegeln. „*Theoretisch und methodologisch bedeutsam ist als Vermittlungsinstanz von objektiver gesellschaftlicher Realität und individuellem Handeln die Ebene der kollektiv geteilten objektiven Bedeutungsstrukturen, also die jeweiligen sozialen Deutungsmuster und die von ihnen geleitete Praxis der gesellschaftlichen Subjekte.*“ (Heinze 1995:24)

Ein Problembereich, der im Gesamtkontext des Projektes sowie der Spezifik der befragten Klientel beachtet werden muss, darf nicht unerwähnt bleiben: Befragte mit einem niedrigen Bildungsabschluß und mittlerweile langjähriger Erfahrung mit Arbeitslosigkeit bzw. Sozialhilfebezug, hatten mit dieser Interviewform insofern Probleme, dass sie längere - auch reflektierende - Erzählungen über ihren eigenen Entwicklungsweg nicht gewöhnt/geübt sind. Weiterhin trug der Fakt, dass die Interviewer (Studenten Erziehungswissenschaft, Politologie u.a.) in ihrem Studium keine Ausbildung in der Methode (qualitatives Interview) erhalten und somit erstmalig innerhalb dieses Projektes damit 'konfrontiert' waren, vereinzelt zu Verkürzungen der Interviews bei.

3.6.4 Datenauswertung

Bei der Auswertung der leitfadengestützten und biographisch orientierten Interviews wurde auf die strukturierte Inhaltsanalyse (vgl. Mayring 1991) zurückgegriffen, wobei einmal der Schwerpunkt auf die inhaltliche Strukturierung gelegt wurde und zweitens, bezogen auf einen spezifischen Sachverhalt, auf eine typisierende Strukturierung. Da diese Vorgehensweise im Zusammenhang mit der Auswertung angewandt wurde, wird sie an späterer Stelle detaillierter ausgeführt.

Alle Interviews wurden nach einem Überblick über die biographischen Daten und auf der Grundlage der nach dem Interview gemachten Notizen (standardisierter Nachfrageteil) einer Globalanalyse unterzogen. Darunter ist zu verstehen, dass in dieser ersten Analyse die Fälle in bezug auf die interessierenden Sachverhalte vorläufig typisiert werden. Da bei qualitativen Verfahren der Anspruch auf Repräsentativität nicht erhoben werden kann, ging es nicht um die Häufigkeit des Auftretens eines bestimmten Typus, *"vielmehr soll rekonstruiert werden, welche Möglichkeiten innerhalb einer Gesellschaft, eines Milieus oder einer Institution bestehen, auf ein soziales Geschehen zu 'antworten'."* (Rosenthal 1990:246) Aus diesem Grund interessierten hier auch die selten auftretenden Fälle. Alle typisierten Fälle wurden einem kontrastiven Vergleich unterzogen. Dieser Vergleich war ein Analyseschritt, der sich an die Einzelfallanalyse anschließt, wurde aber auch schon im Verlauf der Einzelfallanalysen parallel durchgeführt.

Eine Frage, die sich bei der Auswertung immer stellt, ist die nach der Anzahl der auszuwertenden Interviews. Eine allgemein gültige Antwort darauf kann nicht gegeben werden. Es wurden in der Untersuchung daher zunächst alle Interviews entsprechend ihrer hörbaren Gestalt wortwörtlich verschriftet. Die Verschriftung des gesamten Interviews war notwendig, da vor der Analyse nicht bestimmt werden konnte, welche Inhalte für die Interpretation von Bedeutung sein würden.

Im Verlauf der Auswertung sollte vermieden werden, dass durch die Subsumtion des Textes unter ein bereits festgelegtes Klassifikationssystem die Gestalt des Textes zerstört wird. Es wird davon ausgegangen, dass die biographische Selbstpräsentation ein einheitliches Gebilde ist, das durch ein zugrundeliegendes Regelsystem erzeugt wird und sich somit nicht in einzelne Gruppierungen aufteilen läßt. Darauf weist auch Karl-Ulrich Mayer (1987:60) hin, wenn er schreibt: *"Lebenslauf ist ein endogener Kausalzusammenhang: spätere Bedingungen aber auch Zielsetzungen und Erwartungen sind primär zu verstehen und zu erklären aus Bedingungen und Entscheidungen, Ressourcen und Erfahrungen der vorausgegangenen Lebensgeschichte."* Es wird darüber hinaus auch

dem prozessualen Charakter sozialen Handelns Rechnung getragen. Jede soziale Handlung beruht auf der Auswahl zwischen verschiedenen möglichen Alternativen. Dies betrifft nicht nur die biographische Handlung in der konkreten Situation, sondern auch deren Thematisierung im Interview. *"Jede Selektion, die wir aus dem Horizont der uns zugänglichen Erinnerungen und der uns möglichen Darstellungsformen vornehmen, bedeutet also einerseits die Eröffnung eines gewissen Handlungsspielraums und andererseits den Ausschluß anderer thematischer Felder und Folgehandlungen. Handlungsabläufe, die sich in den Texten als Handlungsprotokolle manifestieren, sind somit Prozesse von Selektionen, aus denen jeweils - unabhängig von der Perspektive des Handelnden - bestimmte Anschlußhandlungen resultieren und durch bestimmte Folgehandlungen abgeschlossen sind."* (Rosenthal 1992:222)

Ausgangspunkt war die Überlegung, dass die erzählte Lebensgeschichte sich nicht aus einer zufälligen Aneinanderreihung erlebter Ereignisse zusammensetzt, sondern die Auswahl des Erzählten aus einem Sinnzusammenhang, einer Gesamtdeutung des Biographen erfolgt. Da *"die Konstitution der eigenen Lebensgeschichte in ihrer Globalstruktur retrospektiv von einem bestimmten Bild der 'Gegenwart' aus erfolgt"* (Fischer 1978:322), ist der Schluß auf die Bedeutungsinhalte möglich. Beim Herangehen an den Text galt es zunächst, die gegenwärtige Erzählsituation zu rekonstruieren, da sie in entscheidendem Maß die Perspektiven bestimmen, die die Auswahl der erzählten Geschichten steuern. Es war davon auszugehen, dass soziales Handeln nur mit der Analyse seiner Entstehungsbedingungen verstanden und erklärt werden kann.

Um den Auswertungsprozeß in seinen Schritten nachvollziehbar zu machen, wird permanent das methodische Prinzip der Explikation gefordert (vgl. Lamnek 1989:120). Dieses Prinzip besagt, dass die Einzelschritte der Untersuchung offengelegt werden sollen. Ziel dieser Offenlegung ist die Erhöhung der Akzeptanz. Da die strukturierende Inhaltsanalyse als Auswertungsstrategie gewählt wurde, soll sie hier kurz vorgestellt und danach die Umsetzung im Projekt nachvollzogen werden. Das Ablaufmodell strukturierender Inhaltsanalyse sieht zunächst 8 Arbeitsschritte vor:

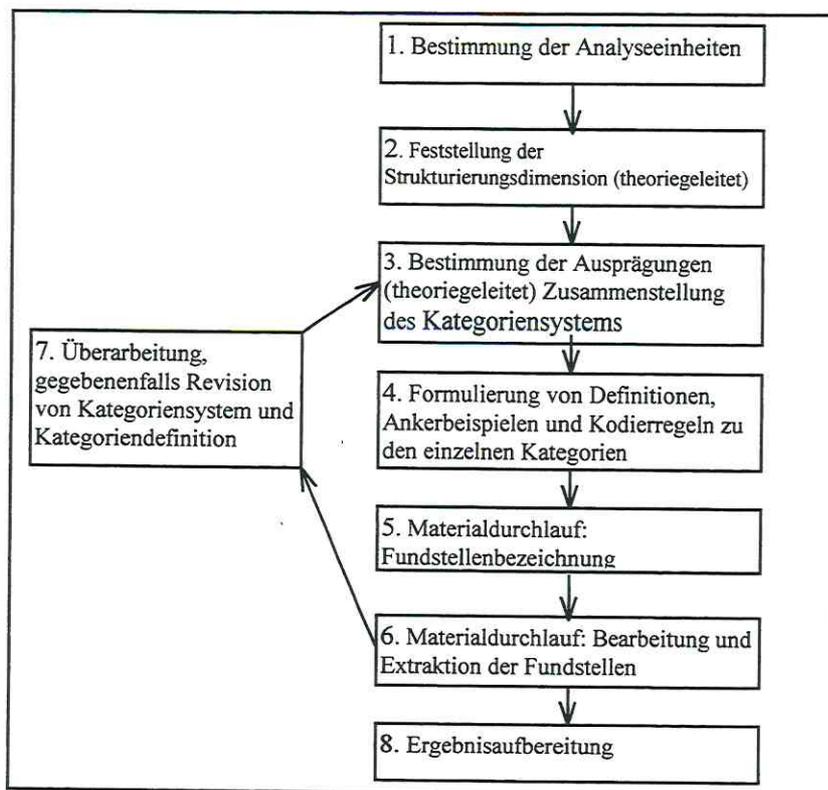


Abbildung 12: Ablaufmodell strukturierender Inhaltsanalyse (allgemein) (Mayring 1990:78)

Als Analyseeinheiten wurden die jeweiligen Interviews in ihrer Gesamtheit gewählt. Dies entsprach dem formulierten Anspruch, die Ganzheit des Textes zu berücksichtigen. Als Strukturierungsdimensionen wurden die vorgestellten Forschungshypothesen und hauptsächlichsten Fragestellungen des Projektes genutzt. Das aus den Forschungshypothesen generierte Kategoriensystem galt als Rahmen für die Inhaltsanalyse. Insgesamt wurde jedoch mit einer offenen Kodierung vorgegangen, d.h. der Text selbst generierte die Codes. Für den Materialdurchlauf wurde ein Programm genutzt, das es ermöglicht, Interviews qualitativ auszuwerten, Codierungen an Textstellen zu vergeben sowie diese später aus dem Text filtern zu können. Diese Filterfunktion kann dabei im Kontext ausgeführt werden, als auch die einzelnen Textteile sondiert nach den Interviews ausgeben. Aus den vergebenen Codierungen lassen sich überarbeitete Kategoriensysteme entwickeln sowie über eine Netzwerkfunktion die Verbindung der Kategorien untereinander darstellen. Dieses Programm wurde bei der Auswertung herangezogen und verband somit die Auswertungsschritte 5 und 6 (vgl. Übersicht folgende Seite).³⁵ Es diente auch dem Auswertungsschritt 7, der Überarbeitung des Kategoriensystems. Durch diese Computerunterstützung wurde darüber hinaus auch eine Zählung der Häufigkeit einer Codierung möglich. Es kam zwar nicht vordergründig darauf an, wie häufig ein Thema im Text benannt wurde, aber die Schwerpunkte, die in den einzelnen Interviews gelegt wurden, konnten besser und schneller nachvollzogen werden. Für die inhaltliche Auswertung blieb dies zunächst jedoch peripher.

³⁵Das Programm TAKT (Text-Analyse-Kodierungs-Tool) wurde bereits mehrfach erfolgreich zur Auswertung qualitativer Interviews genutzt (vgl. TAKT 1995).

TAKT für WINDOWS - Projekt - dfz

Dateien Projekt Text-Bearbeiten Codes Kategorienschema Statistik Fenster ?

Anschaffungen	Arbeitslosigkeit	Aussagenarmutallg.	Bedarf
BerufEltern	Berufkinder	Berufsausbildung	Berufverlauf
Bürgermeistersein	Einkauf	Erfahrgm.Aemtern	Familienzus.halt
Feste	Freizeit	Geburtsjahr	Geburtsort
Gefühlb.Wegzug	Geschwister	Gewalt	Kinder
Krankheit	Krankheltern	Lebensmittelpunkt	Lebstitheute
Lebssituatkinder	LeuteimHaus	LeuteinderStraße	Medien
Miethöhe	Nebenverdienst	Politik	Ratenkauf
Reaktb.Geldknappheit	Räumung	Sanierung	Schulbesuch
Schulden	Schulerfahrnkinder	Tagesablauf	Taschengeld
VergleichWende	Vermieter	Verzichteiternhaus	VerändergMenschen
VerändergSozunterst.	VerändergStadtteil	VerändergWohnumfeld	Wohndauer
Wohngeltern	Wohnumfeld	Wohnung	besonderesf.Familie
dreiWünsche	eigeneFamilie	famsiteltern	finanz.Situation
frühere.Wohnungen	geburtsjahrkinder	geburtspausen	gefährlicheEcken
geplanterWegzug	in10.Jahren	polit./soz.Engagemen	problematis.Menschen
schulderfahrg	soziale Kontakte	verrufene Stadtteile	zukünft.eig.Wohnung
Übernachtungshaus			

Abbildung 13: Auswertungskategorien in TAKT

Auf der Grundlage dieser Kodierungen konnte dann die weitere Auswertung erfolgen. Diese lehnt sich an die Form der inhaltlichen Strukturierung an, die Mayring mit folgenden Schritten umreißt.

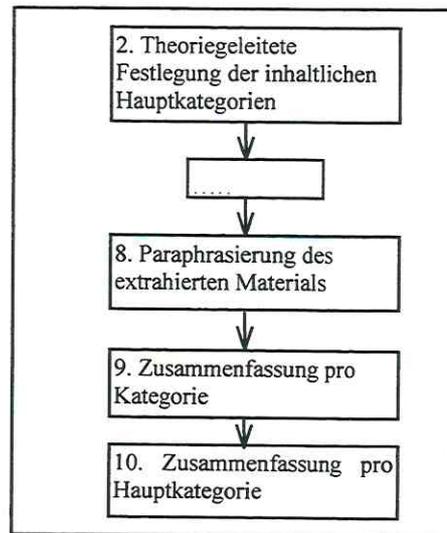


Abbildung 1: Ablaufmodell inhaltlicher Strukturierung (Mayring 1990:83)

Die Textstellen, die zu einem Code gehörten, wurden extrahiert und zu abstrakteren Aussagen zusammengefaßt, die sich jedoch noch immer den Interviews zuordnen ließen. Dann wurden zu verschiedenen Themenbereichen allgemeinere und interviewübergreifende Aussagen gemacht.

Im Anschluß an diese Auswertung wurden verallgemeinernde Aussagen interviewübergreifend entwickelt, die verknüpft mit den Aussagen der anderen zugehörigen Kodierungen in die jeweiligen Themenbereiche einfließen.

Da eine Grundannahme des Projektes war, dass das Besondere der ‘Armutproblematik’ sich auch in den subjektiven Einstellungen widerspiegeln müsse, wurden die Interviews bezogen auf diesen Sachverhalt einer nochmaligen Analyse unterzogen, die eine aus dem empirischen Material generierte Typenbildung zum Ziel hatte. *„Von einer Typisierung spricht man in der Regel dann, wenn einzelne Aspekte eines gefundenen Phänomens gedanklich gesteigert als wesentliche Merkmale des Phänomens herausgestellt, als überindividuelle angesehen und in ihrer spezifischen Konstellation als typisch bezeichnet werden, ohne daß sie in ihrer reinen Form in der sozialen Wirklichkeit zu finden wären. Die zugrundeliegende Handlungsfigur wird dabei als Prototyp eines strukturellen Phänomens, des Handlungsmusters aufgefaßt.“* (Lamnek 1989:339)

Die Typisierungsdimension war das Verhältnis/die Einstellung und die Bewältigungsstrategien der Interviewpartner in bezug auf die Armutproblematik, wobei durch die heterogene Zusammensetzung der Befragten davon ausgegangen wurde, ein breites Spektrum erreicht zu haben. Anspruch auf Vollständigkeit kann jedoch nicht erhoben werden, war auch nicht vordergründig Anliegen dieser Typisierung. Vielmehr kam es darauf an, fördernde und hemmende Faktoren der Herausbildung von Einstellungsmustern aufzuzeigen. Aus diesem Grund wurde eine Globalanalyse der Interviewtexte vorgenommen und die Einstellungen verschiedenen Typen zugeordnet. Ein Spektrum von vier vertretenen Einstellungen zum interessierenden Sachverhalt wurde herausgearbeitet (vgl. Kapitel 5).

4 Die Spezifik der ausgewählten Stadtteile

Ausgewählt wurden Neustadt-Neuschönefeld, die Südvorstadt, Gohlis-Süd und Grünau-Mitte.



Abbildung 15: Lage ausgewählter Ortsteile (Quelle: Amt für Statistik und Wahlen, Ortsteilkatalog Stadt Leipzig, 1995)

Neben den im Sozialatlas aufgenommenen Strukturdaten (vgl. 4.1. bis 4.4.) soll für die folgenden Ortsteile die soziale und kulturelle Infrastruktur aufgezeigt werden. In diesem Zusammenhang muß hervorgehoben werden, dass die folgende reine Aufzählung von sozialen und kulturellen Infrastruktureinrichtungen für sich allein stehend wenig Aussagekraft hat. Auch Alisch und Dangschat betonen, dass im Zusammenhang mit der Verteilung von Einrichtungen der Freizeitinfrastruktur (Anzahl der Kneipen, Kinos, kulturellen Einrichtungen etc.) weder ein Fehlen dieser Einrichtungen noch ihr Vorhandensein ein Indikator dafür ist, dass es sich um ein benachteiligendes Gebiet handelt. Das heißt, die Verteilung sozialer und kultureller Infrastruktureinrichtungen geht nicht notwendigerweise mit einer sozialen Problematik einher (vgl. Alisch / Dangschat 1993:120).

Unter diesen Einschränkungen soll die Beschreibung der Verteilung der sozialen / kulturellen Infrastruktur der ausgewählten Stadtteile (Südvorstadt, Neustädter Markt-Neuschönefeld, Gohlis-Süd und Grünau-Mitte) als eine Grundlage der Beschreibung sozialräumlicher Ausdifferenzierungsprozesse insofern dienen, dass damit die Hypothese weiterverfolgt wird, die besagt, der räumliche Aspekt - das jeweilige soziale bzw. städtebauliche Umfeld - 'Verarmungsprozesse' befördern oder hemmen kann. Eine Voraussetzung - praktisch als 'Folie' - ist die Darstellung räumlicher Charakteristika, wie sie für eine Vielzahl von Faktoren schon im Sozialatlas enthalten sind und für die ausgewählten Stadtteile in Bezug auf die Ausstattung mit sozialer Infrastruktur fortgeführt werden soll.

Kommunale und Einrichtungen freier Wohlfahrtsverbände zur Kinderbetreuung sowie Schulen (außer der freien Einrichtungen) wurden hier spezifisch nicht aufgenommen.³⁶ Diesen 'objektiven' Faktoren der Ausstattung des jeweiligen Stadtteiles müßten kontinuierlich weitere Daten hinzugefügt (Umweltdaten, fortgeschriebene Sozialdaten etc.) und mit den 'subjektiven' Daten in Verbindung gebracht werden. So ist eine umfassende Beschreibung über- und unterversorgter Gebiete in Form einer fortgeschriebenen Sozialraumanalyse möglich. (Im Rahmen des vorliegenden Projektes ist das Anliegen nicht realisierbar.)

Von den bisher aufgenommenen Infrastruktureinrichtungen sind folgende Einrichtungen in der jeweiligen Beschreibungskategorie enthalten:³⁷

Kultur	Bibliotheken, Museen, Galerien, Kneipen, Szenekneipen (extra), Kino, Verlage
Vereine	Kultur-, Frauenvereine, Vereine für Ausländerarbeit, Bürgervereine und -initiativen
Ämter	kommunale und regionalspezifische Einrichtungen
Religion	Beratungszentren, Kirchen, Pfarrämter, Jugendgemeinden, religiöse Gemeinschaften
Freizeit	Schwimmbädern, Saunen, Jugendzentren, Sporteinrichtungen, Familien- und Mütterzentren
Heime	Senioren-, Alten-, Pflege- und Behindertenheime
Handel	alternativer Handel (ökologische Produkte, alternatives Spielzeug, ökol. Textilien etc.)
Verbände	Freie Wohlfahrtsverbände
Treffs	Seniorentreffs, Einrichtungen für Behinderte (räumlich und nach untersch. Gruppen)
Wissenschaft	Hochschulen, Universitäten, wissenschaftliche Archive
Konsulate	Konsulate der diplomatischen Einrichtungen in Leipzig
Initiativen	Selbsthilfegruppen etc.
Werkstatt	Behindertenwerkstätten
fr. Bildung	freie Schulen und Kindergärten

Tabelle 4: Übersicht über Beschreibungskategorien

³⁶ Im Zusammenhang mit der Erstellung des städtischen Kinder- und Familienberichtes und einer Zuarbeit der HTWK Leipzig wurde angestrebt, verschiedene Daten zusammenzuführen (z.B. Übersicht kulturelle Infrastruktur). Aus diesem Grund wurden im vorliegenden Projekt nicht alle Infrastrukturdaten aufgenommen, um Doppelarbeiten zu vermeiden. Bisher (Stand Oktober 1999) liegt die Endfassung des Kinder- und Familienberichtes jedoch noch nicht vor, so dass auf die Ergebnisse nicht eingegangen werden kann.

³⁷ Die Zusammenstellung erfolgte anhand verschiedener offizieller Herausgaben der Stadt Leipzig (z.B. 'Wegweiser', 5., überarbeitete Auflage; „Soziales Netzwerk“ Leipzig des LEZ; 1997).

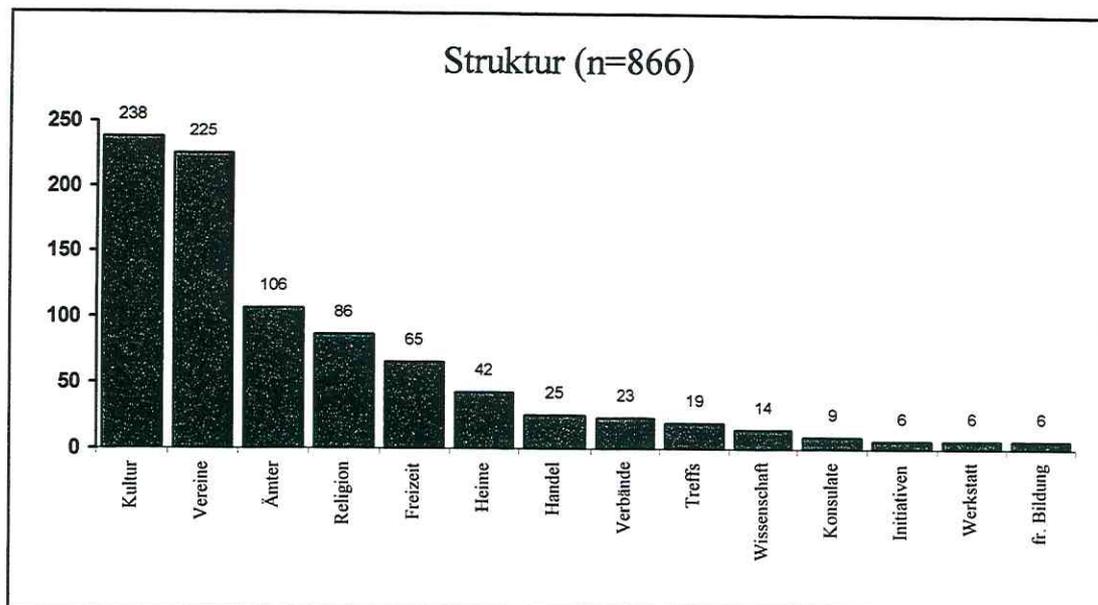


Abbildung 16: Übersicht Infrastruktureinrichtungen in Leipzig nach Beschreibungskategorien

Von den in die Auswahl aufgenommenen sozialen und kulturellen Einrichtungen (n=866; Ämter, freie Verbände, Initiativen, Bürgervereine, Jugendeinrichtungen, alternative Einrichtungen etc.) befinden sich 50 Prozent in den Stadtbezirken Mitte und Süd (37% Mitte, 13% Süd; in Süd selbst noch einmal über die Hälfte in Connewitz). In Mitte konzentrieren sich die Verwaltungs- und kulturellen Einrichtungen, die durch die Verlagerung/Konzentration in die Prager Straße das Zentrum-Südost zu einer 'Verwaltungshochburg' werden läßt. Der 'Süden von Leipzig' (Ortsteile Südvorstadt und Connewitz) verfügen über den Hauptanteil an Initiativen und Vereinen ('Hochburg' Haus der Demokratie am Connewitzer Kreuz) sowie alternativen Kultureinrichtungen (z.B. Werk II am Connewitzer Kreuz). Im Verhältnis zur Einwohnerzahl ist der Stadtbezirk West (und damit auch der ausgewählte Ortsteil Grünau-Mitte) relativ unterversorgt. Das neue 'Allee-Center' dominiert hier auch die Kultur- und Freizeitlandschaft (Kino BofimaX). Der Ortsteil Gohlis-Süd verfügt über einen großen Anteil sozialer, caritativer und kirchlicher Einrichtungen (z.B. 2 Kirchen, Übernachtungshaus für Frauen, Vereine zur sozialen Rehabilitation, Suchtzentrum).

(Zur subjektiven Einschätzung der Versorgung einzelner Ortsteile vgl. Lebenslagenreport Leipzig 1999, Kapitel 4.3.4. und Anhang A sowie 2. Zwischenbericht, UFZ-Projekt „Städtische Armut...“, 1998)

n= 866	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9
	SB Mitte (347)	SB Nordost (42)	SB Ost (50)	SB Südost (68)	SB Süd (120)	SB Südwest (60)	SB West (47)	SB Alt- West (53)	SB Nordwest (26)	SB Nord (57)
Ämter (106)	43	6	3	5	7	10	13	6	5	5
fr. Bildung (6)	0	0	0	2	2	0	0	1	0	0
Freizeit (65)	14	9	7	6	6	6	6	4	1	6
Handel (25)	12	0	1	1	6	3	0	1	1	0
Heime (42)	7	5	3	6	6	2	6	2	1	3
Konsulate (9)	6	0	1	0	0	0	0	1	0	1
Kultur (238)	132	3	9	11	33	14	6	9	8	10
Initiativen (6)	0	0	0	0	3	0	0	0	0	3
Religion (86)	29	5	6	8	9	8	2	10	3	6
Treffs (19)	3	1	3	1	3	2	2	1	1	2
Verbände (23)	6	3	4	1	5	0	2	1	0	1
Vereine (225)	82	10	13	26	35	14	8	15	4	17
Wissenschaft (14)	8	0	1	1	2	1	0	0	1	0
Werkstatt (6)	0	1	0	0	2	0	0	1	0	2

-davon 25 Szenekneipen

(davon 13 Szenekneipen)

(davon 8 Szenekneipen)

4 Bibliotheken in einzelnen Grünauer Stadtteilen +Kino/Böfimax

über 50% der gesamten Einrichtungen

'Haus der Demokratie' mit vielen Vereinen

Vielzahl sozialer u. caritativer Einrichtungen
Stadteilzentrum West
als Außenstelle Stadtverwaltung

-davon 3 Szene (u.a. HdV, Cafe Westen)

u.a. Gohliser Schlösschen, Schillerhaus, Galerie in Gohlisarkaden

4.1. Südvorstadt

4.1.1. Strukturdaten

„Gründerzeitliches Bürgerviertel mit repräsentativer Wohnbebauung“ (Ortsteil 40)

Die Südvorstadt wird im Ortsteilkatalog der Stadt Leipzig als ein „unmittelbar an das Zentrum grenzendes Wohngebiet mit vorwiegend gutbürgerlichen Gründerzeithäusern, aber auch sanierungsbedürftiger Altbausubstanz“ beschrieben. Die Magistralen Karl-Liebknecht-Straße, August-Bebel-Straße, Kurt-Eisner-Straße; R.-Lehmann-Str. begrenzen und durchziehen das Gebiet. Außer der August-Bebel-Straße verfügen alle Magistralen über eine Vielzahl von Einrichtungen kleiner Handels- und Gewerbetreibender. In diesem Stadtteil befinden sich Bereiche der Universität Leipzig sowie der Fachschule der Telekom. Teilbereiche der (Fach-) Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur grenzen an diesen Stadtteil. Genau an der Stadtteilgrenze - Karl-Liebknecht / Ecke R.-Lehmann-Straße - wurde das Landessparkassen-Gebäude bis Ende 1997 errichtet.

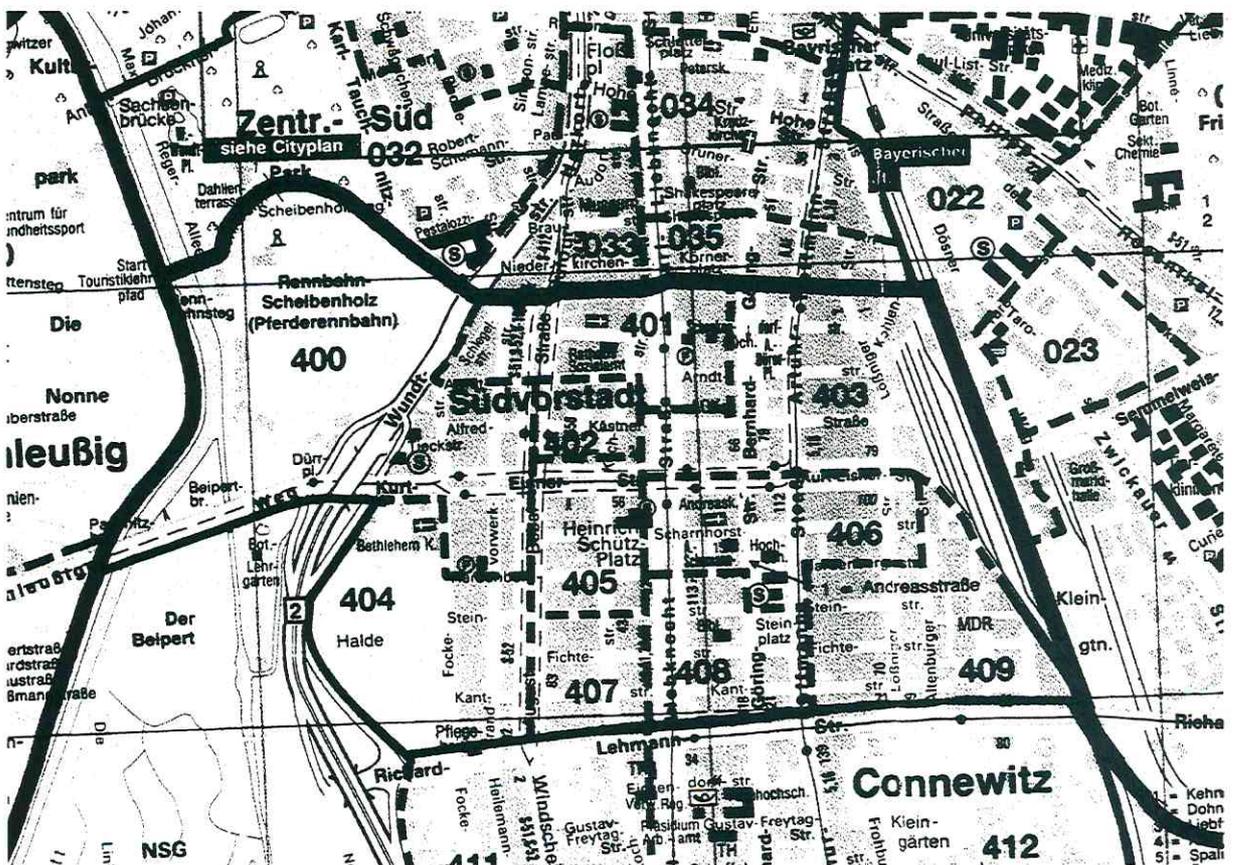


Abbildung 1: Südvorstadt (Ortsteil 40)

Teile des Kulturparkes „Clara Zetkin“ und des südlichen Auewaldes sowie die Rennbahn Scheibenholtz lassen dieses Gebiet als ein „verdichtetes Wohngebiet in Citynähe mit großem, aber isolierten Grünanteil (30%)“ beschreiben (vgl. Sozialatlas UFZ 1997) Vergleichbar ist dieser isolierte Grünanteil mit dem Rosental, welches an den noch zu charakterisierenden Stadtteil Gohlis-Süd grenzt. Auf dem Gelände des ehemaligen Schlachthofes, dem heutigen MDR-Gelände (Mitteldeutscher Rundfunk) erfolgt bis Mitte des Jahres 2000 der Aufbau der über 60 Meter hohen MDR-

Sendezentrale. Die Pläne für die neue MDR-Zentrale an der Ecke Kantstraße wurden im Dezember 1996 vom Stadtrat gebilligt (vgl. LVZ 13.12.1996:17). An großen Neubauten wurde weiterhin das Gebäude der Landessparkasse an der Grenze zum Ortsteil Connewitz errichtet. Wie das erstere (Rundfunk- und Verwaltungsgebäude MDR) durch den Ausbau des Mediengeländes künftige Verkehrsströme beeinflusst, kann noch nicht abgeschätzt werden. Durch den Neubau der Straße zwischen Tabaksmühle und Straße des 18. Oktober / Deutsche Bücherei wird mit einer unmittelbaren Entlastung der Karl-Liebknecht-Straße gerechnet. Ein weiteres großes ‚Verwaltungsgebäude‘ im Zentrum-Süd, welches nach dem Umbau und der Sanierung in den nächsten Jahren einen größeren Einfluß auf die Entwicklung der Südvorstadt nehmen könnte, ist das ehemalige Reichsgericht. Für das Zentrum-Süd ist damit eine Aufwertung und auch teilweise Gentrifikation zu prognostizieren. Inwieweit auch die soziale Zusammensetzung der Südvorstadt betroffen sein wird, kann derzeit noch nicht eingeschätzt werden. Man kann davon ausgehen, dass Sanierungsbestrebungen für dieses abgegrenzte Gebiet am Reichsgericht sowie um das MDR-Gelände schneller durchgesetzt werden.

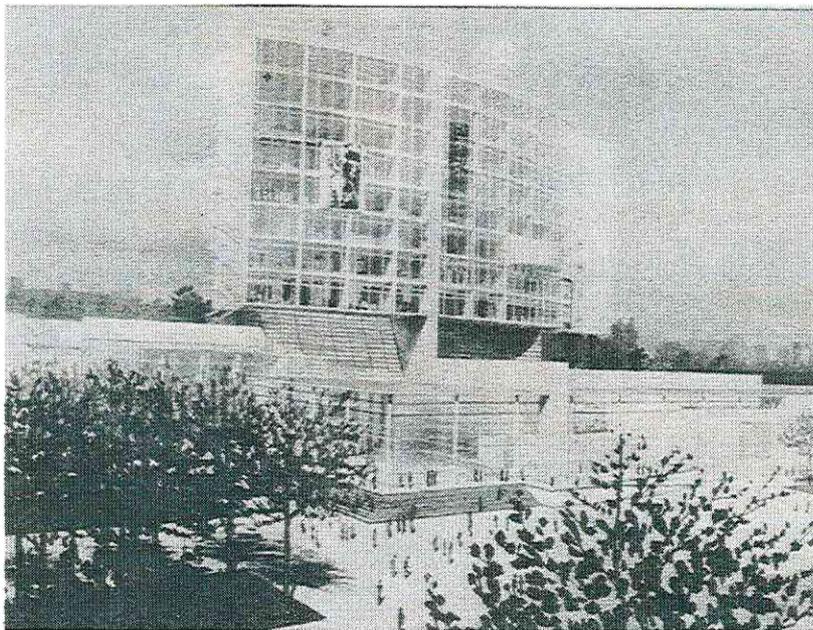


Abbildung 18: Bild aus der Leipziger Volkszeitung v. 13.12.1996 . S. 17 ('Pläne für MDR-Zentrale gebilligt')

Für das Gebiet 'Innerer Süden' trat schon Anfang der 90er Jahre die Sanierungssatzung in Kraft (vgl. OTK 1995).

Nach den Eigentumsformen ist hier ein 'Patt' von kommunalem und privaten Eigentum (40% zu 39 %) vorhanden. Der Anteil genossenschaftlichen Eigentums ist relativ hoch (21 %). Es besteht ein sehr hoher Anteil an 4-Raum-Wohnungen sowie unterdurchschnittlicher Anteil an 1-bis 2-Raum-Wohnungen. Für bebaute Gebiete wird ein überdurchschnittlicher Geld- und Flächenumsatz erzielt (hoher qm-Preis). Die Infrastrukturausstattung in bezug auf die vorhandenen Ärzte ist überdurchschnittlich.

Zur weiteren Ausstattung mit sozialer und kultureller Infrastruktur: Der Stadtbezirk Süd ist nach dem Stadtbezirk Mitte am besten ausgestattet. Er verfügt über eine ausgebaute Kultur- und Kneipenszene. Die 'Hochburg' der Vereine - das Haus der Demokratie - befindet sich am Connewitzer Kreuz.

Spezifisch in der Südvorstadt befinden sich dann noch einmal ein Drittel aller aufgenommenen Einrichtungen des Stadtbezirkes Süd, insbesondere Cafes, Galerien und Szenekneipen. Die Obdachlosenzeitung 'Kippe' hat hier ihren Sitz, ebenso wie das Bürgerradio 'Blau'. Für die

Südvorstadt und generell den Stadtbezirk Süd ist der hohe Anteil an Alternativkultur und vor allem alternativer Jugendkultur - auch vor der Wende 1989 - charakteristisch (vgl. Rink 1995). Dennoch begann schon vor ca. 5 Jahren der Wegzug inzwischen etablierter, früher zu den 'Pionieren' der Alternativkultur zählender Institutionen in die Leipziger Innenstadt (wie z.B. des Stadtmagazins 'Kreuzer'). Auch der Anteil kirchlicher Einrichtungen ist hoch (von 9 kirchlichen Einrichtungen Süd's sind 5 in der Südvorstadt - 2 religiöse Gemeinschaften, 2 evangelische Kirchen, 1 katholische Kirche).

n= 866	4 SB Süd (120)	40 Stadtteil Südvorstadt (39)
Ämter (106)	7	3
fr. Bildung (6)	2	0
Freizeit (65)	6	2 (JFZ, Sauna)
Handel (25)	6	2
Heime (42)	6	1
Konsulate (9)	0	0
Kultur (238)	33	16 (3 Cafés, 4 Szene, 1 Bibliothek, 3 Galerien, 1 Kabarett, 1 Kneipe, 1 Gaststätte, 1 Buchhandlung)
Initiativen (6)	3	0
Religion (86)	9	5 (2 Gemeinden, 2 evang. Kirchen, 1 kath. Kirche)
Treffs (19)	3	2
Verbände (23)	5	0
Vereine (225)	35	7
Wissenschaft (14)	2	0
Werkstatt (6)	2	0

Tabelle 5: Infrastruktureinrichtungen Südvorstadt

4.1.2 Photoserie Südvorstadt (1997/98)

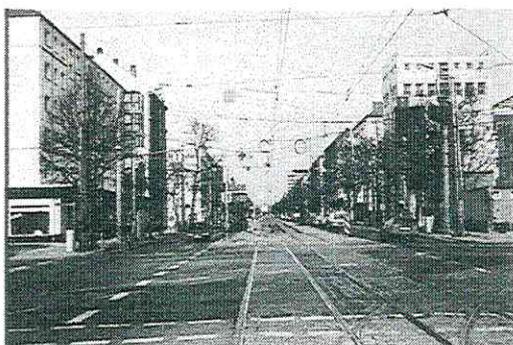


Bild 1 -



Bild 2

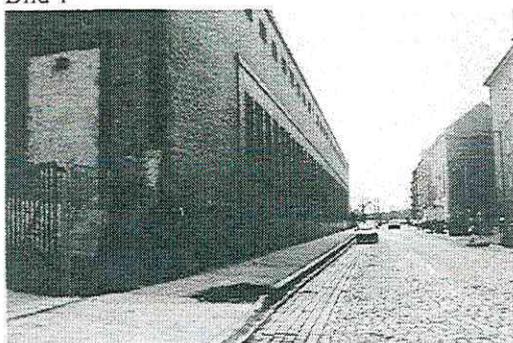


Bild 3



Bild 4

Bild 1: Karl-Liebnecht-Straße / Ecke Richard-Lehmann-Straße (stadteinwärts fotografiert)

Bild 2: Alte Schlachthofhallen MDR-Gelände / Altenburger Straße (stehen unter Denkmalschutz)

Bild 3: Alte Schlachthofhallen MDR-Gelände / Altenburger Straße

Bild 4: Baustelle MDR-Gelände (Altenburger Straße / Steinstraße)



Bild 5



Bild 6



Bild 7



Bild 8



Bild 9



Bild 10



Bild 11

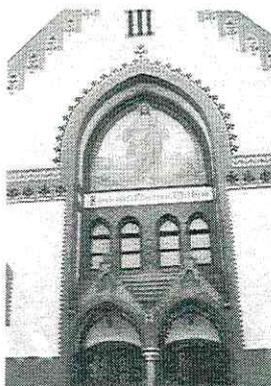


Bild 12

Bild 5 und 6: Blick auf die ‚Burgähnlichen Wohnanlagen
(20er Jahre) Löbniger Straße / Ecke Steinstraße
Bild 7: Blick in Richtung R.-Lehmann-Straße
Bild 8: ‚Alt‘ und ‚Neu‘ Löbniger Straße / Ecke Steinstraße

Bild 9: Sanierter ‚Schwenke-Hof‘ in der Kohlenstraße
Bild 10: Typische 60er Jahre Bauten Arthur-Hoffmann-Straße
Bild 11: Leerstand und ‚Umnutzung‘, Arthur-Hoffmann-Straße
Bild 12: Kirche (Ausschnitt) Körnerstraße



Bild 13



Bild 14



Bild 15

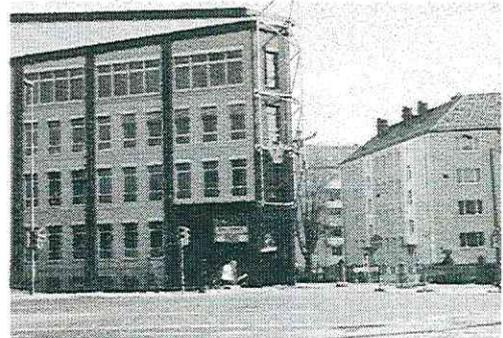


Bild 16

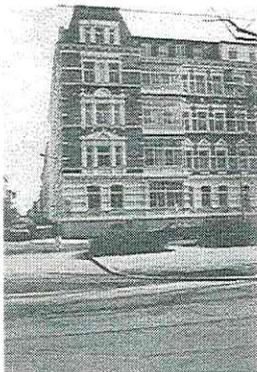


Bild 17

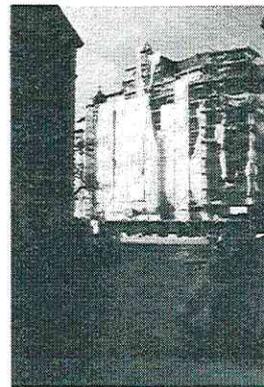


Bild 18

Bild 13: Sanierung der Wohnhäuser in den ‚Hinterhöfen‘ Scharnhorstraße
Bild 14: ‚Private Idylle‘ Großstadt – Fenster zum Hof, Kantstraße 59 a-b in Richtung Arthur-Hoffmann-Straße
Bild 15: Rennbahn Scheibenholtz
Bild 16: Neues Gebäude der HTWK an der Auffahrt zur B 2 / Wundtstraße
Bild 17: Saniertes Gebäude August-Bebel-Straße
Bild 18: ‚Kein Stopp der Sanierung‘ – eingerüstetes Gründerzeithaus August-Bebel-Straße (1998)

4.1.3 Aspekte der Lebenslagen im Stadtteil

Übersicht zu den Befragten

Interviews Südvorstadt

insg. 28 Interviews

Nr	ST	Ge.	Geb.-jahr/Alter (Geb.-ort)	Gesch w.	Seit Stadtt. ¹	Fams	Kinder	Schulab	ber. Abschluss	früh./Tätigkeit	Erwerbs-tatus	HH-Einkommen (‘Verdiener’)	Anmerkung
1	SV	w	1952 / 47 (Leipzig)	3	1952	gesch.	4 (dav. alle vor 1989 zur Fürsorge)	8. K.	un-/ angelemt	Reinig.-kraft	arbeitslos (1991)	allein: 400 HLU 370 Krank.	Hat Betreuer (Amtsvormund)
2	SV	m	1944 / 45 (Schönwerda)	5	1961	gesch.	2 (34,28)	7. K.	Facharbeiter (Bauberuf)	Fliesenleger	arbeitslos (1997)	allein: 1100 ALH 20 Wohngeld	lebt im OL-Haus (Sch 27)
3	SV	w	1932 / 67 (Leipzig)	keine	1958	gesch.	5 (47,43,41 ,39,28)	8. K.	Facharbeiter (Schneiderin)	Post (Hilfskr.)	Rentnerin (nach ’89 Vorruhest.)	zusammen (2) 1600 (Partner: 551 Invalid.-rente) allein: 1113 Rente (2xJahr Kleidergeld)	leben zusammen in einer 2-R.-Whg.
4	SV	m	1943 / 56 (Leipzig)	1 H- Br. (†)	1984	alleinst.	Keine	10. K.	Ingenieurabsch I. (Agraring.)	Trainer/Jockey	arbeitslos (1995) unreg. Jobs	allein: ca. 900 ALH (Wohngeld)	war eher wortkarg im Gespräch (einsam)
5	SV	m	1948 / 51 (Doberitz/Groß pösna)	1	1996	gesch.	2	10. K.	Facharbeiter (Dreher)	LKW-Fahrer	arbeitslos (erwerbsunf.se it 1995)	allein: ca. 900 ALH (Wohngeld)	lebt von ALH, da vermittelbar für leichte Tätigk.

¹ In einer Gesamtübersicht (intern) ist sowohl der vollständige Name des Befragten als auch die Anschrift enthalten. Aus Datenschutzgründen gehen diese Angaben nicht in den Projektbericht ein. Dies gilt ebenfalls für die tabellarische Übersicht zu den weiteren 3 Ortsteilen.

6	SV	w	1936 / 63 (Schwerin an der Warthe / Polen)	8	1954	gesch.	2	8. K.	un-/ angelehrt	Reinigungs- kraft	Rentnerin	zusammen (m. Sohn) 1800 DM allein: 1200 Rente + Zusatzverd. 160 DM (Autohaus Sohn)	1945 Umsiedler; nach Leipzig; lebt mit behind. Sohn (31) zusam.
7	SV	m	1953 / 46 (Heilbronn)	4	1957	verheirt.	1	10. Kl	Facharbeiter	Gleisbaufach- arbeiter	arbeitslos	zusammen (m. Ehefrau ALH=715) 1500 DM allein: Alos-hilfe 825 DM (dazu monatl. 500 DM Mutter, die mit in Wohnung wohnt)	1989 nach Maueröffnung zurück n. Westdfl./ ½ Jahr wieder in DDR; ab dann oft arbeitslos); Ehefrau erwerbsunfähig; schw vermittelb.
8	SV	w	1945 / 54 (Leipzig)	Keine	1998	gesch.	2	10. K.	Fachhochsch. (Erzieherin)	Erzieherin (nach '89 n. einmal Ab- schluß	arbeitslos (1998)	allein: 1076 DM ALG	1994 1. Mal arbeitslos; dann bei fr. Träger
9	SV	m	1958 / 51 (Leipzig)	1	1958	ledig	Keine	10. Kl.	Facharbeiter	Dachdecker	arbeitslos (seit 1997)	allein: 1000 DM aus Vermietung (altes Haus; v. Vater)	psych. krank; einfache Whg.- einrichtung
17	SV	w	1941 / 58 (Böhm/Mähr.)	keine	1990	gesch.	2 (†)	Abitur	Hochschule	Dipl.- Chemikerin	arbeitslos (1990); dann ½ St. Kirchl. Erwerbs-init (s. 1998 ern. arbeitslos)	allein: ca. 770 DM ALG+soz. Zuschuß	1945: Umsiedlerin (geringes ALG aufgr Basis ½ Stelle)
18	SV	w	1952 / 47 (Leipzig)	4	1977	verheirt.	1 (†)	.keinen	un-/angelehrt	Küchenhilfe	arbeitslos (1997)	allein: 881 ALH	in 2. Ehe verheiratet (1995) ab 3/99 ABM (wortkarg)

19	SV	w	1977 / 22 (Wolfen)	2	1978	ledig	keine	Abitur	Hochschule	-	Student	allein: ca. 1200 DM	mit Lebensp. zusammenlebend
23	SV	w	1929 / 70 (Zwickau)	keine	1954	verwitw.	5	10. K.	un-/angelehrt	Sekretärin	Rentnerin	wollte keine Angabe machen	hat Alters- und Witwenrente
24	SV	w	1922 / 77 (Großdeuben)	2 (Halb)	1959	ledig	1	8. K.	Lehrausbildg. (Verkäuferin)	Fachschule Ing.-ökon.	Rentnerin	allein: 2400 Witwen(Rente)	Interviewer: „bürgerliche Einrichtung (Whg.)
25	SV	w	1935 / 64 Nudersdorf (Kr. Wittenbg.)	13	1958	verheir.	2	8. K.	un-/angelehrt	Rangiererin	Rentnerin	allein: 429 Altersrente zusammen: ca. 1929 DM (Ehemann)	erhält die Mindestrente, da sie ab 1957 nicht mehr gearbeitet hat (wg. 1. Kind)
26	SV	w	1974 / 25 (Rochlitz)	2	1998	ledig	keine	Abitur	Hochschule	-	Studentin	allein: 1300 DM	500 DM Nebenverdienst; 600 DM Bafög; 200 DM Kindergeld v. Eltern
27	SV	w	1979 / 20 (Magdeburg)	4	1981	ledig	1 (9 Mon.)	10. K.	noch keinen	Schülerin	Erziehungs- urlaub	Allein: 2400 DM (600 DM Erziehungsgeld, 200 DM Unterhalt; 200 DM Kindergeld; 1300 DM Sozialhilfe einschl. Miete)	Während Abitur mit 19 J. Kind bekommen; Sozialhilfe wird bis zum 3. Lebensjahr Kind gezahlt
28	SV	m	1939 / 59 Leipzig (Lindenau)	keine	1962	verheir.	2	8. K.	Facharbeiter (Werkzeugm.)	Polizist	z.Z. Krankenkasse (nach 2. Infarkt)	zusammen: (2) Angabe alle Einkünfte =4000 DM	beide Kinder / Söhne arbeitslos (Bau); unterstützen diese etwas finanziell

29	SV	w	1973 / 25 (Wurzen)	4	1998	ledig	keine	Abitur	HS / Studium	bfb (HzA)	arbeitslos	allein: ca. 870 DM ALG	92-96 in Merseburg Sozialpäd. Studiert; 1997 nach Lpz.; 1 J. in Biedermannstr. gewohnt lebt mit jüngstem Sohn in Whg. (Stimmbd.lähm)
30	SV	w	1938 / 60 (Leipzig / SV)	Keine	1938	gesch.	4	8. K.	Facharbeiter (Dreher)	Reichsbahn	Invaliden- rentnerin	allein: 1200 DM (Invalidität)	
31	SV	m	1964 / 34 (Mölkau/Lpz.)	keine	1995	ledig	1	10. K.	Facharbeiter (Koch) u HS (Sozialarbeit)	Sozialarbeiter	Sozialarbeiter	allein: 2400 DM Verdienst	Muß ein Großteil an Gehalt für Unterhalt abgeben
32	SV	w	1933 / 65 (Leipzig)	2	1995	gesch.	3	8. K	Facharbeiter (Dreherin, Verkäuferin)	Verkäuferin (Vorruhestand gleich nach Wende)	Rentnerin	allein: 1.360 DM Rente	einfache Erzählstruktur, Kinder helfen ihr bei Finanzknappheit
34	SV	w	1923 / 76 (b. Merseburg)	2	1959	Verwitw.	1	8. K.	Facharbeiter	Verkäuferin	Rentnerin	Allein: (600 DM Anteil Altersrente + Witwenrente)	Interview nicht ausgewertet wg. Kassettenqualität
35	SV	m	1971 / 27 (Zwenkau)	keine	1996	ledig	keine	Abitur	Dachdecker	Dachdecker	Ing.-Studium	Allein: Ca. 800 DM (400 DM Nebenverdienst; 250 Kindergeld; 200 Wohngeld)	
36	SV	m	1940 / 58 (Leipzig/Conn)	1	1978	verh.	2	10. K.	Fachschule	Bibliothekar	Rentner	allein: 1400 DM Rente zusammen: 2600 DM (m. Verdienst Frau)	wollen umziehen, aber in SV bleiben

37	SV	m	1960 / 38 (Stendal)	2	1998	ledig (LG)	keine	Abitur	Hochschule (Physik)	-Physiker -Beschäfti- gungstherap.	arbeitslos	allein: 1800 DM ALG (Nebenverdienst ca. 200 DM / Monat d. Auftritte Musik) zusammen: 4800 DM (Verdienst Freundin 3000 DM) („getrennte Kasse“)	war 3x arbeitslos (1991, 1996, 1999) Bsp. für „Bastelbio- graphie“ (Beck)
38	SV	w	1956 / 32 (Aue)	1	1976	ledig	1	Abitur	Universität	Bio/ Chemiel.	Lehrerin / tätig	Keine Angabe	
51	SV	w	1969 (Hoyerswerda)	1	1991	Lebensg.	1	Abitur	Universität	Politikwiss.	Wiss. Mitarb.	Allein: 600 Erziehg. u. 220 Kinderg. Zus.=2720 DM (=Eink. Mann 1900)	

Tabelle 6: Übersicht Befragte Südvorstad

4.1.4 Beurteilung des Stadtteiles und Fazit

Vorbemerkung zu den folgenden Kapiteln

Der ‚Raum‘ (oder Stadtteil) wird über drei Dimensionen beschrieben: Die ‚materielle Ausstattung der Orte‘ (physische Umwelt, wie Lage, Infrastruktur etc.), der Ortsbezug von Interaktionen und sozialen Handlungen (wie Verfügbarkeit über Orte, Erreichbarkeit, Nutzungsmöglichkeiten) und die ‚Symbolische Beschreibung von Orten‘ (Zuschreibung ‚sozialer Brennpunkte‘, ‚gefährlicher Ecken‘, negatives Image‘). Der ‚Raum‘ ist über diese drei Dimensionen sehr direkt mit der Lebenslage von Individuen und sozialen Gruppen verknüpft.¹

Die Beurteilung der Stadtteile (alle ausgewählten Stadtteile, vgl. jew. Abschnitt) wurde – operationalisiert für die Interviews - durch vier Inhalte realisiert: Es erfolgen Aussagen zur **Infrastruktur** und den **unmittelbaren Wohnumfeldbedingungen** sowie deren Veränderungen. Weiterhin galt es, die ‚**Fremdwahrnehmung von Armut**‘ (z.B. von Armut im öffentlichen Raum = Treffs obdachloser Personen etc.) zu erfassen. Im Mittelpunkt dabei steht die Darstellung der ‚Zuschreibungen‘, was die Befragten unter Armut verstehen sowie deren Lokalisierung im Stadtteil. Aussagen zur *Selbstwahrnehmung* von Armut (Fühlt sich der Befragte selbst von Armut betroffen?) auf den Stadtteil zu beziehen ist insofern schwierig, da in einem ersten Schritt die Selbstwahrnehmung unabhängig vom Stadtteil zu betrachten ist. Deshalb erfolgen Aussagen dazu hauptsächlich anhand der generierten Typologien im Abschnitt 4. In diesem Abschnitt werden Aussagen zur ‚eigenen Armut‘ in dem Fall herangezogen, wenn z.B. mit einer starken Abgrenzung gegenüber anderen Personen oder ‚sozialen Gruppen‘ argumentiert wird und ‚eigene Armut‘ nicht als diese wahrgenommen und dargestellt wird.

Abschließend soll jeweils eine Zusammenfassung unter der Fragestellung erfolgen, ob es ‚**soziale Brennpunkte**‘ im Stadtteil bzw. sog. ‚**gefährliche Ecken**‘ (alltagssprachliche Formulierung im Leitfaden) gibt. Die entsprechenden Inhalte sind innerhalb des Textes durch Hervorhebung (Fettdruck) gekennzeichnet.

Da im Kapitel zur Südvorstadt der Begriff ‚sozialer Brennpunkt‘ eingeführt wird, erfolgt vorab eine kurze Ausführung zum Begriff. Auf der Basis der unterschiedlichen Anzahl der Interviews in den verschiedenen Ortsteilen können sich die einzelnen Abschnitte in ihrem Umfang unterscheiden. Untermauert werden die Ausführungen durch ausgewählte Zitate, da es nicht möglich ist, *alle* Aussagen anzuführen, die zu dem jeweiligen Inhalt zählen.

Nach dem jew. Abschnitt wird ein Fazit in Form einer kurzen **Zusammenfassung zu den Potentialen und Problemen** der Stadtteilentwicklung auf der Grundlage der Interviews gegeben.

¹ Vgl. Aufsatz von M. Friedrich „Die räumliche Dimension städtischer Armut“ (In: Dangschat 1999: Modernisierte Stadt – gespaltene Gesellschaft?“, S. 263ff.).

Exkurs: Zum Begriff 'Sozialer Brennpunkt'

Wie im einleitenden Abschnitt erwähnt, soll zunächst eine Klärung zum Begriff ‚sozialer Brennpunkt‘ erfolgen:⁴⁰

Zum Begriff ‚sozialer Brennpunkt‘ gibt es unterschiedliche Definitionen, und seit Beginn der Diskussion in den alten Bundesländern erschien eine Vielzahl Literatur, die an dieser Stelle nicht referiert werden kann. ‚Soziale Brennpunkte‘ werden immer an (sozial) *problematischen* Verhältnissen in einem Stadtteil festgemacht (*problematisch* hohe Anzahl von Kriminaldelikten - z.B. Jugendkriminalität, überdurchschnittlich hoher Anteil sozial Benachteiligter, wie Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, *objektiv* hoher Leerstand von Wohngebäuden u.a.).

Je nach Vorhandensein einer ‚sozialen Brennpunkt‘-Strategie in den Städten existieren auch Definitionen in der sozialen Arbeit der jeweiligen Stadt. Das heißt, die Festlegung, ab wann ein städtischer Teilraum, Straßenzug, eine Häuserzeile oder auch ein Hochhaus als ‚sozialer Brennpunkt‘ gilt, muß an Indikatoren festgemacht werden. Nur auf dieser Grundlage ist ein ganzheitliches übergreifendes Herangehen in der Sozialarbeit möglich, das auf bestimmte Teilgebiete - demnach stadtteilbezogen - ausgerichtet ist.

Eine erste Definition, die allgemein anerkannt wurde, lieferte 1979 der Deutsche Städtetag: „Soziale Brennpunkte sind Wohngebiete, in denen Faktoren, die die Lebensbedingungen ihrer Bewohner und insbesondere die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen negativ bestimmen, gehäuft auftreten.“ (Deutscher Städtetag, 1979, S. 12). Auf der Grundlage dieser Definition werden sowohl „Obdachloseneinrichtungen als auch sonstige Wohngebiete, (...) als soziale Brennpunkte bezeichnet.“ (Deutscher Städtetag, 1987, Reihe D, DST-Beiträge zu Sozialpolitik, Heft 21, S. 15/16)

In der Frankfurter Sozialraumanalyse (1997) werden mehrere Definitionen angeboten. Unter dem Abschnitt „Neu-Definition des Begriffs ‘Stadtteil mit mangelnder sozialer Infrastruktur’ (sog. Sozialer Brennpunkt)“ wird folgendes ausgeführt: „Soziale Brennpunkte im Sinne dieser Empfehlung sind Wohngebiete, in denen Faktoren, die die Lebensbedingungen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner und insbesondere die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen negativ bestimmen, ausgeprägt sind und gehäuft auftreten. Soziale Brennpunkte können einzelne Häuser und auch Wohnungen sein.“⁴¹

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge stellt im Fachlexikon der sozialen Arbeit (3. Auflage 1993, S. 859f.) folgende Kriterien für einen „Sozialen Brennpunkt“ auf (mehr oder weniger kumulativ):

- „Abgesonderte Unterkunft unter dem Niveau sozial- und familiengerechten Standards;
- Tendenz zum sozialen Abstieg;
- hoher Kinderreichtum, problematische Familienverhältnisse, wenig geplante Lebensführung, wirtschaftliche Schwierigkeiten, oft Berufslosigkeit;
- latente Milieugefährdung und Milieuschädigung, vor allem der Kinder und Jugendlichen, mangelhafte Schulausbildung, hoher Anteil an Sonderschulkindern, meist kein

⁴⁰ Der Abschnitt ist eine Übernahme aus dem Lebenslagenreport Leipzig (1999:379 bis 381).

⁴¹ Vgl. Stadt Frankfurt am Main, Dezernat für Soziales und Jugend (1997): Sozialraumanalyse der Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen. Die Definition beruht auf der des Hessischen Ministeriums für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Ausgabe Nr. 41 des Staatsanzeigers für das Land Hessen vom 10. Oktober 1994, S. 2901

Hauptschulabschluß sowie mangelnde Berufsreife und fehlende Arbeitslernmotivation der Jugendlichen;

- gesellschaftliche Herabsetzung, Ächtung und Stigmatisierung mit der Folge von Resignation und dem Gefühl des Ausgeschlossenseins auf seiten der betroffenen Bürger;
- mangelnde Funktionsfähigkeit des alten, gewachsenen Wohngebietes wegen teilweiser Umstrukturierung zu einem Büro- und Geschäftsbetrieb, oft mit hoher Verkehrsdichte (Durchfahrt- und Gewerbelastverkehr) bei gleichzeitiger Konzentration und Anziehung unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen wie Einkommensschwache, Sozialschwache, alleinstehende Alte, ausländische Arbeitnehmer, nichtregistrierte Asylanten sowie Tendenz zur unfreiwilligen Selbstisolation bei erlahmender politischer Selbstbehauptung („Wer kann, zieht weg, wer nicht kann, muß bleiben!“);
- Stadtrandlage, monotone Bauweise und fehlende sozialkulturelle Infrastruktur mit der Folge starker psychischer Vereinsamung der Bürger, mangelnden Willens und Könnens zu nachbarschaftlichen Kontakten und Initiativen sowie wachsende Anonymität der Bewohner untereinander, Rückzug auf sozialtechnische Familien- und Mitbewohnermechanismen, Ansteigen des psycho-sozialen Konfliktstoffes in den Familien bei oft gleichzeitig hoher Kinderzahl, erforderlichem Doppelverdienertum und unorientierten, der Langeweile überlassenen Schlüsselkindern mit der Tendenz zu sozialauffälligem Verhalten und Rechtsbruchneigung.“

Auch bei der allgemeinen Übersicht zu verschiedenen Szenarien von Stadtentwicklung wird beim Szenario ‘Slum’ (‘Ghetto’) der beschleunigte Stadtverfall angenommen, der mit einer Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt einhergeht. Infolge der Kürzung arbeitsmarktpolitischer und sozialer Maßnahmen kommt es zu Erscheinungen offener Armut. In den Verfallsgebieten der Stadt, möglicherweise den citynahen Altbaugebieten und den alten Arbeitervierteln, bilden sich slumähnliche Viertel (vgl. Rink 1994:66f.).

In einigen westdeutschen Städten gibt es städtische Gebiete dieser Art, und es ist in den ostdeutschen Städten notwendig, diese Tendenzen frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern.

Für Leipzig ist davon auszugehen, daß eine solche übergreifende Definition - *bisher* - noch nicht existiert bzw. jeder Bereich der sozialen Arbeit eine eigene Vorstellung von dem hat, was einen sozialen Brennpunkt ausmacht (vgl. auch Lebenslagenreport Leipzig 1999, Kapitel 4.3.1., Handlungsempfehlung zur Bestimmung einer Definition für Leipzig). Handlungsleitend kann eine Definition jedoch erst sein, wenn sie in Übereinkunft dazu dient, andere oder differenziertere Strategien der Sozialarbeit und auch Sozialpolitik in bestimmten städtischen Teilbereichen zu realisieren. Diese beiden Sachverhalte bedingen sich - einerseits ist eine ‘Definition’ noch nicht vorhanden, andererseits existieren im Vergleich zu anderen, v.a. westdeutschen Städten, nicht solche prägnanten Verfallserscheinungen bestimmter städtischer Gebiete. Präventiv würde ein Herangehen sein, welches rechtzeitig ein Beobachtungssystem installiert, um diese Prozesse zu erfassen (vgl. Übersicht ‘Sozialindikatoren’; Lebenslagenreport Anhang D).

Dies wird durch das Resümee im Kapitel 4.3.2. (LLR) bestätigt: „Wie gezeigt werden konnte, sind die Problemlagen sehr unterschiedlich und bedürfen weiterer, vor allem kleinräumiger Untersuchung. Die aktuelle Datenlage ist für eine hinreichende Bewertung und Prognose der Entwicklungstendenzen einzelner Stadtgebiete nicht ausreichend. Eine permanente, kleinräumige Datenerfassung und -analyse ist ebenso notwendig wie die qualitative Abklärung von Prozessen der sozialen Ausgrenzung und Marginalisierung.“

Beurteilung des Stadtteiles Südvorstadt

„Zentrumsnah – der Stadtteil der kurzen Wege“

Von den Interviewten leben über 50% der Befragten seit 30 und mehr Jahren in der Südvorstadt, ca. 1/3 erst seit der Wende 1989.

Bei der **Beurteilung der Entwicklung des Stadtteiles** hebt insbesondere die Generation der Interviewten, die seit der Geburt in Leipzig und der Südvorstadt wohnen, eine starke Bindung zum Stadtteil hervor („*Der Süden ist der Süden*“ (Interview 1/1)⁴² Verstärkt wird dies von denjenigen zum Ausdruck gebracht, die seit langer Zeit, über 20 bis 30 Jahre - durchaus unterbrochen von einigen kurzen Umzügen innerhalb des ‘Süden’s’- wohnen.

Die Befragten schließen einen Umzug in einen anderen Stadtteil weitgehend aus, da es sich aus verschiedenen Gründen um eine ‘vertraute Gegend’ handelt, zu der ein enger Bezug besteht und in der ‘man sich auskennt’ (vertrauter Bekanntenkreis und Netzwerke sowie ‘vertraute Infrastruktur’). Folgende drei Beispiel-Zitate verdeutlichen das:

„Naja, jetzt ist es nicht mehr so. Aber wenn man die älteren Leute, die hier gewohnt haben und die hier noch wohnen und so, hört. Wir hatten hier alles am Platz. Wir hatten hier die Fleischerei, Bäcker, Gemüseladen, Textilgeschäfte, alles hier. Wir brauchten nicht weit zu rennen. Und das hat uns eigentlich hier gehalten. ...(...) Meine große Tochter, die ist von hier aus nach Borna gemacht; von Borna aus nach, dann nach Lindenau. Die sagte immer: „Der Süden ist der Süden“. (1/13)

„Ja, wenn man jahrelang hier gewohnt hat, auch wenn jetzt saniert wird und wir uns tatsächlich mit dem Gedanken tragen, hier mal auszuziehen, um den Umbau zu umgehen, dann werden wir auch sehen, daß wir hier in dem Viertel bleiben. Ich weiß nicht, ich kann es nicht erklären, aber das – hier kennt man, kann man sagen, jeden Stein auf der Straße.“ (28/6)

„Gibt es da einen besonderen Grund, weshalb Sie in der Südvorstadt bleiben?“

Weil wir uns hier eingelebt haben. Ich möchte aus dem Süden nicht weg. Ich war im Prinzip mein Leben lang hier. Und hier gefällt es mir, mit allen Nachteilen, die das natürlich hat, aber, um etwa aufs Land zu ziehen, hätte ich kein Geld, das würde auch nicht gehen. Also bleiben wir hier. Und ich habe meinen Arzt hier, der ist für mich ziemlich wichtig.“

Was gefällt ihnen ganz besonders hier?

...Ich kenne alles, ich kenne viele Leute. Das ist eine kleines Dorf, wenn man lange hier ist. Zum Wald haben Sie es nicht weit runter, in die Stadt 10 min., das ist doch alles sehr günstig.“ (36/4)

Der ‘Süden’ wird durch die Karl-Liebknecht-Str. als direkte Verbindungslinie zum Stadtzentrum thematisiert und damit die gute Verkehrsanbindung zum Zentrum hervorgehoben. Die Geschichte der ‘Einfalls- und Geschäftsstraßen’ in Leipzig wird durch die Bewohner/-innen insofern widergespiegelt, dass zum eigentlichen ‘Handelsschwerpunkt Innenstadt’ namhafte große Straßen führen, die ebenfalls in der gesamten Stadt bekannt sind. Diese Straßen verlaufen als zentrale Achse durch das ‘Wohngebiet’ und dokumentieren in ihrem Wandel ebenfalls einen Ausschnitt biographischen Wandels. Dazu zählen neben der Karl-Liebkecht-Str. im Süden die Georg-Schumann-Str. in Gohlis (Norden), ebenfalls die Eisenbahnstraße im Osten. Richtung Westen der Stadt übernimmt diese

⁴² Die Angaben in Klammern kennzeichnen das jeweilige Interview; also Interview 1/1 bedeutet: Interview Nr. 1 / Seite 1.

Funktion teilweise die Lützner Straße, die in die Jahnallee übergeht und die Antonienstraße/Schleußiger Weg, die die ‚Stadt‘ und das Großneubaugebiet Leipzig-Grünau verbindet, sich jedoch nicht bis zum Stadtzentrum durchzieht und durch die in den 70/80er Jahren gebaute B2 ebenfalls eine andere Funktion erlangte.

Veränderungen in den Straßen (Verengung der Spurbreite, Anlegen oder ‚Nicht-Anlegen‘ von Fahrradwegen, Proteste der anliegenden Händler bei Umbaumaßnahmen etc.) werden deutlich in positiver wie negativer Ausrichtung thematisiert.

Offensichtlich wirkt die Südvorstadt sowie die im Vergleich zu anderen Leipziger Straßen belebte Karl-Liebnecht-Straße identitätsstiftend. Insbesondere Interviewpartner/-innen, die bereits seit vielen Jahren in der Südvorstadt leben, wiesen auf die Kleinteiligkeit (Dezentralität) sowie gewachsene Gewerbe- und Laden-, Gebäude- und Bewohnerstruktur hin. Die **Infrastruktur** übernimmt in der Südvorstadt damit eine stabilisierende Funktion, was durch folgende Aussage untermauert wird:

„Hier herrscht einfach ein nettes Flair. Und auch, dass es ein ‚Stadtteil der kurzen Wege‘ ist.“ (31/13)

„Aber wenn Sie jetzt so über Südvorstadt fragen, ich habe gewohnt hier drüben in dem Haus in der Xstraße (vor 1989, d.A.), habe gekämpft, nie aus dem Süden rauszukommen, sollte nach Gohlis. Damals ging das alles über Betriebe. (...). Da hatten sie mir eine in Gohlis angeboten und ich habe gekämpft wie ein Löwe, die Wohnung nicht zu kriegen. Es war da drüben auch klein und alles, wollte die aber nicht ... Also den Süden will keiner verlassen, die, die alle mal hier gewohnt haben, sagen wir mal so. (3/3)

Und warum nicht?

Ja, ich könnte mir nicht vorstellen, woanders zu wohnen. (...) **Wir haben alles hier vor der Nase** - den Doktor. Ja, wir haben die Ärzte alles hier, die Physiotherapie. Wir haben alles hier. Da wir ja nun schon, ich wohne jetzt 41 Jahre im Süden, wie gesagt da drüben. Jeder, der einen kennt, man kennt sich ja nun noch. Die alten Leute, die nun mit uns quasi alt geworden sind, **jeder winkt, jeder kennt einen**, wie geht's den Kindern, und ... Also ich könnte mir nicht vorstellen, woanders zu wohnen. ..(...)“ (3/4,5)

Unabhängig vom Erwerbsstatus (arbeitslos, erwerbstätig) wird das Angebot an **Einkaufsmöglichkeiten** genutzt (Penny, Aldi, Spar). Die benannten Einkaufsketten besitzen in den neuen im Vergleich zu den alten Bundesländern nicht diesen Symbol- und teilweise stigmatisierenden Charakter („Läden für ärmere Bevölkerungsschichten“). Die Einkaufsstraße der Südvorstadt ist die Karl-Liebnecht-Str., wobei der Unterschied zur repräsentativen August-Bebel-Straße in den Interviews mehrmals hervorgehoben wurde.

„...die August-Bebel-Straße – das ist die Straße, wenn sie jetzt hier vorkommen, die nächste große Straße, die schöne Straße, also August-Bebel-Straße, da ist gar nichts (an Läden/Geschäften, d.A.) . Da sind nur jede Menge Prachtbauten, die wunderschön gemacht worden sind – es wurde ja hier sehr viel gemacht – es gefällt mir auch, ich finde die Straße ganz toll, zum spazieren gehen und so. Aber wenn man einkaufen gehen will, muß man hoch auf die Karl-Liebnecht-Straße.“ (32/8)

Teilweise wurden durch die einkommensschwächeren Befragten die Straßenhändler ‚Fidschis‘ (Vietnamesen, Stände in der Karl-Liebnecht-Str./ gegenüber Scharnhorststr., d.A.) benannt, bei denen ebenfalls Konfektion/Kleidungsstücke gekauft werden. Von den Befragten aus dem eher alternativen Milieu wurden die ‚besonderen‘ Einkaufsmöglichkeiten, wie Naturkostladen, Teeladen mit speziellen Angeboten etc. benannt. Die Nähe zur Innenstadt (z.B. auch für ‚besondere‘ Einkäufe) wird hervorgehoben. Interviewpartner/-innen, die über einen PKW verfügen, benannten neben den zu Fuß erreichbaren Läden der Südvorstadt insbesondere die Einkaufsmärkte in der Nähe der Südvorstadt, z.B. ‚Hit‘ (Großmarkthallen an der Deutschen Bücherei/Tierkliniken), teilweise auch

Markkleeberg (Marktkauf). Diese Großmarkthallen bzw. Einkaufszentren werden jedoch im Unterschied zu den anderen Ortsteilen (insbesondere Grünau-Mitte) nicht so häufig frequentiert.

„Finden Sie, daß Sie alles in der Nähe haben, was Sie so brauchen - Ärzte, Schulen, Besorgungen?

Ja, denke ich schon.

Sie brauchen nicht weit zu fahren, um etwas zu erledigen?

Nein, ich kann einkaufen gehen bei Penny oder wenn ich bei ihr zu Hause bin, da ist ALDI an der Frederikenstraße. Dann bringe ich mir von dort irgend etwas mit. Ansonsten - hier unten die Drogerie, wenn man so etwas braucht, die ist auch preiswert. Nein, ich denke eigentlich, das ist hier ringsherum - egal wieviel Geld man hat - das kann man hier gut erledigen. Man kommt auch von hier aus gut in die Innenstadt mit allen Bahnen von da oder von da - mit der 16 oder 11, 28, oder mit dem Bus, wenn man irgendwo ganz anders hin will - kein Problem. Nein, die Wohnlage hier finde ich schon gut.“ (8/5)

Insbesondere Studenten betonen die Vorteile der gut ausgebauten Infrastruktur in der Südvorstadt sowie die Nähe zum Zentrum und damit zur Universität. Nicht sanierter Bestand bzw. die Größe der Wohnungen, die für Wohngemeinschaften geeignet sind, und auch sanierte 1- und 2-Raum-Wohnungen und damit preiswerter Wohnraum sind für Studenten vorteilhaft und spielt insofern keine 'belastende' Rolle, da dieses Preissegment für den biographischen Abschnitt 'Studium' bewußt gewählt wird und davon auszugehen ist, dass nach dem Studium auf jeden Fall eine andere Wohnung gesucht - und gefunden - wird.

In den Interviews wurden die gute Ausstattung mit **sozialer Infrastruktur** (Ärzte, Schulen, Kindergärten) sowie **Dienstleistungseinrichtungen** (Handel, Versicherungen, Sparkassenzweignetz) und Kultur (Kneipen, Gaststätten) hervorgehoben. In bezug auf die **kulturelle Infrastruktur** und Kulturveranstaltungen wurden teilweise die Stadtteilfeste am Connewitzer Kreuz (Paul-Gerhardt-Kirche) genannt. In den Interviews Südvorstadt wird dem Connewitzer Kreuz und damit dem ‚Süden der Stadt‘ einerseits das größte ‚Gewaltpotential‘ der Stadt zugeschrieben, andererseits auch eine ‚Vielfalt der Kulturen‘, indem eine rege Kirchenarbeit in diesem abgegrenzten Stadtgebiet und auch die kulturell interessantesten Veranstaltungen stattfinden. Das ‚Haus Steinstraße‘ und insbesondere das Werk II erreichen durch die vielfältigen Angebote zumindest einen Teil der ‚gewaltbereiten Jugendlichen‘.

Die durch die Karl-Liebnecht-Straße bedingte hohe Verkehrsdichte wurde sehr unterschiedlich bewertet: Die Spannweite der Einschätzungen reicht von der Studentin, die sich an den konstant vorhandenen Geräuschpegel gewöhnt hat, bis zu den Bewohner/-innen, die etwas weiter entfernt von der Karl-Liebnecht-Straße wohnen und thematisieren, dass sie aufgrund der Verkehrsdichte nicht direkt an dieser Straße wohnen, sondern in den ruhigen Wohnlagen, jedoch auf die Vorteile der Infrastruktur dennoch nicht verzichten wollen. Lediglich in einem Interview wurde auf die belastende Situation hingewiesen, direkt an der Karl-Liebnecht-Straße zu wohnen (unsaniertes Haus).

Ein weiterer wichtiger Faktor, der von allen Interviewten hervorgehoben wurde, ist die überdurchschnittlich gute Ausstattung mit **Grünstruktur** (Auenwald/Wildpark, Clara-Zetkin-Park, Rennbahn, teilweise auch der ‚Fockeberg‘) sowie einige kleinere ‚Grünflecken‘ entlang der Karl-Liebnecht-Straße und den nach dem Umbau neu begrüntem Mittelstreifen in der Kurt-Eisner-Straße. Generell wird darauf hingewiesen, diese Grünflächen zu erhalten, nicht zu ‚verbauen‘ und – fast in allen Interviews thematisiert- nicht weiter zu verschmutzen (‚Hundekot‘).

„Gibts genug Grünflächen, gibt's Probleme?

Wie gesagt, gebaut wird überall. Grünanlagen gibt's ja hier mehr wie in anderen Stadtbezirken. Ich kenne Lindenau, Neustadt, Möckern, Gohlis. Ich bin in Leipzig groß geworden.

Hat sich was Offensichtliches verändert?

Ja, es ist vieles passiert, auch, daß Grünanlagen weggenommen wurden, z.B. in der Kantstraße, wo jetzt die Häuser hochschießen. Ansonsten wüßte ich nicht. Die Grünanlagen, die jetzt existieren, gab es auch schon zu DDR-Zeiten. Es gab auch nicht mehr außer die erwähnten.“ (7/17)

Der Innere Süden zählt zu den Sanierungsgebieten der Stadt, wobei Ende 1999 ein Großteil der Bausubstanz oberhalb der Karl-Liebnecht-Straße und insbesondere in der August-Bebel-Straße saniert ist. In der August-Bebel-Straße werden auf dem Wohnungsmarkt nach wie vor relativ große Wohnungen zu Preisen angeboten, die noch über dem erreichten durchschnittlichen Niveau zu diesem Zeitpunkt liegen. Folge ist gerade dort der Leerstand bzw. die Nutzung für repräsentative Geschäftsräume. Das insgesamt in der Stadt abgeschwächte Sanierungsgeschehen konzentriert sich ab 1999 unterhalb der Karl-Liebnecht-Str. (zwischen Shakespearstraße und Richard-Lehmann-Straße).

„Wie sieht es mit dem baulichen Verfall aus ?

Dafür ist dieses Haus ein gutes Beispiel. Es wird schon insgesamt in Leipzig viel gemacht. In der Innenstadt wird sehr viel gemacht. Gut, in der Südvorstadt ... Aus der alten Wohnung sind wir ausgezogen, weil dort alles saniert wurde. Es passiert schon was. Aber es gibt halt noch genug Häuser, die nicht saniert sind. Dadurch ist eben billiger Wohnraum da.“ (19/16)

In bezug auf die **Wohn- und Wohnumfeldbedingungen** wurde von allen Interviewpartner/-innen in unterschiedlicher Ausrichtung die seit der Wende 1989 veränderte Zusammensetzung innerhalb der Wohnhäuser sowie die Entwicklung des Wohnumfeldes thematisiert. Diese stehen im Zusammenhang mit den in den vorherigen Abschnitten beschriebenen Aussagen zur Infrastruktur und Entwicklung des Stadtteiles insgesamt:

- Neuzusammensetzung der unterschiedlichen Mieterparteien eines Hauses aufgrund
 - Wegzug aus dem Haus (in eine andere Stadt, in ein saniertes Haus, in ein Eigenheim etc.)
 - Wegzug aus dem Haus (aufgrund angekündigter oder erfolgter Sanierung)
- Zuzug neuer Mietparteien (Verlust vertrauter Bekanntschaften; Anstieg Anonymität; beginnende Segmentierung innerhalb einzelner Wohnhäuser)
- Veränderte Wohnumfeldbedingungen (Straßenbau, Sanierung, Begrünung, Verkehrsdichte etc.).

Der Wegfall gemeinsamer Aktivitäten innerhalb der Hausgemeinschaft wird insbesondere von den Interviewpartner/-innen thematisiert, die aufgrund von Arbeitslosigkeit oder anderen Faktoren sozialer Benachteiligung auf die Funktionsfähigkeit der Wohnung und das nähere Wohnumfeld verstärkt angewiesen sind. Dabei sind die Aussagen in bezug auf diesen Veränderungsprozeß unabhängig vom Gebäudezustand (saniert oder nicht saniert). Durchgängig wurde in den Interviews über die Veränderung der Zusammensetzung der verschiedenen Mieterparteien reflektiert - einerseits über die steigende Anonymität bzw. der Verlust ‚sozialer Wärme‘, andererseits besteht in Häusern, in denen sich die Zusammensetzung der Mieterparteien in den letzten Jahren *nicht* stark veränderte, eine relativ stabile Situation.

„Und haben sie einen guten Draht zu ihren Nachbarn?

Ja, also. Naja, bei uns im Haus ist es jetzt so: Wir haben sehr viel - da kommt man nicht mehr richtig zusammen - sehr viel Wohngemeinschaften. Und das sind alles junge Leute und so. Gut, wir grüßen uns alle. Aber so, das wie es einmal war hier in dem Hause, das ist nicht mehr. Wir haben hier Kinderfeste gehabt im Hause, wir haben uns in eine Wohnung zusammengesetzt, haben schön zusammen Abende gefeiert und so. Das ist heute nicht mehr so. (...) ...in den älteren Häusern, wo die älteren Leute drinne wohnen, das ist jetzt nicht mehr so gut, als wie es einmal war. Es ist eben heute eine ganz andere Zeit und die älteren Leute, wollen wir mal so sagen, ich will jetzt nicht schimpfen...(...) . Aber zum großen Teil fühlen sich die älteren Leute nicht mehr wohl. (1/15)

Wie schätzen Sie die Beziehungen im Haus im allgemeinen ein untereinander?

Ja, die Leute, die schon lange hier wohnen, haben ein gutes Verhältnis zueinander. Dadurch, daß es eben doch sehr groß ist und die Leute hauptsächlich mit dem Fahrstuhl hoch- und runterfahren, überwiegend alte Leute drin wohnen, denke ich mal, die, die schon lange drin wohnen, haben dann auch einen engen Kontakt.. (8/9)

Kennen Sie die Leute hier im Haus in der Straße?

Ja, hier kenne ich viele. Unser Haus, die noch von früher drinne wohnen, sind ja jetzt viele raus, wie waren wie eine Familie, hier hat einer dem anderen geholfen. Jetzt, wo nun so viel Fremde rein kommen, nun wir sind uns freundlich, aber es ist nicht mehr dieser Kontakt, so wie es früher war, aber ich komme mit allen zurecht. (25/8)

Ein kausaler Zusammenhang von schlechten Wohn- und Wohnumfeldbedingungen und damit einhergehender auftretender oder verstärkter Unterversorgung von verschiedenen Lebenslagen resp. verstärkter ‚Armut‘ kann bei den Befragten anhand der Interviews (Sample) Südvorstadt *nicht* festgestellt werden. Das hat hauptsächlich einen Grund: Es ist insgesamt eine bauliche und soziale Entwicklungstendenz in der Südvorstadt vorhanden, die den Stadtteil voraussichtlich nicht absinken läßt (geringerer Leerstand als in anderen städtischen Gebieten, Vielzahl investiver Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung, ausgewogene soziale und kulturelle sowie Dienstleistungsstruktur, unterschiedliche soziale Gruppen resp. soziale Mischung und damit höhere Wohnqualität insgesamt im Vergleich zu anderen Stadtteilen). Der teilweise vorhandene Baulärm (in den Interviews insbesondere für den Körnerplatz benannt) wird im Hinblick auf die lediglich zeitweilige Belastung nicht negativ beurteilt.

Indirekt wurden jedoch – größtenteils auf Beobachtungen basierend, die die Interviewten selbst in ihren Erzählungen zum Ausdruck brachten – Veränderungen in einzelnen Häusern dahingehend festgehalten, dass in den überdurchschnittlich leerstehenden, nicht für eine Sanierung vorgesehenen Häusern gehäuft sozial Benachteiligte wohnen bzw. einziehen:

„Fühlen Sie sich wohl hier?

Naja, da es hier so billig ist, wohnen in diesen Blocks halt viele alte Leute, viele Rentner, viele Arbeitslose, die dann eben auch trinken. Es ist nicht unbedingt schön. Ich werde mir schon auch noch andere Nachbarn aussuchen, aber das kann man halt nicht ändern.

Wie würden Sie das Verhältnis zu Ihren Nachbarn beschreiben?

Es versucht, jeder für sich zu bleiben.

Also sehr isoliert?

Ja, von den Nachbarn ja. Ich muß ehrlich sagen, daß ich selbst auch gar keinen Kontakt großartig zu meinen Nachbarn habe. Man grüßt sich, das ist schon okay. Aber näheren Kontakt möchte ich auch nicht haben. (19/6)

„Als wir die Zettel verteilt haben, meine Kollegin und ich, da sind wir einer Frau begegnet, hier vorm Haus, und die meinte, sie zieht jetzt aus, weil hier so viel asoziale Menschen hier wohnen. Können Sie dazu etwas sagen?

Na ja, wenn man die Nachbarhäuser sieht, dann wird das vielleicht so sein. Also hier drüben, da ist, da wohnen so schon – ob es nun Assis sind, das können wir nicht entscheiden, das kann ich nicht sagen. Da werde ich mich auch hüten was dazu zu sagen. Ich habe kein Verhältnis zu den Leuten und kann ich auch nichts sagen, aber es ist schon so, es sind nicht mehr diese Familien, die früher hier gewohnt haben. (28/7)

Die größten Veränderungen in der Zusammensetzung ganzer Straßenzüge bzw. Blöcke wurden für die Häuser angegeben, die an die Baustelle MDR-Gelände angrenzen. Der ständige Lärm – insbesondere in der Altenburger Straße, in der größten Bauphase mit täglich ca. 1000 Zufahrten von LKWs – führte zu einem zunehmenden ‚Mieterverlust‘.⁴³ Der Wegzug erfolgte in bessere Lagen, insbesondere der Südvorstadt, und wurde durch das angekündigte Modell des neuen MDR-Geländes mit ca. 2000 Parkplätzen und einem hohen Verkehrsaufkommen noch vor der Realisierung des Bauvorhabens verstärkt. Durch den hohen Wohnungsleerstand besteht für viele Personen Wahlfreiheit bei der Wohnungssuche, die bei angekündigter, während und nach der Sanierung für diese Blöcke genutzt wurde.

Die ‚Fremdwahrnehmung von Armut‘ wird auf den ‚Interviewfall‘ bezogen und verdeutlicht Zuschreibung und Abgrenzung von Armutserscheinungen im Stadtteil. Es fließen die Aussagen speziell zu dieser Frage - also nur bei einem Bezug zum Stadtteil - ein und werden nicht nach den verschiedenen Lebenslagen bzw. der Abhängigkeiten von Lebenslagen betrachtet.

Von den Interviewten ‚Südvorstadt‘ waren mehr als 50 Prozent der Befragten zum Zeitpunkt des Interviews arbeitslos, ca. ein Drittel der Befragten waren Rentner/ Invalidenrentner oder erhielten eine Rente aufgrund von Erwerbsunfähigkeit.

Am häufigsten wurde in Bezug auf die Fremdwahrnehmung der „Armut“ die gesellschaftlichen Veränderungen insgesamt thematisiert (bezogen auf alle 4 Stadtteile). ‚Neue‘ Erscheinungen für die neuen Bundesländer, wie Arbeitslosigkeit, offene Armut in Gestalt von ‚Obdachlosigkeit‘ werden genannt. In diesem Zusammenhang erfolgt eine eindeutige Zuschreibung der Ursachen an die marktwirtschaftlich organisierte Gesellschaft, deren soziale Sicherungssysteme den gegenwärtigen Entwicklungen nicht mehr entsprechen. Gleichzeitig wird für die privaten Bewältigungsstrategien kaum ein Ausweg aufgezeigt und die negativ belastende Situation führt nicht zu einer Gegenstrategie. Nach der sozialen Sicherung im Zeitraum vor 1989 gefragt, wurden überdurchschnittlich von allen Befragten drei Bereiche angegeben, die als grundsätzlich gesichert galten und nun als nicht mehr sicher angesehen werden: Arbeit, Wohnung und Gesundheit. Damit werden gleichzeitig die grundlegenden Lebenslagenbereiche aufgezeigt.

In bezug auf die räumliche Zuordnung von ‚Armut‘ benannte der Großteil der Befragten (außer Studenten) die unmittelbare Umgebung des Andreasplatz, den Treffpunkt der Obdachlosen aus der Unterkunft in der Scharnhorststraße. Als weitere ‚Treffpunkte‘, die bereits seit einigen Jahren bestehen, wurden die ‚Spar‘-Kaufhalle am Bayrischen Platz, die ‚Norma‘-Verkaufsstelle in der Karl-Liebke-/ Ecke Shakespearestr. sowie der Verkaufskiosk Mittelstreifen Kurt-Eisner-Straße benannt. Insbesondere in bezug auf diese ‚offene Armut‘ erfolgt eine Abgrenzung zur ‚Selbstwahrnehmung‘ von Armut. Die Obdachlosen werden als die ‚tatsächlich Armen‘ bezeichnet:

„Fällt Ihnen hier in der Umgebung viel Armut auf? Oder Leute, die jetzt keine Beschäftigung haben?“

Ja, hier ist ja das Trinkerheim - in der 27. Wir sehen hier sehr viel Elend. Ich will die Leute jetzt nicht verurteilen. Wissen Sie, es ist hier das Suchtheim, wenn Ihnen das bekannt ist, in der 27. Die Leute sind, ich glaube, ich weiß es nicht, aber sie grüßen sich alle(...). Guten Morgen oder guten Tag oder winken, wenn sie auf der Bank sitzen, die sind alle freundlich, keiner ist böse, aber sie trinken halt viel. Und da ersaufen sie sicherlich

⁴³ In den Interviews Südvorstadt, die angrenzend an das MDR-Baugelände geführt wurden, wurde durch die Interviewten eine Mietminderung aufgrund des Baugeschehens angegeben, die jedoch als zu gering im Hinblick auf die bestehenden Belastungen (Lärm, Staub) benannt wurde.

ihren Kummer. Ich weiß es nicht. Da gibt es ja Leute, die da drin sind, wo man es weiß, die wirklich was hatten. Man kann schneller unter der Brücke sein, als man denkt. (3/12)

Die sind ja eigentlich auch arm die Leute, die hier draußen so im Park stehen?

Das sind doch ganz arme Hascherl, wenn Sie so wollen. Das sind doch ganz arme Hascherl. Das sehen Sie immer, das sind ja immer die gleichen, da guckt man nun immer (3/18)

Gibt es Leute in Ihrer Umgebung, die von besonderen Problemen betroffen sind?

Weiß ich Naja, das sind die armen Menschen hier unten, die

Welche armen Menschen?

Na, die - wie sagt man denn - diese Säufer, wie nennt man denn die? Die Obdachlosen. (4/11)

Gefragt nach sog. ‚sozialen Brennpunkten‘ und ‚gefährlichen Ecken‘ in der Südvorstadt gaben eine Vielzahl der Interviewten das ‚Connewitzer Kreuz‘ an, ohne zwischen den Stadtteilen Südvorstadt und Connewitz zu differenzieren. Das hängt einerseits mit der ‚Identität des Südens‘ (Südvorstadt *und* Connewitz) zusammen, vorrangig jedoch mit der Konzentration von ‚Krawallen‘ der Jugendszenen in Connewitz, die durch die Medien stark thematisiert wurden. Das Stichwort ‚Gewalt‘ assoziiert in diesem Zusammenhang den eingegrenzten lokalen Bereich am Connewitzer Kreuz. Von Interesse ist weiterhin, dass zwar alle Interviewten das ‚Connewitzer Kreuz‘ mit dem Gewaltpotential in Verbindung brachten, jedoch keiner der Befragten real Erfahrung mit der Gewalt an diesem Ort gemacht hat. Aus diesem Grund muß bei den Aussagen von einer Verstärkung der Meinungsbildung durch die Medienberichterstattung ausgegangen werden. Ende 1999 wurde am Connewitzer Kreuz mit der polizeilichen Kamera-Überwachung begonnen. Dies führte zu erneuten Protesten – insbesondere der linken Szene – und zu Bürgerversammlungen. Letztlich bestätigte der Stadtrat im Februar 2000 die Fortführung der Überwachung des Connewitzer Kreuzes.⁴⁴

Des weiteren befindet sich eine Kaufhalle direkt am Connewitzer Kreuz, die ein zentraler Treffpunkt (Gruppe) sozial Benachteiligter ist (Arbeitslose und teilweise Obdachlose, Alkoholiker, ehem. Straffällige). Bezüglich dieses Treffpunktes erfolgen jedoch keine Zuschreibungen von Gewalttätigkeit, da von dieser Gruppe keine Gewalt ausgeht. Zum Süden zählt demnach in bezug auf diese Fragestellung für die Interviewten größtenteils die Südvorstadt und mehr noch Teilbereiche von *Connewitz*, wobei insbesondere bei der Frage nach der Gewalt im Stadtteil Antworten zu Connewitz gegeben wurden.

Andererseits wird gerade bei dieser Frage generationenspezifisches Antwortverhalten deutlich mit der Begründung, dass die ‚ältere Generation‘ anders ‚erzogen‘ wurde. Insbesondere diese Generation gibt an, abends ‚nicht mehr auf die Straße zu gehen‘. Das geänderte Verhalten wird mit der ‚zunehmenden Gewalt nachts auf der Straße‘ begründet, wobei die Angabe unabhängig vom Stadtteil (Südvorstadt oder Connewitz) gegeben wird und auf die gesamte Stadt bzw. gesellschaftliche Situation (Zunahme der Gewalt seit 1989/90) bezogen ist.

„Wie schätzen Sie denn so die Gewaltbereitschaft hier ein?

Das kann ich nur aus der Zeitung, also ich seh das nur an der an diesen Meldungen in der Zeitung, die scheint sehr hoch zu sein. Ich persönlich hab diese Erfahrung nicht gemacht. Und unsere Schüler nicht und wenn wenn's meine Tochter höre aus der Schule, seh ich das eigentlich auch nicht in dem Gymnasium. Sie hat manchmal über die Mittelschule nebenan geklagt, aber so dass sie Angst hat oder dass man ihr Taschengeld weggenommen hätte oder ähnliches, nicht. Ich hab, wenn ich am Kreuz in die Kaufhalle gehe und - dann dann und und so diese diese

⁴⁴ Für die Stadtpolitik insgesamt ist damit die Grundlage vorhanden, bei allen verwaltungsseitig begründbaren Zuschreibungen von ‚lokalisierbarer Gewalt‘ Instrumentarien der Überwachung einzusetzen (z.B. bzgl. des weiteren Projekt-Ortsteiles Neustadt-Neuschönefeld an der Kreuzung Eisenbahnstraße / Hermann-Liebmann-Straße). Für das Gebiet um den Leipziger Hauptbahnhof muß inzwischen nicht mehr für einen Einsatz verschiedener Überwachungsinstrumente argumentiert werden, da die ‚Öffentlichkeit‘ bereits die Argumentation ‚anerkannt‘ hat.

Leute, die da stehen, reden höre oder da denke ich mir schon manchmal, wer weiß was da in Zukunft abläuft, aber ich war eben auch noch nie persönlich solche Übergriffe Gott sei dank erlebt.“ (38/15)

Insofern wird bei dieser Frage zu einem großen Teil die Sicherheit des Wohnhauses (Wohnbedingungen) thematisiert (abschließbare Eingangstüren; Festlegung eines Verantwortlichen im Haus, der zu einer festgelegten Zeit die Haustür verschließt; Aushang von Notadressen im Hausflur; Pflicht des Vermieters, einbruchssichere Wohnungstüren einzubauen etc.). Die Notwendigkeit einer ‚Renaissance‘ der sog. Hausgemeinschaften mit verantwortlichen ‚Hausvertrauensleuten‘ wurde zwar thematisiert, aber nicht eingefordert. Eher erfolgte eine Kritik am ‚politischen Charakter‘ der DDR-Hausgemeinschaften.

Der ‚eigene Stadtteil‘ und die Menschen, die in diesem leben, wurden in den Interviews mit Obdachlosen umfassend eingeschätzt. Deutlich wird die Abgrenzung zum vorhandenen ‚Gewaltpotential‘ am Connewitzer Kreuz. Erfahrungen mit Gewalt hat jedoch keiner der Befragten benannt. Die Generation im mittleren Alter und die Jüngeren problematisieren ebenfalls die Gewaltsituation, haben jedoch eher ein neutrales Verhältnis, tolerieren die Situation bzw. beziehen sie auf die gesamte Stadt:

Glauben Sie, daß dieser Stadtteil hier einen guten Ruf hat oder eher angesehen ist?

Nein, eigentlich nicht. Wenn man die Zeitung hier liest, Connewitzer Kreuz unten....

Na, das ist ja schon wieder Connewitz unten, aber eher so Südvorstadt?

Das gehört ja zu Connewitz dazu.

Naja, das ist so ein Übergang. Ja gut, da...

Ich verkehre nicht da draußen. (2/14)

„Fühlen Sie sich hier im Stadtteil sicher oder gibt es gefährliche Ecken, wo Sie nicht so hingehen würden?

Also ich hätte schon Schwierigkeiten, Biedermannstraße, die Ecke. Da würde also nicht unbedingt nachts spazieren gehen, aber wenn ich wohin gehen muß, dann ...

Was ist denn da an der Straße so?

Das weiß ich nicht, aber das ganze Viertel, was so schlecht beleuchtet ist und zum Teil Abriß und zum Teil Auseinandersetzungen mit der linken Szene, wo man als Außenstehender, wenn man also nicht direkt betroffen ist, nie urteilen kann. Wer hat nun wen provoziert. Ich würde da vorsichtiger sein. Aber hier (Südvorstadt, d.A.) fühle ich mich nicht sicherer oder unsicherer, als in ganz Leipzig.“ (17/13)

Als eine ‚zweite gefährliche Ecke‘ kann anhand der Aussagen der Andreasplatz identifiziert werden, da hier - insbesondere in der warmen Jahreszeit - ein Treffpunkt der Bewohner des Obdachlosenhauses in der Scharnhorststraße ist. Im Unterschied zum ‚Connewitzer Kreuz‘ werden andere Merkmale und Symbole für ‚Gewalt‘ bzw. ‚Gefährlichkeit‘ benannt: Trunkenheit, Störung des Alltags und öffentlichen Lebens, Unordnung und ‚schlechtes Vorbild‘ für die Kinder des Stadtteiles.

Fazit: Stadtteilentwicklung Südvorstadt

Die Südvorstadt kann sich in den nächsten Jahren als gut durchmischter Stadtteil etablieren, da einige positive Zuschreibungen für alle Gruppen und insbesondere diejenigen, die eher dem alternativen Milieu (Studenten) zuzurechnen sind, relevant zu sein scheinen: gut ausgebaute Infrastruktur, ein Angebot an Handelseinrichtungen mit hoch- und niedrigpreisigen sowie alternativen Waren, kulturelle und ‚Szene‘-Einrichtungen, die im Alltagsleben der Bewohner/-innen nicht als störend (Lärm, Krawalle) empfunden werden, Wohnraum in jeder Preislage und Größe, Zentrumsnähe (Universität, City) sowie Grünflächen in der näheren Umgebung (angegeben wurden insbesondere

Clara-Zetkin-Park, Rennbahn, Auenwald/Wildpark sowie Fockeberg). Bei der Frage nach der Veränderung des Stadtteiles seit der Wende erfolgten primär Aussagen zur Änderung des äußeren Erscheinungsbildes (Sanierung, mehr Läden mit einem größeren Warenangebot). Durch die weiter anhaltende Sanierungstätigkeit, das Anlegen von Radwegen und die Begrünung von Mittelstreifen/Mittelinseln, werden das Sanierungsgeschehen und die Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung überwiegend positiv beurteilt.

Das Gewaltpotential wird vorrangig dem Ortsteil Connewitz zugeschrieben, der als ein Teil des 'Südens von Leipzig' identifiziert wird. Eher kritisch wird - auch in Abgrenzung zum 'tatsächlich betroffenen Armuts Klientel' - der ‚Andreasplatz‘ und die Kaufhalle am Connewitzer Kreuz als ein Treffpunkt sozial Benachteiligter beurteilt, der zwar toleriert, jedoch nicht gutgeheißen wird und von dem man sich eher distanziert.

Das Sanierungsgeschehen in der Südvorstadt hat insbesondere im unteren Teil der Karl-Liebnecht-Straße 1997/1998 begonnen. Im Unterschied zum ‚oberen Teil‘ August-Bebel-Straße sind hier keine Aufwertungsinselformen mit hohem Leerstand zu erwarten. Die künftigen Sanierungen werden insbesondere durch die von Arbeitslosigkeit betroffenen Befragten thematisiert. Hier ist jedoch eine eher abwartende Haltung zu konstatieren, die eine umfassende ‚Sanierungsflucht‘ nicht befürchten läßt. Aus Spargründen nimmt ein Großteil der Befragten eine Ofenheizung in Kauf. Für den Zeitraum nach der Sanierung werden hauptsächlich zwei Handlungsalternativen benannt - erstens in Abhängigkeit vom neuen Mietpreis die Suche nach preiswerterem Wohnraum. Durch den hohen Leerstand in Leipzig wird dieser Aspekt nicht negativ beurteilt. Zweitens würden nach einer - antizipierten - Sanierung zunächst alle weiteren materiellen Sicherungssysteme - vorrangig Wohngeld - in Anspruch genommen.

4.2 Neustadt-Neuschönefeld

4.2.1 Strukturdaten

„Gründerzeitliches Arbeiterviertel mit verdichteter einfacher Wohnbebauung“ (zusammen mit Volkmarshausdorf) (Ortsteil 20)

Im Ortsteilkatalog des Amtes für Statistik und Wahlen (1995) wird Neustadt-Neuschönefeld als „zentrumsnahes Wohngebiet“ beschrieben, das früher zum sogenannten „Roten Osten“ (Arbeiterwohngebiet) gehörte. Charakteristisch ist das Gebiet 'Neustädter Markt' mit einfacher Gründerzeitbebauung, welches schon seit einigen Jahren als Sanierungsgebiet ausgewiesen ist. Magistralen sind die Eisenbahnstraße mit Kleingewerbe, Geschäften und Gaststätten. Als Parkanlagen sind der Elspark und das Rabet sowie der Bernhardtplatz vorhanden. Seit 1994 traten Sanierungssatzungen für das Gebiet in der Begrenzung Rosa-Luxemburg- / Hermann-Liebmann- / Wurznern- / Dresdner/ Kohlgartenstraße in Kraft (vgl. Ortsteilkatalog 1995). Seit 1996 besteht ein Büro- und Wohnkomplex in der Lutherstraße, der sogenannte 'LISTBOGEN', der ebenfalls, wie so viele Geschäftszentren Leipzigs, durch massiven Leerstand der Geschäftsräume gekennzeichnet ist.

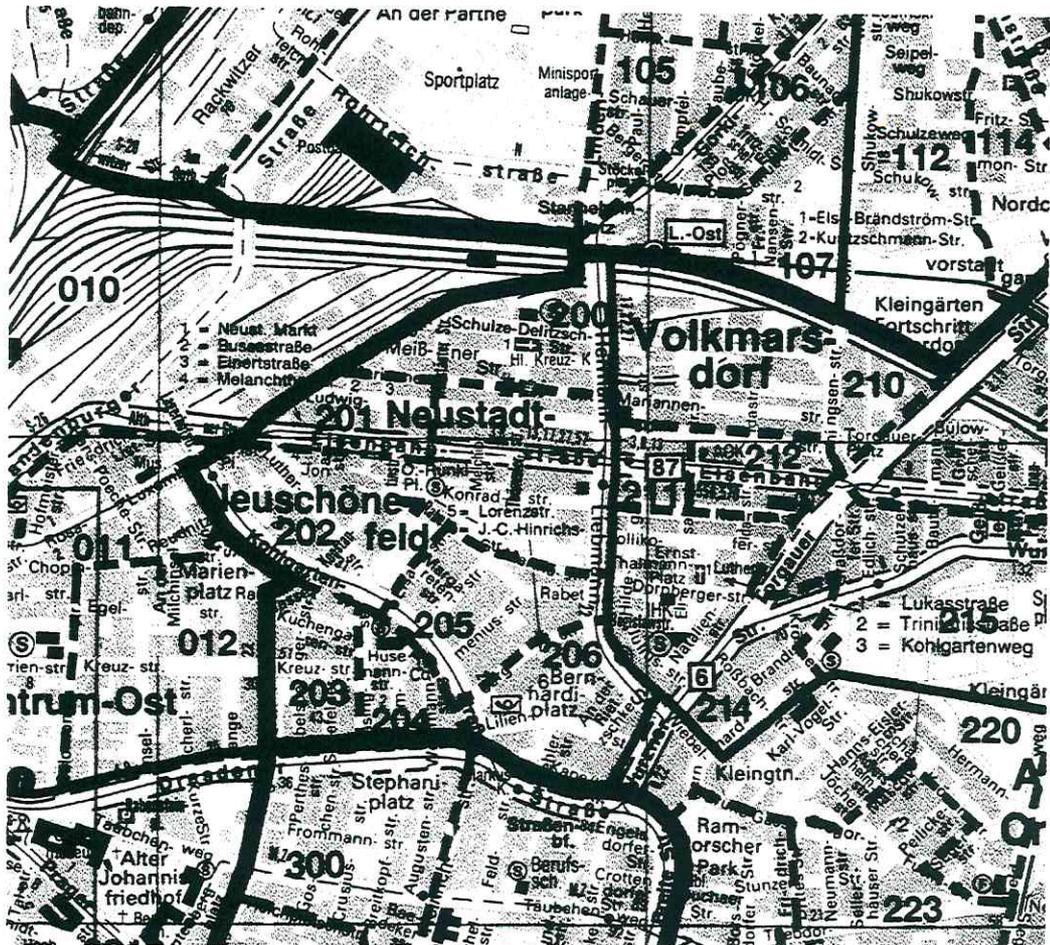


Abbildung 19: Neustadt-Neuschönefeld (Ortsteil 20)

Die 37. Ratsversammlung Ende Februar 1997 verabschiedete den Bebauungsplan für das Gebiet 'Eisenbahnstraße (im Norden) - Hermann-Liebmann (im Osten) - Rabat (im Süden) - Neustädter Straße (im Westen). Zitat: (Amtsblatt 5 v. 1.3.1997): „Das Gebiet wurde bisher durch strukturelle und funktionelle städtebauliche Mißstände gekennzeichnet. Der Bereich soll in seiner Gestaltung als zentraler Punkt der Ostvorstadt eine Aufwertung erfahren. In das Konzept sind die vorhandenen Einrichtungen wie Schule, Kindertagesstätte und Ostbad integriert. Im Bereich der Konradstraße Ecke Hermann-Liebmann-Straße wird eine Quartiersgarage gebaut, die die Stellplatzsituation in diesem Gebiet verbessern soll. Entlang der Marthastrasse wird eine Wohnbebauung vorgesehen.“

Der Sozialatlas des UFZ kennzeichnet das Gebiet als eines, welches über wenig Wohngrün verfügt (Anteil und Charakter der Naturflächen: minimale 13 % städtisches Grün). Es verfügt jedoch über eine gute Verkehrslage zum Zentrum. 83% der Wohnungen stammen aus gründerzeitlicher Bebauung, 14% wurden nach 1971 errichtet. Der Großteil der Gebäude ist durch eine einfache Architektur gekennzeichnet. Der Zustand der Gebäude wurde schon in den siebziger Jahren im Rahmen der geringen 'DDR-Altstadtsanierung' teilweise verbessert.

In einem 1999 erschienen Informationsmaterial des Amtes für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung wurde darauf verwiesen, dass sich zu Beginn der Sanierungsmaßnahmen am Neustädter Markt ca. 80% der Wohngebäude in einem äußerst schlechten Zustand befanden und die gründerzeitliche Bausubstanz des 23 ha großen Gebietes drohte, wegzubrechen. Von 1991 bis 1998 wurden ca. 120 Wohngebäude erneuert, mit Stand 1999 sind ca. 2/3 der Bausubstanz gesichert. Der Förderschwerpunkt der nächsten Jahre ist die Aufwertung der öffentlichen Straßen- und Platzräume und des privaten Wohnumfeldes. In den letzten Jahren wurden der Spielplatz am Neustädter Markt

aufgewertet, der Grünzug Schulze-Delitzsch-Straße angelegt und der Marktplatz denkmalgerecht instandgesetzt. Die Eingangszonen in das Gebiet der Rosa-Luxemburg- und Hermann-Liebmann-Straße wurden neu gestaltet. Künftige „Schlüsselprojekte“ im Rahmen der Stadterneuerung sind die Bereiche südlich der Eisenbahnstraße. Dort werden u.a. lt. Bebauungsplan der Neustädter Markt und der Marktplatz Konradstraße geschaffen (vgl. Sanierungsgebiet Neustädter Markt, ASW Leipzig 5/1999). Aus der Besonderheit des Ortsteiles erwächst auch das dort mit hoher Wahrscheinlichkeit zukünftig vorhandene Konfliktpotential: Im Sanierungsgebiet Neustädter Markt zwischen R.-Luxemburg-Str., Eisenbahn- und H.-Liebmann-Str. stehen ein Drittel der 3000 Wohnungen leer, fünf bis sieben Prozent der Häuser sind Ruinen. Es gibt sehr viel große, zu große Gründerzeitwohnungen zwischen 120 und 240 qm Wohnfläche, die wahrscheinlich nach der Sanierung für breite Bevölkerungskreise unbezahlbar sind. Das Ziel der Stadt ist keine Nobelsanierung, erreicht werden soll der Standard des sozialen Wohnungsbaus (vgl. Sozialatlas UFZ 1997) (vgl. auch Leipzig zwischen Planung und Investoren, S. 30 ff.). Nimmt man dieses vorhandene Konfliktpotential und ordnet es in die Typologie der sozialen Räume ein, so ergibt sich folgendes Bild (Sozialatlas UFZ, 1997:54): „Unter Beachtung aller bisherigen Faktoren weisen die *gründerzeitlichen Arbeiterviertel* im Vergleich zu den anderen Gebieten ungünstigere Lebensbedingungen auf (z.B. überdurchschnittlich hoher Anteil von Arbeitslosen). Die Summe der Merkmale weist auf Segregationstendenzen hin.“ Und in Bezug auf die Verortung möglicher „sozialer Brennpunkte“ wird darauf hingewiesen, dass diese in Leipziger Stadtgebieten, die eine geringe Qualität der Wohn- und Lebensbedingungen aufweisen, also z.B. in gründerzeitlichen Arbeitervierteln mit eingelagerten Sanierungsgebieten, Problembereiche überdurchschnittlich konzentriert sind. Auch im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen für die Festlegung von Sanierungsgebieten wurde hervorgehoben, dass der Anteil sozial Benachteiligter in Sanierungsgebieten im Verhältnis zur Gesamtstadt überdurchschnittlich hoch ist. Die östlich des Stadtzentrums gelegene Stadtteile nehmen dabei eine Spitzenposition ein (alle Aussagen vgl. Sozialatlas UFZ).

Der Stadtbezirk Ost ist im Vergleich zu allen Stadtbezirken eher durchschnittlich ausgestattet, sogar vergleichbar mit Grünau, Lindenau-Plagwitz und auch Gohlis/Eutritzsch. Interessanter ist jedoch die innere Differenzierung des jeweiligen Stadtteiles. So befinden sich in Neustadt-Neuschönefeld immerhin von den insgesamt 9 Kultureinrichtungen des Stadtteiles Ost hier 2 Galerien und 1 Kneipe; 1 wissenschaftliche Einrichtung (Archiv Bürgerbewegung). Letztere entstand im engen Zusammenhang mit der Bürgerinitiative 'Neustädter Markt' und deren weiterer 'Betrieb' ist stark vom persönlichen Engagement einzelner Personen abhängig.

n= 866	2 SB Ost (51)	20 Stadtteil Neustadt-Neuschönefeld (11)
Ämter (106)	3	0
fr. Bildung (6)	0	0
Freizeit (65)	7	0
Handel (25)	1	1 (alternativ)
Heime (42)	3	0
Konsulate (9)	1	0
Kultur (238)	9	3 (Galerie Kunststück, Galerie Leipziger Hof, Kneipe 'Dolly Dimple')
Initiativen (6)	0	0
Religion (86)	6	2 (Kirchen)
Treffs (19)	3	0
Verbände (23)	4	1 (Johanniter Unfallhilfe)
Vereine (225)	13	3 (Kultur, BI, BV)
Wissenschaft (14)	1	1 (Archiv Bürgerbewegung)
Werkstatt (6)	0	0

Tabelle 7: Infrastruktureinrichtungen Neustadt-Neuschönefeld

In den 80er Jahren vor der Wende der politischen Verhältnisse zählte das Gebiet Rabet im Leipziger Osten mit den überwiegend stark sanierungsbedürftigen Häusern teilweise – neben Connewitz - zur damaligen alternativen Szene.

4.2.2 Photoserie Neustadt-Neuschönefeld (1997/98)

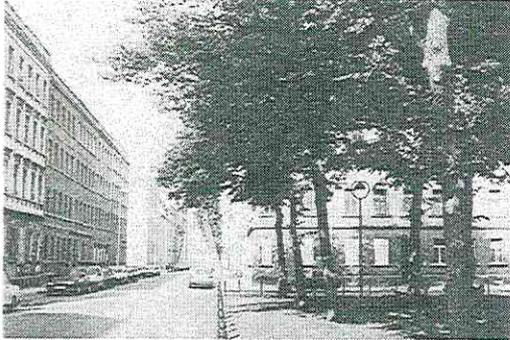


Bild 1



Bild 2

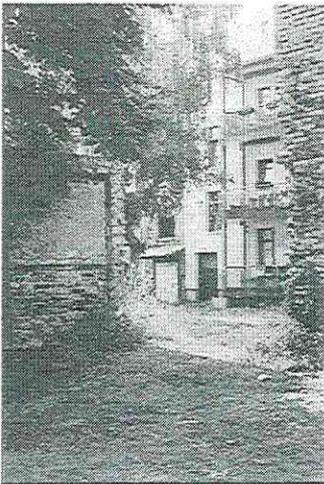


Bild 3



Bild 4

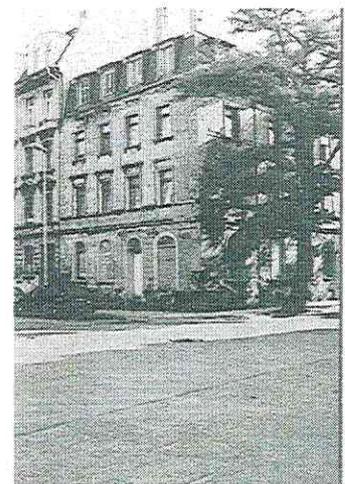


Bild 5

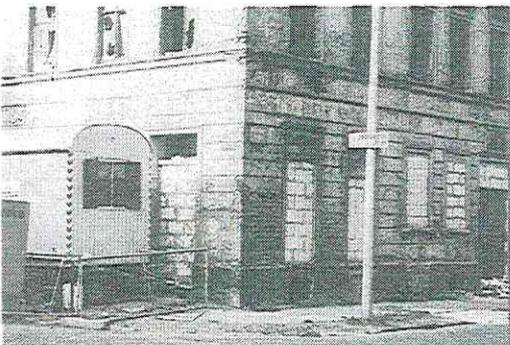


Bild 6



Bild 7

Bild 1: Sanierungsgebiet am Neustädter Markt
 Bild 2: Saniertes Haus Mariannenstraße
 Bild 3: Freier Blick - Abriss zur Sanierung, Mariannenstraße

Bild 4: Brachflächen, Mariannenstraße
 Bild 5: ‚Buntes Haus‘ Mariannenstraße
 Bild 6 und 7: Nichtsanierte Häuser, Mariannenstraße

4.2.3. Aspekte der Lebenslagen im Stadtteil

Interviews Neustadt-Neuschönefeld insg. 13 Interviews (12)

Übersicht zu den Befragten

Nr	ST	Ge.	Geb.-jahr/Alter (Geb.-ort)	Gesch w.	Seit Stadt.	Fams	Kinder	Schulab	ber. Abschluss	früh./Tätigkeit	Erwerbsstatus	HH-Einkommen (‘Verdiener’)	Anmerkung
45	NS	w	1951 / 47 (Köthen)	1	1989	Gesch.	1	Abitur	Hochschule	Lektorin	arbeitslos	Allein: 2000 DM ALG + 250 DM Kindergeld (Zuschuß v. Eltern)	
58	NS	w	1917 / 81 (Leipzig)	keine	1917	Gesch.	1	9. K.	Berufsabschluß Kaufm. Kraft	Verw.-tätigk.	Rentnerin	Allein: 706 DM Rente	
61	NS	m	1951 / 47 (Leipzig)	keine	1974	Verh.	1	10. K.	Facharbeiter	DV-Techniker	Tätig Sozialarbeit	k.A.	,Experte‘ für den Stadtteil
62	NS	m	1977 / 21 (Leipzig)	2	1986	ledig	keine	10. K.	noch in Ausbildung	-	Ausbildung	Allein: 750 DM Lehrgeld zusammen: 4250 DM HH- Einkommen (Eltern beide zusammen 3000 DM und 500 DM Kindergeld)	
63	NS	m	1979 / 19 (Zwenkau)	3	1987	Ledig (LG)	keine	10. K.	Lehre (nicht abgeschlossen) Dachdecker	Dachdecker	arbeitslos	Allein: 450 DM ALG zusammen: 850 DM (+400 DM ALG Freundin)	

64	NS	w	1978 / 20 (Leipzig)	1	1999	Ledig (LG)	keine	10. K.	Facharbeiter	Textil- verkäuferin	arbeitslos	Allein: 800 DM (Sozialhilfe und Unterhaltsgeld für Umschulung) zusammen: ca. 3500 DM (+Verdienst Freund)	
65	NS	w	1980 / 18 (Leipzig)	3	1997	Ledig (LG)	1	10. K.	Keinen Abschluß	-	arbeitslos	Allein: 850 DM (Erziehungsgeld und 250 DM Kindergeld zusammen: Ca. 1700DM (+ALG Freund)	
66	NS	w	1975 / 24 (Köthen)	2	1999	ledig	keine	10. K.	Facharbeiter	Apotheken- helferin	arbeitslos	Allein: 1100 DM (850 DM Unterhaltsgeld Arbeitsamt; 250 DM Kindergeld) zusammen: ca. 3000DM (Freund)	
67	NS	m	1958 / 40 Kaiserslautern	3	1997	Gesch. (neue LG)	3	10. K.	Beamter / Polizei	Trockenbauer	arbeitslos	Allein: 1.300 DM ALG zusammen: ca. 3900 DM HH- Einkommen (+Verdienst Ehefrau, Kindergeld, Kindes- unterhalt der Frau	
68	NS	m	1969 / 29 (Leipzig)	2	1985 / (1987 Wegzug; seit 1999 wieder NS)	Ledig (LG)	1	10. K.	Facharbeiter	Berufskraft- fahrer	tätig	Allein: Ca. 1900 DM Verdienst Zusammen: Ca. 3000 DM HH- Einkommen (+ALG Lebenspartnerin)	

69	NS	w	1980 / 19 (Leipzig)	2	1980	ledig	keine	10. K.	Berufsfach- schule	Noch in Ausbildg. (Altenpflege)	Ausbildung	Allein: Berufsausb.-hilfe beantragt Zusammen (Familie) Ca. 4000 DM (+Verdienst Vater, soziale Zuschüsse Mutter, Kindergeld)	
70	NS	w	1981 / 17 (Leipzig)	1	1983	ledig	keine	Haupt- schule	Noch in Ausb.	Noch in Ausb.	Ausbildung	Angabe insgesamt ca. 2960 DM (BaFög, ALH, Unterhalt; Kinder- geld; soziale Zuschüsse, Pflegeg.)	

Tabelle 8: Übersicht Befragte Neustadt-Neuschönefeld

4.2.4 Beurteilung des Stadtteiles und Fazit

„Neustadt – das fast sanierte Revolverviertel“

Bei der **Beurteilung der Entwicklung des Stadtteiles** ist dessen Geschichte grundlegend: Neustadt-Neuschönefeld ist durch eine einfache Gründerzeitbebauung charakterisiert. Das Gebiet wurde als der ‚Rote Osten‘ bezeichnet, womit gemeint ist, dass insbesondere ab Mitte der 20er Jahre die kommunistische und sozialdemokratische Arbeiterschaft überdurchschnittlich in dem Viertel wohnte und in der politischen Arbeit aktiv war. Diese Aspekte wurden in den Interviews mit Zeitzeugen sehr anschaulich dargestellt. Stellvertretend dafür ein Zitat:

„Als dann der Nationalsozialismus begann, können sie sich da noch an verschiedene Begebenheiten erinnern, die hier so stattfanden?“

Naja, man war da jung, man war für alles begeistert. Man hat da hingeguckt und da hingeguckt. Wo ich aus der Schule kam, da ging das los. Naja, da waren wir vierzehn. (...) Hier unten war es immer ein bißchen ruhiger und weiter hoch zu waren so mehr die Kommunisten. Da gab es schon immer mal Reibereien. Am Markt dort, wo die Kirche ist. Hier war auch so eine Gaststätte, das hieß „Der goldene Löwe“, da trafen sich immer so die Roten. Da gab es immer ein bißchen...Streit.“ (58/4)

Mit dem Begriff ‚Arbeiterviertel‘ verbinden sich Probleme, wie Arbeitslosigkeit und Armut. Dass aufgrund der Geschichte des Stadtteiles und dessen Entwicklung der ‚Ruf des Gebietes‘ bis in die Gegenwart eher negativ besetzt ist, wurde in vielen Interviews bestätigt. Zu DDR-Zeiten erhielten überwiegend Sozialfälle oder auch ehemalige Straffällige im Gebiet Wohnraum.¹

Vor 1989 zählte insbesondere das Gebiet am Neustädter Markt zu den abrißgefährdeten Gebieten, die über eine sehr schlechte Bausubstanz verfügten. Es wird von den Interviewten, die bereits vor 1989 bzw. seit ihrer Geburt in diesem Ortsteil wohnen, überwiegend als ein ‚Arbeiterviertel‘ (‚einfach strukturiert‘) charakterisiert:

„Ja und ansonsten, es gab ja keine leerstehenden Wohnungen (vor 1989, d.A.). Also wenig, so viel gab es gar nicht. Und das Viertel war, ja das war einfach strukturiert, zumindest die Leute, die dort wohnten, also die meisten. Ausnahmen bestätigen die Regel, aber die Masse auch zu DDR-Zeiten, das hat sich also gar nicht groß geändert. (...)“

Wer hat dort gewohnt, gab es da früher schon so Differenzierungen?

Es war im Prinzip immer, auch zu DDR-Zeiten, ich will jetzt nicht sagen die Armen, aber ... nicht nur Assis, aber das Klientel war schon schwach, sozial schwach.

Das hat man auch gemerkt?

Ja, klar hat man das gemerkt, (...) Das hat man dann schon mitbekommen. Dann hat man auch ja mitbekommen, was so in dem Haus, in den Nachbarhäusern und so was, wohnte. Ja.

Das waren dann Arbeiterfamilien?

Arbeiterfamilien. Das war es auch schon vor dem Krieg gewesen, dieses Viertel also war typisch Arbeiterwohngebiet.“ (61/3-5)

Nach der Wende 1989 zählte das Gebiet um den Neustädter Markt zu einem der größten Sanierungsgebiete. Der durch das Amt für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung (ASW)

¹ Zitatbeispiel: „F: Was glauben Sie denn, ob der Stadtteil einen guten oder einen schlechten Ruf hat? A: Er hat eher einen schlechten Ruf. F: Und woran liegt das? A: Zu DDR-Zeiten haben die ganzen Knackis hier in dem Stadtteil gewohnt und jetzt wohnen also fast alle, also viele, viele Ausländer hier. Das wird auch immer schlimmer, Kriminalität und Drogen.“ (68/10)

Teilweise gelang es Studenten, in den sog. ‚nichtvermietbaren Wohnungen‘ (starke Nässe, Schwamm) ‚schwarz‘ eine Wohnung zu beziehen.

initiierte ‚Sanierungsstammtisch‘ fand in keinem der Interviews Erwähnung, so dass davon ausgegangen werden muß, dass insbesondere sozial benachteiligte Gruppen damit sowie mit dem ‚Sanierungsbüro‘ des ASW (Neustädter Markt) nicht erreicht wurden.

Die Hauptverkehrsstraße Eisenbahnstraße wird in bezug auf die **hohe Verkehrsdichte, Lärm, Staub, Schmutz** sehr kritisch eingeschätzt. In den 20er Jahren bis zur Wende 1989 stellte sie den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens im Stadtteil dar (vgl. folgendes Zitatbeispiel).

Die bis 1989 vorhandene ausgewogene **Infrastruktur** in bezug auf die **Handels- und Angebotsstruktur der Geschäfte** hat sich sehr monoton entwickelt bzw. bestehen mittlerweile (Stand 1999) überwiegend Billigangebote, Spiel-Casinos, aus Technik-Fachgeschäften wurden Technik-An-und-Verkauf-Geschäfte etc.. Ein Großteil der Geschäfte mußte schließen. In den Jahren 1993 bis 1998 wurde die Eisenbahnstraße durch zwei große Einkaufszentren in ihrer Standort-Attraktivität bzw. Lage weiterhin beeinträchtigt – erstens durch das Paunsdorf-Center, welches durch die mobile Bevölkerung vom Stadtzentrum über die Eisenbahnstraße bis nach Neu-Paunsdorf sehr gut erreichbar ist, und zweitens durch die ‚Promenaden‘ im 1998 umgebauten Hauptbahnhof, der als Attraktion die Kundenströme auf sich zieht.

An der Straßenkreuzung Eisenbahn-/ Hermann-Liebmann-Straße hat sich seit ca. 1997 eine Drogenszene (Drogenhandel) verfestigt. Teilweise verlagerte sich diese Drogenszene nach verstärkten ordnungspolitischen Maßnahmen in der Innenstadt bzw. aus der Bahnhofs- sowie der Gegend Wintergartenstraße/Wintergartenhochhaus nach Neustadt-Neuschönefeld. Diese negative Situation strahlt auf das gesamte Viertel um die Eisenbahnstraße aus:

„Können sie sich noch an die Eisenbahnstraße erinnern...früher waren da doch Kinos?

Eisenbahnstraße, ach Eisenbahnstraße...ich sage immer, das ist ja tote Hose hier vorne. Das ist ja skandalös, was hier vorne los ist. Was denken sie, wie die Eisenbahnstraße in den 20ern war? Das war ja herrlich. Laden an Laden, sie bekamen alles, was sie wollten. Vorne ging das los bis noch über die Hermann-Liebmann-Straße weg. Alles Laden an Laden, weiter oben wurde es dann ruhiger. (...) Da gingen wir eine Seite hoch und die andere wieder zurück. Und da konnten sie alles sehen. Da gab es Geschäfte, die kriegten alles. Jetzt kriegt man ja hier nichts mehr. Wenn man was will, man muß immer unbedingt bis in die Stadt rein – es ist furchtbar.“ (58/8)

„Als wir hingezogen sind, war die Eisenbahnstraße eine ganz vernünftige Straße, da war ein bißchen Leben und so, das verfällt ja so. Und diese Hauptverkehrsstraßen, wenn die schon so schlimm aussehen, das färbt auch auf das Viertel ab, obwohl das Viertel gar nicht so schlimm ist. Wer fährt denn dann noch in die Seitenstraße?“ (45/15)

Diese überwiegend kritische Einschätzung ist unabhängig davon zu sehen, dass sämtliche preiswerten Einkaufsmöglichkeiten im Ortsteil – überwiegend in der Eisenbahnstraße - vorhanden sind (Angabe der Interviewten: Kayser’s, Lidl, Aldi).

Die Ausstattung mit **kultureller Infrastruktur** und Treffpunkten für unterschiedliche soziale Gruppen sowie auch Spielplätze für Kinder wird als stark unterversorgt eingeschätzt. Für Jugendliche sind die Treffpunkte/Klubs an der Heiligkreuzkirche am Neustädter Markt und nicht weit davon entfernt im Ortsteil Volkmarsdorf die Lukaskirche. 1998 öffnete ein neuer Jugendklub am Rabet. Diese Angebote reichen jedoch nicht für die Masse an Jugendlichen und damit verbundenen Problemlagen aus. In den Interviews mit arbeitslosen Jugendlichen wurden demnach eher die Billardcafes (z.B. das LochIn in Neustadt-Neuschönefeld, das ‚Treibhaus‘ am Torgauer Platz) als Treffpunkte benannt. 1999 und zu Beginn des Jahres 2000 öffnete ein Kontaktcafe des Internationalen Bundes für Sozialarbeit (IB) in der Hedwigstraße (‚Tante Hedwig‘) sowie ein Kontaktladen des

Jugendamt in der Eisenbahnstraße, um insbesondere für die sozial Benachteiligten Anlaufstellen zu bieten.⁴⁶ Diese Angebote für Jugendliche, die in diesem Zusammenhang ihre (Freundes-) Netzwerke im Gebiet aufgebaut haben, tragen dazu bei, dass eine sehr starke Bindung an den Stadtteil haben (Beispielzitat):

„So, jetzt geht's um den Stadtteil Neustadt/Neuschönefeld hier. Also Du hattest erwähnt, daß Du seit '87 in dem Stadtteil hier wohnst. Ja wie fühlst Du Dich denn wohl in diesem Stadtteil? Fühlst Du Dich hier zuhause?

Ja. Also ich würde ungern hier wegziehen, so wie meine Mutter z.B. gesagt hat, sie zieht halt lieber nach Mölkau. Hier weg würde ich nicht machen. Also ich habe schon darauf Wert gelegt. Ich hätte mit meiner Freundin ... wir hätten auch Wohnungen kriegen können in Gohlis und so, also haben einige Angebote eingeholt. Aber, weiß nicht warum, aber ich wollte hier bleiben.

Glaubst Du, daß der Stadtteil, in dem Du wohnst, einen guten oder einen schlechten Ruf hat?

Schlechten Ruf, glaube ich. Oder was heißt, glaube ich, weiß ich. Weil wie gesagt, gerade durch die Drogen und so kenne ich, ich sage jetzt mal, relativ viele finstere Gestalten, die hier rumrennen oder die hier machen und tun und mehr und so. Deswegen glaube ich, daß der hier einen schlechten Ruf hat hier.“ (63/15)

Die Ausstattung mit **Grünstruktur** wird überwiegend negativ und als nicht ausreichend beurteilt. Als einzige ‚Grünflecken‘ wurde das kleine Gebiet um das Rabat sowie der – allerdings sich im angrenzenden Ortsteil Schönefeld befindende – Mariannenpark benannt. Nach der Sanierung der Straßenzüge wurden zwar einzelne Baumreihen angepflanzt, diese ersetzen nach Aussagen der Interviewten jedoch nicht das durch die Sanierung teilweise ‚weggefallene Grün‘. Die Versorgung mit **sozialer Infrastruktur**, wie Ärzten, Schulen und Kindergärten, wird jedoch als ausreichend beurteilt. Zu den **Stadtteilstesten** sowie zum vorhandenen Bürgerverein erfolgten kaum Aussagen.⁴⁷ In wenigen Interviews wurde auf Nachfrage erwähnt, dass Stadtteilsteste bis vor einigen Jahren noch öfter stattfanden und als Mittel der Schaffung von ‚Identität‘ im und für den Stadtteil wieder verstärkt durchgeführt werden sollten. (64/19)

Insbesondere durch die ältere, lange im Gebiet ‚ansässige‘ Bevölkerung wurde die Veränderung der **Wohn- und Wohnumfeldbedingungen** reflektiert. Die bisherige Sanierungstätigkeit wird in bezug auf den *baulichen Erhalt der Häuser* – der vor 1989 nicht gesichert war - als sehr positiv beurteilt. Abgekoppelt davon werden die Folgen der Sanierung, wie Wegzug, dauerhafter Leerstand und nach wie vor ein hohes Mietniveau im sanierten Bestand, eher als negative Prozesse beurteilt. Die seit mehreren Jahren anhaltende Sanierung der in nördlicher Richtung von der Eisenbahnstraße abgehenden Straßen führte zu ständigen Umleitungen des Verkehrs, die für die Wohnbedingungen als sehr belastend eingestuft wurden.

Durch die massive Sanierung zu Beginn der 90er Jahre wurde in einem kurzen Zeitraum ein großer Bestand an leerstehenden Wohnungen verursacht, der parallel in einem schnellen Zeitraum zu einer veränderten Zusammensetzung der Bewohnerschaft und damit ebenfalls zu einer Veränderung bestehender Netzwerke führte. Die Auflösung von Netzwerken und die ‚Abkühlung‘ der Beziehungen in den Häusern wurde durchgängig in den Interviews zum Ausdruck gebracht:

⁴⁶ Aussagen zum künftigen Programm ‚Soziale Stadt‘, in dessen Rahmen im Jahr 2000 unterschiedliche Instrumente des Stadtentwicklungs- und Sozialbereiches im Leipziger Osten zum Einsatz kommen werden, folgen in der Zusammenfassung zu diesem Abschnitt.

⁴⁷ Stadtteilsteste wurden durch das Kulturamt und teilweise unter Mitwirkung des Bürgervereins organisiert.

„Hat sich die Zusammensetzung hier im Stadtgebiet irgendwie geändert?“

Also man kennt sich jetzt nicht mehr aus, wo ich da hinten wohnte mit den Eltern, wie das früher war. Da wohnten die Leute ewig in den Wohnungen. Und sie kannten alle Leute, so das Stückchen von einer Querstraße bis zur anderen Querstraße hin. Wir kannten alle Leute. Und wenn wir heute immer mal so beieinander sitzen, da sagen wir: Die und die und die haben dort gewohnt und das war alles schöner. Aber heute haben sie keinen Kontakt mehr, durch die viele Sanierung. Die Menschen sind raus. Neue sind rein. Es ist kein Kontakt mehr da. Nichts mehr. Ich kenne gar niemand. Die Häuser sind alle leer. Und jetzt stehen auch so viele leer, weil sie die Wohnungen ja gar nicht vermieten, die sind alle viel zu teuer. Es gibt jetzt zu viele Wohnungen. Nein, früher war es schon schöner, wo wir Kind waren und so, es war eine schöne Zeit. (58/10)

Die Veränderungen in der Zusammensetzung der Häuser, Ordnung und Sauberkeit in den Häusern und in bezug auf das Wohnumfeld werden, ebenfalls wie in den anderen Stadtteilen, auch im Hinblick auf die **Fremdwahrnehmung von Armut** reflektiert. Arbeitslosigkeit und daraus resultierende Probleme werden für alle Leipziger Stadtteile festgehalten, lediglich in Neustadt-Neuschönefeld werden sie im gesamten ‚Stadtteil‘ und in bezug auf das öffentliche Leben im Stadtteil sowohl insgesamt als auch für eingegrenzte Bereiche und Treffpunkte festgemacht. Neustadt-Neuschönefeld wird bezogen auf die Zunahme sozial Benachteiligter mehrheitlich als besonders stark betroffener Stadtteil hervorgehoben, was sich teilweise durch die (Neu-)Zusammensetzung der Mieter im Stadtgebiet ergibt:

„Wenn Du die Leute in dem Stadtteil Dir anschaust, was denkst Du denn, was es am häufigsten für Probleme gibt, also soziale Probleme oder ...?“

Naja, man sieht hier alle Probleme. Normal eigentlich. Denke mal, hier hat Geldprobleme auch, jeder. Also wenn man jetzt, weiß ich, halt finanziell ein bißchen besser gestellt, was geerbt oder so ... aber ansonsten, denke ich, ist das hier normal. Auch, was weiß ich, so Alkoholiker und so gibt's überall. Ich meine, gut, die stehen hier nun vor den Kneipen oder so oder vor den Spätverkäufen, aber das ist egal, die wird's 's überall und hier vielleicht etwas mehr geben. (...) Wie gesagt, macht hier Schönefeld keine Ausnahme, sieht hier genauso Scheiße aus mit Arbeit wie überall in Leipzig. (63/16)

„Wenn Du jetzt Dir die Menschen hier im Stadtteil anschaust, was denkst Du denn, was für soziale Probleme die haben? Siehst Du da Leute die Probleme haben?“

Ja, also der größte Teil ist eigentlich das Alkoholproblem hier im Viertel. Halt, dass es halt auch wahnsinnig viele Sozialhilfeempfänger gibt. Also die wirklich so jetzt an der Mindestgrenze leben. Also es gibt wirklich schon, auf deutsch gesagt, viele Assis hier. Auch was man so sieht, so alkoholikermäßig so, die dann halt an irgendeinem Laden stehen und: ‚Gib ihm Saures‘ den ganzen Tag, von früh bis spät.

Gibt es hier bestimmte Stellen, wo sich Leute treffen, solche Alkoholiker z.B.?

Ja, hier in der Hedwigstr. ist ein Laden, das ist so ein Spätverkauf und da stehen von früh bis spät irgendwelche Alkoholiker. So, dann gibt es in der Dornberger Str., das ist dann halt vor Aldi. Ja, dann Hermann-Liebmann-Str. Ecke Eisenbahnstr. treffen sich wohl die ganzen Ausländer und Drogendealer. Ja, und so etwas halt.“ (65/13)

Überdurchschnittlich (in jedem der Interviews Neustadt-Neuschönefeld) wird die Kreuzung Eisenbahnstraße / Hermann-Liebmann-Straße als **‘sozialer Brennpunkt’** bzw. sog. **‘gefährliche Ecke’** benannt, an der Drogendealer und Alkoholiker vertreten sind, feste Treffpunkte haben, und der offene Drogenhandel geführt wird. Die benutzten Spritzen liegen teilweise auf der Straße. Insbesondere die ältere Generation fühlt sich durch diese Entwicklung verunsichert, ist jedoch nicht so mobil, um durch einen Wegzug aus dem Gebiet eine Veränderung für sich herbeizuführen oder einfach für den ‚täglichen Einkauf‘ nicht durch dieses Gebiet zu müssen. Als weitere ‚gefährliche Ecken‘ werden – in Fortsetzung der Ecke Hermann-Liebmann-Straße – die Kreuzung Torgauer -/ Eisenbahnstraße benannt, die Schulze-Delitzsch-Straße, in der sich seit Ende 1998 ebenfalls ein Teil der Drogenszene befindet. Als eine Ursache für die Konzentration des Drogenhandels an dieser Stelle zählen neben dem überdurchschnittlichen Anteil ausländischer Bevölkerung im Ortsteil die Straßenbahnlinien und –haltstellen der Linie 13 und 3, die vom Hauptbahnhof zu den Unterkünften

der Asylbewerber in der Torgauer Straße führen, und als ‚Umschlagplatz‘ für die Drogenware genutzt werden.

Die Interviewten im Jugendalter sehen für sich keine große Perspektive in Neustadt-Neuschönefeld, artikulieren jedoch Wegzugsgedanken nur im Konjunktiv. Insbesondere die Ausländerproblematik wird thematisiert. Die ‚sozialen Brennpunkte‘ werden damit vornehmlich an der Gruppe der Ausländer festgemacht. Diese wird durch den im Vergleich mit anderen Ortsteilen überdurchschnittlichen Anteil in Neustadt-Neuschönefeld und der Gleichsetzung mit der Drogenszene stark stigmatisiert, wie folgende Interviewpassagen zeigen:

„Und hast Du das Gefühl, daß das ein Stadtviertel ist, was eher einen guten oder eher einen schlechten Ruf hat?

Einen schlechten Ruf, wie gesagt, Revolverviertel. Das war schon immer so gewesen. Da wird sich bestimmt nichts daran ändern. Obwohl sich das Viertel eigentlich ziemlich gut rausgemacht hat. Wenn man das zur Wende gesehen hat hier, da war ja ... die ganze Ecke hier war alles eingefallen. Da hat kaum noch einer gewohnt, das waren nur Abbruchhäuser. Und jetzt, wie gesagt, hat sich das alles hier ein bißchen wieder erholt. Außer man sieht natürlich, daß die Leute alle wegziehen, weil die Eisenbahnstr., das war ja auch mal eine Einkaufsstraße, und da sieht man von vorne bis zur Liebmann-Straße, von der Rosa-Luxemburg- bis zur Liebmann-Straße machten alle Geschäfte zu. Die gehen alle irgendwie pleite, weil die ziehen alle fort hier. Aber ansonsten hat sich das ziemlich gut rausgemacht.

Und wieso heißt das das Revolverviertel?

Die nennen das halt so, weil ... weiß nicht, wegen den Ausländern oder was. Schon früher in der ‚Zone‘ hat das den Ruf gehabt. Ich weiß nicht ganz genau warum, aber ich meine, wenn man abends hier langläuft, da sieht man das schon, was die damit meinen.

Beschreib mal ein bißchen.

Naja, wie z.B. die Eisenbahnstr., da stehen sie eben abends rum und trinken, hier die Winkeltrinker hier, und plärren rum. Dann hier vorn ist eine türkische Pension, also da wohnen nur das ganze Haus voll Türken. Dann weiter vorne ist noch mal zwei Häuser nur Türken. Dann die ganzen Buden hier, die Asiabuden, da ist ja eine nach der anderen. Da sind auch überall die Kunden drin. Und da läuft man eben da lang und da wird man hinterhergebläht, da wird man vollgerotzt, also mir ist das noch nicht passiert, aber anderen Leuten hier, und das ist nicht so schön.“ (62/11)

Fazit: Stadtteilentwicklung Neustadt-Neuschönefeld

Für den Ortsteil Neustadt-Neuschönefeld besteht die Gefahr eines weiteren Absinkens, wenn nicht durch neue und zusätzliche Instrumente im Bereich der Stadtentwicklung sowie im Sozialbereich gegengesteuert wird. In das Sanierungsgebiet flossen viele Mittel, die jedoch nicht die gewünschten Effekte bezüglich der Stabilisierung der Bewohnerschaft brachten. Nachgedacht werden muß z.B. über künftige Low-budget-Nutzungen der leerstehenden Häuser, die sich zu einem großen Teil für Studenten-Wohngemeinschaften eignen würden. Der im Vergleich zu anderen Stadtteilen überdurchschnittliche Ausländeranteil und die parallele Entwicklung der Drogenszene, der höhere Anteil an Arbeitslosen sowie insbesondere sozial benachteiligten Jugendlichen, die – gemessen an der Vielzahl der Probleme - verhältnismäßig geringe Anzahl von Jugendtreffs und Betreuungseinrichtungen, der Leerstand in sanierten Häusern, die hohe Verkehrsdichte, Lärm und Schmutz – insbesondere in der Eisenbahnstraße, führten in den letzten Jahren zu einer Abwertung des Gebietes, obwohl ein großer Teil der vom Verfall bedrohten Häuser bisher saniert wurde. Für das Jahr 2000 ist der Beginn des Einsatzes gebündelter Maßnahmen zur Aufwertung von Neustadt-Neuschönefeld vorgesehen (vgl. Stadtratsbeschluß zum Programm ‚Soziale Stadt‘, 16.2.00). Für den Erhalt einer sozialen Mischung wird es insbesondere darauf ankommen, die sozial benachteiligten Jugendlichen, die über eine starke Bindung an den Stadtteil verfügen, in Maßnahmen zu integrieren.

4.3 Gohlis-Süd

4.3.1 Strukturdaten

Typ: Mischung aus 'Gründerzeitlichem Bürgerviertel mit repräsentativer Wohnbebauung' und 'Gründerzeitlichem Kleinbürgerviertel mit gemischter Wohnbebauung' (Ortsteil 90)

Dieses Gebiet wird als „Wohngebiet (teilweise großbürgerlichen Charakters) mit z.T. gut erhaltenen Villen und Mietshäusern im Gründerzeit- und Jugendstil, aber auch stark sanierungsbedürftigen bzw. abrißreifen Vierteln“ gekennzeichnet (vgl. OTK 1995). Hier befinden sich Reste des alten Dorfes Gohlis mit einem kompakten Ortsteil und altem Kern um das Gohliser Schlöbchen, der im Süden an Kleingärten und das Rosental grenzt. Die Magistralen sind die Gohliser Straße und Georg-Schumann-Straße.

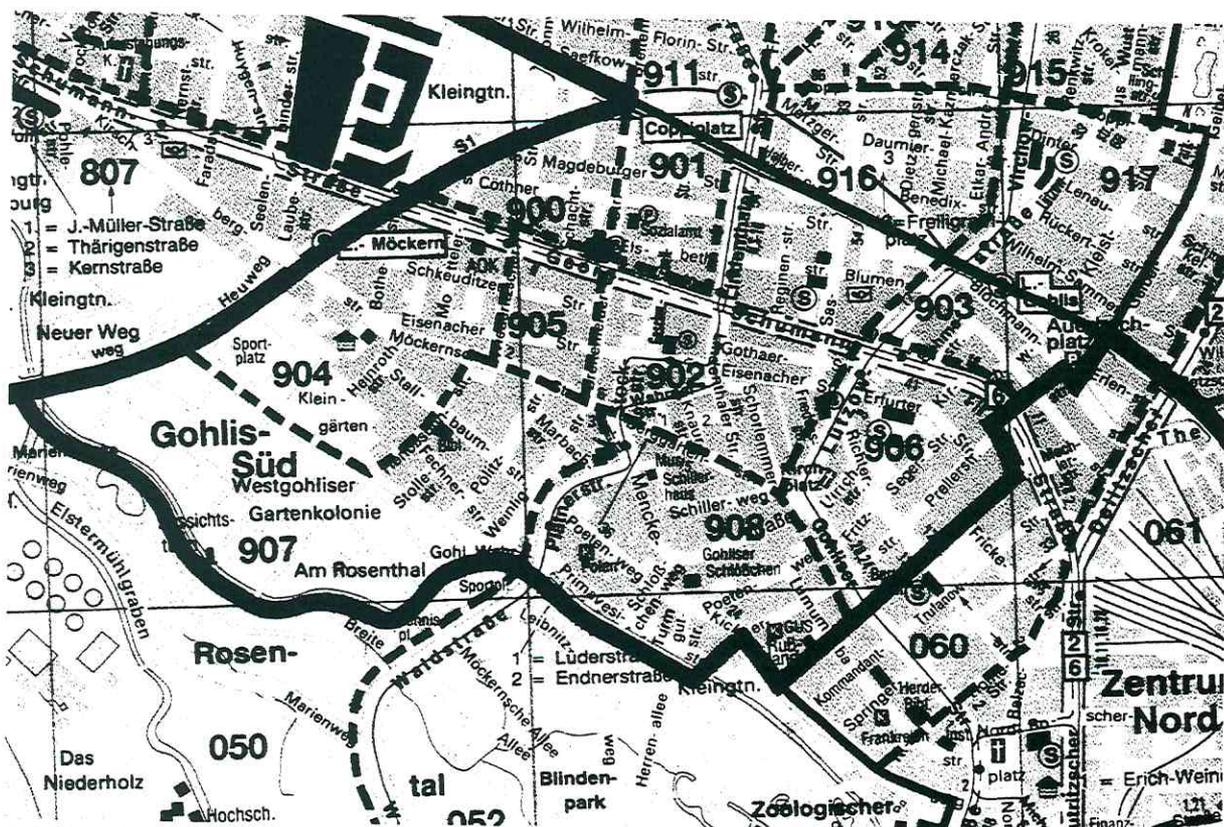


Abbildung 20: Gohlis-Süd (Ortsteil 90)

1995 erfolgte die Fertigstellung des Einkaufs- und Bürocenters 'Gohlisarkaden' an der Lützow-/Ecke Georg-Schumann-Straße.

Laut Sozialatlas des UFZ handelt es sich hier um ein stark bebautes Gebiet (ca. 70% Wohnbebauung). Dominant ist die Mischbebauung, aber auch 10% Villen sind vorhanden. Auf dem Immobilienmarkt wird dieses Gebiet als eines mit 'sehr guter Wohnlage' bezeichnet. Der Immobilienmarkt ist durch eine starke Dynamik gekennzeichnet, gekennzeichnet durch eine große Anzahl an Verkaufsfällen und hohe Umsätze bei Eigentumswohnungen und bebautem Gelände. Dies führt zu einer starken Aufwertung insularer Gebiete. Diese (Wieder)Aufwertung des Viertels zum Ort gehobenen Wohnens

schließt den beginnenden Gentrifizierungsprozeß ein. Eine These des Sozialatlas differenziert nach vier zukünftig entstehenden Gebieten für höherverdienende Einkommensgruppen im Typ 'Gründerzeitliches ehemaliges Bürgerviertel mit repräsentativer Wohnbebauung': Dabei handelt es sich um das Waldstraßenviertel, das Musikviertel, sowie Teile von Schleußig und Gohlis.

Zur infrastrukturellen Ausstattung: Markant ist die stark überdurchschnittliche Ausstattung mit Ärzten. Sie beträgt das Doppelte des Durchschnitts (vgl. Sozialatlas).

In Bezug auf die soziale und kulturelle Infrastruktur ist der Stadtbezirk Nord insgesamt eher durchschnittlich ausgestattet, allerdings von den 57 Einrichtungen befinden sich knapp die Hälfte in Gohlis-Süd (Kultur: Nord insgesamt 10 Einrichtungen / Gohlis-Süd davon 3x Kunst: Schillerhaus, Gohliser Schlößchen, 3 Kneipen, 1 Galerie). Ein Merkmal ist der hohe Anteil sozialer, caritativer und kirchlicher Einrichtungen, wobei davon ein Drittel in Gohlis-Süd vorhanden sind, darunter ein Behindertenverband, ein Übernachtungshaus für Frauen, das Suchtzentrum, sowie ein Verein zur sozialen Rehabilitation.

n= 866	9 SB Nord (57)	90 Gohlis Süd (25)
Ämter (106)	5	2
fr. Bildung (6)	0	0
Freizeit (65)	6	1
Handel (25)	0	0
Heime (42)	3	1 (Wohnungslose)
Konsulate (9)	1	1
Kultur (238)	10	7 (3x Kunst, 3 Kneipen, 1 Galerie)
Initiativen (6)	3	2
Religion (86)	6	2
Treffs (19)	2	1
Verbände (23)	1	1
Vereine (225)	17	6 (Blinden- u. Sehbehindertenverband, Verein z. soz. Rehab., Übernachtungshaus für Frauen, Suchtzentrum, ABW-Kinderstube, Gesellschaft Sachsen-Osteuropa) seit 1998 Leipziger Erwerbslosenzentrum
Wissenschaft (14)	0	0
Werkstatt (6)	2	0

Tabelle 9: Infrastruktureinrichtungen Gohlis

4.3.2 Photoserie Gohlis-Süd (1997/98)



Bild 1

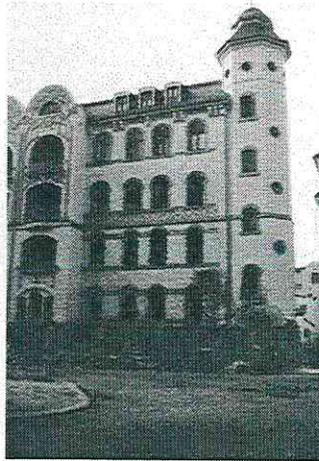


Bild 2



Bild 3



Bild 4

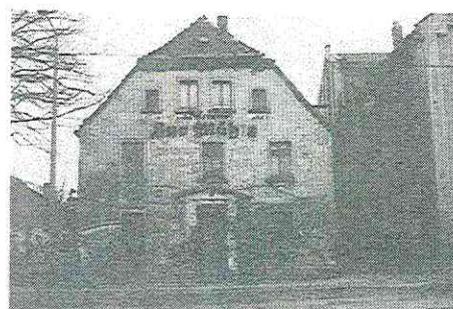


Bild 5



Bild 6

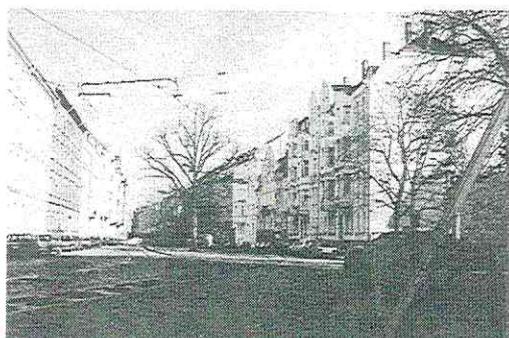


Bild 7

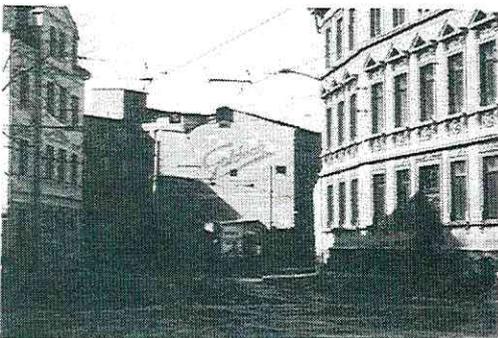


Bild 8

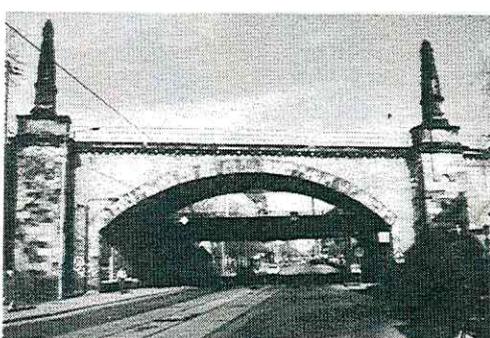


Bild 9

Bild 1: 'Gohlis-Arkaden' /Lützow-/Ecke Schumannn-Str.
 Bild 2: Saniertes Haus, Pölitz-/Ecke Marbachstraße
 Bild 3: Sanierte Häuser Menckestraße

Bild 4: Schillerhaus, Menckestraße
 Bild 5: „Alte Mühle“, Marbachviertel
 Bild 6: Gohlischer Schlößchen, Menckestr.

Bild 7: Menckestraße
 Bild 8: Menckestraße
 Bild 9: Lützowstraße

4...3.3 Aspekte der Lebenslagen im Stadtteil

Übersicht zu den Befragten

Interviews **Gohlis-Süd**
insg. 19 Interviews

Nr	ST	Ge.	Geb.-jahr/Alter (Geb.-ort)	Ge. w.	Seit Stadt.	Fams	Kinder	Schulab	ber. Abschluss	frühh./Tätigkeit	Erwerbs-tatus	HH-Einkommen („Verdiener“)	Anmerkunge
10	Go	w	1975 / 24 (Jena)	keine	1996	ledig	keine	Abitur	-	-	Studentin	700 DM (zusammengesetzt: Nebenverdienst, Waisenrente u. Geld v. Eltern; Kindergeld)	
13	Go	w	1960 / 39 (Leipzig)	1	1995	gesch.	1	10. Kl.	FA / Meister	Wirtsch. Kauffrau	arbeitslos (2. Mal; seit 1998)	allein: 1.750 DM (ALG und Geld für Kind; 17 Jahre)	
14	Go	w	1946 / 52 (Albersdorf b. Leipzig)	4	1946	Verh.	3	Abitur	FH / Ingen.	Chemie/ Polygraphie	arbeitslos	Allein: 1300 DM ALH zusammen: 2600 DM (+ALH des Ehemannes)	
15	Go	w	1958 / 40 (Leipzig)	1	1988	Verh.	3	10. K.	Facharbeiter	-Zerspanungs- facharbeiter -Verkäuferin	arbeitslos	Zusammen: Ca. 3000 DM (520 DM Nebenverdienst, 900 DM Rente Ehemann, 800 DM ALG, 800 DM Kindergeld für 3 Kinder)	Inanspruchn. weiterer Einmal- zahlungen, wie Bekleidungs-geld

Nr	ST	Ge.	Geb.-jahr/Alter (Geb.-ort)	Gesch w.	Seit Stadtt.	Fams	Kinder	Schulab	ber. Abschluss	früh./Tätigkeit	Erwerbs-tatus	HH-Einkommen (‘Verdiener’)	Anmerkung
16	Go	w	1951 / 47 (Forst)	keine	1985	Verh.	1	10. K.	FH / Ingen.		arbeitslos	Allein: 1.300 DM ALG Zusammen: 3.250 DM (+1.700 Verdienst Ehemann und 250 DM Kindergeld)	
21	Go	w	1958 / 40 (Zittau)	keine	1995	Verh.	1	Abitur	Universität	Dipl.-Lehrerin (Deut./Russ.)/ promoviert	arbeitslos	Allein: 600 DM Erziehungsgeld Zusammen: Ca. 3200 DM (+1000 DM Rente Großm.; 1100 DM ALG Ehemann; 250 DM Kindergeld)	Großmutter lebt mit im HH;
22	Go	m	1975 / 24 (Magdeburg)	2	1996	Ledig	keine	Abitur	Universität	versch. ‚Hilfs- arbeiten‘	Student	Allein: 800-900 DM (100 DM v. Vater; 350-450 DM von Mutter; 150 DM Mietzuschuß; 200 DM Nebenverdienst)	WG zu dritt
33	Go	m	1932 / 66 (Lobenstein)	1	1958	Verh.	3	Abitur	Masch.schloss HS / Ingen.	Projekt- manager	Rentner	Allein: 2500 DM (Rente + Nebenverdienst) zusammen: zusätzlich Verdienst Frau (k.Angabe)	Ab 1991 Vorruhestand (m. 59 J.)
40	Go	w	1942 / 56 (Leipzig)	keine	1942	Ledig (LG)	2	Abitur	Universität	Mathematik EDV/Projekt	arbeitslos	Allein: 2.150 DM (ALG) zusammen: ca. 5000 DM HH- Einkommen (Gehalt)	-versorgt mit ihrem ALG noch Kinder, die studieren

Nr	ST	Ge.	Geb.-jahr/Alter (Geb.-ort)	Gesch w.	Seit Stadt.	Fams	Kinder	Schulab	ber. Abschluss	frühh./Tätigkeit	Erwerbs-tatus	HH-Einkommen („Verdiener“)	Anmerkung
42	Go	m	1942 / 56 (Leipzig)	3	1948	Verh.	2	10. K.	Maschinenbau FH / Ingen.	Ing. Wärmean.	arbeitslos	Allein: 800 DM Alhilfe zusammen: ca. 4000 DM (+2000 DM Verdienst Frau; 1.000 DM Bafög Kinder; 250 DM Kindergeld	
48	Go	w	1939 / 60 (Breslau)	1	1964	Ledig	keine	8. K.	Werbefachfrau Industriekaufm.	Stadt- verwaltung	arbeitslos	Allein: 1.200 DM ALG; 100 bis 200 DM Nebenverdienst k.A.	ÜHF
52	Go	w	1953 / 45 (Leipzig)	1	1997	Gesch.	3	10. K.	Friseurin	Friseurin	arbeitslos		ÜHF
53	Go	w	1945 / 53 (Leipzig)	keine	1997	Gesch.	1	10. K. (Sonder)	An- und ungelernt	Hilfsarbeiten	arbeitslos	Allein: 514 DM Sozialhilfe	ÜHF
54	Go	w	1942 / 56 (Niederschlema)	3	1998	Gesch.	3	6. K.	An- und ungelernt	Hilfsarbeiten	arbeitslos	Allein: 1.140 DM EU-Rente	ÜHF
55	Go	w	1979 / 19 (Thüringen)	5	1998	Ledig	keine	10. K.	Berufsabschl. Mechanikerin	Zweiradmech.	ABM	Allein: 1.350 DM (ABM)	ÜHF
59	Go	w	1956 / 42 (Leipzig)	2	1998	Gesch.	1	5. K. (Sonder) ab 13. J. Lehraus.	Berufsabschl. Köchin	Gaststätten/ Kafmamsell	Arbeitslos/ Umschulung	Allein: 800DM Umschulung	ÜHF
60	Go	w	1954 / 44 (Plauen)	keine	1998	Gesch.	5	10. K.	Agrotechniker	Versch. Hilfsarbeiten	arbeitslos	Allein: 752 DM AL-hilfe	ÜHF

Tabelle 10: Übersicht Befragte Gohlis-Süd

4.3.4 Beurteilung des Stadtteiles und Fazit

„Wem's zu wohl ist, der lebt in Gohlis“

Bei der **Beurteilung der Entwicklung des Stadtteiles** wurde Gohlis in allen Interviews als ein Ortsteil mit überwiegend guten Wohnlagen bezeichnet. In den Begründungen wurde einige Male der alte Spruch zitiert, „Wem's zu wohl ist, der zieht nach Gohlis“, was die Geschichte als Wohnort eines Teils der ‚Wohlhabenden‘ der Stadt untermauert. Teilweise wurde in den Interviews über die Nachkriegsgeschichte des Stadtteiles ab 1945 erzählt (Kindheitserinnerungen) und in diesem Zusammenhang insbesondere die Wohnhäuser der Russischen Kommandantur erwähnt. Die Unterbringung der Führungskräfte der Russischen Armee – die in großen, geräumige Wohnungen war, spiegelt sich gegenwärtig nach wie vor in den Straßennamen wider (z.B. Kommandant-Trufanow-Straße in Gohlis).

Für Gohlis zählen in bezug auf die Infrastruktur sowie die Nähe zum Stadtzentrum die gleichen Merkmale, wie für die Südvorstadt. Insbesondere Studenten hoben den Ortsteil als ‚guten Wohnort‘ hervor. Im Unterschied zum ‚günstigen Wohnstandort‘ wird ein Großteil der Kultur und Freizeit von Studenten jedoch nicht in Gohlis-Süd verbracht (die Gosen-Schänke und das ‚Ofenrohr‘ wurden nicht als typische Treffpunkte für Studenten benannt), hier werden eher die Innenstadt sowie die Südvorstadt angegeben.

„Und was meinst du, was Gohlis für in Image hat?

Wem es zu wohl ist, lebt in Gohlis, das ist ja der Standardspruch, den meine Großmutter gebracht hat, als sie gehört hat, dass ich hier wohne.

Wo kommt der her?

Ich weeiß gar nicht was das ist, das ist so'n Spruch, ein Leipziger Spruch. Und ich muß sagen, ich entwickle hier schon so'n bißchen so'n Lokalpatriotismus.“ (10/11)

Der Ortsteil Gohlis-Süd wird nach wie vor als **relativ gemischter Ortsteil** bezeichnet, obwohl zahlreiche Aufwertungsinseln - insbesondere in den Straßenzügen am Rosental – durch umfassende Sanierung entstanden. Das ‚Nebeneinander‘ von gründerzeitlichen Vierteln mit gemischter Bewohnerstruktur und hochwertigen Villen wird ebenso reflektiert, wie der *hohe Leerstand* im nichtsanieren und sanierten Bestand. In Gohlis-Süd ist der Leerstand in allen Mietpreissegmenten vorhanden, neue Mieter werden jedoch aufgrund der überwiegend guten Wohnumfeldbedingungen eher erreicht.

Der ständige ‚Umbruch‘ (Baustellen) wird als störend bezeichnet. Für die künftige Entwicklung in bezug auf den hohen Leerstand gab es lediglich in einem Interview die Reflektion darüber, dass die Stadt mit neuen Instrumenten gegensteuern muß bzw. Bund und Land bei der Aufstellung neuer Förderprogramme und Gesetze, die den Verbleib in der Stadt fördern und den Wegzug in die Einfamilienhaussiedlungen in Stadtrandlage und außerhalb der Stadt eindämmen, gefragt sind.¹ Insofern wird bisher dem sanierten Bestand in Gohlis-Süd keine große Chance der baldigen Belegung mit bzw. Einzug von neuen Mietern eingeräumt. Der hohe Leerstand – oft ganzer Blöcke (z.B. lt. Interviewte in der Blochmann-, Delitzscher-, Bernhardtstraße) - wird als großer Nachteil für die

¹ Für Leipzig ist die Gründung einer Beratergruppe um Minister Klimmt (Wohnungsbauförderung) im Februar 2000 relevant, deren Mitglied der ehemalige Leipziger OBM Hinrich Lehmann-Grube ist. Erste Ergebnisse sollen im Juni 2000 vorliegen.

künftige Entwicklung des Stadtteiles angesehen. Im Unterschied zum Leerstand in Neustadt-Neuschönefeld kann in Gohlis-Süd jedoch davon ausgegangen werden, dass dieser nicht vorrangig durch schlechte Wohnumfeldbedingungen besteht und sich auf Dauer aus diesem Grund ‚verfestigt‘. Eine Polarisierung der Bewohnerschaft in ‚normal‘ und ‚gut‘ Verdienende wird für Gohlis-Süd zwar registriert, eine Gentrification des gesamten Stadtteiles jedoch nicht angenommen.

„**Und so Wohnumgebung sind da Sachen, die Dir auffallen, baulicher Verfall oder ‚unangenehme‘ Ecken** ... eh, ich finde es schade, daß so viele Wohnungen leer stehen, obwohl keine Sanierung in Aussicht ist. Sonst wird ziemlich viel saniert und es ist interessant, wie die Straße radikal ihr Gesicht verändert hat. Von einer sehr düsteren, veralteten Ecke jetzt zu diesen sehr hochgezüchteten Häusern.

Noch eine Frage zum Stadtteil, kriegst Du was mit von sozialen Problemen?

Arbeitslosigkeit. Es ist in einigen Ecken ein Arbeiterstadtteil das merkt man. Wenn ich die beiden sehe, die da vorne immer rumhängen und rausgucken aus dem Fenster, da kann ich davon ausgehen, daß die arbeitslos sind. Ansonsten ist hier das Gemisch aus einfachem Volk und Studenten, also nebenan die Familie mit vielen Kindern...

... ziemlich viele Villen aber auch.

Ja ja, da wohnen Uniprofessoren, Ärzte und so weiter, aber ich denke das hat auf das eigentliche Stadtbild gar nicht so die Auswirkung, da wohnen ja selten mehr als vier Leute in den Villen. Es werden schon auch Häuser saniert, die als Luxuswohnungen angeboten werden, doch im großen und ganzen ist es doch eine sehr durchschnittliche Wohngegend mit durchschnittlichen Mieten.“ (22/7-9)

In der Beurteilung der Wohngegend sowie der Veränderungen in der Mieterzusammensetzung spielen die unmittelbaren **Wohnumfeldbedingungen** eine sehr große Rolle. Den Wohnungen (saniert oder nicht saniert), die nach kurzem Leerstand relativ schnell wieder durch Neueinzüge belegt werden konnten, werden auch die a) besten Bedingungen / Merkmale des Wohnumfeldes zugeschrieben bzw. b) haben überdurchschnittlich niedrige Mieten im entsprechenden Segment bezogen auf Gohlis-Süd. Dies veweist darauf, dass in Gohlis *nicht* überwiegend hohe Mietpreise zu verzeichnen sind.

In dieser Hinsicht ist der größte Unterschied z.B. zum Ortsteil Neustadt-Neuschönefeld vorhanden: Den Neueinzügen in Gohlis-Süd werden weniger bzw. keine Merkmale sozialer Benachteiligung zugeschrieben.

„**Und die Leute, die eingezogen sind, würden Sie jetzt sagen, die sind bedürftiger oder würden sie sagen das sind ganz normale ...?**

Nee, das sind ganz normale. Also, nee, die haben alle eigentlich Arbeit. Ja.

Und im Wohnviertel jetzt so, im etwas größeren, hat sich da irgendwie in den letzten Jahren viel geändert?

Nee, eigentlich, naja es sind immer mal Wohnungen frei gewesen, aber die sind immer ganz schnell wieder weg, weil es eine sehr schöne Wohngegend ist, nehme ich an. (...) Und es ist viel Grün und relativ ruhig, also Autoverkehr ist jetzt überall, aber es ist keine Durchgangsstraße, bloß eine Anliegerstraße und es ist eine sehr schöne Wohnlage. Und dadurch sind die Wohnungen eigentlich immer wieder vermietet worden. Und ich würde sagen, also, es ist eigentlich sehr angenehm dort zu wohnen, weil es ist auch, es sind keine, sagen wir mal auffälligen Mieter, um nicht zu sagen Assis oder so.“ (40/10)

Bei den Interviews in der Südvorstadt wurde als ‚bevorzugter‘ Stadtteil, in dem man sich vorstellt, auch wohnen zu können, Gohlis benannt, und umgekehrt. Es kann davon ausgegangen werden, dass – im Unterschied zu Grünau-Mitte und Neustadt-Neuschönefeld - beide Ortsteile künftig auch weiterhin einen hohen Wohnwert haben werden, der nicht zuletzt auf der gut ausgebauten Infrastruktur beruht.

Die **Dienstleistungsinfrastruktur** im Handel (Läden, Gaststätten) und **kulturelle Infrastruktur** (Schillerhaus, Umgebung des Schillerhauses und des Gohliser Schloßchens, Leipziger Zoo) wurde hervorgehoben, teilweise deren dörflicher Charakter. Kritisiert wird parallel das ‚Ladensterben‘ in der Georg-Schumann-Straße sowie der lange Leerstand von Geschäften.

Zu den **Wohn und Wohnumfeldbedingungen** erfolgten Aussagen in verschiedener Hinsicht: In bezug auf die veränderte Zusammensetzung der Hausgemeinschaften aufgrund von Weg- und Zuzug der Mietparteien gibt es unterschiedliche Tendenzen: Als Haupttendenz wurde der überdurchschnittliche Wegzug junger Familien angegeben und der Verbleib der älteren Bevölkerung. Der Wegzug der vor 1989 ansässigen Bevölkerung wird vielfach als ‚Verlust‘ bezeichnet, da in diesem Zusammenhang vertraute Netzwerke und Strukturen verloren gingen bzw. sich darin der radikale Wandel sämtlicher Strukturen nach 1989 widerspiegelt (Berufs-, Wohn-, Stadt-, Beziehungsstrukturen etc.):

„**Wie schätzen Sie so die Beziehungen hier im Stadtteil ein? Kennt man sich?**

Nicht mehr, früher waren viele kleine Geschäfte da, da kaufte man ein, das war ja so ein kleines Zentrum – Gohlis. Da war jedes Geschäft, alles, was man brauchte für den täglichen Bedarf dreimal da, mindestens. Man kannte sich auch. Aber es wohnt niemand mehr da. In unserer unmittelbaren Nachbarhäuser, Sie sehen da drüben ist abgerissen, neu gebaut. Unser Nachbarhaus ist modernisiert worden. In unserem Haus wohnt noch die andere Partei, das ist eine Person, aber auch kein alter Anwohner des Stadtbezirkes. Das gegenüberliegende Haus ist leer, das andere, da wohnt noch ein kleines Mädchen drin mit einem Kind. Was noch ist, daß Geschäfte unten drin sind, aber ansonsten, die älteren Leipziger sind alle weg, entweder verstorben oder verzogen. Da gibt’s nichts mehr. Und auch von den vielen älteren Geschäften gibt’s kaum noch jemanden von früher.“ (33/11)

Die Georg-Schumann-Straße wird aufgrund des starken Verkehrs, verbunden mit Lärm, Hektik und Staub, nicht als ‚ideale Wohngegend‘ bezeichnet. Hier ergeben sich Parallelen zu den weiteren Geschäftsstraßen in den untersuchten Ortsteilen Südvorstadt (Karl-Liebknecht-Straße) und Neustadt-Neuschönefeld (Eisenbahnstraße). Als weiterer Vorteil gegenüber anderen Ortsteilen wird der **hohe Grünanteil** bezeichnet und in diesem Zusammenhang insbesondere das Rosental, die an das Rosental angrenzenden Kleingärten sowie die Innenhöfe im sanierten Bestand.

Für Gohlis wird mehrheitlich **kein Problem der zunehmenden Verarmung** gesehen (**Fremdwahrnehmung von Armut**), offensichtliche ‚Treffpunkte‘ sozial Benachteiligter in abgrenzbaren Gebieten / Orten wurden in den Interviews – bis auf kleinere Treffpunkte, z.B. am Gohlis-Center in der Elsbethstraße⁴⁹ nicht angegeben (‘**soziale Brennpunkte**’ bzw. sog. ‘**gefährliche Ecken**’).

Fazit: Stadtteilentwicklung Gohlis-Süd

Gohlis-Süd verfügt insgesamt über ein ‚gutes Image‘, was am hohen Wohnwert des Stadtteiles festgemacht wird. Trotz der Zweiteilung in ‚gründerzeitliches Kleinbürgerviertel‘ und ‚Bürgerviertel‘ mit repräsentativen Bauten und Villen, ist nach wie vor eine gemische Bewohnerstruktur vorhanden. Umfassende Segregations- oder Gentrifikationsprozesse sind aufgrund des hohen Leerstandes im hochpreisigen Segment sowie des aufgrund der überwiegend guten Wohnlagen/des guten Images vorhandenen Zuzugs nicht zu erwarten. Ab Mitte 2000 beginnt der Umbau der Georg-Schumann-

⁴⁹ Im Gohlis-Center befinden sich die Außenstellen von Sozial- und Jugendamt. In dem Center ist ebenfalls ein Spar-Markt vorhanden, der wiederum Treffpunkt für einige der Frauen aus dem Übernachtungshaus für Frauen in der Magdeburger Straße (Nebenstraße) ist. Da dieses Übernachtungshaus tagsüber geschlossen ist, besteht unweit ein Tagestreff in der Coppistraße, so dass auch der Coppiplatz durch die Interviewten als Treffpunkt benannt wurde. In den Aussagen wurde jedoch an keiner Stelle ein ‚störender Einfluß‘ zum Ausdruck gebracht.

Straße. Nach diesem bleibt für die Gesamtentwicklung des Ortsteiles anzunehmen, dass die Versorgungssituation verbessert und stabilisiert wird.

4.4 Grünau-Mitte

4.4.1 Strukturdaten

Typ: „Hochverdichtetes Großneubaugebiet mit gemischter Bewohnerstruktur“ (WK 4 und 5.2) Ortsteil 62

Grünau-Mitte ist ein reines Wohngebiet in Großplattenbauweise der 70er und 80er Jahre. Alle Gebäude Grünaus in Großplattenbauweise wurden nach 1970 gebaut. Eine „Merkmalsverschiebung“ bleibt für das ehemalige Gebiet Grünau-Süd festzuhalten, welches durch die Angliederung von Lausen 1994 zum Ortsteil ‘Lausen-Grünau’ wurde und nun sowohl über die Charakteristik eines Großwohngebietes in Plattenbauweise als auch über dörfliche Merkmale verfügt.

Zu den Ausführungen des Sozialatlas: Grünau insgesamt hat 76.000 Einwohner und 31.500 Wohnungen. Es ist das viertgrößte Neubaugebiet in den neuen Bundesländern. Es nimmt 5% der Stadtfläche ein, auf der jeder 6. Leipziger wohnt. Damit ist es durch eine hohe Dichte der Wohnbevölkerung und Bausubstanz gekennzeichnet. Dies und die unterdurchschnittliche Infrastrukturausstattung minderten Wohnqualität und Ruf des Wohnstandortes.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Einwohnerzahl im Vergleich zum Stadtdurchschnitt von 18% ist in Grünau wesentlich höher (Grünau-Mitte,-Süd und -Nord 22% bis 25%). Das Eigentum setzt sich aus 55% kommunalem und 44% genossenschaftlichem Anteil zusammen. Der Ausstattungsgrad der Wohnungen ist hoch - 100% besitzen Bad und moderne Heizung.

In Grünau-Mitte gibt es kaum Ansiedlung von Industrie und Gewerbe. Die Magistralen sind die Lützner Straße, Schönauer Straße, Ratzelstraße und Kiewer Straße.

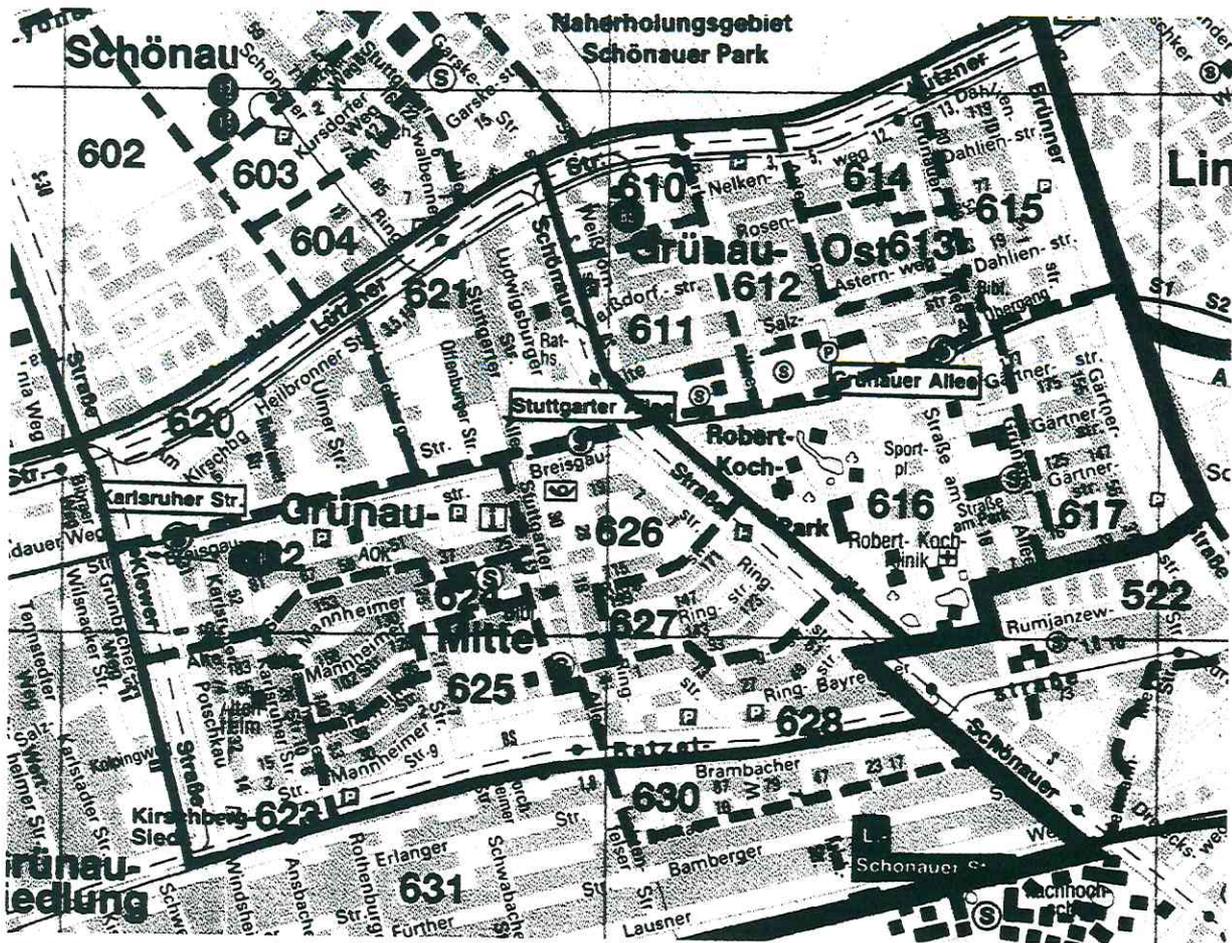


Abbildung 21: Grünau-Mitte (Ortsteil 62)

Die Hauptverkehrsführung läuft entlang bzw. außerhalb der Wohnkomplexe. Diese sind daher relativ in sich geschlossen. Grünau-Mitte verfügt vorwiegend über eine enge 5-, 6-, und 10-geschossige Wohnbebauung. Es sind kaum Innenhöfe vorhanden. An der Lützner Straße wurde das „Allee-Center“ 1996 erbaut, das gleichzeitig bis 1996 der einzige Verkaufsfall an Fläche in diesem Gebiet war.

Eine weitere Spezifik ist, auch wenn das nachfolgend zu beschreibende Gebiet Schönau nicht mehr zu Grünau-Mitte zählt, das angrenzende ehemalige Kasernengelände Schönau. Hier werden laut Sanierungskonzept in den nächsten Jahren 800 Wohnungen in Reihenhäusern und Einrichtungen für kleine Handwerks- und Gewerbetreibende erbaut (vgl. Sanierungskonzept Kasernengelände Schönau sowie LVZ 26.3.1997:17). Insofern bestehen Ähnlichkeiten zur Südvorstadt, indem 'hinter einem Zaun' neue Baustrukturen entstehen (Südvorstadt das mdr-Gelände) und diese gebauten Strukturen nachfolgend Einfluß auf die soziale Zusammensetzung haben können bzw. auf jeden Fall das 'Bild des Stadtteiles' verändern werden.

Weitere Besonderheiten Grünau-Mitte:

Der Ortsteil soll in Zukunft noch mehr Zentrumsfunktion durch entsprechende Baumaßnahmen erhalten. Das 'Rathaus Grünau' und die Grünau-Information befinden sich hier. Die S-Bahn durchquert den Ortsteil und sorgt unter anderem mit dafür, dass auch 'Nicht-Grünauer' direkt das Einkaufszentrum 'Allee-Center' erreichen können.

Hier besteht die Möglichkeit der Schaffung von belegungsgebundenem Wohnraum (Sozialwohnungen) im niedrigen Mietpreissegment. Dennoch muß auf eine Mischung der Mietwohnungsangebote orientiert werden, sonst droht ein schneller sozialer Abstieg in diesem Gebiet. Im wohnungspolitischen Konzept der Stadt Leipzig 1994 und auch in der Neufassung des Konzeptes

1999 wurde als ein Ziel der Erhalt sozialer Durchmischung in den Wohngebieten festgehalten. Diese sind auch noch relativ gemischt. Allerdings sind auch schon erste Erscheinungen der Migration einkommensstärkerer Gruppen festgestellt worden. Sozialhilfeempfänger konzentrieren sich in den benannten hochverdichteten WK 4,7,8 (vgl. IRB GmbH, S. 79ff.). Nach dieser Studie beziehen 3,5% aller Grünauer Haushalte Sozialhilfe, davon sind $\frac{3}{4}$ der Haushaltsvorstände weiblich. Die Analyse der Wohnadressen von Sozialhilfeempfängern in der Großwohnsiedlung verweist auf Spitzenwerte der Stadt (vgl. IRB GmbH). Auch A. Kahl (1995) registriert einen hohen Anteil des durchschnittlich geringsten Haushaltsnettoeinkommens im WK 8.

Seit Mitte der 90er Jahre stellt sich vor allem die Frage, wie sich die Übergabe der Belegungsrechte der Stadt an die LWB GmbH speziell für Grünau auswirken wird. Spezifische Aussagen dazu bzw. offizielle (Forschungs-) Ergebnisse sind bisher nicht vorhanden.

Nach den Aussagen des Sozialatlas (und auch der verschiedenen städtischen Einrichtungen) sind hier am ehesten 'filtering-down' bzw. Segregations-Prozesse zu vermuten. Die Frage wird sein, inwieweit es möglich ist, die Ursachen für diese Prozesse differenziert zu benennen. Bisher besteht ein dualer Prozeß von 'Wegzugsverhalten' und 'Wohnungszuweisungspraxis' von sozialen Problemfällen sowie einer Politik, die 'Aufwertungs-Inseln' schafft (Reihenhaussiedlungen auf ehemaligen Kasernengelände Schönau). Auch bei der Darstellung dieser Prozesse muß beachtet werden, dass das Handeln der Menschen nicht an Verwaltungsgrenzen halt macht und gerade in Bezug auf Grünau die Notwendigkeit einer kleinräumigeren Betrachtung in den einzelnen Wohnkomplexen noch einmal verdeutlicht. Innerhalb der fünf administrativen Ortsteile Grünaus bestehen unterschiedliche Attraktivitätspotentiale. Ansonsten ist zu befürchten, dass die auf Ortsteile bezogenen Durchschnittsdaten kleinräumige Differenzierungen verwischen.

Unterdurchschnittlich ist sowohl die infrastrukturelle Ausstattung mit Ärzten (10,3 Ärzte je 1000 Einwohner) und auch mit Gaststätten (0,7 Gaststätten je 1000 Einwohner). Somit ist die Infrastrukturausstattung der Grünauer Ortsteile gering, verbesserte sich aber durch die Errichtung des 'Allee-Centers'. In der Diskussion sollte jedoch die Frage bleiben, ob die Schaffung solcher Art „Frachtschiff-Infrastruktur“ an einem Platz auch von den Bewohnern als ein positiver Effekt gesehen wird.

n= 866	6 SB West (47)	62 Stadtteil Grünau Mitte (12)
Ämter (106)	13	2
fr. Bildung (6)	0	0
Freizeit (65)	6	3 (2 JFZ, 1 Park)
Handel (25)	0	0
Heime (42)	6	1
Konsulate (9)	0	0
Kultur (238)	6	2 (1 Kino, 1 Bibliothek)
Initiativen (6)	0	0
Religion (86)	2	0
Treffs (19)	2	1
Verbände (23)	2	0
Vereine (225)	8	3 (AWO, Waldorf, Behinderte.)
Wissenschaft (14)	0	0
Werkstatt (6)	0	0

Tabelle 11: Infrastruktureinrichtungen Grünau- Mitte

Die Hälfte der Freizeiteinrichtungen des Stadtbezirkes West befindet sich in Grünau-Mitte, davon 2 Jugendfreizeitzentren. Von den 6 Kultureinrichtungen bestehen nach der Errichtung des 'Alle-

Centers' mit dem Kino 'Bofimax' nun 2 Einrichtungen in Grünau-Mitte (Bofimax, 1 Stadtteilbibliothek).

Interessant ist der Zusammenhang von Baualter der Großwohngebiete und der Altersstruktur deren Bewohner. So ordnet der Sozialatlas beim Vergleich aller Typen von Großneubaugebieten Grünau zwischen alt und neu als 'mittel' ein. Hier wird der Einfluß von politisch-administrativen Maßnahmen in Bezug auf die Vergabekriterien von Wohnungen zu DDR-Zeit deutlich. Mit Abnahme der Wirtschaftsstärke und politischer Handlungsspielräume für den Ausgleich wirtschaftlicher Verluste war - insbesondere ab Beginn der 1980er Jahre auch ein Anwachsen restriktiverer Vorgaben für die Vergabe von Wohnungen an bestimmte Alters- und sozialen Gruppen zu verzeichnen.

Die Relation in der Altersstruktur wird insofern deutlich (vgl. Sozialatlas S. 58f.): je älter das (Neubau)-Wohngebiet, desto ältere Gruppen von Kindern und Erwachsenen im Vergleich zum städtischen Durchschnitt sind vorhanden ('ältere Alterskohorten') (vgl. auch Übersicht im Anhang). Dieser Zusammenhang ist sowohl für kleinbürgerliche Strukturtypen als auch Großneubaugebiete feststellbar.

Schlußfolgernd bleibt für den Sozialraumtyp 'hochverdichtetes Großneubaugebiet' festzuhalten, dass hier, gerade aufgrund der gegenwärtig noch gemischten Bewohnerstruktur, das gesamte Gebiet nicht als sozialer Brennpunkt bezeichnet werden kann. Dennoch ist ein soziales Risikopotential im Entstehen, was insbesondere durch den Auszugswillen sozial Bessergestellter an Bedeutung gewinnen wird. Die Prognose des Sozialatlas geht davon aus, dass hierfür besonders die WK 4,7 und 8 'negative Potentiale' haben (Ortsteile Grünau-Mitte, -Nord und -Süd; Süd jetzt: Lausen-Grünau). Die Einwohnerdichte dort z.B. ist drei mal so hoch wie in dem jüngeren Neubaugebiet Paunsdorf-Nord. „Die außerordentlich hohe bauliche Dichte, der Mangel an sozialer Infrastruktur insbesondere für die große Anzahl Jugendlicher, Wohnumfeldmängel und die periphere Lage zum Stadtzentrum sind Kennzeichen, die die Attraktivität dieser Wohnstandorte erheblich beeinträchtigen. Hinzu kommen die Wohnungsmerkmale, welche durch die überdimensionierte Anzahl kleiner 1- und 2-Raumwohnungen, sechsgeschossiger Wohnhäuser ohne Aufzug und bauliche Mängel bestimmt sind.“ (Sozialatlas 1996:57)

Insgesamt - bei einer Betrachtung aller ausgewählten Gebiete - kann noch keine ausgeprägte soziale Segregation, die sich räumlich niederschlägt, konstatiert werden. Allerdings verfügen bestimmte Teilräume über entsprechende Voraussetzungen für eine Auf- und Abwertung. Innerhalb der im Sozialatlas identifizierten Sozialraumtypen 'Gründerzeitliches Arbeiterviertel mit verdichteter einfacher Wohnbebauung' und 'Hochverdichtetes Großneubaugebiet mit gemischter Bevölkerungsstruktur' werden deshalb die kleinräumigen Untersuchungen und Interviews in ausgewählten Wohnzeilen ansetzen.

4.4.2 Photoserie Grünau-Mitte (1997/98)



Bild 1



Bild 2

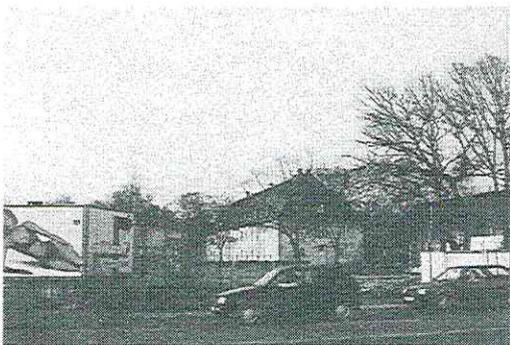


Bild 3

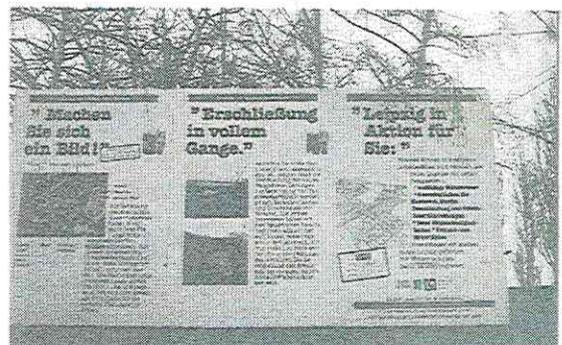


Bild 4

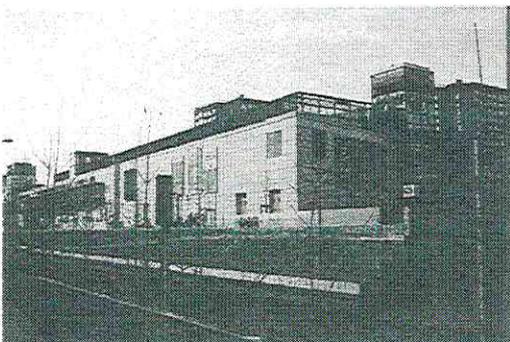


Bild 5

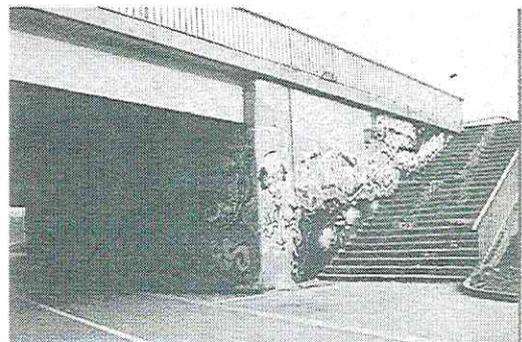


Bild 6

Bild 1: Blick zum Allee-Center, Schönauer / Stuttgarter Allee
Bild 2: ‚Hotel‘, Lützner-/Schönauer Straße (Tankstelle)
Bild 3: Ehemaliges Kasernengelände Schönau, Lützner Str.

Bild 4: Hinweis zum Vorhaben ‚Kaserne Schönau‘
Bild 5: Allee-Center, Schönauer-/Stuttgarter Allee
Bild 6: Brücke zum Allee-Center, Schönauer Straße

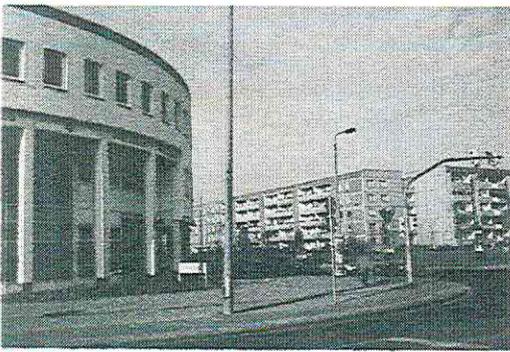


Bild 7

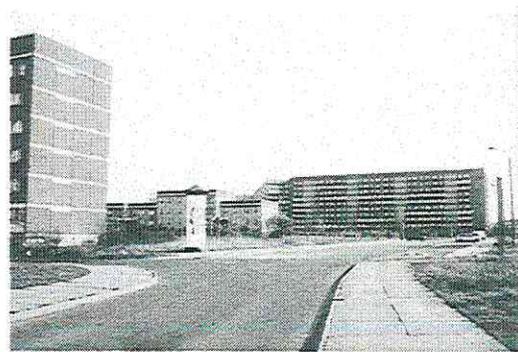


Bild 8

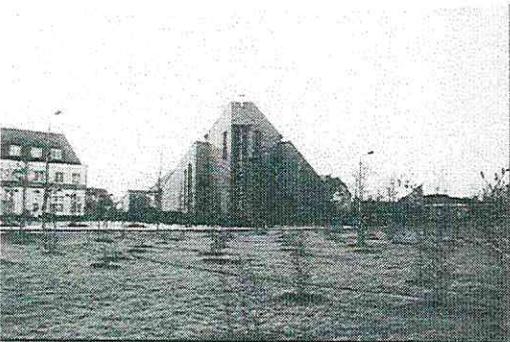


Bild 9

Bild 7: Außenstelle Verwaltung ‚Ratzelbogen‘, Ratzelstraße Bild 8: ‚Leere‘ – Am Kirschberg / Lützner Straße

Bild 9: Kirche, Kiewer Straße

4.4.3 Aspekte der Lebenslagen im Stadtteil

Übersicht zu den Befragten

Interviews **Grünau-Mitte**
insg. 10 Interviews

Nr	ST	Ge.	Geb.-jahr/Alter (Geb.-ort)	Geschw.	Seit Stadt.	Fams	Kinder	Schulab	ber. Abschluss	früh./Tätigkeit	Erwerbs-tatus	HH-Einkommen (‘Verdiener’)	Anmerkunge
12	Grü	w	1957 / 21 (Ludwigslust)	2	1985	verheir.	2 (Zwillg.)	10. Kl.	Facharbeiter	Buchbinderin		2000 DM	(Verdienst v. Ehemann zählt nicht, da Eheprobleme)
39	Grü	w	1959 / 40 (Leipzig)	keine	1991	Ledig (LG).	1	Abitur	Universität	Dipl.- Ökonom	Arbeitslos/ Umschulung	Allein: 1.780 DM Unterhaltsgeld f. Umschulung zusammen: 3.600 DM (+1.500 Verdienst Ehemann und 250 Kindergeld)	Ab 4/98 Umschulung Sozialtherapeut
41	Grü	w	1943 / 56 (Leipzig)	keine	1982	verheir.	2	8. K.	Facharbeiter	Kranfaherin; FA Schreibtechn.	arbeitslos	Allein: 800 DM ALG zusammen: ca. 4000 DM (+3000 DM Verdienste Mann+Sohn; eigener Nebenverd. bei Aktion 55	

43	Grü	m	1972 / 28 (b. Leipzig)	keine	1972	ledig	keine	10. K.	Facharbeiter	Kellner, Barkeeper	Arbeitslos / HLU	Mindestsatz Sozialhilfe	Verfahren HLU (Sozialamt) läuft
44	Grü	m	1948 / 51 (Thüringen)	1	1972	Verh./ getrennt lebend	1	Abitur	FH / Ing.	Ingen. EDV	arbeitslos	Lebt vom Unterhalt der Frau (getrennt lebend; 1500 DM)	Frau ist Ärztin
46	Grü	m	1970 / 28 (Leipzig)	1	1985	ledig	keine	10. K.	Facharbeiter	Versicherungs -fachmann	im Beruf tätig	Keine genaue Angabe ; lebt bei seinen Eltern=HH- Einkommen ca. 4000 DM	
49	Grü	w	1964 / 34 (Leipzig)	1	1983	Verh.	2	10. K.	Facharbeiter	Handweberin Verkäuferin	Seit 1990 arbeitslos	Allein: 600 DM AL-Hilfe Zusammen: 3400 DM (2300 Verdienst Mann und 500 DM Kindergeld	
50	Grü	w	1964 / 34 (Leipzig)	1 (†)	1980	Verh.	2	10. K.	Facharbeiter	Köchin Gastronomie	Arbeitslos seit 1998	Allein: Antrag auf ALH läuft (vorher 900 DM ALG) Zusammen: Ca. 3400 DM Haushaltsein- kommen	1991 arbeitslos; dann Umschlg. bis 1993; 1993 2. Kind; 1994 das 2. Mal arbeitslos; 1996 2. Umschulg. Zu Reha bis 1998; seitdem 3. Mal arbeitslos
56	Grü	w	1941 / 57 (Leipzig)	4	1986	Gesch.	6 (2†)	10. K.	Facharbeiter	Kaltmamsell	Rentnerin seit 1993	Allein: Rente ohne Angabe der Höhe (+Neben- verdienst ,Aktion 55' 200 DM und teilweise Miete v. Tochter)	Invaldität bereits 1986; danach leichte Tätigkeiten

57	Grü	w	1920 / 78 (Leipzig)	1	1987	Verwitw 2	8. K.	An- und ungelehrt	Werkstatt- arbeiterin	Invalidität seit 1970	Allein: Keine Angabe, aber als ausreichend bezeichnet (Witwenrente u. Pflegegeld)	16-Geschosser; 1-R-Wohnung; Rollstuhl
----	-----	---	------------------------	---	------	-----------	-------	----------------------	--------------------------	--------------------------	--	---

Tab elle 12: Übersicht Befragte Grünau-Mitte

4.4.4 Beurteilung des Stadtteiles und Fazit

„Großwohngebiet – ‚Wohnsilo‘?“

Die Zusammensetzung des Ortsteiles Grünau-Mitte ist im engen Zusammenhang mit der Städte- und Wohnungsbaupolitik der DDR zu betrachten. Erst nach langwieriger und staatlich regulierter (sowie reglementierter) Verfahren der Antragstellung wurde Wohnraum Einzelpersonen und sozialen Gruppen zur Verfügung gestellt. Hinzu kommt die Kontingentierung aufgrund der Planung von Wohnungsbaustandorten für Großbetriebe, da die Wohnraumvergabe zu einem großen Teil an den Arbeitsplatz gebunden und damit betrieblich organisiert war. Weiterhin stellte die Wohnraumvergabe ein Mittel zur Steuerung des DDR-Arbeitskräftepotentials dar (vgl. z.B. die Geschichte der Städte Eisenhüttenstadt, Schwedt, Hoyerswerda u.a.). Mietergruppen, wie junge Familien (insbesondere mit wirtschaftspolitisch benötigten Facharbeiterabschlüssen), kinderreiche Familien (Sozialpolitik), Mieter aus abbruchreifen Häusern, teilweise auch die sog. ‚Kontingent-Arbeitskräfte (aus Polen und der Sowjetunion; vgl. insbesondere Städte in obiger Klammer) mit entsprechenden Berufsausrichtungen erhielten vorrangig Wohnraum. In den ‚alten Wohnbeständen‘ verblieb damit überdurchschnittlich vor allem die ältere Wohnbevölkerung. Die Entwicklung der Infrastruktur (hier vor allem Kindergärten und Schulen) beim Aufbau dieser Großwohngebiete erhielt insbesondere durch die sozialpolitischen Programme der 80er Jahre Vorrang. Dennoch hielt die Entwicklung der Infrastruktur mit dem Wohnungsbau oft nicht Schritt. Die Interviewten thematisierten, dass man nach Neubezug der Wohnung oft monate- bzw. auch jahrelang auf die entsprechende Infrastruktur bzw. annehmbare Wohnumfeldbedingungen verzichten mußte. Diejenigen, die die Entwicklung von Beginn an in Grünau miterlebten, bezeichneten sich auch als die ‚Ureinnehmer‘ oder ‚Ureinwohner von Grünau‘. Diese „Wohnerfahrungen“ führen bei der Reflexion über die Entwicklung in der Gegenwart dazu, dass jegliche Wohnumfeld- (Begrünung, Innenhofgestaltung etc.) und Verbesserung der Infrastruktur (Handelsstruktur, kulturelle Infrastruktur, Wiedereröffnung Klubhaus ‚Völkerfreundschaft‘, Bau der Schwimmhalle etc.) überdurchschnittlich positiv beurteilt werden.

„Ja, seitdem wohnen wir jetzt dort in Grünau, und haben das alles miterlebt, den ganzen Dreck von Anfang an. Uns hat man immer angesehen, wo wir herkommen, weil die Schuhe waren immer dreckig, schlammig, alles, und eigentlich ist es jetzt so schön geworden ringsrum, die Blumenrabatten, der Innenhof, alles grün. (...) ..es passiert ja schon viel. Im Prinzip, mir gefällt es eigentlich, weil es ist alles in der Nähe, Straßenbahn, Bus, S-Bahn. Man kommt überall schnell hin. Auch im Sommer ist es schön, da fahr ich mit dem Rad überall hin, oder zum See (Kulkwitz, d.A.) da hab ich fünf Minuten, ne. Da kann man mal entspannen. Man kennt och inzwischen viele Leute. Egal wo man hingeht, Alleecenter, man trifft überall Bekannte. Da ist das schon nicht schlecht.“ (12/2; 11)

„Grünau, das Wohnumfeld hat sich das verändert?“

Ja, die Anlagen, die geplant waren, die Bäume, die haben jetzt eine Größe, daß sie als Bäume wirken, dadurch wirkt alles viel grüner. Es ist auch sauberer geworden die Spielplätze sind schöner geworden, Spielsand und so. Ich meine, die Russenkaserne ist auch weg, das ist auch ein Pluspunkt.“ (49/7)

Grünau ist in bezug auf die **Handels- und Dienstleistungsinfrastruktur** durch das große Einkaufszentrum ‚Allee-Center‘ geprägt. In den Interviews wurde dieses Einkaufszentrum für den ‚Erlebnis-Einkauf‘ angegeben, als Treffpunkt für weiterführende Unternehmungen (z.B. Kinobesuch im angrenzenden Großkino ‚Bofimax‘) etc.. Die Center-Form ermöglicht unabhängig von den Wohnumfeld- (und Wetter)-Bedingungen die Realisierung all dieser Funktionen. Diejenigen

Interviewten, die über einen PKW verfügen, gaben jedoch auch weitere Großeinkaufszentren an, die man in der Freizeit bzw. vornehmlich am Wochenende besucht, wie z.B. den Halle-Saale-Park, der von Grünau aus schnell erreichbar ist bzw. das Löwen-Center in Leipzig-Burghausen.

Für die tägliche Versorgung insbesondere mit Lebensmitteln wurden – wie in den anderen drei Ortsteilen des Projektes – preiswerte Discountläden angegeben, die sich teilweise in den Ladenzeilen der Mehrfachgeschosser bzw. in kleineren (Geschäfts-) Stadtteilzentren befinden: ‚Kondi‘, ‚Allkauf‘, ‚real‘, ‚Penny‘, ‚Marktfrisch‘ sowie im Allee-Center ‚Aldi‘.⁵⁰

„Finden Sie in Grünau alles, was Sie so brauchen, also, von Waren täglicher Bedarf bis zu anderen Sachen, also wie ist so die Struktur praktisch. Kann man in Grünau gut einkaufen oder nicht?

Ich denke mal, wir haben alles, also wir haben sehr viel große Supermärkte, gleich von mir 150 Meter hin ist ‚Kondi‘, da gibt es eigentlich so alles, und wenn wir mal einen größeren Einkauf machen, fahren wir sehr oft in den Saale-Park dann sonnabends oder nach Rückmarsdorf rüber.“ (39/8)

Mehr als in anderen Ortsteilen wurde in bezug auf die **Wohn- und Wohnumfeldbedingungen** die Stellplatzsituation für PKWs kritisiert. Die monotone bauliche Struktur wird durch die monotonen PKW-Reihen vor den Häusern untermauert. Als *sehr positiv* wurden die vorgenommenen Wohnumfeldverbesserungen (Grünanlagen, Reparatur und Neuerrichtung von Spielplätzen) sowie die Nähe zum Kulkwitzer See hervorgehoben.

Die Bewohnerstruktur der Häuser/Wohnblöcke hat sich auch in Grünau in den letzten Jahren verändert. Aus den Interviews sind jedoch nur punktuelle Meinungen ‚zusammensetzbar‘, eine übergreifende Betrachtung für den gesamten Ortsteil ist bis 1999 – obwohl verschiedene städtebauliche Programme und weitere Projektansätze mit erheblichen Mitteln (auch Forschungsmitteln für die Erfassung sozialräumlicher Veränderungen) zum Einsatz kamen – nicht vorhanden. Die Steuerung der Verwaltung wird in diesem Prozeß z.B. sehr auf die jeweils zuständigen Ressorts verlagert, was durch Millionen-Programme *unterschiedlicher* Fördertöpfe von EU, Bund und Ländern ‚zementiert‘ wird (insbesondere stehen städtebauliche Maßnahmen im Mittelpunkt, z.B. das Exwest-Programm in Verantwortung des Amtes für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung). Für die Klientel, die im Mittelpunkt des vorliegenden Projektansatzes steht, gibt es keine dementsprechende Einbeziehung bzw. geschieht dies lediglich marginal durch kleinere Projektansätze (z.B. Gebietservice mit ABM-Kräften, die Maßnahmen der *Wohnumfeldverbesserung* übernehmen). 1999 wurde von seiten der Ministerien die Aufstellung des Bund-Länder-Programmes „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die soziale Stadt“ initiiert, das sich in Leipzig jedoch auf die gründerzeitlich geprägten Altbauquartiere beziehen wird, nicht auf die hochverdichteten Großneubaugebiete.

Größere Veränderungen in einzelnen Häusern/Blöcken könnten lediglich an der auf Grünau-Mitte bezogenen quantifizierten sowie an Sozialmerkmalen festgemachte Wohnraumvergabe für sozial benachteiligte Gruppen (von Obdachlosigkeit bedrohte Haushalte, Sozialhilfeempfänger, Ausländer/Asylbewerber) aufgezeigt werden. Dieses Berichtswesen ist für die Stadt nicht vorhanden. In den Wohnungspolitischen Leitlinien (1994 und 1999) ist das Ziel einer sozialen Durchmischung für das gesamte Stadtgebiet und insbesondere für das hochverdichtete Neubaugebiet Grünau verankert.

⁵⁰ Lediglich in einem Interview wurde die mangelhafte Ausstattung mit alternativen Einkaufsmöglichkeiten (z.B. Naturkostläden) benannt. Hier handelte es sich zudem nicht um einen Befragten, den man dem alternativen Milieu zuordnen könnte.

In den Interviews können unterschiedliche Rekrutierungsstrategien der Wohnungsunternehmen festgehalten werden: Während private Vermieter aufgrund der „Gefahr künftigen Mietausfalls“ sozial Benachteiligte nicht in ihren Wohnungsbeständen aufnehmen, benennen z.B. Wohnungsbaugenossenschaften diese Vermietergruppen oft als die „einzig mit Sicherheit kalkulierbare Mieteinnahmequelle“, da bereits bei Abschluß des Mietvertrages bzw. bei Notsituationen die Mietzahlung über das Sozialamt garantiert ist. Insofern kehrt sich bezogen auf Grünau das spezifische Leipziger Problem des hohen Wohnungsleerstandes und niedriger Mieten, welches als Grundlage für eine differenzierte Belegungspolitik genommen werden könnte, um und führt insbesondere bei genossenschaftlichen Unternehmen dazu, die ‚sichere Einnahmequelle‘ für Mieten zu favorisieren, da unter anderem gut verdienende Einkommensgruppen längst nicht mehr für dieses Wohnungsmarktsegment erreicht werden (Beispielzitat):

„In Grünau, möchten Sie da weiter wohnen bleiben oder haben Sie vor, dort wieder wegzuziehen?

Also erstmal bis unsere Tochter selbständig ist, denke ich mal, bis zum 18. Lebensjahr werden wir weiter dort wohnen. Und wenn sie dann mal auszieht, dann denke ich, ziehen wir von Grünau weg, denn es ist schon abzusehen, daß dort immer mehr sozial schwache Familien hinkommen, auch in unserem Haus, und das ist dann eben keine schöne Wohngegend mehr.

Da würde ich jetzt gerne noch ein bißchen dabei bleiben. Also hat sich das so geändert in den letzten Jahren, also sind bestimmte, welche Personen sind weggezogen und was sind dafür für Leute zugezogen? Können Sie da noch ein bißchen ...?

Naja, gut, finanziell gut gestellte sind zum Teil weggezogen und dafür sind eben dann viele Sozialhilfeempfänger reingekommen. Und wir haben auch schon mit der LWB gesprochen, die sind eben froh, wenn sie überhaupt Mieter finden, es stehen ja in Grünau wohl 11000 Wohnungen leer und letztendlich müssen sie die besetzen. Nun kommt noch dazu, daß in unserem Haus die eine Seite keine Balkons sind, weil das so ein Eckgebäude ist und dadurch sind die noch schlechter zu vermieten wie Wohnungen mit Balkon, weil das will dann gar keiner haben und da kriegen wir dann die asozialen Leute rein, auf deutsch gesagt. Da gibt es schon mal Probleme, also Diebstähle und daß auch im Keller Zeug zertrümmert wird und solche Sachen spielen da schon eine Rolle. Letztendlich hat man nur bedingt drauf Einfluß, ne.

Und die, die ausgezogen sind, wissen Sie – haben die sich dann Häuser gebaut oder sind die nur in andere Stadtbezirke gezogen?

Nee, die meisten haben sich was gebaut, in Rückmarsdorf, dort in diese Richtung, weil das ja bei uns in der Nähe liegt. (39/4)

Veränderungen in der Bewohnerstruktur der Häuser werden ebenso reflektiert. In diesem Zusammenhang wird zwischen denjenigen Mietparteien, die von Beginn an die Entwicklung des Gebietes und Hauses erlebten, ein vertrautes Verhältnis benannt. In zwei Interviews erfolgte die Aussage, dass langjährige Mieter aufgrund der Zuweisung von Sozialfällen und daraus resultierender Verschlechterung des Klimas innerhalb des Hauses weggezogen. Zu den Neueinzügen besteht überwiegend wenig Kontakt und eher ein anonymes Verhältnis. Wenn die neuen Mietparteien ‚in bestehende Netzwerke‘ aufgenommen werden wollten, würde dies möglich sein. Von den Interviewten wurde jedoch eher benannt, dass die neuen Mieter einen engen Kontakt nicht anstreben:

„Und wie ist das so im Haus, ist das eine gute Hausgemeinschaft oder sind da viele Leute jetzt aus- und eingezogen?

Ja, also wir sind praktisch, es sind jetzt vier leere Wohnungen, die haben auch immer mal gewechselt. Mit denen hatten wir wenig Kontakt. Und die anderen so, die mit uns eingezogen sind, haben wir eigentlich einen ganz guten Kontakt. Keine Zusammenkünfte, aber man unterhält sich und so, wie’s geht. Ja, die sind so – unter uns sind so die fünften neuen Mieter.“ (41/9)

„Gab es eine Hausgemeinschaft?

Es gab so etwas, wie eine Hausgemeinschaft. Es wurde doch mal was gemeinsam gemacht. Aber das ist alles weg. Es sind viele ausgezogen. Und es ziehen viele auch jetzt ein, die na ja wo eigentlich auch nichts mehr geachtet wird. Es ist jetzt an der Tagesordnung gewesen, Briefkästen zu zerstören, also ganz schlimm. Bis jetzt war ich noch verschont. Hier man ist man ja auch schnell weg. Sie haben den Aufzug und die Treppe und eine Verbindung zum anderen Haus.

Also das Klima hat sich so ein bißchen...

Es hat sich, es hat sich wirklich - Es haben sich ja in Grünau auch mehr reingesetzt, die...(...) Hauptsächlich in den Hochhäusern. Mein einer Sohn wohnt in einem Hochhaus, der will rausziehen. Der muß abends seine Post rausgenommen haben, sonst wird der Briefkasten aufgebrochen. Bloß was habe ich von andern Leuten Post? Da geht das hier im 11-Geschosser noch, aber die 16-Geschosser. Ich sehe das, wo ich hingehge zu einer Frau im Rollstuhl. Da haben sie reingesetzt, welche aus der Haft, welche die woanders keine Miete mehr bezahlt haben und so weiter. Aber jetzt soll das die LWB nicht mehr machen. Die tun sich ja ihre Altmietner vergraulen.“ (56/18)

Am kritischsten wurden von den Befragten die Entwicklung in den 16-Geschossern am Allee-Center beurteilt. Täglicher Vandalismus (Unordnung, Schmierereien an den Wänden etc.) wird angeführt. Die meist 1 und 2-Raum-Wohnungen weisen eine geringe Wohnqualität auf, das Wohnumfeld ist ebenfalls von geringer Qualität.⁵¹

„Wenn Sie jetzt die ältere Dame in dem 16-Geschosser besuchen gehen, merken Sie da selber, daß...?

Es hat dort vom Scheißhaufen an schon alles gegeben, es ist schlimm. Und da ist ein älteres Ehepaar, die machen da sauber. Aber was die schon für Dreck weggemacht haben, die beneide ich nicht.

Von wem werden die bezahlt?

Von der LWB. Die machen in der Erdgeschoßzone alles sauber, und es ist jedesmal wieder versaut. Die schrubben den Aufzug, damit das nicht so verschmiert, aber das ist immer wieder.

Sind da jetzt eher welche reingezogen, die das immer machen?

Ja, da sind viele ausgezogen, weil das bis zur 7. Etage da kucken die auf die Wand vom Allee-Center. Und da haben die unten alle möglichen reingesetzt. Aus der Haft Entlassene und so. Wenn da mal einer wäre, aber das sind ja viele und da ist die Gruppe zu groß. Die quillt über.“ (56/19)

Als notwendige Veränderungen in den bislang nicht sanierten Blöcken Grünaus wurden für die 5-Geschosser der Anbau von Fahrstühlen benannt. Dieser Standard war vor 1989 nicht vorhanden. Durch die weitere demographische Entwicklung in Grünau kann jedoch davon ausgegangen werden, dass zunehmend ältere Bevölkerung im Gebiet wohnt bzw. aufgrund der niedrigen Mieten die leerstehenden Wohnungen nachfragt.

Parallel zur ‚Medialisierung‘ der Brennpunkt-Berichterstattung in bezug auf das Connewitzer Kreuz in den Interviews Südvorstadt gibt es für das Großneubaugebiet Grünau *Tendenzen der Beurteilung des gesamten Gebietes als ‚sozialer Brennpunkt‘* durch die Medien. Die Interviews erbrachten jedoch, dass die Verortung dieser ‚Brennpunkte‘ sehr genau geschehen muss, damit es nicht zu einer Stigmatisierung des gesamten Gebietes ‚Grünau‘ kommt. So wird durch die Interviewten z.B. auch bezüglich der **Fremdwahrnehmung von Armut** sehr klar unterschieden zwischen verbesserten Wohnumfeldbedingungen und städtischer Wohnungszuweisungspolitik und -beratung bzw. dem Wohnungswahlverhalten sozial Benachteiligter, die sich vorrangig an niedrigsten Mietpreisen orientieren. Insofern besteht neben einer differenzierten Informations- die weitere Anforderung einer differenzierten und abgestimmten Vergabepolitik, die die vorhandene Zusammensetzung von Gebieten berücksichtigt.

⁵¹ Der Vermieter LWB brachte vor einigen Jahren (Stand 1998) in der Erdgeschoßzone des 16-Geschossers in der Ludwigsburger Straße ein Schild an, das darauf verweist, dass das Wegwerfen von Abfällen sowie der längere Aufenthalt auf den Fluren nicht gestattet ist.

„Ist das schlimmer geworden in der letzten Zeit?

Ja, na gut jetzt im Winter vielleicht nicht so, aber dann im Sommer da werden die schon wieder stehen früh beizeiten. Und ist ja auch manchmal in der Miltitzer Allee, hab ich in der Zeitung gelesen, Überfälle und Frauen ausgeraubt, und ich bin kurze Zeit davor da langgegangen, da wird's einem schon ein bißchen komisch. Aber das passiert überall, das passiert och in der Stadt, letzens auch auf dem Bahnhof, die konzentrieren das immer alles auf Grünau, das find ich auch nicht so gut. So ist es nämlich gar nicht.“ (12/13)

Die weitere **infrastrukturelle Ausstattung**, insbesondere die kulturelle und Jugendfreizeitstruktur, wird kritisch eingeschätzt. Dabei wird auch die geringe Anzahl der Einrichtungen kritisiert, vornehmlich jedoch die einseitige Nutzungsstruktur bzw. die ‚Besetzung‘ der Einrichtungen durch verschiedene Jugendkulturen, die sich voneinander stark abgrenzen. Hervorzuhebendes Beispiel – insbesondere in bezug auf das Thema **‘soziale Brennpunkte’ / ‘gefährliche Ecken’** ist in dieser Beziehung das Jugendklubhaus ‚Kirschberghaus‘, in dem rechtsorientierte Jugendliche ab Mitte der 90er Jahre einen Anlaufpunkt hatten. Den Ruhestörungen und Ausschreitungen insbesondere 1997 und 1998 wurde zunächst verstärkt ordnungspolitisch entgegengetreten (verstärkter Polizeieinsatz etc.), zu Beginn des Jahres 1999 wurde das Jugendamt durch den Jugendhilfeausschuß beauftragt, ein neues (Politik-) Konzept zu erstellen und eine neue Trägerschaft für das Kirschberghaus zu finden. Diese Konzeption wurde ein Jahr (Februar 2000) durch den Jugendhilfeausschuß bestätigt und in das Gesamtkonzept ‚Gewaltprävention‘ im Jugendbereich übernommen. Mittlerweile hat sich die rechte Jugendkultur um diesen Bereich Kirschberghaus ‚aufgelöst‘, das ‚Problem an sich‘ ist jedoch nicht beseitigt, sondern hat sich voraussichtlich nur ‚räumlich verlagert‘.

„Und so vom Umfeld her, Grünau?

Also, Kriminalität, wie immer gesagt wird, haben wir dort hinten kaum. Wir liegen in so einer kleinen Seitenstraße und da ist es eigentlich auch nachts und am Wochenende ruhig, also da merkt man diesbezüglich gar nichts. Also ich habe noch nicht viel erlebt, muß ich sagen.

Also, so daß man abends nicht auf die Straße gehen kann oder so ...?

Nee, also ich bin sowieso nicht so ein ängstlicher Mensch. Das Gefühl hatte ich noch nicht. Bei uns ist ja in der Nähe das Kirschberghaus, wo eben auch gesagt wird, daß sich da rechtsradikale zusammenschließen, aber ich hab da auch ein bißchen andere Meinung zu, meine Tochter ist selber mal dort verkehrt, eine ganze Weile und, ich meine, was dann jeder nach Feierabend abends macht für sich, das können die Leute dort auch gar nicht kontrollieren, die Sozialarbeiter. Also, dort in diesem Haus ging es eigentlich sehr gesittet zu, ich hab dort nicht gemerkt, daß dort irgendwelche Hetzparolen und so laut wurden. Im Gegenteil, die hatten eigentlich einen ganz guten Zusammenhalt. Und die Betreuerin dort, die war auch sehr rührig. Hat viel Zeit investiert für die Kinder und Jugendlichen. Hatte ich eigentlich einen guten Eindruck.

Aber jetzt geht Ihre Tochter da nicht mehr so oft hin oder ...?

Nee, sie hat jetzt einen festen Freund und der kommt aus Lindenau und da sind sie jetzt mehr dort in dem Jugendclub. Also sonst. Zur Zeit bleiben wir dort wohnen.“ (39/5)

Die Thematik ‚Ausländer‘ steht in diesem Zusammenhang nicht als Problem, da der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung in den neuen Bundesländern gering ist sowie sich auf einzelne ‚Punkte‘ konzentriert (in Grünau spezifisch das Asylbewerberheim im WK 8). Ausschreitungen, die sich auf diese Konzentrationspunkte richten, gab es in Leipzig im Zusammenhang mit verstärkten rechtsradikalen Aktionen und der Eskalation dieser ebenso wie in anderen Städten (Berlin, Rostock-Lichtenhagen), ohne den Umfang und die Dramatik wie in diesen Städten anzunehmen. Wenn sich auch die Situation in dieser Beziehung entspannt hat, kann bei unterschiedlichen Entwicklungsrichtungen (verstärkte Arbeitsmarktprobleme – insbesondere Jugendarbeitslosigkeit, Ausschreitungen gegen Ausländer etc.) erneut dieses Problem verstärkt auftreten.

„Na, es ist jetzt schon, im WK 8 drüben ist schon ein Ausländerwohnheim, wie die Leute dort in der näheren Umgebung zurechtkommen, weiß ich nicht. Bei uns, wo ich wohne in der Gegend, sind nur vereinzelte Ausländer. Meine Meinung dazu ist gespalten, muß ich sagen, die Ausländer, die arbeiten, bei uns oder studieren, sage ich eigentlich ja zu den Leuten und alle anderen, sollte man nicht so viele reinlassen, die sollten eben wieder zurück in ihre Heimat.

Aber Grünau würden Sie jetzt nicht unbedingt besonders prädestiniert dafür sehen?

Ach, naja, vielleicht mit den Räumlichkeiten schon, aber ich denke mal, das gibt dann Ärger mit den Leuten. Gerade weil Grünau auch viel also Rechtsradikale sich formiert haben dort. Hängt sicher auch mit dieser ganzen Jugendarbeitslosigkeit und so zusammen, daß dort sehr viele Jugendliche und junge Leute wohnen, also dort Ausländer hinzubringen, das wär meiner Ansicht nach nicht günstig.“ (39/9)

Fazit: Stadtteilentwicklung Grünau-Mitte

Für die Entwicklung des Stadtteiles Grünau-Mitte kann ein Absinken weiterhin möglich sein, wenn der Wegzug der Bevölkerung anhält und parallel in steigendem Umfang sozial benachteiligte Gruppen als neue ‚Mieter-Zielgruppe‘ durch die Wohnungs(bau)gesellschaften angesehen werden. Durch die Medienberichterstattung ist der gesamte Stadtteil Grünau und insbesondere der Ortsteil Grünau-Mitte eher stigmatisiert in der Hinsicht, dass diesem erhöhte Kriminalität, Ausländerprobleme, Jugendprobleme als anderen Leipziger Stadtteilen zugeschrieben werden, was sich in der Realität jedoch als nicht haltbar erweist. Um die Entwicklung in diesem Gebiet weiterhin zu verfolgen, muß die Aufmerksamkeit insbesondere auf die 16-Geschosser gerichtet werden, in denen soziale Problemlagen gehäuft auftreten. Künftige Fragen der Entwicklung großer und hochverdichteter Neubaugebiete, wie z.B. der ‚Abriß in der Platte‘, werden in den nächsten Jahren aktuell. In diesem Zusammenhang muß die städtische Belegungspolitik ausgewogen gestaltet werden.

5 Lebenslagen und eine Typologie von Bewältigungsstrategien

Die Auswertung der Interviews unter dem Gesichtspunkt der Selbstwahrnehmung von Armut zeigt, dass es Randbedingungen gibt, die unbedingt beachtet werden müssen, will man keine Forschungsartefakte produzieren. Zu diesen gehören sowohl der gesellschaftliche Umbruch ab 1989, der die Entstehung einer ganzen Reihe sozialer Randlagen zur Folge hatte, als auch die Zugehörigkeit zu bestimmten Altersgruppen, Lebensformen (z.B. Alleinerziehende), Bildungsgrade und Gesundheitszustände (vgl. Kapitel 2).

Grundsätzlich lassen sich aus den Aussagen der Interviews vier Gruppen differenzieren:

1) *Insistierende Armut:*

die Gruppe derjenigen, die bereits zu DDR-Zeiten im Bereich der Fürsorge waren, geringe Bildungsabschlüsse und kaum konstante Erwerbsbiographien hatten sowie Beeinträchtigungen unterschiedlicher Bereiche ihrer Lebenslagen, wie Einkommen, Gesundheit usw. aufweisen. („soziale Unterprivilegierung vor 1989“)

2) *temporär Einkommens'arme*‘:

die Gruppe der Studierenden und Auszubildenden im Alter zwischen 18 und 30 Jahren, für die diese einkommens'arme‘ Phase einen Übergang darstellt, die aber in allen anderen Bereichen ihrer Lebenslagen meist keinen Benachteiligungen unterliegen.

3) *Rentner mit teilweiser Altersarmut:*

sie werden von der Gruppe der ‘Neuen Armen’ abgehoben, weil es erstens eine spezifische Altersarmut z.T. schon zu DDR-Zeiten gab („Mindestrente“), und zweitens, weil sich die Gruppe der Rentner in einer anderen Situation vor allem in bezug auf Erwerbsarbeit befindet.

4) *‘Neue Arme*‘:

die Gruppe derjenigen, die durch die gesellschaftlichen Veränderungen ihre – bis dahin kontinuierliche - Erwerbstätigkeit verloren und aufgrund unterschiedlicher Bedingungen bisher den Wiedereinstieg nicht geschafft haben bzw. absehbar auch nicht schaffen werden.

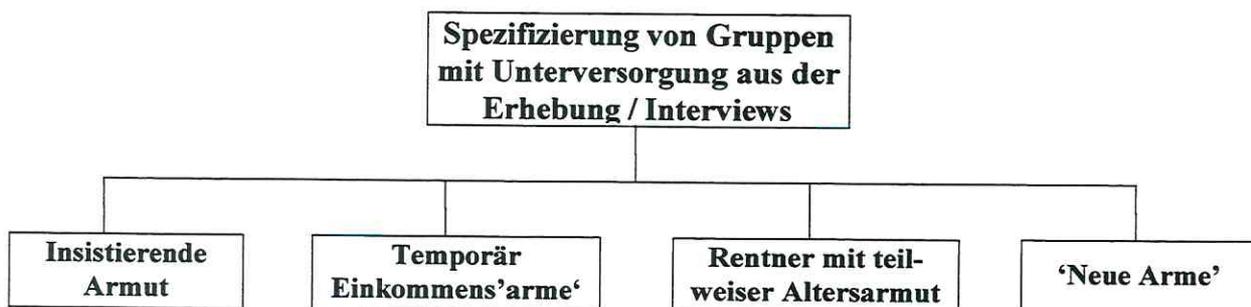


Abbildung 22: Spezifizierung von Gruppen mit Unterversorgung

Im folgenden sollen die Rahmenbedingungen für diese Gruppen detaillierter beschrieben werden. Exemplarisch wird nach der Darstellung für jede dieser Gruppen ein Fall beschrieben. Dabei richtet sich die Betrachtung der Fälle in Bezugnahme auf das Kapitel 2.2.1 vor allem auf eine mögliche Unterversorgung in den Bereichen Bildung, Einkommen, Gesundheit, Wohnen sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Für die erste und die dritte Gruppe ergibt sich die Notwendigkeit einer internen Differenzierung nicht zwingend, da die im Sample vertretenen Fälle sehr ähnlich gelagert waren. Anders sieht dies innerhalb der zweiten Gruppe aus, da sich in den Lebensverläufen deutliche Unterschiede zwischen Studenten und denjenigen Jugendlichen zeigten, die eine Berufsausbildung anstreben bzw. eine solche absolviert haben, sich aber dennoch im Arbeitsmarkt bisher nicht erfolgreich integrieren konnten. Die vierte Gruppe ist sehr inhomogen und wird aus diesem Grund nochmals untergliedert. Für diese dritte und auch größte Gruppe wird eine Typologie entwickelt, die die Einschätzung der eigenen *Lebenslage* und der individuellen Bewältigungsstrategien enthält. Die Ausführungen zu dieser Gruppe werden dementsprechend den größten Raum einnehmen.

1) Insistierende Armut

Zu dieser ersten Gruppe gehören nur wenige der Befragten. In den Interviews wurde durch die subjektive Einschätzung deutlich, dass diese Gruppe die Bedingungen nach der Wende teilweise sogar als ‚verbessert‘ einschätzt. Dies hängt erstens damit zusammen, dass sich eine bedeutend größere Personengruppe als früher in diesem Sozialhilfesystem befindet, so dass die Stigmatisierung – subjektiv empfunden – nicht mehr so groß ist wie vor 1989. Zweitens sind die Sozialhilfesätze höher, man kommt also ‚besser über die Runden‘. Bei den Befragten dieser Gruppe wurde deutlich, dass hier nicht nur Einkommensarmut bzw. Nähe zur Einkommensarmut vorliegt, sondern ein ganzer Komplex von Benachteiligungen. Meist haben die Befragten keine Schulabschlüsse bzw. Sonderschulabschlüsse, in den wenigsten Fällen abgeschlossene Berufsausbildungen, so dass die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sehr gering sind. Zu DDR-Zeiten übten sie temporär Hilfstätigkeiten aus, wenn sie überhaupt erwerbstätig waren. Gesundheitliche Beeinträchtigungen sind ebenso ein Faktor, der in dieser Gruppe vermehrt auftritt. Vereinzelt finden sich in dieser Gruppe auch diejenigen, die zu DDR-Zeiten aufgrund von Arbeitsverweigerung bzw. Asozialität in Haft genommen wurden und mit der Inobhutnahme ihrer Kinder durch die Jugendfürsorge umgehen mussten. Im Einleitungskapitel 2.4. wurde diese Gruppe als ‚sozial unterprivilegiert‘ (statt ‚arm‘) bezeichnet, da es im Grunde keinen anerkannten Armutsbegriff für den Zeitraum vor 1989 gibt. Diese komplexen Problemlagen führten zu einer dauerhaften Abhängigkeit von staatlicher Fürsorge in der DDR und verstärkt nach der Wende. Im Befragten-Sample fanden sich jedoch nur zwei von siebzig Befragten, die eine solche ‚Armutskarriere‘ aufwiesen. Kennzeichen für diese Gruppe ist eine relative ‚Schicksalsergebenheit‘, sie haben gelernt, mit wenig Geld umzugehen und drängen nicht auf Veränderung, weil sie die Voraussetzungen dafür nicht besitzen. Sie haben sich in den Verhältnissen ‚eingrichtet‘. Man erwartet nichts mehr (‚von der Gesellschaft‘, ‚von den Mitmenschen‘) und wird demnach auch nicht enttäuscht. In dieser Gruppe gibt es kein Engagement in Vereinen u.ä., es wird kaum Zeitung gelesen und das Leben spielt sich wenig im öffentlichen Raum ab. Man bleibt mehr oder weniger ‚unter sich‘, der Freundeskreis ist sehr eingeschränkt, als einzige ‚Stütze‘ werden Verwandte 1. Grades benannt (insbesondere bei finanziellen Problemen). Am politischen und öffentlichen Geschehen gibt es wenig Interesse und man ist ‚froh‘, wenn man sich positiv von

denjenigen abheben und unterscheiden kann, die noch ‚eine Stufe weiter unten‘ stehen (z.B. Bewohner von Obdachlosenhäusern).

Fall

Frau E.: „Wo ich arbeiten ging, hatte ich auch vieles.“

Frau E. wurde 1945 in L. geboren. Die Eltern waren Arbeiter, die Mutter lange Zeit Hausfrau, so dass der finanzielle Spielraum relativ gering war. Sie besuchte erst die Grundschule, später die Sonderschule aufgrund von Lernschwierigkeiten. Diese Sonderschule mit anschließender - allerdings eingeschränkter - Berufsausbildung besuchte sie 10 Jahre. Mit 17 Jahren bekommt sie ihre Tochter, mit deren Vater sie aber nicht zusammenlebt. Gemeinsam mit der Tochter wohnt sie weiter bei den Eltern. Die Wohnsituation und die Rahmenbedingungen waren so schlecht, dass Frau E. auf Veranlassung des Jugendamtes ihre Tochter in ein Heim geben muss. Erst nach Verbesserung der Wohnräume durch Renovierung erhält sie die Erlaubnis, ihre Tochter besuchsweise nach Hause zu holen. 1965 heiratet sie, wird aber bereits 1967 wieder geschieden. In der Zwischenzeit lebt sie mit ihrer Tochter und ihrer Mutter gemeinsam, hat bereits zu diesem Zeitpunkt mehrfach die Arbeitsstellen gewechselt. Da sie keine abgeschlossene Berufsausbildung hat, arbeitet sie als Ungelernte in den unterschiedlichsten Bereichen (Küche, Reinigung, Fließbandarbeit). 1968 wird sie wegen asozialen Verhaltens zu zwei Jahren Haft verurteilt. 1970, nach ihrer Haftentlassung, arbeitet sie als Reinigungskraft, wird jedoch nach kurzer Zeit wegen eines Armleidens krank geschrieben. Bereits 1971 wird sie erneut inhaftiert und durch eine Amnestie 1973 mit einer 3jährigen Bewährungsauflage vorzeitig entlassen. Erneut erhält sie eine Arbeit als Reinigungskraft in dem Betrieb, in dem sie 1970 schon gearbeitet hatte, und wieder wird sie nach kurzer Zeit krank. Auch nach der zweiten Haftentlassung wohnt sie bei ihrer Mutter. Die Bewährung gelingt nicht. Kurze Zeit später wird sie für 8 Jahre inhaftiert, aber aufgrund eines Erlasses von 1977 bereits 1978 zur Langzeiteingliederung entlassen. Nachdem auch dieser Versuch fehlschlägt, wird sie zum vierten Mal, wieder für zwei Jahre, bis 1981 inhaftiert. Danach gelingt es ihr, regelmäßig einer Arbeit nachzugehen, wenn auch die Arbeitsstellen wechseln. In der Zwischenzeit verstirbt ihre Mutter. Das erneute Zusammenwohnen (-leben) mit einem Mann funktionierte nur kurzzeitig, so dass sie eine neue Wohnung finden mußte. 1983 heiratet sie erneut, die Ehe hält jedoch nur bis 1985. Frau E. wechselt die Arbeitsstellen sehr häufig, geht lediglich Gelegenheitsarbeiten nach, weil sie keine feste Arbeit mehr erhält. Bis 1989 gelingt dieses „Durchschlagen“ relativ gut, seit der Wende verschlechterten sich die Bedingungen sehr stark. Durch die Umstrukturierungen auch im (Sozial-) Verwaltungsbereich gab es eine relative Orientierungslosigkeit, die vor allem die ‚Klienten‘ zu spüren bekamen. Für Frau E. stellte sich das folgendermaßen dar:

„Wo haben Sie dann Geld herbekommen?

Ne, gar nichts. Hatte ich mal Flaschen gesammelt. Ich wußte nicht, wie alles so läuft. Keiner konnte mir was erklären. Da hab ich das erst mal sein lassen. Wo ich dann die Schnauze voll hatte, bin aufs Einwohnermeldeamt, mal so ein Schein holen, daß du obdachlos bist und sehen, daß du Sozialamt kriegst.“ (53/17)

Eine Wohnung hatte Frau E. zu diesem Zeitpunkt (1992) schon längere Zeit nicht mehr. Im Sommer schlief sie draußen, im Winter bei Bekannten, die noch Wohnraum hatten. Seit 1992 lebt Frau E. mit wenigen Unterbrechungen in den unterschiedlichen Obdachloseneinrichtungen der Stadt. Einige Zeit wohnte sie mit einem Freund in einer eigenen Wohnung, die jedoch aufgrund von Mietschulden 1997 zwangsgeräumt wurde. Seit diesem Zeitpunkt wohnt sie im Obdachlosenheim. Zwischenzeitlich

bekam sie eine ABM vermittelt, die sie jedoch aus gesundheitlichen Gründen nicht voll wahrnehmen konnte. Seit der Zeit lebt sie von Sozialhilfe. Ihre Tochter, die die meiste Zeit im Heim aufgewachsen ist, hat ebenfalls die Sonderschule absolviert, eine Lehre als Gärtnerin beendet, ist jetzt aber arbeitslos. Ebenso wie ihre Mutter lebt sie nicht mit dem Vater ihrer beiden Kinder, sondern versucht, allein damit klar zu kommen. Kontakte zu ihr gab es sporadisch, im Moment weiß Frau E. jedoch nicht einmal, wo ihre Tochter wohnt.

Frau E. möchte, wenn möglich, aus der Obdachlosenunterkunft ausziehen in eine betreute Wohnform. Ihre Vorstellungen gehen dahin, dass dort auch ihr derzeitiger Partner, der ebenfalls in einer Obdachloseneinrichtung lebt, einziehen kann. Gesundheitlich ist Frau E. so eingeschränkt, dass sie keiner Arbeit mehr nachgehen kann, so dass sie auf Sozialhilfe angewiesen sein wird, so lange sie lebt.

Tagsüber hält sie sich meist im Tagestreff auf, wo es auch Möglichkeiten der Versorgung gibt, die ihren begrenzten finanziellen Rahmenbedingungen gerecht werden:

„Der einzige der mir hilft, ist im Tagestrakt der H.. Mit A. und G. komme ich auch klar, ich kenne die ja schon bald 6 Jahre. Vom Tagestreff noch. Bloß wenn wir zum Arzt gegangen sind, da sind wir dann hingegangen. Aber so.....Jetzt ist in der Nähe da geht's. Geh'n wir früh um 8 hin, sind fünf nach 8 dort und da bleiben wir bis Halb Vier. ...

Können Sie auch essen dort?

Ja. Wir kriegen essen. Früh ein Kaffee ein Fünzfziger. Zwei Schnitten 30 Pf. Das sind 80. Mittag kostenlos, außer Sonnabend, Sonntag, da bezahlen wir einen Fünzfziger.“ (53/22)

Frau E. ist sich ihrer Armut sehr bewußt und macht auch keinen Hehl daraus. Verbittert reflektiert sie darüber, dass sich für sie die Bedingungen auch seit der Wende 1989 nicht verändert haben. Dabei bleibt sie erstaunlich gelassen, was auf ein hohes Maß an Resignation schließen lässt.

„Denken Sie selbst, daß Sie arm sind?

Arm bin ich immer. Arm wie eine Kirchenmaus.

Und im Vergleich zur Zeit vor '89, ist es jetzt....

Es ist auch nichts anderes.

Insgesamt: geht es Ihnen schlechter?

Arm ist arm und bleibt auch arm. Es ist genau nichts anders.“ (53/25)

Frau E. ist vor allem im Hinblick auf ihre vielen Haftstrafen sicher ein sehr extremes Beispiel für eine Armutskarriere, die bereits zu DDR-Zeiten bestand und sich nach 1989 nicht entscheidend verändert hat. Hervorgerufen wurde sie durch die ungünstigen Rahmenbedingungen in ihrer Herkunftsfamilie, durch einen niedrigen Bildungsabschluss, der ihr keine Berufsausbildung ermöglichte, was in der DDR sehr ungewöhnlich war, da selbst Sonderschüler meist Teilfacharbeiterabschlüsse besaßen. Bereits frühzeitig gab es Beeinträchtigungen gesundheitlicher Art aufgrund umfangreichen Alkoholgenusses, was dazu führte, dass keiner kontinuierlichen Erwerbsarbeit nachgegangen wurde. In ihrem gesamten Lebensverlauf ist es nicht gelungen, sie zu integrieren. Es gab keine sozialen Netzwerke bzw. bestanden diese nur temporär und waren sehr durchlässig. Zu Lebzeiten ihrer Mutter bestand eine gewisse soziale Einbindung, die mit deren Tod jedoch verloren ging. Unterversorgung kann bei Frau E. demnach in allen Lebenslagen konstatiert werden. Ein sehr enger Zusammenhang besteht auch zwischen dem Mißlingen ihrer ersten Ehe, der Überforderung durch ihr Kind - was zum Sorgerechtsentzug führte - und dem nachfolgenden diskontinuierlichen Erwerbsverlauf:

„Dann kam er (der Ehemann, d.A.) durch meine Tochter ein bißchen, weil ich sie in der Ehe mit rein haben wollte. Na ja, das klappte nicht so, wie es sein sollte. Es ging dann auch kein Weg mehr groß rein, na ja, was

wollte ich machen, da habe ich die Arbeit früher geschwänzt. Kein Kindergeld bezahlt fürs Heim, naja da habe ich immer die Arbeitsstellen gewechselt.“ (53/2)

Der gesamte Lebensverlauf von Frau E. ist durch Beeinträchtigungen finanzieller Art geprägt. In ihrer Herkunftsfamilie war Geldmangel die Norm, ihre eigenes Einkommen war nur phasenweise so hoch, dass sie sich nicht einzuschränken brauchte. Meist reichte ihr Einkommen nicht, was sich an der Tatsache zeigt, dass selbst das Kindergeld, was sie an das Heim - in dem ihre Tochter untergebracht war - hätte zahlen müssen, häufig selbst aufgebraucht wurde. Große Ansprüche konnte sie zu keiner Zeit entwickeln, so dass ihre derzeitige Lage für sie kein Novum darstellt, sondern eine Fortsetzung des lange Gewohnten. In ihrer jetzigen Lebenssituation kann von gesellschaftlicher Teilhabe kaum die Rede sein. Sie bewegt sich in ihrem begrenzten Rahmen zum Tagestreff bzw. manchmal zu Bekannten aus früherer Zeit, die jedoch alle etwa derselben Klientel zugerechnet werden müssen. Sie beschränkt sich in ihrer Freizeit auf Handarbeiten, Fernsehen, gelegentliches Lesen von Boulevardzeitschriften u.ä.. Mit Gleichmut berichtet sie darüber, dass sie Kleidung nur selten kauft, meist jedoch aus der Kleiderkammer holt, Essen teilweise auch aus dem Tagestreff mitnimmt, damit sie selbst nicht so viel kaufen muss. Sie ist weder politisch noch sozial engagiert und war dies auch zu keiner Zeit ihres Lebens. Zukunftsvorstellungen beschränken sich darauf, eventuell die Obdachlosenunterkunft verlassen und in eine betreute Wohnform zu kommen. Eigene Lebensentwürfe scheinen in ihrem Leben nie eine Rolle gespielt zu haben, so dass dieses wiederkehrende Abgleiten von der 'normalen Biographie' nicht verwundert. Das Gesellschaftliche hat sie weder in der DDR noch jetzt interessiert, weshalb sie auch Unterschiede kaum wahrnehmen kann. Bis auf die Tatsache, dass sie in der DDR nicht bis in die Obdachlosigkeit abgeglitten ist, was sie auch als Folge der Wende thematisiert, hat sich für sie kaum etwas verändert.

2) Temporär Einkommens 'arme'

Diese Gruppe zerfällt in zwei Teilgruppen: die eine wird durch die Studenten gebildet, die sich noch in einer echten Ausbildungsphase befinden und die neben dem Handicap eingeschränkten Einkommens keine weiteren Beeinträchtigungen ihrer Lebenslage erkennen lassen; in der zweiten Gruppe befinden sich vor allem Jugendliche, die noch keine Berufsausbildung erfolgreich beendet haben bzw. nach dem Ende ihrer Ausbildung keinen Platz auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden haben.

Vertreter der Studenten waren häufiger im Sample vorhanden, was unter anderem damit zusammenhängt, dass viele Studenten vor allem in den Stadtteilen wohnen, die 'alternatives Wohnen' ermöglichen, die preiswerten Wohnraum bieten. D.h. in den meisten Fällen sind es unsanierte, auch große Wohnungen (die sich für Wohngemeinschaften eignen), häufig noch mit Kohlheizung. Bevorzugt sind Stadtteile, die von der Infrastruktur her Studenten entgegenkommen (preiswerter Wohnraum, Zentrumsnähe). Aus diesem Grund sind hier die Südvorstadt und teilweise auch Gohlis als bevorzugte Stadtteile zu nennen.

Zu dieser Gruppe gehören vorwiegend junge Menschen bis ca. 30 Jahre, die sich in Ausbildung, d.h. Berufsausbildung oder Studium befinden, relativ wenig Haushaltseinkommen zur Verfügung haben, dies aber nicht als Problem empfinden. Vielmehr gehört es zum 'Lebensgefühl' des Studenten. Die meisten von ihnen haben neben dem Studium einen 'Nebenjob'. Für die Mehrheit ist klar, dass diese Phase vorübergehend ist, sie haben konkrete Ziele, die sie erreichen möchten, und die Lebensplanung gerät durch die momentane 'Einkommens-Armut' nicht in Gefahr. Die Einschränkungen, die man

aufgrund der finanziellen Lage machen muss, werden über andere Möglichkeiten kompensiert. Im Unterschied zur ersten Gruppe besteht hier nicht die Gefahr sozialer Isolation und Vereinsamung. Das Zusammenleben in WG's bringt meist Synergieeffekte, die es ermöglichen, auch mit wenig Geld gut auszukommen und seinen Interessen nachzugehen. Die Gruppe empfindet sich in diesem Sinne auch nicht als ‚arm‘ bzw. ist dieses ‚Problem‘ nicht mit Diskriminierung bzw. Ausgrenzung verbunden. Es gibt viele Sozialkontakte, die sich mehr auf Freunde als auf die Familie beziehen. Studenten bewegen sich viel im öffentlichen Raum, frequentieren Szenen, Theater, Kinos, Kneipen und sind somit ‚sichtbarer‘ als die Vertreter der ersten Gruppe. Sie sind stärker am politischen und öffentlichen Geschehen interessiert, auch wenn sich dies nicht unbedingt in Engagement in Vereinen oder Parteien niederschlägt. Sie nutzen Medien differenzierter, sehen z.B. gezielter fern, hören mehr und inhaltsbezogener Radiosender mit Informationscharakter (Deutschlandfunk, Sputnik, Deutschlandradio), lesen mehr Zeitungen und Zeitschriften, auch wenn sie diese nicht selbst kaufen/abonnieren (Bibliotheken).

Frau Z: „...*ich habe hier den ganzen Tag zu tun, ich hab zig Sachen, die ich irgendwie versuche, zu machen.*“

Frau Z. wird 1969 geboren und wächst in einer Kleinstadt im Haus der Eltern auf. Ihre Eltern sind Angestellte, beide sind erwerbstätig. Zur Familie gehören weiterhin ihr jüngere Bruder sowie die Großmutter, die mit im elterlichen Haushalt wohnt. Mit 17 zieht sie zu Hause aus. Nach Meinung von Frau Z. verdienten ihre Eltern nicht sehr viel, da es permanent Diskussionen darüber gab, was man *nicht* anschaffen konnte. Die Großmutter war außerdem sehr darauf bedacht, dass Geld maßvoll und überlegt ausgegeben wurde. Nach der Schule beginnt Frau Z. ein Volontariat, während dieser Zeit wohnt sie auch wieder bei ihren Eltern. Da sie selbst Geld verdient, muss sie Kostgeld abgeben. Als ‚arm‘ hat sie ihre Eltern jedoch nicht in Erinnerung:

„Auf gar keinen Fall, also nee. Wir sind ja immer voll in den Urlaub gefahren, ja weiß wohin, also immer ins Ausland eigentlich. Ich denke, da ist das so nicht gewesen.“ (51/2)

Frau Z. erinnert sich sehr gut daran, dass die finanziellen Diskussionen im Elternhaus sehr nervenaufreibend für sie waren, was unter anderem dazu führte, dass sie sehr zeitig in den Schulferien selbst arbeiten ging, um sich ein wenig Geld zu verdienen und auch selbst darüber verfügen zu können.

„Da gab es also unheimlich viele Zuschläge, die du hattest, und da war das ein guter Verdienst. Mit dem Geld bin ich dann immer alleine weggefahren. So das war dann schon so, daß das meins war, das ich so aufbrauchen konnte. Und sei es dann, um teure Klamotten zu kaufen.“ (51/3)

Mit diesem Verdienst gelang es ihr, autonom von ihren Eltern zu sein, sich eigene Wünsche zu erfüllen und der leidigen Gelddiskussion aus dem Weg zu gehen. Auch der Nachsatz, das Geld für ‚teure Klamotten‘ ausgegeben zu haben, weist darauf hin, dass zu Hause streng darauf geachtet wurde, nicht zu viel Geld auszugeben, kurz das Geld zusammen zu halten. Die Eltern legten wenig Wert darauf, für Kleidung viel Geld auszugeben. Für Frau Z. hingegen war dies in den Jugendjahren auch eine Prestigefrage.

Nach Beendigung des Volontariats ging Frau Z. zum Studium, das sie 1998 abgeschlossen hat. Während des Studiums erhielt sie Bafög und war darüber hinaus im Studentenrat tätig, was ihr einen

monatlichen Zuverdienst einbrachte. Mit diesem Einkommen konnte sie nach eigenen Aussagen gut leben.

„Erst war ich im Studentenrat, wo ich Referatsarbeit gemacht hab, und da habe ich 400 Mark für gekriegt, und da war ich dann insgesamt bei 1000 Mark im Monat und da konnte ich gut von leben. Zumal ich ja keine Mietkosten hatte, weil wir ja eine schön besetzte Wohnung hatten.“ (51/3)

Frau Z. profitierte in dieser Zeit von den Freiräumen der Studenten und vor allem der Umstrukturierung in fast allen Lebensbereichen, was es leicht machte, z.B. Wohnungen ‚schwarz‘ zu beziehen bzw. zu besetzen und damit erheblich günstiger, als die gegenwärtigen Studenten zu leben. Ab 1996 war sie hauptamtlich im Studentenrat tätig, bis sie ihre Tochter bekam. Diese Zeit schätzt sie als die ‚einkommensbeste Zeit‘ bisher überhaupt ein. Da sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit ihrem Partner zusammen wohnte, der in B. studierte, war sie alleinerziehend und erhielt neben dem Erziehungsgeld noch Sozialhilfe und Kindergeld, so dass ihr mehr als 1000 D-Mark monatlich zur Verfügung standen. Für Studenten stellt diese Summe schon fast ‚Reichtum‘ dar, wie auch Frau Z. einschätzt:

„Da bekam ich also für mich, dann noch für das Kind, noch einen Bedarf für Alleinerziehende und dann bist du also ganz schnell bei ziemlich viel Geld und dann kriegst du noch die 600 Mark Bundeserziehungsgeld, die werden also außerdem gewährt, und das war schon so, daß ich nicht wußte, was ich mit der Menge Geld anfangen sollte.“ (51/4)

Als ihr Partner in die gemeinsame Wohnung einzog, fielen die Sozialleistungen weg, das Erziehungsgeld lief noch bis Anfang 1998, so dass sich eine erhebliche Verschlechterung der finanziellen Situation ergab. Lediglich das Kindergeld stand Frau Z. jetzt noch zur Verfügung. Um dem abzuweichen, arbeitete Frau Z. auf Honorarbasis, auch vor dem Hintergrund, dass sie nicht vollkommen abhängig sein möchte.

„Aber um so eine Summe habe ich mich eigentlich immer gekümmert, so 400 - 500 Mark wollte ich schon immer im Monat dazu verdienen. Wir haben eben auch keine gemeinsame Kasse und irgendwann ist es eben auch ziemlich deprimierend, wenn dein Konto immer auf Null runterfährt, ja. Also, ich empfinde das auch als eine gewisse Abhängigkeit, immer T. fragen zu müssen, ‚ehm, kannst du mir mal Geld geben.“ (51/4)

So schwierig die finanzielle Situation von Frau Z. auch gesehen wird, wesentlich dringender sieht sie Veränderungsbedarf im Wohnungsbereich. Die Ausstattung ihrer Wohnung stellt sie nicht zufrieden, da kein Bad und nur Außentoilette vorhanden ist, was vor allem für die Tochter auch schwierig ist. Da beide Partner auch zu Hause arbeiten müssen, benötigen sie ein Arbeitszimmer, so dass im Moment das Kinderzimmer fehlt. Hier sind jedoch die Grenzen der Veränderungsmöglichkeiten sehr deutlich und werden auch als solche registriert.

„Bad wäre nicht schlecht und Kinderzimmer wäre nicht schlecht, aber da sind wir dann schon bei einer Wohnung, 80 qm sage ich mal, ja, und das können wir nicht bezahlen.“ (51/4)

Um diese Veränderung herbeizuführen, müßte sich die Einkommenssituation von Frau Z. bzw. ihrem Partner erheblich ändern, da auf Wohngeld nicht spekuliert werden kann. Die Familie hat sich mit der derzeitigen Situation abgefunden, sobald sich die Rahmenbedingungen ändern, wird der Umzug die erste Reaktion darauf sein. Frau Z. wirkt jedoch nicht resigniert in ihrer Lage, sie sieht, dass ihre Situation einen Übergangscharakter hat und kann sich deshalb auch darauf einlassen, mit weniger ‚Geld‘ auszukommen. Wichtig ist ihr jedoch, dass Einschränkungen nicht in allen Bereichen erfolgen,

sondern man ‚das Leben auch noch genießen‘ kann. Zu diesen Dingen gehören sowohl der Erhalt des Autos als auch der Urlaub, an dem nicht gespart wird. Auch beim Einkaufen wird wohl abgewogen, aber nicht grundsätzlich gespart. Ein Aspekt ist dabei die Erreichbarkeit der Verkaufsstellen mit dem Fahrrad, so daß die unmittelbare Nähe bevorzugt wird.

„Und wir kaufen, das ganze Frischgemüse kaufen wir nur beim ökologischen Handel, was also tatsächlich teuer ist, ja. Und auch so einen Teil unserer Produkte holen wir beim Speicher... Das ist, wo sich Leute zusammenfinden, einen Verein gründen und dann halt dadurch, daß sie eine rechtsfähige Person sind und zweitens größere Bestellmengen tätigen im Großhandel einkaufen können. Und das ist so, daß wir unser Zeug, was wir brauchen dann raussuchen und bestellen, und dann gibt es einen Raum ... wo sich das dann jeder abholt.“ (51/5)

Dieser Lebensstil, „mit wenig auszukommen“ und trotzdem „auf bestimmte Sachen nicht verzichten zu müssen“, zeigt sich auch in anderer Hinsicht. Im Vergleich zu anderen, gleichaltrigen Freunden wird sichtbar, dass zwar finanziell erhebliche Defizite vorhanden sind, diese jedoch durch die größere Möglichkeit eigener Lebensgestaltung z.B. aufgrund nicht festgelegter Arbeitszeiten bei Frau Z. kompensiert werden. Für Frau Z. ist das auch ein Bekenntnis zu bestimmten Werten, die der Gesellschaft bzw. den Menschen verloren zu gehen scheinen.

„Und da sag ich mir immer, na wir haben eben keine Ansprüche ausgebildet, aber wir können eben so - und haben aber dafür die Möglichkeit, unser Leben ganz angenehm zu gestalten. Und wenn du dir das immer mal sagst, dann ist das auch nicht so schlimm, daß du nicht viel Geld hast. Da kann man das dann auch alles ziemlich positiv darstellen.“ (51/6)

Vor diesem Hintergrund ist auch die Selbsteinschätzung von Frau Z. zum Thema ‚eigene Armut‘ zu sehen. Sie geht davon aus, dass sie - gemessen an dem Großteil ihrer Freunde - Einkommensarmut zu verzeichnen hat. Sie schätzt jedoch ein, dass das erstens eine Frage des Maßstabes ist, den man anlegt, und auch der Bereiche, die man zur Beurteilung heranzieht. Sie unterscheidet dabei sehr genau die finanzielle Seite von der Lebensqualität insgesamt, zu der viele andere Sachen neben dem Einkommen zählen.

Ein Umstand, der auf jeden Fall zur Lebensqualität zählt, ist die Arbeitstätigkeit, auch wenn sie nicht im Angestelltenverhältnis, sondern auf Honorarbasis erfolgt. Wichtig ist dabei, dass man „sich bewegt“, dass man nicht wartet, dass etwas passiert, sondern selbst aktiv ist.

„Ne, ... also du bist- das ist ja eben nicht so diese klassische Vorstellung von Arbeitslosigkeit, ich habe hier den ganzen Tag zu tun, ich hab zig Sachen, die ich irgendwie versuche, zu machen. Ob das nun das Schreiben von Artikeln für irgendwelche Zeitungen ist, oder eben für eigene Projekte rumzufahren oder so was, da ist eigentlich immerfort zu tun.“ (51/12)

Durch diese Eigenaktivität kommt es nicht zu solchen Effekten des ‚Sich-Nutzlos-Fühlens‘, wie das bei vielen anderen arbeitslosen Menschen der Fall ist. Für viele von ihnen stellt sich dieses alternative Handeln als Problem dar. Man will seine Kraft nicht in soziales oder politisches ehrenamtliches Engagement stecken, sondern ‚richtig‘ erwerbstätig sein. Für Frau Z. ist dies kein Widerspruch, sie ist sowohl politisch interessiert als auch in verschiedenen Vereinen engagiert und wird trotzdem danach streben, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Nach ihrer Einschätzung engagiert sie sich sogar viel zu wenig im Vergleich zu ihrem sonstigen sozialen Umfeld.

„...die sind in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aktiv, ja, die fahren eben auch mit ihren beiden Kindern- waren die in Zürich gewesen zu diesen Treffen, die es da gibt. Die schreiben auch alle ganz viel, und

ich denke, da sind also nur Leute um mich herum, die wesentlich mehr machen, und deswegen denke ich immer, ich bin nicht so engagiert. Aber wahrscheinlich im Vergleich zur Bevölkerungsmehrheit schon.“ (51/14)

Um in diesen Bereichen auch mitreden zu können, werden die verschiedenen Medien genutzt und ausgewertet. So gehören Zeitungen und Zeitschriften unterschiedlicher Couleur zum täglichen ‚Lese-Ritual‘, auch wenn sie nicht immer selbst zu finanzieren sind. Mittel und Wege, diese einsehen und nutzen zu können, werden immer gefunden.

„Also mein Prinzip ist, nach einem halben Jahr die Zeitung zu wechseln. Ich nutze also immer die ersten zwei Wochen kostenloses Probe-Abo, und dann abonniere ich die für ein halbes Jahr. Also ich mach das dann so, weil die stehen ja auch hier auf der Matte und bequatschen dich dann, und um dem zu entgehen abonniere ich dann ein halbes Jahr. Momentan ist es das ND, aber um das zu relativieren, davor war es die FAZ, und dazwischen war es eben alles, TAZ, Frankfurter Rundschau, Sächsische Zeitung, um mal einen Regionalbezug wieder zu haben, aber - ich lese auch viel in der Bibliothek, also diese ganzen Wochenzeitungen wie die ‚Zeit‘ und so, die lese ich dann in der Bibliothek. Darüber hinaus haben wir eben noch eine ganze Reihe Gewerkschaftszeitungen tatsächlich abonniert, also WSI, ‚Gewerkschaftliche Monatshefte‘ unter anderem und dann die ‚Femina politica‘ habe ich abonniert, und mein Mann hat dann noch Zeitschriften wieder, also da sind wir schon ganz gut ausgerüstet.“ (51/17)

Während die Presse sehr ausführlich zur Information genutzt wird, spielt das Fernsehen eher eine untergeordnete Rolle im Medienkonsum von Familie Z. Bis auf die ‚Tagesthemen‘, die einen guten Überblick über das politische und aktuelle Geschehen vermitteln, wird das Fernsehen kaum zur Freizeitgestaltung herangezogen. Wesentlich präsenter ist das Radio, wo neben Nachrichten und Musik, vor allem Hörspiele gehört werden. Sender, wie Deutschlandradio oder Deutschlandfunk, lassen deutlich andere Hörgewohnheiten als die ‚breite Masse‘ vermuten.

Interessant - vor allem vor dem Hintergrund der Werte, die vertreten werden - ist die Antwort auf die Frage nach der Verwendung eines Lottogewinns. Während die Mehrheit der Interviewpartner hier Wohnung, Eigenheim u.ä. nannten, sagte Frau Z.:

„Was ich mit dem Geld machen würde? Dann würde ich als erstes eine Stiftung gründen, die bildungspolitisch für Jugendarbeit zuständig ist, solche Sachen macht und nicht parteigebunden ist. Das denke ich, ist ein großes Problem, das also zumindest sehe ich das für den Osten so, dass also da politische Bildungsarbeiten nicht geleistet werden, wenn dann nur in der Erwachsenenbildung. Und die lassen eben diese Jugendinteressen völlig raus. Also das würde ich mit dem Geld machen.“ (51/18)

Hier zeigt sich noch einmal sehr deutlich das politische Interesse, das sich auch in verschiedenen Aktivitäten von Frau Z. widerspiegelt. Neben der Einkommensarmut, die grundsätzlich im Fall von Frau Z. als temporär anzunehmen ist, finden sich hier im Moment noch eine gewisse Unterversorgung im Wohnbereich aufgrund der geringen Ausstattung der Wohnung, sonst jedoch keine Beeinträchtigungen. Weder im Bereich Bildung, noch in den Bereichen Gesundheit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben lassen sich Unterversorgungen konstatieren. Frau Z. ist in ein großes soziales und politisches Netzwerk integriert, gut ausgebildet und relativ wenig auf den derzeitigen Wohnort fixiert, so dass man auch eine räumliche Mobilität annehmen kann, die die Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöht. Momentan überwiegt bei ihr jedoch noch die Freude an der freien Gestaltung ihres Lebensrhythmus, was sich mit der Aufnahme einer festen Erwerbstätigkeit ändern würde. Sie hat klare Ziele, die sie erreichen will, und Werte, die sie nur ungern aufgeben würde.

In der zweiten Teilgruppe (Jugendliche ohne Berufsabschluß bzw. arbeitslos) ist nicht nur Einkommensarmut zu verzeichnen, sondern auch Unterversorgung in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Insofern ist diese Gruppe in der Nähe der Typologie der 'Neuen Armen' anzusiedeln und kann, wenn keine Änderung der Lebenssituation für diese Gruppe in den nächsten Jahren eintritt, zu einer Verfestigung der Armutssituation führen.

In vielen Fällen erlebten die Jugendlichen auch in ihren Herkunftsfamilien bereits Beeinträchtigungen in allen Bereichen. Auffallend war, dass in allen Lebensverläufen dieser Jugendlichen ‚Patchworkfamilien‘ eine Rolle spielten. In vielen Fällen erlebten die Jugendlichen sogar mehrere Partnerwechsel der Eltern. Durch diese Diskontinuitäten ergaben sich Konsequenzen auch für die finanziellen Ressourcen der Familien. Viele Jugendliche gaben an, dass in Zeiten, in denen die Mutter allein mit den Kindern war, deutliche Einschränkungen zu verzeichnen waren. Die Trennungsphasen der Eltern wurden von diesen Jugendlichen sehr belastend empfunden, was sich nicht selten in absinkenden Schulleistungen widerspiegelte. In dieser Gruppe finden sich eine ganze Anzahl von Jugendlichen, die keinen Hauptschulabschluss erworben haben bzw. diesen nur mit Mühe erreichten. Diejenigen, die keine Lehrstelle erhielten, absolvierten in den meisten Fällen ein berufsvorbereitendes Jahr (BVJ), was teilweise dann in den Übergang zur Berufsausbildung mündete, aber nicht immer zum erfolgreichen Abschluss führte.

Die Jugendlichen in dieser Teilgruppe haben kaum politisches Interesse, betätigen sich nicht in Vereinen und haben auch deutlich eingeschränkte Freizeitinteressen und -aktivitäten. Von der Lebensplanung unterscheiden sie sich von den Studenten dahingehend, dass sie schon zeitig feste Partnerschaften, teilweise bereits mit Kindern, haben bzw. Kinder für die nähere Zukunft eingeplant werden. Sie sind deutlich familienbezogener, sowohl was die Herkunftsfamilie als auch die selbst zu gründende Familie angeht. Sie zeichnen sich durch eine relativ ausgeprägte Ortsbindung aus und sind - trotz negativer Arbeitsmarkterfahrungen - wenig mobil. Der Umgang mit Geld fällt ihnen schwer, was sich unter anderem in teilweise beträchtlichen Schulden unterschiedlicher Art (Mietschulden, Kreditschulden, Versandhausschulden) zeigt. Hinsichtlich der Wohnform unterscheiden sie sich ebenfalls von den Studenten, da sie kaum in Wohngemeinschaften wohnen, sondern hauptsächlich in eigenen Wohnungen und mit einem festen Partner.

Herr D.: „Ja, wochentags, stehe ich so um 9 rum auf oder so, dann gucke ich Fernsehen den ganzen Tag.“

Herr D. wurde als ältestes von vier Kindern 1979 geboren. Jedes der vier Kinder hat einen eigenen Vater und die Mutter lebt im Moment mit dem Vater der jüngsten Tochter zusammen. Seinen Vater hat Herr D. nie kennengelernt. Seine Mutter hat lange Zeit im Schlachthof gearbeitet, nach der Wende war sie im Einzelhandel tätig und hatte auch längere Phasen der Arbeitslosigkeit. Zur Zeit hat sie eine ABM-Stelle. Sein Stiefvater ist selbständig und betreibt einen Blumenladen. Trotz der schwierigen Situation, die die Mutter allein mit drei Kindern bewältigen musste, ist Herr D. der Meinung, dass er nie auf irgendetwas verzichten musste:

„Das ist, also meine Mutter, die hat nur für uns gearbeitet, sagen wir mal so jetzt. Sind ja jetzt, waren ja jetzt zum Schluß dann vier Kinder. Und meine Mutter, also die hat gebuckelt für uns. Also die ganze Zeit. Also mir ging es nie schlecht. Ich meine, sicher, dann nach der Wende oder so, ich hatte nicht als erster oder so hier die Markenklamotten und so, was es dann alles gab. Mußte dann auch selber arbeiten gehen teilweise jetzt.“ (63/3)

Die finanzielle Situation war in der Familie auch immer davon abhängig, ob die Mutter einen Partner hatte oder nicht. Zwischen 1991 und 1993 war die Mutter mit dem Vater ihrer dritten Tochter verheiratet. Die Trennungsphase war für Herrn D. nicht einfach, er ließ sich ‚ziemlich gehen‘ und seine Leistungen in der Schule sanken stark ab. Zu diesem Zeitpunkt lernt er seinen späteren Stiefvater kennen, arbeitet während der Ferien bei ihm im Laden und bekommt auch Unterstützung von ihm. Seine Mutter hatte zu diesem Zeitpunkt kaum noch Einfluss auf ihn.

„Weil ich habe mir von meiner Mutter zu dem Zeitpunkt nichts mehr sagen lassen; also die hat gesagt, Du bist um 10 oben, und ich sage, leck mich am Arsch, ich komme, wann ich will.“ (63/4)

Bereits zu diesem Zeitpunkt gibt es Probleme mit der Polizei, da er mehrfach wegen Diebstahls auffällig geworden ist. Der ‚Blumenhändler‘ kümmert sich um ihn und gibt ihm die Aufmerksamkeit, die die Mutter durch die anderen Kinder bedingt nicht aufbringen kann. Herr D. besucht bis 1995 die Schule, muß die 9. Klasse wiederholen, beendet diese aber nicht, weil ihm eine Lehrstelle als Dachdecker angeboten wird. Als die Lehre am 1. August beginnen soll, ist die Firma konkurs gegangen und Herr D. steht ohne Ausbildungsplatz auf der Straße. Er wendet sich an den Leiter eines Jugendclubs, den er häufig aufsucht, und erhält auch dort Unterstützung.

„Und da stand ich erstmal da und wußte gar nicht, was ich machen sollte. Habe ich mich dann hier an den Herrn X gewandt... Der ist dann halt mit mir zur Berufsberatung gegangen und alles mögliche. Und die haben mir dann halt gesagt, daß ich halt Berufsschulpflicht habe und dann müßte ich halt, um die Berufsschulpflicht wegzumachen, müßte ich ein Jahr BVJ machen, das Berufsvorbereitungsjahr.“ (63/4)

Innerhalb dieses BVJ erhält er erneut das Angebot, eine Dachdeckerlehre zu beginnen, und nimmt dies an. Er lernt 2 ½ Jahre, dann geht die Firma ebenfalls konkurs, so dass er seine Lehre nicht beenden kann.

Während seiner Lehrzeit beginnt er Drogen zu nehmen, beginnend mit ‚Gras‘, über ‚Pillen‘ bis hin zu ‚LSD‘ und ‚Heroin‘, was sich auf seine Leistungen auswirkt. Sein Chef erhält den Ausbildungsvertrag nur unter der Bedingung einer Entgiftung aufrecht, der er sich 1997 unterzieht. Dem beugt er sich, muss aber die Konsequenzen seines Leistungsabfalls später tragen, als er bei der Firma die Lehre nicht beenden kann und sich in anderen Unternehmen bewerben muss, um seine Lehre beenden zu können.

„Und dann hat die Firma Konkurs gemacht und dadurch, ich habe mich dann halt in anderen Firmen überall beworben. Naja und die haben bloß meine Schulzeugnisse gesehen vom zweiten Lehrjahr, die waren natürlich mehr als schlecht, weil ich mich überhaupt nicht gekümmert habe. Ich habe denen dann zwar die Sache erklärt, sage: war bis da und dahin drogenabhängig und so. Habe denen dann die Zensuren gezeigt, wo es dann langsam wieder aufwärts ging danach. Und da haben die dann aber halt gesagt: naja, Sie können uns viel erzählen, aber ob das nun so ist oder so. Und deswegen hatte ich halt keine Chance, eine Lehre zu Ende zu machen. Habe dann also abgebrochen und bin ohne Ausbildung eigentlich.“ (63/5)

Nach diesem Erlebnis wird er erneut drogensüchtig, zieht zu Hause aus und ist in Abständen „immer mal wieder da“. Ein halbes Jahre hatte Herr D. eine eigene Wohnung, die er jedoch aufgrund von Mietschulden aufgeben musste. 1998 wurde Herr D. von der Polizei ‚erwischt‘, und es wurden ihm eine große Anzahl Diebstähle nachgewiesen. Aufgrund seiner Drogenabhängigkeit und weil die Eltern sich sehr stark für ihn eingesetzt haben, ihm eine Chance gaben, wird er bis zur Verhandlung auf freien Fuß gesetzt.

„Und da haben halt meine Eltern gesagt: wir probieren es noch einmal jetzt. Die haben sich halt darum gekümmert, daß ich Arbeit habe bei meinem Vater im Laden. Also ich war dann fest angestellt. Da gibt es so ein

Haftprüfungstermin, nennt sich das, da werden halt die Voraussetzungen für meinen Haftbefehl, also daß die mich überhaupt eingeknastet haben, war weil ich halt schwer drogenabhängig war, heißt also davon auszugehen, daß ich weitere Straftaten begehe. Wie gesagt, meine Eltern hatten dann halt gesagt, das probieren sie es halt noch mal mit mir.“ (63/6)

Er arbeitete bis Mitte 1998 im Laden seines Vaters, gibt diese Stelle dann aber auf, da die Bezahlung ihm zu wenig ist. Anschließend beginnt er, bei Bekannten wieder als Dachdecker zu arbeiten, erhält jedoch keinen richtigen Arbeitsvertrag, sondern wird pauschal entlohnt. Es kommt relativ schnell zu Unstimmigkeiten bei den Stundenabrechnungen, und er fühlt sich um den zustehenden Lohn betrogen, was zur Aufgabe dieser Arbeit führt. In der Verhandlung aufgrund der Diebstähle wird er zu 14 Monaten Haft verurteilt, die jedoch 2 Jahre auf Bewährung ausgesetzt wurden. Darüber hinaus erhält er die Auflage, 30 Arbeitsstunden abzuleisten und eine stationäre Langzeittherapie zu machen. Er lebte einige Monate in der Wohnung seiner Eltern. Seit dem Wegzug der Eltern lebt er mit seiner Freundin in einer gemeinsamen Wohnung. Im Moment erhält er ca. 450 Mark Arbeitslosengeld und hat Kindergeld beantragt, da er noch nicht 21 Jahre alt ist. Da sein Einkommen unter der Sozialhilfeschwelle liegt, hat er auch Sozialhilfe beantragt, wartet aber noch auf den Bescheid. Seine Freundin ist nach gut abgeschlossener Ausbildung ebenfalls arbeitslos, so dass das gemeinsame Einkommen im Moment bei 850 Mark liegt. Seine Gelder fließen auf ein gemeinsames Konto, da er aufgrund seiner hohen Verschuldung kein Konto mehr erhält. Seine Schulden belaufen sich nach seiner Schätzung auf ca. 8.000 - 9.000 Mark, die sich aus Mietschulden, Telefonschulden aufgrund von zwei abgeschlossenen Handyverträgen sowie Verbindlichkeiten aus einem Vertrag mit einem Fitness-Studio zusammensetzen. Derzeit zahlt er in kleinen Beträgen erst einmal die Telefonschulden ab. Unter seinen gegenwärtigen finanziellen Bedingungen ist die Begleichung der Schulden ein schwieriges Unterfangen, da sie kaum Reserven haben, auf die sie zurückgreifen können. Selbst das tägliche Leben ist kaum finanzierbar.

„Jetzt im Moment planen können wir nicht. Im Moment leben wir eigentlich von der Hand in den Mund. Also wir müssen tüchtig knausern mit dem Geld im Moment noch.“ (63/10)

Angewiesen sind sie dabei schon auf die Unterstützung von Eltern, Verwandten und manchmal auch Freunden, die ihnen ab und an einen Einkauf finanzieren. Bargeld erhalten sie von Herrn D.s Verwandten nicht, da die Mutter durch seine Drogenabhängigkeit alle instruiert hat, ihm statt Bargeld bei den Einkäufen zu helfen. Trotz dieser sehr eingrenzenden finanziellen Situation, mit der Herr D. und seine Freundin zurechtkommen müssen, schätzt er sich selbst nicht als arm ein.

„Nein, also arm ... arm, denke ich mal, also arm ist jemand, der sich überhaupt nichts zu essen kaufen kann, der keine Wohnung hat oder so. Das ist arm... Also bin ich nicht arm. Arm sind andere Leute, arm sind die Leute, wie gesagt, die halt wirklich nichts haben, die sich nichts zu essen kaufen können oder die halt, nicht so wie ich, ein Dach über dem Kopf haben oder so. Die Leute sind arm. Mir geht's nicht gut, aber ich bin nicht arm.“ (63/13)

Bei diesen Einschätzungen wird deutlich, dass man sich selbst nur ungern in dieser Kategorie wiederfinden möchte. Der Maßstab wird so definiert, dass man sich immer noch positiv abheben kann. Er ist auch ein ‚Vertreter‘, der nach außen nie zeigen würde, dass er arm ist. Man soll es ihm möglichst auch nicht ansehen, darauf legt er großen Wert. Herr D. geht davon aus, dass diese Unterstützung nur temporär notwendig sein wird, dass er relativ schnell wieder Arbeit findet, und sich dann auch seine Gesamtsituation verbessert. In diese positive Gesamtsicht bezieht er auch seine Zukunftsplanung ein, die im wesentlichen einer Familienplanung gleichkommt.

„... also wenn sich die finanzielle Situation ein bißchen gebessert hat, also wenn ich wieder Arbeit habe, dann soll eigentlich auch ein Kind kommen irgendwann, aber halt erst wenn ...“ (63/14)

Die Kopplung der Familienplanung an den finanziellen Status hängt damit zusammen, dass er selbst erlebt hat, wie schwierig es ist, den Kindern bestimmte Voraussetzungen zu bieten. Solange er dies nicht kann, möchte er auch nicht für ein Kind sorgen müssen.

Über seine Partnerschaft hinaus gibt es bei Herrn D. einen festen Freundeskreis, der auch bereits mehrere Jahre besteht. Anfangs hat man sich im Freien getroffen, ist in den Straßen umher gezogen ohne einen Platz, an dem man bleiben konnte. Durch Zufall gab es einen Kontakt mit einem Gemeindehaus, der dann dazu führte, dass man Jugendlichen mehrmals wöchentlich einen Raum zur Verfügung stellte. Im Stadtteil, in dem Herr D. wohnt gibt es ansonsten kaum Möglichkeiten, wo sich Jugendliche ungestört treffen können, so dass die Schaffung dieser Struktur sehr positiv bewertet wird.

„So, dann hat er noch dafür gesorgt, daß wir uns im Gemeindehaus, das ist in der ... im Neubaugebiet drüben, da haben wir halt montags hier, Dienstag Gemeindehaus, mittwochs hier, Donnerstag Gemeindehaus. Das sind vier Abende in der Woche, wo wir nicht auf der Straße rumgelungert haben und keine Scheiße gebaut haben, wo wir halt hier waren, Billard gespielt haben, Dart gespielt, Gesellschaftsspiele und so gemacht haben.“ (63/17)

Herr D. reflektiert sehr genau darüber, dass seine Freunde und er nie so viel Eigeninitiative gezeigt hätten, sich diese Freizeitmöglichkeit zu schaffen. Er erkennt das Engagement der Sozialarbeiter hoch an und ist froh, dass es ‚solche Leute‘ gibt, die sich um Jugendliche wie ihn kümmern. Er selbst ist weder in einem Verein, noch sonst irgendwie organisiert. Das Fitnessstudio war ein Versuch, sich zu betätigen, aber diesen „Versuch bezahlt er heute noch“. Er selbst sagt von sich, dass er nicht die notwendige Ausdauer für solche Sachen besitzt. Er kann sich nicht auf etwas Bestimmtes festlegen, was er regelmäßig machen will. Seine sonstigen Aktivitäten lassen sich relativ kurz zusammenfassen, da sie sich auf Treffs mit Freunden, Fernsehen und Radio hören beschränken. Seine Arbeitslosigkeit dauert nun schon relativ lang, wenn auch mit Unterbrechungen, und dies beginnt ihn zunehmend zu belasten.

„Das nervt furchtbar ganz einfach. Den ganzen Tag daheim und so, weil ich stehe früh um 8 auf, weil, weiß ich nicht, ich bin so ausgeruht, ich kann gar nicht mehr schlafen bis um 12 oder so.“ (63/19)

Herr D. bemüht sich, eine neue Arbeit zu finden, die auch nicht unbedingt im Dachdeckerbereich liegen muß. Im Moment verhandelt er mit einer Gerüstbaufirma, die jedoch keine festen Arbeitsverträge vergeben, sondern auf Stundenbasis vergüten will. Da er mit einer solchen Methode aber bereits schlechte Erfahrungen gemacht hat, würde er sich nur ungern auf eine solche Basis einlassen. Obwohl Herr D. den ganzen Tag Zeit hat, gibt es nur wenige Interessen, denen er nachgeht. Er berichtet darüber, dass er ziemlich viel fernsieht, dabei jedoch kaum thematische Sendungen, sondern eher ‚leichte Kost‘. Politische und soziale Interessen spielen kaum eine Rolle in seinem Leben, und aus diesem Grund beteiligt es sich auch nicht an Wahlen, die seiner Meinung nach ohnehin nichts verändern. Für seine persönliche Zukunft wünscht sich Herr D. vor allem Arbeit, um seine Familie ernähren zu können und „später vielleicht ein Häuschen“, auch wenn er das 30 Jahre abzahlen müßte. Als wichtigstes zu lösendes Problem sieht er das Drogenproblem, mit dem er selbst zu kämpfen hat, denn er ist erst kurze Zeit ‚clean‘ und ist sich der Rückfallgefahr bewußt. Für ihn wird in seiner weiteren persönlichen Entwicklung viel davon abhängen, wie es mit seiner Arbeitsstelle weitergeht und ob die Beziehung zu seiner Freundin Bestand hat.

Der Vergleich dieser beiden Fälle zeigt, dass es hier, obwohl man von temporärer Armut ausgehen kann, erhebliche Unterschiede in den Lebenslagen und der Bewältigung von Unterversorgung gibt. Während in der ersten Gruppe der Studenten das Armutsrisiko relativ gering eingeschätzt werden kann, sieht dies in der zweiten Gruppe grundlegend anders aus, da hier viel komplexere Problemlagen vorliegen. Auf diese Gruppe sollte auch das Hauptaugenmerk bei der Bekämpfung von Armutslagen gelegt werden.

3) Rentner mit teilweiser Altersarmut

Diese Gruppe war im Befragten-Sample relativ häufig vertreten, da ein Großteil derjenigen mit geringer Rente in alten Häusern mit schlechter Bausubstanz wohnen. Von Altersarmut sind vor allem diejenigen betroffen, die auch in der DDR keiner bzw. keiner konstanten Erwerbsarbeit nachgegangen sind, d.h. vor allem Frauen, die als Hausfrauen gearbeitet und aus dem Grund kaum Rentenansprüche erworben haben oder aber Frauen, die sehr niedrig bezahlte Erwerbsarbeit verrichteten. Dies ist nur ein relativer kleiner Anteil der Bevölkerung in der DDR gewesen, denn die große Mehrheit der Frauen war voll berufstätig und wies bei Erreichung des Rentenalters - anders als in den alten Bundesländern - häufig sogar mehr als 45 Arbeitsjahre nach. Durch die vollzogenen Rentenanpassungen kommen diese Rentnerinnen und Rentner auf relativ gute Rentenbezüge, mit denen man „normal wirtschaften“ kann. Für diese Gruppe kommt noch hinzu, dass sie extrem durch die Kriegs- und Nachkriegszeit geprägt wurden, ein sparsamer Lebensstil schon fast zur Philosophie geworden ist, und man aus dem Grund sehr schnell auch mit niedrigerem Standard umgehen kann. Die Lebenszufriedenheit in der Gruppe ist aus diesem Grund auch dann relativ hoch, wenn man sich der begrenzten Ressourcen bewußt ist. Hier zählen Bereiche wie Erhalt der Gesundheit und sozialer Netzwerke, vor allem aber Familie wesentlich höher als das Einkommen. Auch die Einschränkung im Wohnbereich, d.h. mögliche Umzüge in kleinere Wohnungen, werden dann relativ gut verkraftet, wenn damit nicht ein vollkommener Wechsel des Umfeldes einhergeht. Umzüge erfolgen aus dem Grund - wenn überhaupt - meist in die unmittelbare Nähe der bisherigen Wohnung. Problematisch stellt sich die Lebenslage jedoch derjenigen dar, die keine konstanten Erwerbsverläufe hatten und deshalb mit sehr geringen Rentenbezügen leben müssen. Hier sind die Einschränkungen erheblicher, nicht nur auf den Wohnraum bezogen, sondern vor allem auf die Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe. Vor allem die Bereiche Freizeit/Kultur sind davon betroffen. Dies führt zu einer deutlich niedrigeren Lebenszufriedenheit dieser Gruppe.

Frau V.: „Jetzt haben wir nun mehr Freiheit und jetzt gibt es alles – nun hat man nicht mehr genug Geld.“

Frau V. wurde 1917 in L. geboren und lebte ihr ganzes Leben lang in ein und demselben Stadtteil. Der Vater war Bankangestellter, die Mutter Verkäuferin, hat aber nach der Heirat nicht mehr gearbeitet. Frau V. war das einzige Kind der Familie. Eingeschult wurde sie in eine Privatschule, die sie acht Jahre besuchte, dann folgte die Berufsschule und eine Lehre im Bürofach. 1941 heiratete sie und zog in die Wohnung ihres Mannes, der zu dem Zeitpunkt als Berufssoldat bei der Marine war. 1943 wird ihr Sohn geboren. Nach dem Krieg kehrte der Mann zurück und arbeitete im Montagebereich. Die Ehe

wurde 1963 geschieden. Bis zum Zeitpunkt der Scheidung war Frau V. zu Hause, und begann erst danach, ganztätig zu arbeiten. Bis 1984 arbeitete sie im Verwaltungsbereich, da sie durch die wenigen Erwerbsjahre keine hohe Rente bekam und sich deshalb etwas zu verdienen wollte.

„706 Mark und 85 Pfennige. Weil ich nicht solange gearbeitet habe. Ich habe ja erst auch nicht gearbeitet, erst dann, als ich geschieden war. Da habe ich nicht so viel Arbeitsjahre. Und dadurch habe ich nicht so eine hohe Rente.“ (58/5)

Bis 1989 kam sie mit dieser geringen Rente aufgrund der geringen Mieten auch so recht und schlecht über die Runden, schwierig wurde es jedoch danach, da allein die Miete fast so hoch ist, wie ihre Rente. Ohne staatliche Unterstützung wäre Frau V. nicht in der Lage ihre Wohnung zu halten und müßte sich von ihrem Sohn finanzieren lassen. Dennoch ist sie unsicher, ob diese Zahlungen, auf die sie ihr Leben lang angewiesen sein wird, immer erfolgen werden. Mühsam ist es für sie auch vor dem Hintergrund, dass sie das Wohngeld immer wieder beantragen muß, was sie trotz ihres Alters (80 Jahre) selbständig tut.

„Ein bißchen Wohngeld. Wenn ich die Rente nehme und das Wohngeld...mit dem Wohngeld ist auch immer so eine Sache, da weiß man ja nicht, wie lange...da wird ja auch immer drum gestritten, ob das noch bestehen bleibt. Da bleiben etwas über 300 Mark im Monat zum Leben. Und da muß ich dann hier noch Strom bezahlen, Telefon bezahlen.“ (58/6)

Bereits an diesem kurzen Ausschnitt wird deutlich, dass vor allem durch die Zeiten, die Frau V. zu Hause tätig war, ihr jetzt der entscheidende finanzielle Hintergrund für ein würdiges Alter fehlt. Dennoch ist Frau V. nicht unzufrieden, sondern versucht, mit ihren begrenzten Mitteln auszukommen. Ihre Ansprüche mußten schon zurückgefahren werden, als sie nach der Scheidung allein für sich und ihren Sohn sorgen mußte, so dass ihr dies nicht schwer fällt.

„Nein, das habe ich nicht, weil ich sowieso nicht mehr viel unternahme. Wissen sie, mit 80 Jahren da fällt ihnen alles schwer und da unternahme ich nicht mehr so viel, da brauche ich das gar nicht. Das Fernsehen macht schon allerhand aus, wenn sie da befreit sind. Telefon auch ein bißchen - etwas ermäßigt. An Sachen...man braucht ja nichts mehr in dem Alter. Garderobe und so braucht man nicht mehr.“ (58/6)

Nach der Wende erfolgten nicht nur Einschränkungen im Konsumbereich, sondern auch die größere Wohnung, die sie bewohnte, gab sie im Zuge der Sanierung auf und bezog eine kleinere im gleichen Haus, die sie sich leisten konnte. Durch die Sanierung stieg die Miete relativ stark, so daß nun kaum etwas für die Befriedigung der täglichen Bedürfnisse von Frau V. übrig bleibt. Auf die Frage, ob sie sich selbst als arm einschätzt, antwortete sie eindeutig:

„Naja, arm. Freilich bin ich arm, das sehen sie ja selber.
Was denken sie selbst?

Naja, ich komme noch zurecht, ich will nicht gerade sagen, arm. Ich komme schon noch zurecht. Aber man hat ja nun ein paar Bedürfnisse trotzdem, man muß mal zum Friseur gehen. Die Füße...Fußpflege, das kostet doch heutzutage alles viel Geld.“ (58/10)

Trotz ihrer geringen Rente verschließt sich Frau V. nicht vollkommen, sondern nutzt ihren Freundeskreis, der seit langem besteht, um aus dem Alltag ‚rauszukommen‘. Sie besucht alte Freunde auch außerhalb der Stadt, auch wenn dies in ihrem Alter immer beschwerlicher wird. Dies ist ein entscheidender Punkt, der ihre Lebensqualität beeinflusst. Selbst wenn sie die Möglichkeit hat, Freunde aufzusuchen, so ist das für sie ohne Auto sehr beschwerlich und deshalb kaum realisierbar.

Sie ist in diesem Punkt auf die Hilfe aus dem Familienkreis angewiesen, die sie auch erhält. Möglichkeiten sich im Stadtteil zu treffen bestehen kaum, man trifft sich im privaten Kreis, und aus diesem Grund wird diese Gruppe auch kaum sichtbar im Stadtteil.

„Nein, bloß so privat. Naja, da wird auch so geschnattert über die gute alte Zeit. Nein, Volkssolidarität ist hier auch nicht. Hier ist alles nicht, bei uns. Hier in der Nähe ist nichts...Naja, wenn hier in der Nähe was wäre, würde ich schon mal hingehen.“ (58/11)

Gelegenheiten zu zwanglosen Treffen für ältere Menschen bestehen zu wenig und werden von ihnen auch nur sehr zurückhaltend angemahnt. Ausweichmöglichkeiten sucht man im privaten Bereich, wo man sich tagsüber nach Absprache trifft. Abgesehen von den sozialen Kontakten, die sie regelmäßig pflegt, liest sie jeden Tag Zeitung, interessiert sich dafür, was passiert, hat aber kein ausgesprochen politisches Interesse. Bis auf gelegentliche Beschwerden ist Frau V. gesund, so dass sie ihren Alltag im wesentlichen allein managen kann. Alle Behördenwege und Anträge werden von ihr selbst erledigt.

Angesprochen auf die Zeit vor 1989, wo sie bereits eine niedrige Rente bezog, differenziert sie so weit, dass nicht von einer generellen Verschlechterung gesprochen werden könnte, aber der finanzielle Spielraum in der DDR für sie doch etwas größer war.

„Die Sicherheit war besser und alles. Und ich konnte auch mit meinem Geld doch ein bißchen anders wirtschaften und machen, weil eben alles billiger war. Jetzt haben wir nun mehr Freiheit und jetzt gibt es alles – nun hat man nicht mehr genug Geld. So ist es doch! Aber ich bin trotzdem zufrieden.“ (58/16)

Der Fall von Frau V. ist kein Einzelfall, auch wenn in der DDR nicht viele Frauen als Hausfrauen tätig waren. Probleme ergeben sich für diese vor allem dann, wenn die Ehen nicht von Bestand waren (fehlende Witwenrente), so dass die Frauen die finanziellen Konsequenzen aus dieser erwerbslosen Zeit allein zu tragen haben. Diese Gruppe, auch wenn sie zahlenmäßig nicht sehr groß ist, wird in den meisten Fällen von Altersarmut betroffen sein, und es gibt wenig Möglichkeiten, gegenzusteuern, weil sie schon länger aus dem Erwerbsprozess ausgeschieden sind. Dass die Zufriedenheit dennoch auch in dieser Gruppe relativ hoch ist, hängt mit dem geringen Anspruchsniveau zusammen, was zu DDR-Zeiten ausgeprägt wurde. Gegenüber ihren Geschlechtsgenossinnen, die während der gesamten Zeit einer Erwerbstätigkeit nachgegangen sind bzw. nachgehen mußten, sind sie jetzt deutlich benachteiligt. Diese Benachteiligung bezieht sich aber hauptsächlich auf den Einkommensbereich, während eine Unterversorgung in den anderen Bereichen wie Bildung, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe nicht zwingend nachweisbar war.

4) Die 'Neuen Armen'

Diese Gruppe war am häufigsten in der Erhebung vertreten. Sie ist in sich sehr inhomogen und aus dem Grund auch schwieriger zu beschreiben. An dieser Gruppe zeigt sich am deutlichsten, welchen Einfluss gesellschaftliche Ereignisse auf Lebensverläufe haben. In den ‚neuen‘ Bundesländern hat sich mit dem Umbruch der gesellschaftlichen Verhältnisse eine Gruppe ‚neuer Armut‘ herausgebildet, die sich wesentlich von der ‚neuen Armut‘ in den alten Bundesländern unterscheidet. Sie existiert

durch den massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen und wirtschaftlich veränderte Rahmenbedingungen. Sie stellt die sozialpolitische Zielgruppe der Armutsbekämpfung dar.

Folgend soll der Zusammenhang zwischen Lebensverlauf und gesellschaftlichem Einfluss stärker verdeutlicht werden, da er zur Beschreibung der Lebenslagen für diese Typologie grundlegend ist:

In vielen Forschungsarbeiten wird sichtbar, daß der Faktor 'historische Zeit' von großer Bedeutung für den Lebensverlauf ist. So hat das Erleben großer geschichtlicher Ereignisse (Kriege, Revolutionen u.ä.) stets Wirkungen in den Lebensverläufen hinterlassen. Derartige geschichtliche Ereignisse ziehen gesellschaftliche Veränderungen nach sich, können vorhandenes Wissen, bestehenden Status usw. entwerten, andererseits ergeben sich dadurch auch unerwartete Möglichkeiten der Lebensgestaltung. In den Interviews wird deutlich, dass ein Großteil der Befragten diese neuen Möglichkeiten der Lebensgestaltung zwar sieht, sie aber aufgrund der eigenen finanziellen Situation nicht umsetzen kann, was zu viel größerer Frustration und Resignation führt. Viel schwerer wiegt die Entwertung der bisherigen Lebens- und Erwerbsverläufe, die Chancenlosigkeit eines Großteils der Generation der heute 45-55jährigen auf dem Arbeitsmarkt und auch der verloren gegangene soziale Status.

“Der Mensch macht die Erfahrung, daß sich sowohl der Erfahrungstyp als auch die Erfahrungsinhalte verändern. Alles das, was er bis zu dem Zeitpunkt der Umwälzung gelernt hat, scheint nicht mehr verwertbar” (Hoernig 1990: 161).

Dieser Effekt tritt vor allem kurz nach einer solchen Umwälzung auf, da eine allgemeine Orientierungslosigkeit herrscht, die erst überwunden werden muß.⁵² Da Menschen immer in einem institutionalisierten Bezugssystem leben, wird dieses bei gesellschaftlichen Umbrüchen, wo bisher dominierende Institutionen wegfallen, plötzlich vermisst. Die bis dahin herrschende Ordnung wird schlagartig aufgehoben, es entsteht ein 'Vakuum', bis das neue System mit seinen Institutionen wieder greift. Für diejenigen, die die Möglichkeit erhalten, innerhalb dieses neuen Institutionengefüges wieder einen Platz zu finden, ist diese orientierungslose Phase nicht sehr lang, sie stellt einen Übergang dar, mit dem man ‚umgehen‘ kann. Schwieriger wird es für diejenigen, die dauerhaft z.B. vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind. Sie können mit diesem neuen System nur schwer umgehen, fühlen sich isoliert und nicht zugehörig, was sich sowohl an den Aktivitäten im öffentlichen Raum zeigen läßt als auch am Absinken sozialer Kontakte. Dies trifft auf einen Teil dieser Gruppe zu, wie die anschließenden Falldarstellungen noch zeigen werden.

Menschen wachsen immer unter spezifischen zeitlichen, gesellschaftlichen und räumlichen Bedingungen auf, die ihnen nur ein bestimmtes Maß an Handlungsmöglichkeiten bieten⁵³ (vgl. Mannheim 1928). Diese können sich durch die Umgestaltung z.B. des Institutionengefüges total verändern, so daß neue Entscheidungsfreiräume entstehen, die nach einem neuen Lebensentwurf verlangen. Für Mannheim sind diese spezifischen Lagerungen mit der Zugehörigkeit zu Generationen verknüpft, die zur gleichen Zeit die gleichen historischen Ereignisse durchleben und annähernd gleiche Bedingungen vorfinden. Dass dies besonders für die Generation der heute 45-60jährigen gilt,

⁵² Diese Orientierungslosigkeit verbunden mit der Auffassung, daß angesammeltes Erfahrungswissen nicht mehr verwertbar ist, war auch 1989-91 in Ostdeutschland zu beobachten. Die alten Strukturen sind weggebrochen, neue waren noch nicht vorhanden, so daß das oben beschriebene 'Vakuum' zu bestehen schien, das nicht beherrschbar war.

⁵³ "Eine jede Lagerung schaltet also primär eine große Zahl der möglichen Arten und Weisen des Erlebens, Denkens, Fühlens und Handelns überhaupt aus (gesellschaftlicher Einfluß) und beschränkt den Spielraum des sich Auswirkens der Individualität (subjektive Aktivität und Eigenentwicklung) auf bestimmte umgrenzte Möglichkeiten." (Mannheim 1928a: 173f.)

wird noch zu zeigen sein. In diesen Zusammenhang lassen sich auch die von Bourdieu definierten Trajectoires bringen: "Trajectoires sind mehr als nur durch Stationen oder Phasen im individuellen Lebenslauf definiert; sie sind das Erbe der Vergangenheit für die Zukunft, sie sind das Produkt aktueller sozialer und ökonomischer Strukturen, die ein bestimmtes Investitionsverhalten für die Zukunft herausfordern und auch steuern, und sie sind die immer wieder begrenzten, nur durch gesellschaftlich akzeptierte Kompensationen zu verändernden Laufbahnen in einem Raum" (Bourdieu 1978:181) Trajekte lassen sich somit fassen als alltagsweltlich und gesellschaftlich fundierte Erfahrungs- und Ereigniszusammenhänge in ihrer jeweils spezifischen Ablaufgestalt diesseits der Trennung von subjektivem Sinn und gesellschaftlichem Zwang (vgl. Fischer-Rosenthal 1991).

Hier finden wir die Bezugnahme sowohl auf gesellschaftliche Strukturen, die Entwicklungsmöglichkeiten von Individuen determinieren, die Bedeutung von Erfahrung für den Lebensverlauf, als auch die Eigenaktivität des Individuums, die sich im Rahmen der Möglichkeiten entfalten kann und muß. Die Umorientierung von Lebensentwürfen in Situationen gesellschaftlichen Wandels wird als Investition begriffen, die sich in der Zukunft auszahlen soll.

Dies ist eine Aufgabe, vor der im Prinzip alle Befragten standen, wo sich jedoch die Handlungsrichtungen deutlich unterscheiden. Für die Älteren unter ihnen erscheint es fraglich, ob sich ein neuer Lebensentwurf überhaupt ‚lohnt‘, ob er ihnen wirklich neue Perspektiven eröffnet und ob die Investition, die getätigt wird, von anderen anerkannt wird, indem z.B. nach erfolgter Umschulung die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit besteht. Demnach gehen der Planung von Lebensentwürfen stets Analysen des gesellschaftlichen Umfeldes voraus, um ein Bild über gegebene Handlungsmöglichkeiten zu entwerfen und sich dann in diesem Rahmen für eine solche zu entscheiden.

Hiermit ist bereits ein weiterer Punkt angesprochen, der als gesellschaftlicher Einflußfaktor anzusehen ist, der vor allem die älteren Befragten in starkem Maß betrifft - die Einbindung in ein institutionelles Gefüge - , welches sich im Laufe der Zeit immer mehr vervollkommnet hat und in gewisser Weise grundlegende Lebensverlaufsmuster, besonders in den ersten Lebensjahren, vorstrukturiert. Die Rede ist also von Institutionen wie Schulen und Berufsbildungsstätten, die von allen Individuen eines Systems nahezu gleichartig durchschritten werden. Dieses Eingebundensein in vorgegebene Strukturen wird von den Menschen individuell reflektiert. Dies zeigen die Interviews sehr eindrucksvoll.

"In Verbindung mit der historischen Zeit in Form von gesellschaftlicher Geschichte konstituieren die sozialen Zeitstrukturen Lebensmuster als institutionalisierte Lebensverlaufsschemata, die präskriptiven Charakter für den individuellen Lebensplan haben und die Grundlage für den Entwurf der Biographie bilden. Unterschiedliche Formen der Aneignung von Erfahrungen führen dazu, daß gesellschaftliche Vorgaben und soziale Zeitstrukturen nicht ungebrochen vom Individuum reproduziert werden" (Voges 1987b:127).

Bei der Analyse war daher besondere Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß neben den biographisch relevanten Deutungen und Interpretationen der prozeßhafte Charakter der historisch gewachsenen sozialen Strukturen des Handlungsfeldes, aber auch die sprunghaften Veränderungen desselben durch den gesellschaftlichen Umbruch, also die objektive Realität, nicht außer Acht gelassen wird (vgl. Voges 1987b).

In den Interviews ging es darum, zu sehen, welche Veränderungen sich bei Menschen vollziehen, die sich plötzlich mit einem vollkommen neuen sozialen Status auseinandersetzen müssen, mit neuen

Perspektiven bezüglich der Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Auswirkungen auf das Selbstbild - auf ihre ‚Identität‘ – und die aufgezeigten Handlungsrichtungen sollten erfragt und erfaßt werden.

Um das leisten zu können gilt zu klären, was unter ‚Identität‘ verstanden wird:

Identität wird als konkret in einem bestimmten gesellschaftlichen Rahmen und in einer historischen Zeit begriffen, ohne die subjektive Eigenaktivität der Individuen zu untergraben. Dabei spielen Interaktion und zwischenmenschliche Beziehungen innerhalb des gesellschaftlichen Lebens eine wesentliche Rolle. „Identität entwickelt sich; sie ist bei der Geburt anfänglich nicht vorhanden, entsteht aber innerhalb des gesellschaftlichen Erfahrungs- und Tätigkeitsprozesses, daß heißt im jeweiligen Individuum als Ergebnis seiner Beziehungen zu diesem Prozeß als Ganzem und zu anderen Individuen innerhalb dieses Prozesses“ (Mead 1973:77)

Für das Auftreten von Identität macht Mead den gesellschaftlichen Prozeß selbst verantwortlich. Außerhalb dieser Erfahrung existiert Identität nicht. Identität ist also immer auf etwas bezogen, entwickelt sich und wird nur in diesem gesellschaftlichen Rahmen erfahren. Dabei genügt es nicht, nur die Haltungen anderer Menschen gegenüber sich selbst und untereinander innerhalb des gesellschaftlichen Prozesses einzunehmen und diesen Prozeß als Ganzes in seine Erfahrung einzubringen. Die Individuen müssen ebenso ihre Handlungen zu den verschiedenen Phasen und Aspekten der gemeinsamen gesellschaftlichen Tätigkeit, in die sie als Mitglieder dieser Gesellschaft einbezogen sind, in Bezug setzen. „Sie müssen dann, indem sie diese individuellen Haltungen der organisierten Gesellschaft oder gesellschaftlichen Gruppe als Ganzes verallgemeinern, im Hinblick auf verschiedene gesellschaftliche Projekte, die sie zum jeweiligen Zeitpunkt verwirklichen, oder auf die verschiedenen längeren Phasen des allgemeinen gesellschaftlichen Prozesses handeln, die ihr Leben ausmachen und dessen spezifische Manifestationen diese Projekte sind“ (Mead 1973:197). Genau dies ist der Punkt, der für die Älteren der Befragten die Schwierigkeit ausmacht. Sie sind in ihrer jetzigen Situation zu wenig in der Lage, ihre erworbene Identität produktiv umzusetzen in neue identitätsstiftende Projekte, da sie aus vielen Prozessen einfach ausgegrenzt sind. Eine wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen, vor allem aber am ‚wirtschaftlichen Geschehen‘, wird nicht mehr erreicht bzw. als unerreichbar definiert.

Die Bildung von Identität wird als ein zeitlich erstreckter Prozeß gesehen, der in seinem Ablauf regel- und dinghaft erscheint. Aus diesem Grund spricht man schon seit Mitte der 30er Jahre in diesem Zusammenhang von ‚*Karriere*‘. Besonders durch Forschungsarbeiten amerikanischer Soziologen (u.a. Strauss) wurde dieser Prozeß der Karriere weiter untergliedert in Phasen, die durch Wendepunkte, Phasenmarkierer oder Statuspassagen konstituiert werden. „Die Dynamik dieses Prozesses wird identifiziert - ganz im Sinne des Interaktions- und Identitätskonzeptes - im Wechselspiel institutionell oder gesellschaftlich- kulturell vorgegebener Handlungsschemata und Erwartungsfahrpläne auf der einen Seite, mit dem intentionalen Handeln des Subjektes als aktives ‚Ausfüllen‘ oder Variieren derselben auf der anderen“ (Fischer-Rosenthal 1991:87). Kritisiert wird an dieser Stelle von Fischer-Rosenthal, daß dieses Konzept von vorgeschriebenen Handlungsschemata auf der einen und rationalem, intentionalem Handeln auf der anderen Seite zu wenig Raum ließe für das Erleiden, für nichtintentionales Erleben (vgl. Fischer-Rosenthal 1991) von Ereignissen und Ereignisverkettungen. Strauss versuchte jedoch, gerade in der Weiterentwicklung dieses anfänglichen Karrierekonzeptes den Individuen diesen Raum zu lassen. Identitätsentwicklung als langfristiger Prozeß, der durch die Wechselwirkung des Individuums mit dem gesellschaftlichen Bezugsrahmen bestimmt ist, setzt Interaktion und soziales Handeln voraus.

Wesentlich für die Entwicklung der Individuen ist die berufliche Sozialisation, da ein bedeutender Teil des menschlichen Lebens sich in der Arbeits- oder Berufssphäre vollzieht. Dies gilt für die Befragten, die einen Großteil ihrer Berufstätigkeit in der DDR realisierten in besonderem Maß, da hier eine extreme Verknüpfung von beruflichen und sozialen Kontakten bestand. In vielen Fällen konstituierten sich die Freundeskreise aus den Arbeitszusammenhängen, was zur Folge hatte, dass mit dem Herauslösen aus den Arbeitsprozessen auch die sozialen Kontakte insgesamt einschmolzen. Das Arbeitshandeln vollzieht sich in Rollenstrukturen, die gesellschaftlich definiert, vertraglich normiert und organisatorisch kontrolliert sind. Diesen Rollenstrukturen, die sowohl technisches als auch strategisches und kommunikatives Handeln in unterschiedlicher Ausprägung verlangen, stehen individuell ausgebildete Handlungspotentiale gegenüber. In diesem Zusammenhang ist besonders die Wechselwirkung zwischen Berufsarbeit, beruflichen Erfahrungen, Vorstellungen, Kompetenzen und sozialer Identität der Individuen zu betonen. Dabei erfolgt Zuerkennung sozialer Identität über die Berufstätigkeit. Beruf wird damit zur Instanz des Erwerbs und des Erhalts sozialer Identität. Er verschafft dem Erwachsenen nicht nur einen Platz auf der gesellschaftlichen Rangskala, sondern stellt vielmehr ein wesentliches Element in der Konstitution von Ich-Identität dar.

Wie eng dieser Zusammenhang zwischen der Zuerkennung sozialer Identität über Beruf mit der Ich-Identität ist, zeigen Studien über Identitätskrisen, die als Folge von Entzug beruflich vermittelter sozialer Identität auftreten (vgl. Pieper 1978). Um diese soziale Identität den gesellschaftlichen Erwartungen gemäß zu erhalten, wird angenommen, daß eine Art *commitment*⁵⁴ zustandekommt, das es dem Menschen ermöglicht, sich entsprechend zu verhalten.

Als Bestandteil der Selbstidentität bilden Werte und Normen eine wichtige Orientierung für die soziale Aktivität des Menschen. Das Wertesystem beinhaltet dabei Werte auf verschiedenen Ebenen, die einer Abbildung von Bereichen der objektiven Realität nahekommt. So existieren Gruppen von Werten, die a) auf elementare Verhaltensformen, b) auf Verhalten zur Entwicklung von eigenständiger, schöpferischer Aktivität und c) auf Entwicklung gesellschaftlichen Engagements (politisches, soziales Engagement u.ä.) gerichtet sind. Dabei ist die Stabilität von Werten sicherlich unterschiedlich.

So gibt es bestimmte Werte, die den relativ stabilen Kern der Persönlichkeit ausmachen, während andere Werte lediglich aus Gründen der Anpassung an bestehende Machtverhältnisse angenommen wurden und ohne größere innere Probleme schnell aufgegeben werden, wenn sie nicht mehr gebraucht werden (vgl. Kasek 1990).

Zu fragen wäre in diesem Zusammenhang allerdings, wie weit diese 'Anpassungswerte' wirklich im Wertesystem integriert waren, oder ob diese bloß nach außen hin geäußert wurden. Eindeutig ist jedoch der Wertewandel, der in Ostdeutschland bzw. in ganz Osteuropa in den 90er Jahren eintrat, da ein neues gesellschaftliches System auf einem anderen Wertesystem aufbaut. Sehr deutlich wird dies an folgendem: "Soziales Prestige und soziales Ansehen, wichtig für die Stabilisierung von Identität,

⁵⁴ Commitment (Festlegung) wird dabei auf zwei Ebenen gesehen: als Zustand (des Verpflichtetseins, des Festgelegtseins) als auch als Prozeß (des Sichverpflichtens,-festlegens).

"Commitment entsteht, indem ein Handelnder eine gegenwärtige Situation im Lichte eigener früherer Handlungen und angenommener Reaktionen anderer interpretiert. Er interagiert dabei mit sich selbst als auch mit vorgestellten Anderen; sein Handeln baut sich aus dem auf, was er dabei wahrnimmt, interpretiert und einschätzt." (Pieper 1978:91) Dieser *commitment*-Begriff bezieht sich auf die Aussagen von Howard S. Becker, mit dem sich M. Pieper auseinandersetzt.

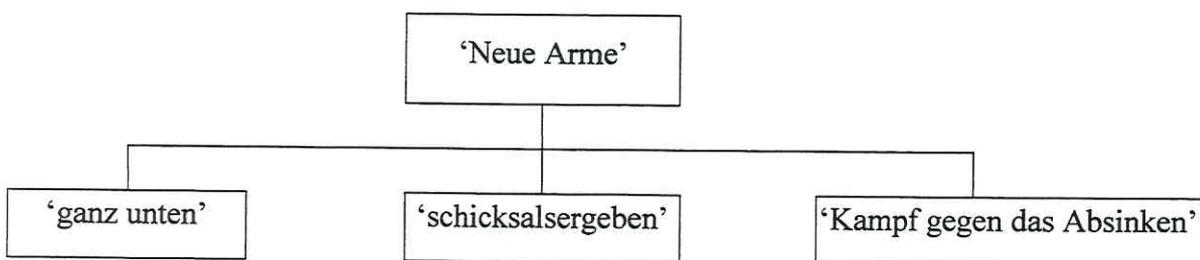
Einen völlig anderen Inhalt setzt dagegen R.M. Kanter, die diesen Begriff *commitment* auf Gesellschaft beziehen will. "Commitment bezeichnet den Prozeß, durch den individuelle Interessen mit der Ausführung gesellschaftlich organisierter Verhaltensmuster verknüpft werden; diese (Verhaltensmuster) gelten als Erfüllung jener Interessen, als Ausdruck von Wesen und Bedürfnissen der Person." (Kanter 1968:500)

sind in unserer Gesellschaft fast identisch mit der Geldsumme, die ein Individuum 'produziert'" (Ottomeyer 1980:181)

Dementsprechend wird auch die Wertehierarchie entwickelt. Diese wiederum beeinflusst soziales Verhalten in bestimmten Situationen, da vor jeder Handlung über das Abrufen von sozialen Normen und Werten Entscheidungsprozesse in Gang gesetzt werden. Die Menschen versuchen, immer im Einklang mit verinnerlichten Werten zu handeln, egal ob diese durch Lernprozesse oder eigene Erfahrungen angeeignet wurden.

Für diese Gruppe, die durch die wirtschaftlichen Umbauprozesse ihre Arbeit verloren, stellt Erwerbstätigkeit einen extrem hohen Wert dar, und es setzte auch kein Werteverfall diesbezüglich ein. Der Verlust der Erwerbstätigkeit und die extrem begrenzten Möglichkeiten, im Arbeitsprozess wieder einen Platz zu finden, stellen das größte Problem für diese Gruppe dar. Ihre Identität baut darauf auf und kann kaum durch anderes ersetzt werden. Damit verbunden sind die extremen Einschränkungen in finanzieller Hinsicht, die sie in Kauf zu nehmen gezwungen sind. Anders als bei der zweiten Gruppe stellt sich für viele diese Einkommenschwäche nicht als zeitlich begrenzt dar, sondern als *dauerhaft*, womit sie nur schwer umgehen können. Es zeigt sich in den Interviews, dass der Umgang mit diesem Problem von unterschiedlichen Faktoren abhängt, einerseits vom Alter, auf der anderen Seite aber auch von der Gesundheit, dem Bildungsgrad und vor allem der Einbindung in soziale Netzwerke. Wobei diese Gruppe dadurch charakterisiert ist, dass alle bereits längere und auch kontinuierliche Erwerbsverläufe in der DDR hatten, d.h. es sind die Älteren, meist über 40jährigen, die sich hier wiederfinden. Je nach der Konstellation dieser Faktoren, ergibt sich die Zugehörigkeit der Befragten dieser Gruppe zu einer der drei generierten Typologien, die sich auf den Umgang mit und der Selbstwahrnehmung von Armut beziehen. Dabei sind die Grenzen zwischen diesen 'Typen' fließend, es gibt keinen Fall, der den Idealtypus 'in Reinform' verkörpert. Merkmale, die in die Generierung der Typen einfließen, sind vor allem die Perspektive, die die Befragten selbst angaben, die Veränderungspotentiale, die sie selbst formulierten bzw. die ihnen aufgrund der Bildungs- und Erwerbsverläufe zugeschrieben werden können sowie die Einschätzung der unterschiedlichen Bereiche ihrer Lebenslagen.

Es ergaben sich drei Typen, die im Folgenden näher beschrieben werden:



'ganz unten'

Hier finden sich vor allem die Befragten, die eine Häufung unterversorgter Bereiche der Lebenslagen aufweisen, die keine Veränderungswilligkeit zeigen, da sie für sich keine Chancen mehr sehen, d.h. eine extreme Resignation und Frustration. Dies ist die Gruppe, die meist familiäre, aber kaum andere

soziale Kontakte haben, einen relativ niedrigen Bildungsgrad aufweisen und häufig auch gesundheitliche Probleme haben, die eine Erwerbstätigkeit zusätzlich behindern. Zu einem großen Teil erfolgt eine Verstärkung der benachteiligten Situation durch eine geringe Eigenaktivität, diese Situation ändern zu wollen. Politisches und soziales Engagement ist nicht vorhanden, es gibt wenig Interesse am öffentlichen Geschehen, man bleibt unter sich. Man versucht, die staatlichen Vorgaben einzuhalten und 'nichts zu verpassen'. Ohne eine sozialpädagogische Begleitung und Betreuung würde ein Großteil der Klientel auf sich selbst gestellt und damit in bezug auf einen weiteren sozialen Abstieg gefährdet sein. Staatliche Unterstützungsleistungen⁵⁵ werden in höherem Maß benötigt und in Form von Wohngeld, Sozialhilfe, Aufnahme in Obdachlosenheime, Betreuungs- und Beratungsleistungen u.ä. gewährleistet. Eine mehrfache Unterversorgung und Armut ist vor allem bei den in Obdachlosenhäusern lebenden Befragten vorhanden. Vor der Wende waren diese größtenteils sozial abgesichert. Der soziale Abstieg, meist in Verbindung mit Langzeitarbeitslosigkeit und einer Unterversorgung in einem weiteren Bereich der Lebenslage (Sucht, Krankheit) ging nach 1989 relativ schnell. Eine Gegenstrategie kann von einem Teil der obdachlosen Männer und Frauen entwickelt werden, da sie meist über einen Facharbeiterabschluss verfügen und in den bekannten 'ABM-Schleifen' auf dem 2. Arbeitsmarkt zur Unterhaltssicherung tätig werden konnten.

Herr F.: " ... - für leichte Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar. "

Herr F. wurde 1948 in der Nähe von L. in einem kleinen Dorf als älterer von zwei Brüdern geboren und ist dort auch aufgewachsen. Seine Vater war Arbeiter, seine Mutter Hausfrau. Die Großeltern hatten einen Bauernhof, so dass das 'tägliche Essen' kein Problem war. Er besucht die Schule bis zur 10. Klasse und absolviert danach eine dreijährige Berufsausbildung. 1970 heiratete er, zieht zu seiner Frau in eine andere Stadt und ein Jahr später kommt sein Sohn auf die Welt. Kurz darauf wird er zur Armee eingezogen. Daraus ergeben sich Schwierigkeiten zwischen ihm und dem Sohn, der ihn kaum kennt, da es nur selten Urlaub in 1½ Jahren Armeezeit gab. 1978 zerbricht die Ehe, Herr F. geht wieder nach L. Zunächst arbeitet er im Baubereich und wechselt 1982 in den Transportbereich, wird LKW-Fahrer. Diese Tätigkeit übt er bis zu seinem Schlaganfall 1995 kontinuierlich aus. Von 1982 bis 1998 war Herr F. das zweite Mal verheiratet und hat mit seiner zweiten Frau noch eine Tochter. Seit dem Schlaganfall ist er arbeitslos und lediglich noch für leichte Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar. Herr F. hatte sich um eine Erwerbsunfähigenrente bemüht, dies wurde jedoch abgelehnt, und so fühlt er sich 'ziemlich hin und her geschoben' zwischen den verschiedenen Institutionen.

„Das Krankengeld war weg, die waren mich los, und nun soll das Arbeitsamt oder irgendwie ... Jetzt bin ich mit der Reha-Abteilung vom Arbeitsamt ... Daß es die Stellen nun nicht gerade wie Sand am Meer gibt, das können Sie sich ja vorstellen.“ (5/4)

Danach erhielt er zunächst Arbeitslosengeld, derzeit lediglich noch Arbeitslosenhilfe und Wohngeld als zusätzliche staatliche Unterstützung. Um 'über die Runden zu kommen' erhält er Unterstützung von seiner Mutter, die ihm ab und an Geld gibt und am Wochenende mit versorgt. Nach Abzug der Festkosten wie Miete, Energie, Fernsehen, Versicherungen usw. bleiben ihm monatlich noch 440 Mark für Kleidung, Essen und Freizeitgestaltung. Herr F. wohnt in einer kleinen Einraumwohnung mit 24 m², für die er mit Hilfe des Wohngeldes aufkommen kann. Als arm schätzt sich Herr F. trotz

⁵⁵ Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe werden hier nicht gesondert als staatliche Unterstützungsleistungen aufgeführt, da sie fast für alle Befragten zutreffen, sofern nicht bereits das Rentenalter erreicht ist.

seiner geringen finanziellen Ressourcen nicht ein. Auch einen Gang zum Sozialamt lehnt er für sich ab, da es seiner Meinung nach ‚ganz andere Betroffenheiten‘ gibt als seine, die eine Unterstützung tatsächlich notwendig machen. Hier versucht er, sich positiv von anderen abzuheben, die seiner Einschätzung nach viel größere Probleme haben als er.

„Ich habe ja nichts außer - ich meine, ich kriege nichts vom Sozialamt. Ich möchte das auch nicht, denn es gibt weitaus schlimmere Fälle. Ich meine, ich kann auch auf etwas verzichten. Geld ausgeben kann jeder.“ (5/7)

Die sozialen Kontakte von Herrn F. beschränken sich seit dem Schlaganfall und der Scheidung auf einen Schulkameraden und seinen Bruder, der ganz in der Nähe wohnt. Lange Zeit war er in einem Kegelerverein organisiert, was aber durch die Krankheit nicht mehr realisierbar war. Sein Tagesablauf ist ziemlich eintönig, es gibt kaum Abwechslung, lediglich im Sommer nutzt er den Garten seines Bruders. Zeitungen und Zeitschriften werden sehr begrenzt gelesen, da die Kosten dafür nicht regelmäßig aufgebracht werden können.

„Lesen Sie Zeitung?

Wenn ich früh gehe, da hole ich mal ... Also ich abonniere keine. Das ist mir zu teuer. Und wenn ich eben gehe, da bringe ich mir eine mit.“ (5/14)

Das politische Interesse ist nicht sonderlich ausgeprägt, vieles wird nur am Rande wahrgenommen, eigenes Engagement gibt es nicht. Verantwortung für andere zu übernehmen, hat er ‚schon zu DDR-Zeiten abgelehnt‘. Ausgeklammert wird davon die Familie, für die er sich schon verantwortlich fühlt, die er aber in seiner derzeitigen Situation gar nicht übernehmen kann. Seine Chancen, auf dem Arbeitsmarkt noch einmal ‚Fuß zu fassen‘, schätzt er mehr als gering ein. Diesen Pessimismus strahlt er auch in allen anderen Bereichen aus. Aufgrund seines Lebens- und Erwerbsverlaufes kann konstatiert werden, dass seine derzeitige Situation vor allem durch die gesundheitlichen Beeinträchtigungen in Folge des Schlaganfalls hervorgerufen wurde und auch zukünftig weiter davon bestimmt wird. Wenn nicht mit Hilfe staatlicher Unterstützung eine Integration zumindest in den zweiten Arbeitsmarkt für eine gewisse Zeit erfolgt, fehlen ihm bei Erreichung des Rentenalters 15 Erwerbsjahre, was sich in einer niedrigen Rente widerspiegeln wird. Unterversorgung kann im Fall von Herrn F. hauptsächlich im Bereich Gesundheit und Einkommen festgestellt werden. Die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe sind zwar vorhanden, werden von ihm aber nicht in dem Maß genutzt. Es setzte eine extreme Isolation ein, die lediglich durch einzelne familiäre Kontakte durchbrochen wird. Im Bereich Bildung kann von Unterversorgung nicht gesprochen werden.

In solchen Fällen ist Altersarmut - wie sie in der vorigen Gruppe beschrieben wurde – vorhanden, nur dass die Altersarmut durch die massenweise Betroffenheit aufgrund des ‚Erwerbsknicks‘ ab 1989 extrem zunehmen wird. Dies betrifft vor allem die Generation der heute 50jährigen, die wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben und die somit die für eine entsprechende Rente notwendigen Erwerbsjahre nicht erreichen können.

‘schicksalsergeben‘

Diese Befragten richten sich den Umständen entsprechend ein, die Chancen werden relativ gering gesehen, viele Veränderungsversuche sind gescheitert. Es existiert keine komplexe Unterversorgung von Lebenslagen, sondern man ist genügsam, „macht aus dem etwas, was man hat.“ Veränderungen

werden nicht mehr angestrebt, Engagement auf andere Bereiche verlagert. Der Umgang mit den materiellen Einschränkungen fällt dieser Gruppe nicht so schwer, da es ein über Jahrzehnte erlernter Umgang mit dem eingeschränkten Lebensstandard ist. Als Verlust wird viel stärker der Wegfall vorhandener Netzwerke aus früheren Arbeitszusammenhängen thematisiert, d.h., hier existieren relativ wenig soziale Kontakte, im öffentlichen Raum wird diese Gruppe so gut wie nicht sichtbar. In dieser Gruppe finden sich Befragte mit ganz unterschiedlichen Bildungs- und Erwerbsverläufen. Die geringen Chancen ergeben sich vor allem aufgrund des Alters, d.h. die Befragten befinden sich meist in einem bereits für den Arbeitsmarkt ‚kritischen‘ Alter (über 50 Jahre) bis kurz vor dem Rentenalter, in dem Umschulung und Weiterbildung nicht mehr als sehr sinnvoll erachtet werden.

“Na, daran gedacht aber es wird mir offensichtlich nichts angeboten. Das heißt, ich muß morgen zum Arbeitsamt. Da steht wohl ein Computerlehrgang - so ein 4-Wochen-Lehrgang zur Debatte. .. Ich muß sagen, ich nehme es locker. Ich mache das, ich meine mir bleibt nichts anderes übrig. Das zögert ja dann auch diese Zeit der Arbeitslosigkeit Gott sei Dank wieder um 4 Wochen hinaus. Das muß ich Ihnen sagen. Da ich alleinstehend bin, 54 Jahre, ich kriege also als Erzieherin keine Arbeit mehr.” (8/2)

Häufiger als im ersten Typ finden sich hier Menschen mit politischen und sozialen Interessen, was sich daran zeigt, dass sie andere Fernseh- und Lesegewohnheiten haben, differenzierter auswählen und sich teilweise auch selbst sozial engagieren. Insgesamt bleibt diese Gruppe jedoch relativ unauffällig. Man versucht, mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen zu wirtschaften und möglichst nicht auf Unterstützung anderer angewiesen zu sein. Deutlich wird dies auch an folgenden Ausführungen:

“Na reich bin ich nicht, aber ich will mal sagen, wenn ich gesund bin oder wenn ich kann, bin ich reich. Für mich ist eigentlich die Gesundheit das Wichtigste. Es könnte mehr sein, das muß ich gleich dazu sagen, es könnte mehr sein - dieses und jenes. Aber man muß sich das abgewöhnen.”(3/19)

Wesentlich weniger werden staatliche Unterstützungsleistungen - mit Ausnahme von Wohngeld - bezogen. Man definiert sich selbst nicht unbedingt als ‚arm‘ bzw. differenziert dies und verweist auf diejenigen, denen es noch schlechter geht.

“Es gibt ja nun arm, arm und arm. Es muß ein bißchen differenziert werden. Ein Obdachloser ist auch, ein Arbeitsloser ist auch nicht reich und ich bekomme meine Arbeitslosenhilfe, ich lebe in normalen Verhältnissen, bin verheiratet, also ich bin nicht obdachlos. Aber als reich würde ich mich auch nicht betiteln. An der Existenzgrenze – so würde ich das sehen.” (7/14)

Frau S.: Dynamisch, aber nicht vermittelbar.

Frau S. wurde 1943 in L. geboren und ist z.T. bei ihrem Großvater, phasenweise aber auch bei Pflegeeltern aufgewachsen, weil ihre Mutter nicht für sie sorgen konnte. Nach Beendigung der 8. Klasse ging sie in die Landwirtschaft und schloß dort die Berufsausbildung ab. Nach der Lehre ging sie wieder nach L. zurück und begann als Hilfsarbeiterin in der Industrie zu arbeiten, wo sie später zur Kranfahrerin ausgebildet wurde. Sie heiratete und war mit zwei Kindern die gesamte Zeit voll erwerbstätig. Aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen konnte sie diesen Beruf nicht mehr ausüben und begann mit 40 Jahren eine berufsbegleitende Ausbildung zur Sekretärin. Bis 1996 war sie in ihrem Betrieb beschäftigt, wurde dann aber betriebsbedingt gekündigt. Frau S. nutzte alle

Möglichkeiten, die ihr nach der Kündigung noch angeboten werden, um so lange wie möglich beschäftigt zu sein.

„Ja, die hatten dann das noch so gemacht, ein halbes Jahr Beschäftigungsgesellschaft, also Kurzarbeit Null, das zählt ja dann auch noch ein bißchen mit und dann hatte ich vom Arbeitsamt diese Frauen-Sondermaßnahme, Bürotätigkeiten, Computer und so. Da habe ich zugegriffen.“ (41/2)

Seit 1997 ist sie ‚zu Hause‘, versucht, eine neue Beschäftigung zu finden, muss aber feststellen, dass neben dem Alter auch andere ‚Handycaps‘ ihr das Finden einer Arbeitsstelle erschweren. Aus diesem Grund sucht sie regelmäßig ein Erwerbslosenzentrum auf, um Angebote aufzunehmen, die sie in den Bereichen schulen, die ihr von der Ausbildung her fehlen.

„...aber das, eben jetzt arbeitslos. Versucht, was zu finden, aber, das habe ich schon wieder, es ist nicht immer das Alter. Ich muß dazu sagen, man muß, nun bin ich froh, daß ich jetzt mal immer einen Tag hier bin. Daß man wieder mal unter die Menschen kommt und die stellen ganz andere Anforderungen. Da muß man noch ganz schön so was lernen. Da gucke ich mal hier noch ein bißchen mit dem Computer und so was.“ (41/2)

Bewerbungen waren bisher nicht erfolgreich, weil Frau S. sich an die neue Technik nicht „unbefangen herantraut“, keine Sprachkenntnisse hat, und die fehlende Fahrerlaubnis trug dazu bei, dass sie bei unterschiedlichen Bewerbungen nicht eingestellt wurde.

Ihr Mann ist Arbeiter, war zwischenzeitlich ebenfalls arbeitslos, hat aber derzeit wieder Beschäftigung in einem kleinen Unternehmen, das sehr schlecht zahlt. Ihre 4-Raum-Wohnung können sie nur aufgrund der Tatsache halten, dass ihr Sohn noch im Haushalt wohnt und ein Zimmer als Arbeitszimmer nutzt. Durch das Zusammenlegen aller drei Einkommen ist es möglich, die Miete aufzubringen. Sie erhält 826 Mark Arbeitslosengeld, was aber demnächst ausläuft, der Mann verdient knapp über 1000 Mark, so dass ein großer Anteil der Miete durch den Sohn übernommen wird, der jedoch in seiner Branche eher unterdurchschnittlich verdient.

Einschränkungen muss die Familie in vielen Bereichen hinnehmen, so ist an Urlaub in den letzten Jahren nicht zu denken gewesen. 1992 war der letzte Urlaub von Herrn und Frau S., auch ein Friseurtermin, der früher zum Standard zählte, fällt seit einigen Jahren weg. Trotzdem ist Frau S. nicht unzufrieden, sie kann sich einschränken, und sie ist auch nicht der Meinung, „dass es immer das Teuerste sein muss, was angeschafft wird“. Darüber hinaus sieht sie durchaus Reserven, in welchen Bereichen die Familie sparen könnte, um sich bestimmte Sachen leisten zu können. Ein markantes Beispiel fügt sie selbst an.

„So was, also wir haben keine großen, wir essen nicht schlecht, ich koche gerne, wir haben keine großen Wünsche. Außer daß wir mal, jetzt haben wir mal neue Vorhänge geholt oder so, das kann man sich immer noch – man kann ja auch billig leben, wenn man möchte, kann man ja billig leben... Also leben, also leben tun wir nicht schlecht. Rauchen tun wir auch alle drei. Na, also müssen wir schon manchmal sagen, selber schuld. Könnten ja auch in Urlaub fahren und das Gequarze lassen, ne.“ (41/6f.)

Die Kombination, die Haushaltsausgaben zu dritt (Eltern, Sohn) aufzubringen, funktionierte bisher. Geht man jedoch davon aus, dass der Sohn die elterliche Wohnung irgendwann verlässt, Frau S. kein Arbeitslosengeld, sondern lediglich noch Arbeitslosenhilfe erhält, dann wären Veränderungen vor allem im Wohnbereich unbedingt notwendig. Die große Wohnung müßte aufgegeben werden. Unterstützung von anderer Seite kann Familie S. nicht erwarten, da es keine Verwandten gibt, die finanziell in der Lage sind. Auch die Tochter kann aufgrund der eigenen Familiensituation nicht „einspringen“. Dieser Situation ist sich auch Frau S. bewusst, sie hätte dann nur wenige Alternativen.

„Nee, da hätten wir keinen, da müßten wir sehen, da muß man eben Zeitungen verkaufen oder irgendwas nebenbei noch machen. Aber so weit denken wir noch gar nicht.“ (41/8)

Mit diesem Gedanken will sich Frau S. jedoch „nicht anfreunden“. Die Wohnung „wäre das letzte, was sie aufgeben würde“. Erst, wenn keine anderen Einsparmöglichkeiten mehr vorhanden und keinerlei Zuverdienst realistisch ist, würde sie auf die Wohnung verzichten. Sie versucht aus diesem Grund, im Rahmen des Erwerbslosenzentrums so viel wie möglich Angebote zu nutzen, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und so eventuell eine ABM zu erhalten, die sie wieder ein oder zwei Jahre in Beschäftigung bringt.

Frau S. nutzt also nicht nur die öffentlichen Angebote, sondern versucht, sich auch in ihrem privaten Bereich mit Dingen zu beschäftigen, die sie fordern und weiter bringen. Ansonsten gibt es in der Freizeit nicht so viel Abwechslung. Täglich wird die Zeitung gelesen, um die „regionalen und kommunalen Ereignisse“ verfolgen zu können, sie liest viel, ab und an gibt es Kontakte mit Nachbarn im Haus. Das politische Interesse „hält sich in Grenzen“, Nachrichten werden wahrgenommen, aber es gibt kein eigenes Engagement. Die Veränderungsfähigkeit der Gesellschaft durch Politik wird sehr stark angezweifelt, und in mancher Hinsicht wünscht sich Frau S. doch die „Zeit vor 1989“ zurück. Dies betrifft natürlich in erster Linie ihre Arbeit, aber auch die Kollegialität, an die sie sich gern erinnert. Noch heute gibt es rege Kontakte zwischen ihr und ehemaligen Kollegen.

„Ja, die haben eben nicht das Glück, muß ich sagen, zwei sind Invalidenrentner, ne. Und es sind ein paar Altersrentner - ich bin das jüngste Küken. Also ich bin jetzt die einzige, wo sie fragen, und, erzähl, wie war es denn, hast du wieder was gefunden...“ (41/12)

In diesem Kreis fühlt sie sich wohl und aufgehoben. Hier findet sie Rückhalt und Anteilnahme, so dass sie mit dem Problem der Arbeitslosigkeit nicht allein ist. Frau S. beobachtet durchaus Veränderungen, die in den Menschen in ihrem Umfeld aufgrund der Arbeitslosigkeit vorgehen. Vor allem die Angst vor Stigmatisierung und dem Selbstwertverlust wird häufig festgestellt. Trotz der massenhaften Betroffenheit ist der Umgang damit individuell verschieden.

„Aber sonst so, verändert ringsum habe ich beobachtet, daß die Menschen sich manche sehr verändert haben. Zum Beispiel, da habe ich mal eine Frau beobachtet, die ist immer früh mit dem Trabbi als wenn sie auf Arbeit fährt. Die wollte nicht zugeben, daß sie arbeitslos ist. Habe ich dann mal so, Gespräche mal so mit rausgekiegt. Oder wenn manche da mit vollkommen entgleisten Gesichtszügen gehen, da spürt man schon die Veränderungen.“ (41/12)

Frau S. versucht, sich von der Arbeitslosigkeit „nicht zu sehr frustrieren“ zu lassen. Auch wenn viele Bewerbungen bisher gescheitert sind, zieht sie sich nicht ins Private zurück, sondern sucht nach Möglichkeiten, erneut Beschäftigung zu finden, die Fähigkeiten weiter zu verbessern und „auf dem Laufenden“ zu halten. Gesundheitlich hat Frau S. keine Beschwerden, sie beschreibt sich selbst als „dynamisch, aber nicht vermittelbar.“ (41/13)

Frau S. ist regelmäßig im Erwerbslosenzentrum, hat feste soziale Kontakte in der Familie und auch nach außen, so dass ihr die Überbrückung der Zeit nicht schwerfällt.

„Ich kann mir vorstellen, wer alleine ist, muß grausam sein. Den ganzen Tag wirst du nicht mehr gebraucht, für nichts mehr. Bei mir haben Sie die Familie, da ist ja immer, ne. Hast du immer jemand, wo du mal was quaddern kannst und auch so Austausch, eben wie gesagt, meine ehemaligen Kolleginnen da so.“ (41/14)

Frau S. ist ein prägnantes Beispiel für diejenigen, die in einem Alter von Arbeitslosigkeit betroffen sind, in dem unabhängig von der Qualifikation nur sehr begrenzt Chancen zum Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt vorhanden sind. Sie ist selbst zu wenig aktiv, um sich neue Möglichkeiten z.B. in Vereinen oder Verbänden zu erschließen, lediglich das Erwerbslosenzentrum wird als Anlaufstelle gesehen, aber selbst dies erst nach Aufforderung durch den Sohn. Die finanzielle Situation in der Familie ist zwar „nicht überragend“, aber man kann damit auskommen. Frau S. beginnt, sich damit abzufinden, dass sich die Situation nicht mehr groß ändern wird. Unterversorgung finden wir hier im Einkommensbereich, nicht in den Bereichen Bildung, Wohnung, Gesundheit. Im Bereich gesellschaftliche Teilhabe ist eine Unterversorgung nicht nur durch die geringen finanziellen Ressourcen zu sehen, sondern vor allem aufgrund fehlenden eigenen Engagements. Schwierig wird die Situation für die Familie erst bei Erreichen des Rentenalters, da durch die fehlenden 10-15 Erwerbsjahre die Rente deutlich niedriger sein wird, als sie für den Erhalt eines durchschnittlichen Lebensstandards notwendig wäre. Hier liegt das eigentliche Armutsrisiko für diese Gruppe, für die staatlicherseits Instrumente gefunden werden müssen, die diese künftigen Armutslagen vermeiden.

‘Kampf gegen das Absinken’

In dieser Gruppe sind vor allem die Jüngeren der Befragten zu finden, die noch eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt sehen und einen starken Willen, ihre Situation möglichst bald zu verbessern. Auch hier findet sich keine komplexe Unterversorgung von Lebenslagen. Die Bildungsvoraussetzungen in dieser Gruppe sind verhältnismäßig günstig, die Flexibilität für Umschulung vorhanden, so dass die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für diese Gruppe tatsächlich besser sind als bei den erstgenannten beiden Gruppen. Es bestehen mehr soziale Kontakte, die über die familiären Bindungen hinaus gehen

“...wir können uns einschränken, wir brauchen nicht viel zum Leben. Hauptsache ich hab Bücher... ne, man muß so leben, daß man mit sich selber im Reinen ist.” (21/3)

Auch in dieser Gruppe gibt es ein größeres Interesse an politischen und öffentlichen Themen, was durch verschiedene Medien und eigenes Engagement befriedigt wird. Die Eigeninitiative ist in dieser Gruppe wesentlich höher als in den anderen beiden, in denen eher auf die Unterstützung durch staatliche Institutionen wie Arbeitsamt u.a. orientiert wird. Die eigene ‚Gestaltungsmacht‘ und Verantwortung wird viel stärker thematisiert, vor allem von Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen.

“Man soll nicht immer die Gesellschaft für das verantwortlich machen, was mit einem passiert, bis zu einem gewissen Grad hat man das doch selber in der Hand.” (21/14)

Die Freizeitaktivitäten in dieser Gruppe sind breiter, und es wird eher “am Essen gespart als an Kultur”. Unterstützungsleistungen werden genutzt, beziehen sich in den meisten Fällen aber - wie in der zweiten Gruppe - auf den Erhalt von Wohngeld.

Frau T.: „Also langweilig ist das Leben nicht. Es ist eben bloß ein bißchen sehr anstrengend.“

Frau T. wurde 1941 auf dem Gebiet der ehemaligen CSSR geboren, kam nach 1945 nach Thüringen und verbrachte dort auch die gesamte Schulzeit. Der Vater war Verwaltungsangestellter, Frau T. studierte nach dem Abitur in L. Chemie. Sie heiratete, und lebte mit ihrem Mann bis 1987 zusammen. Dieser kehrte 1987 nach einer Besuchsreise „in den Westen“ nicht zurück. Frau T. hatte zwei Töchter, von denen eine bereits 1992 verstarb. Direkt im Chemiebereich hat Frau T. nie gearbeitet, sondern bei einer Fachzeitschrift, später war sie als wissenschaftlich-technischer Informationsingenieur tätig. 1990 wurde sie arbeitslos, fand jedoch 1991 Beschäftigung im Rahmen einer kirchlichen Erwerbsloseninitiative, die sie dann 6 Jahre lang behielt, auch wenn es keine Vollbeschäftigung war. Der Vorteil – den sie selbst so bezeichnet, war, relativ schnell wieder aus der Arbeitslosigkeit heraus zu gelangen. Der Nachteil besteht darin, dass ihr Arbeitslosengeld jetzt auf der Grundlage einer halben Stelle berechnet wird.

„...wir haben uns zu zweit eine Stelle geteilt, weil das Anliegen war, Arbeit teilen auch praktisch zu demonstrieren. Deshalb ist für mich nun besonders mißlich, daß ich nun auf der Basis einer halben Stelle nun arbeitslos bin.“ (17/3)

Durch diese Berechnungsgrundlage kommt sie derzeit auf ein Einkommen von 650 D-Mark. Dieses Einkommen läßt nur sehr geringe Spielräume, um das alltägliche Leben zu organisieren. Würde sie kein Wohngeld erhalten, wäre auch der Erhalt der Wohnung ein Problem. Unter diesen Voraussetzungen verwundert es nicht, wenn Frau T. angibt, dass sie der Fakt der Arbeitslosigkeit an sich „nicht krank macht“, da sie sehr viel unterwegs ist, wenig Zeit hat, darüber nachzudenken, die finanziellen Einschränkungen für sie jedoch sehr belastend sind.

„Ich bin äußerlich und auch geistig ziemlich engagiert. Mich macht eigentlich mehr - na krank nicht - aber der tägliche Kampf um jede Mark, daß macht mich also ziemlich fertig.“ (17/4)

Da sie sich sehr intensiv engagiert in verschiedenen Bereichen, bezeichnet sie sich selbst als arm, schränkt dies jedoch auf den finanziellen Bereich ein.

„Ja, also ich bin im Moment arm. Ich fühle mich zwar moralisch reich, aber materiell bin ich arm.“ (17/4)

Eine Veränderung der derzeitigen Lage wird im Moment durch sie als relativ unwahrscheinlich betrachtet, da eine ABM erst dann möglich wird, wenn mindestens ein Jahr Arbeitslosigkeit besteht. Diese Abhängigkeit von formalen Abläufen führt dazu, dass Frau T. in diesem Sektor zunächst keine Chancen hat. Auf dem ersten Arbeitsmarkt – so schätzt sie ein – zählt man mit 57 nicht zu den vorrangig gesuchten Bewerbern. Da sie dies weiß, versucht sie, sich möglichst in anderen Dingen zu engagieren, was allerdings oft an Grenzen stößt, zumindest wenn es sich nicht nur um regional orientiertes Engagement handelt.

„Da gibt es sicherlich Leute, die wesentlich jünger sind und denen es wesentlich schlechter geht. Wenn ich also so eine Art Existenzminimum hätte, würde ich mit Freuden - oder wenn es wenigsten Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten gäbe. Ich engagiere mich z. B. für mehr Demokratie. Jetzt konnte ich also - wir haben so einen Europakreis gegründet ‘Arbeit und Demokratie’ in Deutschland und Europa und sozusagen aus diesem ganzen heraus im Rahmen der Globalisierung - doch ein bißchen weiter denken.“ (17/5)

Frau T. brachte sehr deutlich zum Ausdruck, dass gerade diese Art von ehrenamtlicher Arbeit ihr zwar viel Freude macht, sie auch geistig fordert, aber dies auf Dauer nicht finanzierbar ist, denn Fahrten zu

überregionalen Treffen nach Frankfurt/Main oder München kann sie sich nicht leisten. Selbst bei Nutzung des Wochenendtickets u.a. Vergünstigungen, sind die „Grenzen schnell erreicht“ und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eingeschränkt.

„Nach Frankfurt konnte ich diesmal noch mit dem Wochenendticket fahren. Das war zwar eine Weltreise. Ich bin also 1 ½ Tag unterwegs gewesen, praktisch nur um 1 ½ Tag dort zu sein. Aber beim nächsten Mal gilt das Wochenendticket nur noch 1 Tag und dann ist aus. Dann muß man also 70,00 DM bezahlen. Also daß man nicht einmal solche Dinge, daß man nicht einmal irgendwo eine kleine Hilfe dazu bekommt. Nur Dinge für die Allgemeinheit machen, das ist schon ein bißchen ‘happig’. 70,00 DM ist mehr als ich in einer Woche für mich verbrauchen kann.“ (17/6)

Frau T. hat neben ihren sozialen und politischen Interessen einen breiten Freundeskreis, der sie hin und wieder unterstützt. Außerdem werden eine Menge sonstiger Interessen angegeben. Auf die Frage, ob sie sich manchmal etwas Besonderes gönnen würde, mußte sie mehrere Jahre in Gedanken zurückgehen, um etwas zu finden.

„Ja, ich habe mir 1990 habe ich mir 6 Gewandhauskonzerte geleistet. Das konnte ich mir damals noch leisten. Da gab es nämlich für Minderbemittelte und Arbeitslose und ähnliche noch 50 % Ermäßigung bei Kultureinrichtungen. Inzwischen ist das so, daß also maximal 30 % Ermäßigung bei Kultureinrichtungen geboten werden.“ (17/7)

Einschränkungen betreffen aber nicht nur den kulturellen Sektor, sondern auch den Konsumbereich. So wird von Frau T. angegeben, dass sie sehr gern ‘Eine-Welt-Kaffee’ kaufen würde, sich diesen aber nicht leisten kann. Alles hingegen, „was nichts kostet, außer eigener Zeit und ein bißchen Aktivität“ wird von Frau T. sehr ausgiebig genutzt.

„Ich singe in einem ziemlich guten Kirchenchor, der also jede Menge interessante Dinge (Konzerte) macht. Das kostet ziemlich viel Zeit und da das dann gelegentlich früh mit dem Gottesdienst verbunden ist, kommt das noch dazu. Dann engagiere ich mich für mehr Demokratie. Dann habe ich ein Doppelgrab auf dem Süd-Friedhof zu betreuen, was mich also sehr oft auf das Fahrrad treibt. Ich habe meine Freizeit in den ersten Jahren auch sehr gern da unten im Garten verbracht - also tätigerweise. Gelegentlich spiele ich Klavier, ich mache gern Handarbeiten, habe in der letzten Zeit viel zu wenig gelesen, sondern immer nur Dinge, die ich aus irgendeinen Grund aktuell lesen mußte oder wollte, weil ich sehr, sehr viel Radio höre. Also ich bin ein ganz großer Konsument von werbefreien Sendern - eigentlich schon, seit ich als Studentin im Besitz eines kleinen Radios gekommen bin, durch Zufall, seit der Zeit beziehe ich meine Allgemeinbildung durch Hörfunk.“ (17/10)

Mit diesem Programm ist die Zeit von Frau T. sehr ausgefüllt und dies genießt sie auch. Neben den eben erwähnten Aktivitäten wird das Fernsehen als zweite Informationsquelle für politische, soziale und kulturelle Informationen genutzt. Zusätzlich liest Frau T. die LVZ, das katholische Kirchenblatt, die Bündnis-Zeitschrift und ‘Mehr Demokratie’, so dass sie einen breiten Überblick über die aktuellen Probleme und Diskussionen aus unterschiedlichen Richtungen erhält.

Diese vielen Aktivitäten schätzt sie dennoch „als zu wenig“ ein, weil sie der Meinung ist, dass diese ehrenamtlichen Tätigkeiten ihr auch in der schwierigen Zeit der Arbeitslosigkeit „über die Runden“ helfen, „gegen Frust und Resignation“.

„Man müßte mehr tun, man müßte viel mehr tun. Wenn jeder nur 2 Stunden wöchentlich etwas für die Allgemeinheit tun würde, sei es beim Kegelverband oder bei den Langläufern oder irgendwo, wenn jeder Bürger nur 2 Stunden etwas allgemein Nützliches tun würde, dann wären die eigentlich überlastet und es gäbe weniger psychisch Kranke.“ (17/12)

Das wichtigste, was Frau T. für ihre Zukunft definiert, ist, dass sie auf keinen Fall von der Sozialhilfe abhängig werden möchte. Der größte Wunsch für sie ist, nach dem Jahr Arbeitslosigkeit eine ABM zu erhalten.

Frau T. ist in dieser Gruppe eine der Älteren. In der Mehrzahl sind die Vertreter/-innen dieser Typologie deutlich jünger und besitzen damit größere Chancen, auf dem Arbeitsmarkt nochmals Fuß zu fassen. Bei dieser Typologie ist zwar eine Unterversorgung im Bereich Einkommen zu verzeichnen, alle anderen Bereiche sind jedoch kaum unterversorgt. Es besteht ein großes Interesse an gesellschaftlicher Teilhabe, die, sofern sie nicht an umfangreiche finanzielle Mittel gebunden ist, realisiert wird. In vielen Fällen handelt es sich um Angehörige höherer Bildungsschichten, häufig mit abgeschlossenem Studium. Auch gesundheitliche Beeinträchtigungen finden sich in dieser Gruppe weniger. Das entscheidende Kriterium, was diese Gruppe von den beiden anderen der 'Neuen Armen' unterscheidet, ist das größere Engagement im politischen, sozialen und auch Bildungsbereich sowie die kaum vorhandene Resignation bezüglich der Lage und eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Hier sind es eher die Älteren, die aufgrund ihres Alters wenig optimistisch sind, sich aber Nischen und Möglichkeiten suchen, um dies zu kompensieren.

6 Zusammenfassung und Einordnung in ein Konzept sozialer Ungleichheit

Nachdem die aus den Interviews generierten Typen im vorherigen Kapitel vorgestellt und an Fallbeispielen illustriert wurden, soll nochmals ein kurzer Überblick gegeben werden, um die Unterschiede zu verdeutlichen. In einem zweiten Schritt wird darauf eingegangen, welche Aussagen hinsichtlich der Verortung der unterschiedlichen Typen in den vier untersuchten Stadtteilen getroffen werden können. Dies kann nur in einer groben Tendenz geschehen, da das Sample bezogen auf Alter, Herkunft und Bildungsabschluss in den vier Stadtteilen nicht ausgewogen war.

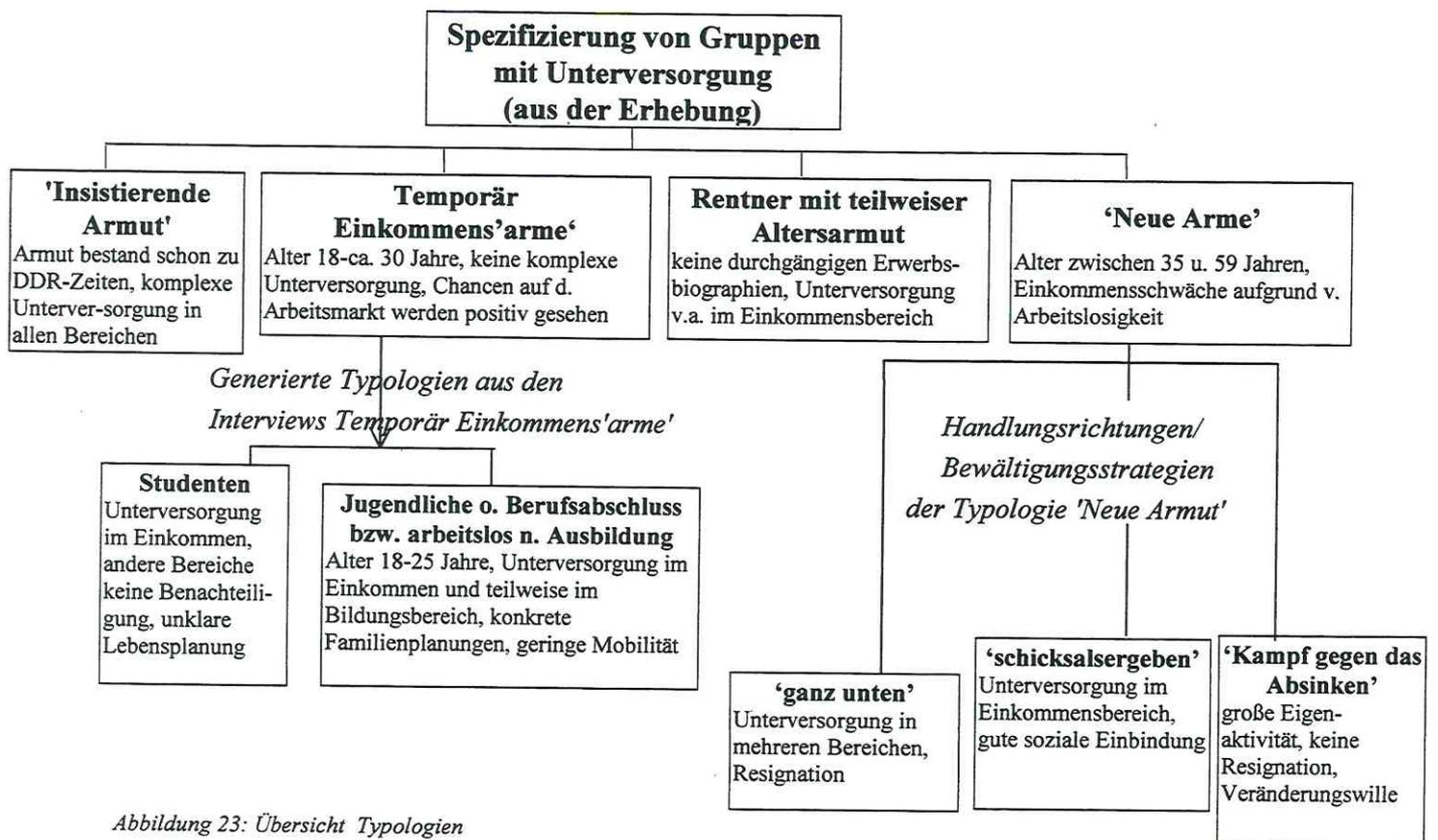


Abbildung 23: Übersicht Typologien

Alle beschriebenen Typen sind in allen untersuchten Stadtteilen zu finden, eine Ausdifferenzierung ist nicht in der Hinsicht vorhanden, dass in bestimmten Stadt- bzw. Ortsteilen überdurchschnittlich die Gruppe der ‚Neue Armen‘ oder andere Gruppen vertreten sind. Aus den Interviews können einige Tendenzen herausgearbeitet werden:

Die Menschen mit ‚Armutskarrieren‘ finden sich erstens in den Stadtteilen, die über Unterkünfte- und Betreuungseinrichtungen für Obdachlose verfügen und zweitens in Stadtteilen, in denen es einen größeren Anteil unsanierter Häuser mit dementsprechend niedrigen Mietpreisen gibt. Da die Sanierung in Leipzig in den vier untersuchten Stadtteilen nicht gänzlich abgeschlossen ist, sind Vertreter dieser Typologie ebenfalls in allen vier Stadtteilen zu finden. Diese Armut wurde in den Ortsteilen Südvorstadt und Neustadt-Neuschönefeld sehr genau im öffentlichen oder ‚Stadtteilleben‘ lokalisiert, wie in den einzelnen Abschnitten 4.1.4. und 4.1.5. zu den Ortsteilen beschrieben.

Auffallend ist, dass Studenten (,Temporär Einkommens'arme') vorrangig in die Gebiete ziehen, die ihnen erstens) bezahlbaren Wohnraum und zweitens) eine soziale und kulturelle Infrastruktur bieten, die ihren Interessen entspricht. Dies sind von den untersuchten Stadtteilen Gohlis-Süd und vor allem die Südvorstadt mit relativ kurzen Wegen zur Innenstadt, zur Universität, zur Deutschen Bücherei und kultureller Infrastruktur. Studenten suchen gezielt nach Gebieten, in denen sie ihre Interessen umsetzen können, ihre ,Herkunftswohnungen' und ,-gebiete' sowie feste Freundeskreise spielen in dem Sinn keine so große Rolle. Anders bei den Jugendlichen, die ohne Berufsabschluss sind bzw. nach Beendigung der Lehre bisher keine Arbeit fanden (ebenfalls ,Temporär Einkommens'arme'). Diese sind auf eine funktionsfähige Infrastruktur und funktionierende Wohnumwelt angewiesen. Sie sind kaum mobil, siedeln sich, auch wenn sie eigene Wohnungen beziehen, in relativer Nähe zu den Eltern an. Stark wird sich an vorhandenen Freundes-Netzwerken orientiert, die nicht aufgegeben werden möchten und erreichbar sein sollen. Diese benachteiligten Jugendlichen, die zumeist auch in ihren Herkunftsfamilien bereits Unterversorgungslagen zu verzeichnen haben, waren häufiger in den Stadtteilen Grünau und insbesondere in Neustadt-Neuschönfeld zu finden. Sie halten sich auch deutlich weniger als die Studenten in der Innenstadt auf, sondern bleiben eher ,unter sich', in ihren Stammkneipen im Viertel, in den Treffs und im privaten Bereich.

In der Gesamtheit wurde in nahezu allen Interviews deutlich, dass es insbesondere in bezug auf die Typen ,Insistierende Armut', die ,temporäre Einkommensarmut' (Jugendliche ohne Ausbildungsplatz), Rentner mit teilweise Altersarmut und ,Neue Arme', die resigniert haben, eine sehr hohe Stadtteilgebundenheit gibt. Dort, wo man aufwächst, wo man die als ,Zuzügler' die erste Wohnung erhalten hat, bleibt man in der Regel auch bzw. zieht teilweise nach Versuchen, in anderen Stadtteilen (oder Städten) ,Fuß zu fassen' auch zurück. In den vorliegenden Interviews trifft dies deutlich auf den Stadtteil Neustadt-Neuschönfeld und hier insbesondere auf die sozial benachteiligten Jugendlichen, die teilweise ohne Berufsabschlüsse sind, zu. Zumeist aus Arbeiterfamilien stammend, haben sie im Stadtteil ihre Freundesnetzwerke und vertraute Gegenden (,Milieu als Ressource zur Lebensbewältigung'). Gleichzeitig entwickelte sich in den letzten Jahren ein Drogenmilieu innerhalb des Ortsteiles, zu dem zeitweilig einige der befragten Jugendlichen zählten. Hinzu kommen – trotz umfassender Sanierung im Gebiet – Leerstand, Verödung ehemals florierender Geschäftsstraßen, Verschlechterung der Wohnumfeldbedingungen, die als Beginn einer *residentiellen Segregation* gewertet werden können. In diesem Zusammenhang wird deutlich, was Herlyn/Lakemann/Lettko in der Studie zu Segregationsprozessen für die Stadt Hannover herausfanden: An bestimmten Orten der Stadt finden wir häufig den Kern eines ansonsten überregional vorhandenen Milieus (Herlyn et al. 1990:28).

Die ,Rentner mit teilweiser Altersarmut' finden sich in allen vier Stadtteilen gleichermaßen, in der Südvorstadt, Gohlis-Süd und Neustadt-Neuschönfeld, dort zumeist mit einer anderen Wohnbiographie als z.B. die Rentnergeneration in Grünau-Mitte, da in dieser Altersgruppe ein Umzug nach Grünau in den 70er und 80er Jahren realisiert wurde, d.h., als sie noch im erwerbsfähigen Alter waren. In den Ortsteilen Südvorstadt, Gohlis-Süd und Neustadt-Neuschönfeld wohnen sie meist schon sehr lange und verlassen im Alter nur ungern den Stadtteil, in dem sie ihr ganzes Leben verbracht haben. Sie nehmen eher Einschränkungen in der Wohnungsgröße und im Wohnungsstandard auf sich, ehe sie - z.B. aufgrund einer Sanierung - den Stadtteil verlassen.

Obwohl sich die Befragten des unterschiedlichen Images der Stadtteile bewußt sind, folgt daraus *nicht zwingend* die Tendenz, aus diesem Grund zu verbleiben bzw. in andere Stadtteile zu ziehen. Gefragt

nach Stadtteilen mit einem ‚guten Ruf‘ wurden von fast allen Interviewpartnern Gohlis-Süd und die Südvorstadt benannt, während sich vor allem die Befragten aus Neustadt-Neuschönefeld und teilweise Grünau-Mitte sehr bewußt waren, dass der Ruf ihres Stadtteils nicht besonders gut ist. Dies erhärtet die Prognose, dass voraussichtlich die beiden erstgenannten Ortsteile insgesamt eher eine aufsteigende Entwicklung nehmen werden, für die letzteren muss ein weiterer Abstieg eingerechnet werden, wenn nicht gegen den Leerstand und Verödung von Teilbereichen der Gebiete gegengesteuert wird, eine Kopplung der Ressourcen durch innovative Projekte vor Ort sowie die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen zur Umsetzung von kommunalen Maßnahmen realisiert werden.

Von einer genau abgrenzbaren Polarisierung weiterer Armutstypen in ausgewählten Stadtteilen kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt anhand der Ergebnisse nicht ausgegangen werden. Hauptziel war in den einzelnen Abschnitten einerseits die Erfassung, Lokalisierung und Beschreibung der Hauptprobleme des Ortsteiles und andererseits eine – stadtteilübergreifende – Generierung der Bewältigungsstrategien von Armut. Eine alle Zweifel ausschließende Beschreibung kausaler Zusammenhänge von räumlichen und individuellen, lebenslagebezogenen Bedingungen kann nach wie vor nicht geleistet werden. Hier schließt sich erneut die Forderung nach kleinräumigen und langfristigen Stadtteil- und Milieustudien an, um diese Problematik stärker erfassen zu können.

Die Darstellung der Ergebnisse in den vorangegangenen Abschnitten bezog sich auf die konkreten Interviews mit den Betroffenen in den vier ausgewählten Stadtteilen, deren Bewältigungsstrategien anhand der generierten Typologien dargestellt wurden. In den folgenden Ausführungen soll die Spezifik der Leipziger Entwicklung hervorgehoben, weitere Vorschläge zur Erfassung von Problemlagen und Erarbeitung von Instrumentarien gemacht und Ergebnisse in dieser Hinsicht *zusammengefaßt* werden.

6.1 Städtische Armut und räumliche Zuordnung von Armutsproblemen

Der Transformationsprozeß in Verbindung mit dem ökonomischen Wandel führte in den neuen Bundesländern zu einer Differenzierung der Sozialstruktur. Für diesen Prozeß sind andere Ausgangsbedingungen und damit auch Entwicklungsprozesse als in den alten Bundesländern festzuhalten. Die räumliche Dimension ist in diesem Zusammenhang eine nach wie vor vernachlässigte Dimension, deren Beachtung jedoch immer aktuellere Bedeutung erlangt. Die in zahlreichen Szenarien der Stadtentwicklung beschriebene Verslumung großer städtischer Gebiete (Ghettoisierung), gekoppelt an einen starken baulichen Verfall oder auch sichtbare Verelendung sozialer Gruppen und deren Ballung in abgrenzbaren städtischen Gebieten kann bisher nicht konstatiert werden. Die Unsicherheiten der ‚Prognosen‘ stehen jedoch in direktem Zusammenhang mit der Schwierigkeit der Erfassung dieser Prozesse: Auch nach 10 Jahren Wandel gesellschaftlicher Strukturen fehlt es an Instrumentarien, übergreifenden präventiven Konzepten und aktuell verwendbaren kleinräumigen Datenbeständen.

Eine Ausdifferenzierung sozialer Gruppen in diejenigen, die in den neuen, gut bezahlten Branchen einer Stadtgesellschaft tätig sind (in Leipzig soll diese Funktion der Banken- und Dienstleistungssektor übernehmen) und andere, die in schlecht bezahlten und lediglich eine geringe oder keine Qualifikation erfordernden Bereichen arbeiten, ist offensichtlich. Allein durch das vorhandene ‚Reserve‘-Potential auf dem Arbeitsmarkt, welches auf die Stadtgrenzen bezogen

1999/2000 zwischen 45.000 und 50.000 Erwerbsfähige betrifft, oder durch das Potential an Arbeitskräften, die auf dem 2. Arbeitsmarkt in den offiziellen Arbeitsmarktstatistiken erscheinen und für die staatlicherseits mittlerweile keine ausreichenden Betätigungsfelder mehr zur Verfügung gestellt werden können, wird das Problem deutlich. Diese „*Ebene struktureller (resp. gesellschaftlicher) Lebensbedingungen*“ (Hradil) stellt die Grundlage für Ausdifferenzierungsprozesse über den Arbeitsmarkt und zunehmend vor allem über den Bildungssektor dar. Der mit der Veränderung des gesellschaftlichen Systems nach 1989 einhergehende und insbesondere durch den veränderten Arbeitsmarkt hervorgerufene massenweise ‚Biographiebruch‘ (Beck) führte zu veränderten Strukturen in den zwei weiteren Ebenen ‚sozialer Ungleichheit‘, die nach Hradil *die Ebene der milieuspezifischen Lebenswelten* (Kollegienkreise, Nachbarschaften etc.) sowie die *Ebene der individuellen Lebenslagen* betreffen. Letztere Ebene wurde im vorliegenden Projekt umfassend durch die Interviews untersucht und anhand der Generierung unterschiedlicher Typen von Bewältigungsstrategien beschrieben sowie in die Ebene milieuspezifischer Lebenswelten – soweit die Interviewergebnisse dies ermöglichten – eingeordnet. In ihrer ‚**sozialen**‘ **Dimension** erfuhren alle Typen eine Veränderung nach 1989 bzw. entstanden erst durch diese Veränderung (von ‚gesicherten‘ zu ‚restringierten‘ Lebenslagen): Die ‚Insistierende Armut‘ (marginal vorhandene Gruppe) wurden unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen fortgesetzt, wobei Obdachlosigkeit als ‚öffentliches Problem‘ erst seit 1989 *offensichtlich* ist (‚**zeitliche**‘ **Dimension** Armutsbegriff vor 1989 = soziale Unterprivilegierung). Die ‚Temporär Einkommens‘armen‘ erfahren in der individuellen Lebensplanung einen mehr oder weniger großen Zeitraum der Unsicherheit, wobei der Unterschied zwischen Studenten und sozial benachteiligten Jugendlichen vor allem darin besteht, dass insbesondere letztere Gruppe bei lang anhaltender Arbeitslosigkeit schnell zur Gruppe der ‚Neuen Armen‘ zählen kann. Auf diese letzte Gruppe der ‚Neuen Armen‘ müssen die Maßnahmen der Armutsbekämpfung und Sozialpolitik ausgerichtet sein sowie eine Stabilisierung der Lebenslagen erreicht werden. Einige Aspekte der ‚**räumlichen**‘ **Dimension** wurden im vorhergehenden Abschnitt beschrieben.

Die Dimension der ‚prekären Beschäftigungsverhältnisse‘ (oder ‚working poor‘) wird in den offiziellen Statistiken nicht erfaßt. Gerade in den im vorliegenden Projekt durchgeführten Interviews wurde deutlich, dass bei anhaltender negativer Arbeitsmarktentwicklung aus diesem Segment künftig überdurchschnittlich Personen an die Armutsgrenze gelangen werden.

Die Stadt bzw. Städte sind bereits an der Stelle ‚überfordert‘, bei sinkenden Steuereinnahmen und steigender Verschuldung, Problemen bei der Ansiedlung tragfähiger Unternehmen und im Wettbewerb mit anderen, ‚besser gestellten Metropolen‘, eine Stadtpolitik des ‚sozialen Ausgleichs‘ bzw. eine aktive Steuerung zu organisieren.

Eine Herleitung sämtlicher Ansätze und Theorien sozialräumlicher Polarisierung sowie ein Vergleich zur Entwicklung in den alten Bundesländern kann/soll nachfolgend nicht geleistet werden (vgl. z.B. Zusammenfassung Dangschat 1999). Um auf die Spezifik der Leipziger Entwicklung einzugehen, sollen einige Anmerkungen folgen:

Stadtgebiete, in denen sich soziale Probleme häufen und die staatliche Kontrolle zunimmt, sind durch einfache Beschreibung anhand der Interviewergebnisse identifizierbar. Steigende Leerstandszahlen und Wegzüge, gehäufte Kriminaldelikte und Einsatz ordnungsstaatlicher Instrumente (z.B. verstärkter Einsatz sog. ‚Bürgerpolizisten‘ oder auch Überwachungskameras) können bestimmten städtischen

Gebieten zugeordnet werden. Ein Defizit ist nach wie vor in bezug auf die Kenntnis der Wünsche, Vorhaben und Probleme der in diesen Gebieten lebenden Bewohner zu konstatieren. Damit einher geht die Gefahr, dass eingesetzte Steuerungsinstrumente der Verwaltung ‚ins Leere‘ laufen oder gar kontraproduktiv wirken, da sie bestimmte Gebiete ‚bevorteilen‘, andere ‚liegenlassen‘ im Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte und vorhandenen Aktivitäten. Diese Entwicklung verstärkt die Bedeutung des Raumes für die Lebenssituation der Bewohner und insbesondere sozial Benachteiligter.

6.2 Problemstellung Leipzig

In diesem Abschnitt soll die Entwicklung sozialer und baulicher Strukturen im Zusammenhang betrachtet und ein Schema für die kleinräumige Erfassung baulicher und sozialer Zusammenhänge erarbeitet werden. Aus diesem Grund werden an den Beginn der Zusammenfassung allgemeine Aussagen zur Entwicklung beider Bereiche in Leipzig gestellt.

In Leipzig - und den ostdeutschen Städten generell - sind andere Problemlagen zu verzeichnen, als die, die man in westdeutschen Städten gemeinhin als **soziale** Stadtentwicklungsprobleme bezeichnet. In den ersten Jahren nach der politischen Wende 1989 war ein Investitionsprozeß in Leipzig, wie auch in anderen Städten, zu verzeichnen, der im wesentlichen ‚steuergetrieben‘ war. Über 50% bzw. 40% Sonderabschreibungen konnten geltend gemacht werden. In der gesamten Stadt wurde über mehrere Jahre - fast anachronistisch - unabhängig von den Lagequalitäten investiert. Mittlerweile sind erste Tendenzen der ‚Überlagerung‘ oder auch eine stärkere ‚Kongruenz‘ baulicher und sozialer Problemlagen zu verzeichnen. Dennoch ist in den letzten Jahren und insbesondere ab Mitte der 90er Jahre in Leipzig von einer anderen Ausgangsposition als in westdeutschen Großstädten auszugehen - es gibt zwar Wohnungsprobleme, jedoch

-kein Problem der ‚Wohnungsknappheit‘, welches zu einem starken Verdrängungswettbewerb unterschiedlicher sozialer und Bevölkerungsgruppen auf dem Wohnungsmarkt führen könnte. Es gibt **-keinen überdurchschnittlichen Investitionsdruck** und damit **keine Investitionsverdrängung** im großen Ausmaß sowie

-keine ‚klassischen Phänomene der Verdrängung‘, wie **Gentrifikation** und **soziale bzw. ethnische Segregation**.

Dies bedeutet nicht notwendigerweise, dass sich in den nächsten Jahren eine stärkere räumliche Differenzierung sozialer Gruppen *nicht* abzeichnen wird. Erste Tendenzen wurden bereits im Sozialatlas Leipzig und in den vorliegenden Ergebnissen (z.B. für Neustadt-Neuschönefeld) hergeleitet. Von einer stärkeren Ausdifferenzierung ist auch unter den beschriebenen weitaus günstigeren Bedingungen als in den alten Bundesländern auszugehen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere auf ‚Subjektseite‘ die Wohnortwahl und das Umzugsverhalten bzw. die ‚Veweildauer‘ bestimmter sozialer Gruppen - z.B. in baulich nicht konsolidierten Gebieten - zu verfolgen. Auf der ‚Steuerungsseite‘ (Verwaltung) sind die bisherigen Mechanismen sowie Kriterien der Wohnraumvergabe zu überprüfen.

Umfassende Prozesse, die aufgrund bundesweiter gesetzlicher Regelungen steuernd auf dem Wohnungs- oder Grundstücksmarkt wirken, wie z.B. eine starke Zuwanderung ausländischer Bevölkerung oder ein erneuter überdurchschnittlicher Anstieg der Wanderungszahlen in das Umland, sind zwar nicht kurzfristig zu erwarten, für einen näher festgelegten Zeitraum (5 bis 10 Jahre) aber auch nicht unbedingt auszuschließen.

Die beschriebene Ausgangsposition in den ostdeutschen Städten bedingt den großen Vorteil, präventiv an künftige bau-/ -planerische und soziale Entwicklungsprozesse herangehen zu können. Dazu bedarf es vor allem hinlänglich gesicherter Aussagen der Bewohner/-innen der Stadtteile selbst, in denen Maßnahmen vorgesehen sind. Dies bedeutet z.B. auch ein Hinterfragen des bisher angewandten Instrumente der Bürgerbeteiligung.

Für die weitere Betrachtung baulicher *und* sozialer Entwicklungsprozesse sind folgende Fragen relevant, die künftig in einen engeren Bezug zu den Entwicklungen im Sozialbereich gestellt werden müssen. Diese Fragen werden im Kapitel 6 nochmals aufgenommen:

- Wie kann Stadtentwicklung im Prozeß des Rückgangs von Steuerermäßigungen, sinkenden Mietpreisen sowie der Verringerung der Anzahl der Nachfrager erfolgen?
- Was passiert mit der Substanz, die bisher nicht saniert ist - das sogenannte letzte Drittel (vgl. Konzept 'Neue Gründerzeit' der Stadt Leipzig 1999/2000)?
- Sind in diesen Gebieten andere soziale Entwicklungsprozesse rückwirkend zu konstatieren und resp. zu erwarten? Dass es in diesen Gebieten andere - höhere - Leerstandsdaten als im gesamtstädtischen Durchschnitt gibt, bedingt ebenfalls eine andere Sozialstruktur und läßt zumindest prognostisch Segregationsprozesse voraussagen, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird.

Der künftig notwendige und unvermeidbare Abriß muß als Chance begriffen werden, Qualitäten in die entsprechenden Stadtteile zu holen, die dort gegenwärtig nicht vorhanden sind, sondern wo die Bewohner/-innen über Lärm, hohe Dichte, wenig Freiflächen, Stellplatzprobleme u.a.m. klagen. Der Umbau kann damit als Chance zur Qualitätsverbesserung begriffen werden.

In diesem Prozeß ist es ausschlaggebend, unter einem grundlegenden Integrationsaspekt die einkommensstärkeren Schichten in den Gebieten zu halten und zu aktivieren, sich am Stadterneuerungsprozeß zu beteiligen sowie die sozial benachteiligten und einkommensschwächeren Gruppen zu integrieren. In dem Zusammenhang bietet das Konzept 'Neue Gründerzeit' vielfältige Ansatzpunkte (z.B. vom Mieter- zum Selbstnutzermarkt). Der Integrationsaspekt setzt damit voraus, daß ein Mindestmaß an sozialer Mischung erhalten wird.

Parallel müssen jedoch die gesamtstädtischen Prozesse - vor allem der Arbeitsmarktentwicklung - beachtet werden. In den letzten Jahren sind in Leipzig kontinuierlich steigende Fallzahlen bei den Sozialhilfeempfängern (Stand Ende 1999 = ca. 20.000 Personen), Wohngeldempfängern und Personen bzw. Haushalten mit unterschiedlichen sozialen Problemlagen zu verzeichnen. Von weiteren Fallzahlsteigerungen ist auszugehen. Diese Haushalte und betroffenen Personen leben nicht im 'luftleeren' Raum, sondern wurden gerade durch den Sozialatlas Leipzig (1997) sowie die Interviews des vorliegenden Projektes im 'sozialen Raum' lokalisiert. Bei letzterem haben wir es vorrangig mit qualitativen Aussagen zu tun, die darauf verweisen, künftig ein 'soziales Monitoring' aufzubauen, welches auch in seiner quantitativen Aussagekraft zu einer relevanten Planungsgröße wird.

Leipzig stellt sich - zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Ende 1999) im Unterschied zu anderen Städten - der wirtschaftlichen, stadtstrukturellen und sozialen Problematik des Wohnungsleerstandes und weiterer Problembereiche (Abwanderung aus der Stadt, teilweise soziale Abstiegsprozesse).⁵⁶

6.3 Problematisierung der Leipziger Spezifik in bezug auf die Themen ‚Armut‘, ‚soziale Mischung‘ und ‚Segregation‘

6.3.1.1 Soziale Mischung in den Wohngebieten erhalten - aber wie?⁵⁷

Ein Problembereich - nicht nur wohnungspolitisch, sondern übergreifend stadtpolitisch betrachtet - ist das Thema des Erhaltes der ‚sozialen Durchmischung‘ in einzelnen städtischen Gebieten / Quartieren. Gemeint sind „ausgewogene“ städtische Strukturen durch eine entsprechende Steuerung und Politik der Wohnungsbelegung, die soziale Konflikte in diesen Gebieten a priori verhindern.

Jede Institution, die die Wohnungsproblematik berührt - Wohnungswirtschaft, Bauleitplanung, Wohnungsämter, soziale Ämter, Wohnungslosenhilfe, Ämter für Stadtsanierung - setzt das Leitbild ‚sozialer Durchmischung‘ städtischer Gebiete in ihren Konzepten und Zielbeschreibungen ein (Vgl. Wohnungspolitisches Konzept 1994, Leitlinien der Stadterneuerung 1998).

Fraglich ist, was darunter verstanden wird und welche Definition handlungsleitend ist. Ein Ergebnis der Diskussionen in der Arbeitsgruppe Lebenslagenreport ist, daß diese Frage auch in Leipzig bisher zu wenig beantwortet wurde.

Ein Plädoyer für eine ‚Wohnungspolitik diesseits der sozialen Durchmischung‘ wurde letztlich durch den Verein für Sozialplanung (VSOP) gehalten (vgl. Bartelheimer 1998):

Stadtplanung und Wohnungsbauförderung sollen laut Gesetz ‚einseitige‘ und ‚unausgewogene‘ soziale Strukturen vermeiden (vgl. Baugesetzbuch - BauGB; II. Wohnungsbaugesetz - II. WoBauG; Wohnungsbindungsgesetz - WoBindG sowie kommunale und Landesverordnungen zur Wahrnehmung öffentlicher Belegungsrechte), doch meist ist es ein unbestimmter Rechtsbegriff. Es bleibt dann ein ‚Formelkompromiß‘, der kaum zu Programmen und Maßnahmen operationalisiert werden kann und auch keine *meßbaren* Effekte zeigt, da nicht festgelegt ist, was gemessen werden soll. So bleibt es im Ermessen der lokalen Akteure angelegt, was sie in der politischen Umsetzung darunter verstehen wollen (ähnlich wie bei der Definition ‚sozialer Brennpunkt‘).

Praxis in den alten Bundesländern war / ist vorrangig, eine räumliche Konzentration von Migranten und Beziehern von Sozialtransfers im sozial gebundenen (oder belegungsgebundenen) Wohnungsbestand für unerwünscht zu erklären. Vor allem durch die Festlegung von Obergrenzen / Quoten für die Belegung freier Wohnungen durch sozial Benachteiligte soll Segregationsprozessen entgegengetreten werden. Folge in vielen Städten der alten Bundesländer waren jedoch ungesteuerte Konzentrationen dieser Gruppen in restgenutzten Altbaubeständen oder Sonderunterkünften der

⁵⁶ Der Stadtentwicklungsplan Leipzig (2000) bildet die Grundlage für den Wohnungsneubau und die Stadterneuerung in den nächsten zehn Jahren. Mit ihm sollen die Grundlagen für attraktive Wohnstandorte, eine langfristige Investitionssicherheit im Wohnungssektor sowie den Erhalt funktionsfähiger Gründerzeitquartiere geschaffen werden.

⁵⁷ Dieser Abschnitt wurde bereits im Lebenslagenreport Leipzig (1999) entwickelt und soll modifiziert hier aufgenommen werden.

Wohnungslosenhilfe (vgl. einzelne Diskussionsbeiträge der Tagung „Soziale Stadtgestaltung und Wohnraumversorgung“, München, Dezember 1997; Dokumentationsband erschien 1999).⁵⁸

In den alten Bundesländern wird das Ziel der ‘Sozialen Mischung’ in den Diskussionen der Sozialarbeit und kommunalen Wohnungspolitik nach den letzten 20 Jahren Erfahrung der Arbeit mit diesem Leitbild längst als „zu ehrgeizig und zu dürftig“ beurteilt, wie folgendes Zitat unterstreicht: „Daß verschiedene soziale Gruppen sich das gleiche Wohnquartier teilen sollen, scheint zum Kern dessen zu gehören, was bundesdeutsche Akteure sich unter einer ‘sozialen Stadt’ vorstellen. Das hohe Gewicht, das der „Durchmischung“ im spezifisch deutschen Bild sozialer Integration zukommt, mag viele Ursachen haben: den Ingenieursglauben an die Planbarkeit des ‘sozialen Raumes’ (Bourdieu), die Erleichterung des deutschen Bürgertums über die Auflösung des Arbeitermilieus, die schlechten Erfahrungen der Stadtplaner mit der räumlichen Trennung von Arbeiten und Wohnen im Sinne der Charta von Athen, und nicht zuletzt die Sorge, benachteiligte Gruppen durch räumliche Eingrenzung erst zum Gegenstand sozialer Ausgrenzung zu machen.“ (Bartelheimer 1998:19) Insofern ist das Ziel zu ‘dürftig’. Zu ‘ehrgeizig’ ist es, weil „die ohnehin sehr begrenzten Möglichkeiten städtischer Politik, die individuelle Wohnortwahl von Haushalten zu beeinflussen, zu keinem Zeitpunkt in der Nachkriegsentwicklung so gering waren wie heute.“ (ders.) Für städtische Konzepte (z.B. Einsatz von Mitteln des Programmes ‚Soziale Stadt‘ im Leipziger Osten / Neustadt-Neuschönefeld) würde dies heißen, eine genaue Bestandsaufnahme der vorhandenen Probleme und Potentiale vorzunehmen und Instrumente zu entwickeln, die der ansässigen Bevölkerung dienen und zu einer Stabilisierung ihrer Lebenslagen führen.

In den neuen Bundesländern ist von anderen Ausgangsvoraussetzungen städtischer Entwicklung in Bezug auf künftige sozialräumliche Differenzierungsprozesse auszugehen. Für weitere Städte *in den neuen Bundesländern* beschrieben zahlreiche Autoren Segregationsprozesse (vgl. Harth/Herlyn/Scheller 1998, Doehler/Rink 1996 u.a.). Grundlegend erscheint hier das Argument, daß die soziale Struktur vor 1989 in städtischen Teilgebieten relativ ausgewogen war. Das bedeutet nicht, daß Differenzierungen nicht vorhanden waren (etwa in Eigenheim-, Werkssiedlungen und großen, hochverdichteten Neubaugebieten). Unter den Bedingungen der relativen sozialen Absicherung wurden weder soziale Unterschiede noch sozialräumliche Differenzierungen in der Hinsicht deutlich, daß sie zu städtischen Verwerfungsprozessen mit der Folge der Herausbildung stark segregierter Gebiete führten.

Für die neuen Bundesländer sind alle Steuerungsmechanismen in Bewegung zu setzen, um dieses Ziel - Vermeidung starker Segregationsprozesse in städtischen Teilgebieten - realistisch anzugehen. Dazu zählt eine Belegungspolitik, die

⁵⁸ Vgl. die Beiträge zur Tagung „Soziale Stadtgestaltung und Wohnraumversorgung“, München, 11./12.12.1997 sowie den Artikel „Durchmischen oder stabilisieren? Plädoyer für eine Wohnungspolitik diesseits der ‘sozialen Durchmischung’ (VSOP-Rundbrief Nr. 2/98:19f.). In dem Artikel wird ebenfalls kurz auf die historischen Werke eingegangen, die sozialräumliche Ungleichheiten als Folge der sozialen Spaltung der Gesellschaft charakterisieren (Bourdieu 1993, 1997; Park 1926, gegenwärtig Häußermann 1997). Es gibt „ebenso viele Beiträge, die den Vorteilen eines konzentrierten gemeinsamen Wohnens benachteiligter Minderheiten das Wort reden, wie Literatur, die dies als problematisch wertet. In der Regel reden die Sozialwissenschaftler, die statistisch über Segregation forschen, und jene, die über sozialen Ausschluß forschen, wortreich aneinander vorbei, und eine allgemeine Antwort auf die Frage, wann eine räumliche Separierung benachteiligter Gruppen zu einer eigenständigen Ursache ihrer sozialen Ausgrenzung wird und unter welchen Umständen sie vielmehr ein chancenreicher Ausgangspunkt ihrer Integration in die Stadtgesellschaft sein kann (Dangschat 1998), kann, es wohl gar nicht geben.“ (Bartelheimer 1998:19)

- sozialräumliche Folgeabschätzung von Entscheidungen mit allen Partnern unternimmt und die
- die soziale Arbeit in besonders von Segregationsprozessen gefährdeten Gebieten untereinander abstimmt sowie Koordinationsfunktionen übernimmt.

Unter diesem Aspekt entwickelte der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge⁵⁹ Vorschläge sowie der VSOP ein 'Moratorium', welches im Grundsatzstreit um 'soziale Durchmischung' oder 'ausgewogene Bewohnerstrukturen' zu verabreden ist. Die dadurch gewonnene Zeit soll für die Untersuchung konkreter Verhältnisse in 'benachteiligten' Quartieren genutzt werden sowie für die praktische Umsetzung von Strategien vor Ort, die den Betroffenen helfen:

„Die Frage nach der 'richtigen Mischung' behindert die Wahrnehmung und Untersuchung der neuen städtischen Realitäten des Wohnens und leistet einem politischen Verhalten Vorschub, für das Nicht-Wissen und Nicht-Wissen-Wollen prägend sind. Aus der Zielvorstellung 'sozialer Durchmischung' läßt sich heute kein vernünftiger Auftrag an Sozialraumanalyse und raumbezogene Sozialplanung mehr entwickeln, weil immer schon vorausgesetzt ist, was eigentlich untersucht gehört: nämlich welche Probleme drängen und an welchen Punkten Verhältnisse gestaltbar bleiben.“ (Bartelheimer 1998:20):

6.3.1.2 Entwicklung eines Vergleichs-Schemas baulicher und sozialer Entwicklung

Es können gleich verlaufende und unterschiedliche Entwicklungsrichtungen im baulichen und sozialen Bereich, sowohl in 'negativer' als auch 'positiver' Ausrichtung erfolgen. Jeder Typ ließe sich noch mehr differenzieren, diese weitere Differenzierung muß in künftigen Projekten realisiert werden (vgl. Abschnitt 6.)

Bauliche und soziale Strukturen können sich völlig abgekoppelt voneinander entwickelt haben (Vgl. z.B. Neustadt-Neuschönefeld mit einem großen Bestand bisher sanierter Gebäude und parallele Verödung der Eisenbahnstraße). Es kann also durchaus sein, daß unterschiedliche soziale Problemlagen in Bereichen verzeichnet werden, die einen konsolidierten baulichen Eindruck machen. Dies kann demnach unabhängig von baulichen Strukturen der Fall sein, bspw. im sanierten Bestand der Gründerzeit (Bsp. Südvorstadt und Gohlis-Süd) oder auch in den Wohngebieten der 60er und 70er Jahre (z.B. Grünau-Mitte).

Voraussetzung ist weiterhin, zu klären, was unter der Kategorie 'gehäufte soziale Problemlagen' und 'Stabile soziale Situation' zu fassen ist. Diese Kategorisierung hat vor allem für die nachfolgende Zuordnung sozialer Probleme zu 'Räumen' Bedeutung.

Da im vorliegenden Projekt keine quantifizierende/standardisierte Vorgehensweise verfolgt (und auch nicht ein sog. 'Segregationsindex' berechnet), noch eine Vielzahl quantitativer sozialer Indikatoren auf kleinräumiger Ebene zusammengefaßt wurde (vgl. Sozialatlas 1997), muß in einem ersten Schritt eher qualitativ an die Problemlage herangegangen werden. Gerade der Aspekt, dass sich bauliche und soziale Strukturen völlig unabhängig voneinander entwickeln können, läßt die **Notwendigkeit einer weiteren Differenzierung und Unterteilung großer (sozial-)räumlicher Typologien** deutlich

⁵⁹ Der Deutsche Verein argumentierte 1997: „In bestimmten Wohngebieten der Städte verdichten sich die sozialen Problemlagen Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungslosigkeit. Die traditionellen Instrumente der städtebaulichen Erneuerung solcher Stadtteile scheitern entweder, weil ein Sickerfekt durch Nachnutzung anderer Wohnbevölkerung ausbleibt, oder sie führen zur Vertreibung der bisherigen Bewohner und neuerlichen Konzentration an anderen Orten. Dabei erweist sich das von Wohnungswirtschaft und Kommunalpolitikern oft einseitig vertretene Ideal der sozialen Durchmischung von Wohnbeständen gemessen an der Realität immer mehr als Fiktion.“ (zit. nach Bartelheimer 1998:20)

werden und wirft die Frage neu auf, inwieweit Indikatoren zur Beschreibung / Bestimmung von Gebietstypen vorhanden sind bzw. entwickelt werden müssen.

Für die folgende Übersicht muß eine relativ einfache Unterscheidung vorgenommen werden:

Der Kategorie 'gehäufte soziale Problemlagen' werden qualitative Merkmale zugeordnet, die aus den Ergebnissen der Interviews abgeleitet werden können:

-fehlende soziale Netzwerke / Destabilisierung vorhandener ‚Milieus‘

-häufig benannte schlechte Wohn- und Wohnumfeldbedingungen (Lärm, Schmutz, hohe Verkehrsdichte etc.)

-häufig benannter Wunsch des Wegzugs der Bewohner aus dem Gebiet

-Lokalisierung weiterer sozialer Problemlagen, z.B. 'Einzelphänomene' (Treffpunkte Drogenhandel, gehäufte Kriminaldelikte etc.)

Die Kategorie 'stabile soziale Situation' wird durch intakte Netzwerke bzw. dadurch deutlich, dass innerhalb eines abgegrenzten Raumes *keine* soziale Problematik benannt wird.

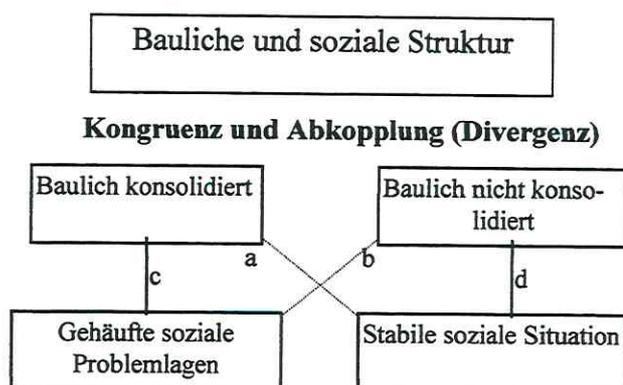


Abbildung 24: Zusammenhang bauliche und soziale Struktur (eigener Entwurf, 11/1999)

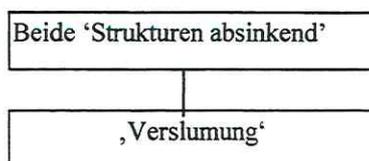
Somit ergeben sich mehrere 'idealtypische' Handlungsräume:

Kongruenz

a) Der Typ 'Kongruenz' in 'positiver Ausrichtung' ist gleichzusetzen mit der gestrichelten Linie 'baulich konsolidiert' und 'stabile soziale Situation'. Für die soziale Entwicklung ist in dieser Hinsicht von Bedeutung, die weitere Entwicklung in diesem Gebiet zu verfolgen und die stabile Situation möglichst zu erhalten.

b) Der Typ 'Kongruenz' in 'negativer Ausrichtung' ist gleichzusetzen mit der gestrichelten Linie von 'baulich nicht konsolidiert' - 'gehäufte soziale Problemlagen' (s. folgende Übersicht). Die Entwicklung der baulichen und sozialen Struktur kann auch - wie im einführenden Abschnitt benannt - parallel in einem eher 'absinkenden' Prozeß verlaufen, der zu Erscheinungen von Segregation führen kann. Diese Prozesse werden durch einen weiteren baulichen Verfall und fehlende Investitionen verstärkt. Im Negativszenario kann im Extremfall von einer 'Verslumung' ausgegangen werden.

Bsp. b)



Abkopplung / Divergenz

- c) Hier sind 'baulich konsolidierte Gebiete' mit einer 'Häufung sozialer Problemlagen' verbunden. Investitionen im baulichen Bereich erfolgen in den nächsten Jahren nicht. Zu klären ist in diesem Zusammenhang, welche sozialen Instrumente in diesen Gebieten eingesetzt werden können.
- d) Bei diesem Typ weisen 'baulich nicht konsolidierte Gebiete' im Unterschied zu den anderen charakterisierten Typen eine 'stabile soziale Situation' auf. Möglicherweise wohnen hier überdurchschnittlich einkommensschwächere Schichten, die im Hinblick auf den integrativen Aspekt der Wohnumfeldbedingungen und mit niedrigen Mietpreisen sehr zufrieden sind. Ist hier eine sozial stabile Situation vorhanden, gilt es diese weiter zu stabilisieren und insbesondere bei künftigen Planungen (z.B. Änderung von Sanierungsgebieten) zu beachten. Es kann genauso gut sein, dass künftige bauliche Umstrukturierungen im nicht sanierten Bestand vorhanden sind, für die festgestellt wird, dass dort sehr stabile soziale Beziehungsgeflechte bestehen und bei der Umstrukturierung vorsichtig vorgegangen werden muß (Problem 'Verdrängung').

Letztlich ist die entscheidende Frage für Stadtentwicklungspolitik, in welchen Bereichen Aktivitäten konzentriert werden. Dies wird in Leipzig wie auch anderen Städten künftig *nicht* in den bereits konsolidierten Gebieten der Fall sein. Im Mittelpunkt werden die Bereiche stehen, die beeinflussbar sind, für erhaltenswert erachtet und in denen die Aktivitäten gebündelt werden.

Im (Planungs-) Sanierungsbereich kann dies z.B. zu einem Neuzuschnitt förmlich festgelegter Sanierungsgebiete führen bzw. zu einer gebietspezifischen Neuverteilung von Fördermitteln.

Im Sozialbereich spielen solche Ziele eine Rolle, wie

- Erhaltung des niedrigen Mietniveaus
- verbessertes Angebot an sozialer Infrastruktur
- Stärkung der lokalen Ökonomie, z.B. durch billige Gewerbeflächen, Beratung
- Beeinflussung Altersaufbau z.B. durch verbessertes Umfeld für junge Familien oder durch Angebote für altersgerechtes Wohnen
- Förderung von Selbsthilfefansätzen / Stärkung vorhandener gefestigter Milieus und Netzwerke

Beispiele - Ansatzpunkte für innovative Projekte:

- Notwendige Detailplanungen, z.B. gebietsbezogene Jugend- oder Altenarbeit
- Projektansätze zur Förderung der 'endogenen Potentiale' / der Bewohner/-innen

Letztlich kommt es darauf an, die Ansätze auf verschiedenen Ebenen miteinander zu verbinden und Umsetzungsaspekte kontinuierlich auf ihren Erfolg hin zu evaluieren. Die für diesen Prozeß benötigten Instrumentarien verweisen auf eine Reihe zu beantwortender Fragen, die im nachfolgenden und abschließenden Kapitel 7 aufgenommen werden.

7 Weiterführende Fragen für Forschungsansätze

Im Sozialatlas Leipzig (1997) wurde bezogen auf die baulichen Strukturen eine Typologie sozialräumlicher Gebiete erarbeitet, die relativ große räumliche Abgrenzungen zur Grundlage hat. Mit vorliegendem Projekt wurden qualitative Interviews innerhalb dieser definierten Räume durchgeführt. Ein Ergebnis ist die *Notwendigkeit einer noch stärkeren Differenzierung von Handlungsräumen innerhalb festgelegter Typologien* (Gebietsspezifität). Handlungsräume sind dabei sowohl Handlungsräume der Bewohner/-innen als auch Handlungsräume von Politik und Verwaltung. Letztere stehen in der Pflicht, für die Bewohner/-innen eine ausgewogene Entwicklung zu planen und umzusetzen. Das Instrumentarium zur Realisierung dieser Aufgabe ist nach wie vor nicht umfassend vorhanden.

Resultierend aus den Ergebnissen - sowie den ‚forschungspragmatischen Grenzen‘ des Projektes - werden folgend weiterführende Fragen formuliert:

- Aufbau eines **Monitoring** der Stadtentwicklung, welches die drei grundlegenden Bereiche baulich-strukturelle Entwicklung, soziale Entwicklung sowie die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt im Zusammenhang betrachtet. Dies bedeutet sowohl Entwicklung theoretischer Instrumente als auch die Begleitung und Evaluierung von Praxisprojekten.
- Nachfolgende **Entwicklung von Instrumenten** für diese Teilbereiche, die auf der Praxisseite (Stadtentwicklung, Akteure des Wohnungsmarktes, Sozialpolitik, private Investoren und Banken, städtische Wohnungsunternehmen) zum Einsatz kommen können. Die Steuerungsinstrumente in den verschiedenen Bereichen müssen hinsichtlich ihrer Wirkung auf soziale Entmischung, die ‚Entleerung‘ von Teilgebieten und die Destabilisierung der Haushaltsstrukturen geprüft sowie Vorschläge für die Eindämmung / Verhinderung dieser Prozesse erarbeitet werden. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, wo die Instrumente andere Ansätze konterkarieren und zu nicht beabsichtigten Folgeeffekten führen.
- **Weitere Methoden** zur Bearbeitung des Themas müssen eingesetzt und entwickelt werden, v.a. auch bisher ‚ungewöhnliche‘ Methoden zur Bearbeitung aktueller Problemlagen, wie z.B. die Archivanalyse. Anhand der Akten vor 1989 werden die auf abgegrenzte Leipziger Gebiete bezogenen sozialpolitischen Ansätze deutlich.⁶⁰ Im Unterschied zum Stadtentwicklungs- bzw. Sanierungsbereich der Stadt (z.B. ‚alte Sanierungsziele‘ und Vorplanungen), werden im Bereich der Sozialpolitik diese Erfahrungen äußerst selten bzw. überhaupt nicht einbezogen. Gegenwärtig ist jedoch wieder eine *Renaissance stadtteilbezogener Steuerungsinstrumente* (Quartiersmanagement, Ressourcenbündelung im Rahmen städtischer übergreifender Programme, verstärkte Einbeziehung einkommensschwacher Gruppen) zu beobachten. Durch die im Zeitraum vor 1989 vorhandene dezentrale Verwaltungsgliederung (Stadtbezirksbeiräte mit Entscheidungsbefugnis) wurden stadtbezirksbezogene Entscheidungen umgesetzt. Auch die Photographie und Mapping-Methoden sind weiterzuentwickeln und in das Gesamt-Instrumentarium einzubringen.

⁶⁰ Einzelne Vorarbeiten, die im Rahmen des vorliegenden Projektes geleistet wurden, können für künftige Projektansätze zur Verfügung gestellt werden.

- Folgende Fragen müssen bei den oben skizzierten Ansätzen im Mittelpunkt stehen: Wie kann **Stadtentwicklung** im Prozeß des Rückgangs von Steuerermäßigungen, sinkenden Mietpreisen sowie der Verringerung der Anzahl der Nachfrager erfolgen? Was passiert mit der **Substanz, die bisher nicht saniert** ist - das sogenannte letzte Drittel (vgl. Konzept 'Neue Gründerzeit' der Stadt Leipzig 1999/2000)? Sind in diesen Gebieten **andere soziale Entwicklungsprozesse** rückwirkend zu konstatieren und resp. zu erwarten? Dass es in diesen Gebieten andere - höhere - Leerstandsdaten als im gesamtstädtischen Durchschnitt gibt, bedingt ebenfalls eine andere Sozialstruktur und läßt zumindest prognostisch **Segregationsprozesse** voraussagen, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird.
- In diesem Zusammenhang sind insbesondere auf ‚**Subjektseite**‘ die Wohnortwahl und das Umzugsverhalten bzw. die ‚**Verweildauer**‘ bestimmter sozialer Gruppen - z.B. in baulich nicht konsolidierten bzw. unsanierten Gebieten - zu verfolgen. Auf der ‚**Steuerungsseite**‘ (Verwaltung) sind die bisherigen Mechanismen sowie Kriterien der Wohnraumvergabe zu überprüfen. Insbesondere in bezug auf die Gruppe sozial benachteiligter Bewohner/-innen ist in diesem Prozeß die Aufmerksamkeit zu richten. Dazu sind Forschungsprojekte notwendig, die handhabbare Ergebnisse in bezug auf kleinräumige Daten (z.B. Änderungen der Zusammensetzung in Häuserzeilen oder Blöcken in einem abgegrenzten Zeitraum; Nachweisbarkeit statt Annahme einer Segmentierung in einzelnen Häusern) liefern.
- Dazu bedarf es vor allem hinlänglich gesicherter Aussagen der Bewohner/-innen der Stadtteile selbst, in denen Maßnahmen vorgesehen sind. Dies bedeutet auch ein Hinterfragen des bisher angewandten Instrumente der **Bürgerbeteiligung** („echte Beteiligungsmodelle?“) sowie eine Überprüfung dahingehend, ob ein abgestimmtes Handeln aller für diese Entwicklung verantwortlichen Akteure zu einer weiteren Qualitätsverbesserung in den Stadtteilen führt.
- Weitere **Städtevergleiche** sollten dazu dienen, die ‚best-practice‘-Ansätze herauszuarbeiten. Leipzig mit seiner gegenwärtig besonderen baulichen Situation (hier vor allem der hohe Leerstand an Wohn- und Geschäftsräumen) kann z.B. insbesondere für die osteuropäischen Länder im weiteren Transformationsprozeß dieser Staaten sowie im Hinblick auf die künftige Zugehörigkeit zur EU Ansätze liefern.

Literatur

- Alisch, M., Dangschat, J. S. (1993): Die solidarische Stadt. Ursachen für Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich. Verlag für wissenschaftliche Publikationen, Darmstadt
- Arbeitsgruppe Armut und Unterversorgung (1996): Fachpolitische Stellungnahme Armut und Unterversorgung, ISS-Paper 7, 4. erweiterte Auflage, Frankfurt a.M.
- Arbeitslosenverband Deutschland, LV Sachsen e.V.; Projekt Frauen 2000 (1996): „Armut von Frauen in der Region Leipzig“.
- Armut in Hamburg (1993): Beiträge zur Sozialberichterstattung, Freie und Hansestadt Hamburg, Hamburg
- Barlösius, E. (1994): Armut und Soziologie in Deutschland. In: Leviathan 4/1995, S. 530-546.
- Bartelheimer, P.; Freyberg, Th. V. (1994). Armut am Main. Vorarbeiten zu einer Frankfurter Armutsberichterstattung. Frankfurt/Main
- Bartelheimer, P. (1998): Durchmischen oder stabilisieren? Plädoyer für eine Wohnungspolitik diesseits der 'sozialen Durchmischung'. In: VSOP-Rundbrief Nr. 2/98:19f.
- Beck, U. (1994): Eigenes Leben - eigene Armut. In: taz, 30.4.1994, S. 15
- Berger, P.A.; Hradil, St. (Hrsg.) (1990): Lebenslagen, Lebensstile, Lebensläufe. In: Soziale Welt, Sonderband 7, Göttingen
- Bieback, K.-J.; Milz, H. (Hrsg.) (1995): Neue Armut. Campus Frankfurt / Main
- Blanke, B.; Evers, A.; Wollmann, H. (Hrsg.) (1986): Die zweite Stadt. Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik, Sonderheft 7 des Leviathan, Opladen
- Blinkert, B. (1985): Sozialökologische Ansätze in der Stadtforschung, Augsburg 1985
- Borst, R./ Krätke, St.; Mayer, M.; Roth, R.; Schmoll, F. (Hrsg.) (1990): Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte. Basel, Boston, Berlin
- Bourdieu, P. (1978): Über die Reproduktion sozialer Macht. Frankfurt/Main: Europäische Verlagsanstalt
- Bourdieu, P. (1984): Die feinen Unterschiede. Suhrkamp, Frankfurt / Main
- Bourdieu, P. (1985): Sozialer Raum und Klassen. Leçon sur Leçon. Suhrkamp, Frankfurt / Main
- Brandner, B.; Luger, K.; Moerth, I. (Hrsg.) (1994): Kulturerlebnis Stadt : theoretische und praktische Aspekte der Stadtkultur. Wien; Picus Verlag
- Breckner, I.; Kerscher, K. (1994): Armut und Wohnungsnot. Von der Ohnmacht zu praktischen Handlungsalternativen. Votum-Verlag Münster
- Bundes-SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V.) (1993): Kommunalpolitik in schwerer Zeit neu orientieren. Kommunale Finanzierungs-, Spar- und Leistungsstrategien. Beschluß des Vorstandes der Bundes-SGK, Bonn
- Chasse, K. A. (1991): Armutsforschung in der (alten) Bundesrepublik. Ein kritischer Literaturbericht; in: Armut: kein Thema?, Widersprüche, Heft 41, 12/1991, S. 53-67
- Dangschat, J. (1994): Soziale Ungleichheit und die Armut der Soziologie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1994, S. 872f.
- Dangschat, J.; Blasius, J. (1994): Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden. Leske+Budrich

- Dangschat, J. (Hrsg.) (1999): *Modernisierte Stadt – Gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung*. Leske + Budrich
- Dannowski, W. (Hrsg.) (1993): *Die Armen und die Reichen. Soziale Gerechtigkeit in der Stadt. (Kirche in der Stadt, Bd. 3) - E.B.-Verlag Rissen*
- Denzin, N. K. (1970): *The research act*. McGraw Hill. New York
- DIW-Wochenbericht 17/91.
- Doehler, M.; Rink, D. (1996): *Stadtentwicklung in Leipzig: Zwischen Verfall und Großprojekten*. In: Häußermann, H.; Neef, R. (Hrsg.),
- Döring, D.; Hanesch, W.; Huster, E.U. (Hrsg.) (1990): *Armut im Wohlstand*, Suhrkamp, Frankf./M.
- Dohms, E. (1995): *Charakterisierung der Sanierungsgebiete der Stadt Leipzig unter besonderer Beachtung der Entwicklungs- und Konfliktpotentiale*. UFZ Leipzig-Halle GmbH
- Dubet, F.; Lapeyronnie, D. (1994): *Im Aus der Vorstädte*. Klett-Cotta, Stuttgart
- Erster Sozialbericht für die Freie Hansestadt Bremen (1987), Der Senator für Jugend und Soziales der FHB
- Fielding, N. G.; Fielding, J. L. (1986): *Linking Data*. Sage; Beverly Hills
- Fischer, W. (1978): *Struktur und Funktion erzählter Lebensgeschichten*. In: Kohli, M.: *Soziologie des Lebenslaufs*. Luchterhand; Darmstadt, Neuwied
- Fischer- Rosenthal, W. (1991): *Zum Konzept der subjektiven Aneignung von Gesellschaft*. In: *Handbuch Qualitative Sozialforschung: Grundlagen, Methoden und Anwendungen*. Hrsg. Flick, U.. München: Psychologie-Verlag, S.78- 89
- Friedrich, M. (1999): *Die räumliche Dimension städtischer Armut*. In: Dangschat; J.:*Modernisierte Stadt – gespaltene Gesellschaft?“, S. 263ff.*
- Friedrichs, J. (1995): *Stadtsoziologie*. Leske+Budrich, Opladen
- Friedrichs, J.:(1996): *Die Entwicklung der Innenstädte: Chemnitz, Erfurt und Leipzig*. In: Band 5 der KSPW-Berichte 'Städte und Regionen', Leske+Budrich
- Froessler, R.; Lang, M. et al. (1994): *Lokale Partnerschaften. Zur Erneuerung benachteiligter Quartiere in europäischen Städten*. Birkhäuser-Verlag, Basel, Boston, Berlin
- Froehlich, F.; Overmann, Ch. (1986): *Neue Armut in Hagen. Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug in der Stadt Hagen*. Stadt Hagen
- Gallmetzer, L. (1994): *Extra Muros. Eine Krise der franzoesischen Vorstaedte*. In: Brandner, Birgit, Luger, Kurt, Moerth, Ingo (Hrsg.) *Kulturerlebnis Stadt : theoretische und praktische Aspekte der Stadtkultur*. Wien; Picus Verl.; S. 179-188
- Gans, P., Ott, Th. (1996): *Die lokale Dimension der Raumstruktur und ihre Dynamik - Das Beispiel Erfurt*. In: Band 5 der KSPW-Berichte 'Städte und Regionen', Leske+Budrich
- Geissler, B. (1994): *Klasse, Schicht oder Lebenslage? Was leisten diese Begriffe bei der Analyse der 'neuen' sozialen Ungleichheiten?* In: *Leviathan* 4/1994, S. 541-559
- Gesundheitsbericht der Stadt Leipzig 1994. Stadt Leipzig, Dezernat Soziales und Gesundheit
- Girtler, R. (1988): *Methoden der qualitativen Sozialforschung. Anleitung zur Feldarbeit*. Böhlau Verlag, Wien

- Glaser, B.; Strauss, A. (1967): *The Discovery of Grounded Theory*. Chicago
- Glatzer, W.; Neumann, U. (1993): *Der Beitrag des Lebenslagenkonzeptes zur Armuts- und Sozialberichterstattung*. In: Hanesch, W. (1993): *Lebenslageforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern*, S. 37-52f.
- Godard, F.; Pendaries, J. R. (1985): *Eigentumsverhältnisse, Segregation und soziales Handeln im Bereich des Wohnens*. Basel, Birkhäuser
- Großstadtstrukturen und ungleiche Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Verteilung und Nutzung sozialer Infrastruktur (1980), Frankfurt / Main, Campus
- Häußermann, H.; Siebel, W. (1987): *Neue Urbanität*. Frankfurt am Main
- Häußermann, H.; Siebel, W. (1991): *Stadt und Raum. Soziologische Analysen*. Pfaffenweiler
- Häußermann, H. (1992): *Bausteine kommunaler Sozialberichterstattung. Anforderungen und Möglichkeiten aus westlicher Sicht*. In: *Jahresbericht 1991, Statistik im vereinten Deutschland*, Nürnberg
- Häußermann, H.; Neef, R. (Hrsg.) (1996): *Stadtentwicklung in Ostdeutschland - soziale und räumliche Tendenzen*, Opladen, Westdeutscher Verlag
- Häußermann, H. (1996): *Die Transformation des Wohnungswesens*. In: Band 5 der KSPW-Berichte 'Städte und Regionen', Leske+Budrich
- Hanesch, W. (Hrsg.) (1992): *Armes AC - Erste Bausteine für eine Armutsberichterstattung in der Stadt und dem Kreis Aachen*. Verlag 'einhard', Aachen
- Hanesch, W. (Hrsg.) (1993): *Lebenslageforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern*. Graue Reihe der Hans-Böckler-Stiftung
- Hanesch, W. (Hrsg.) (1994): *Armut in Deutschland. Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes*. rororo
- Hanesch, W. (1994): *„Umbau des Sozialstaates“*. Staatliche und kommunale Daseinsvorsorge auf dem Prüfstand. In: *Archiv für Kommunalwissenschaft*, 1. Halbband
- Hanesch, W. (Hrsg.) (1997): *Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit*, Leske + Budrich, Opladen
- Hannemann, Ch. (1993): *Soziale Sanierungsziele im Prenzlauer Berg*. In: *Bauwelt 9* (1993), S. 378-379
- Harth, A.; Herlyn, U.; Scheller, G. (1998): *Segregation in ostdeutschen Städten. Eine empirische Studie*. Leske + Budrich, Opladen
- Hauser, R.; Hübinger, W. (1993): *Arme unter uns. Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armutsuntersuchung*, Freiburg im Breisgau
- Heinelt, H.; Wollmann, H. (Hrsg.) (1991): *Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren*. Basel/Boston/Berlin
- Heinze, Th. (1995): *Qualitative Sozialforschung*. Westdeutscher Verlag; Wiesbaden
- Hennig, U.; Keim, K.D. (1984): *Spuren der Mißachtung. Zum Verhältnis von Jugendproblemen und Stadtstrukturen*. Campus, Frankf./M., New York
- Herlyn, U.; Lakemann, U.; Lettko, B. (1991): *Armut und Milieu. Benachteiligte Bewohner in großstädtischen Quartieren*. Birkhäuser Basel, Boston, Berlin, 1991
- Herlyn, U.; Hunger, B. (1994): *Ostdeutsche Wohnmilieus im Wandel*. Basel / Boston / Berlin.

- Herlyn, U.; Bertels, L. (1994): Stadt im Umbruch: Gotha. Leske + Budrich
- Hermann, Th. (1992): Die sozialen und politischen Strukturen Hannovers in kleinräumiger Gliederung, Bd. 1 und 2, Niedersächsisches Sozialministerium
- Hermann, Th. (1993): Zur Lage der Kinder, Jugendlichen und Familien in Hannover. Sozialbericht 1993.
- Hermann, Th. (1994): Wahlverhalten und soziale Spaltung. Soziale Integration und Desintegration als Parameter kommunalen Wahlverhaltens am Beispiel zweier Stadtteile in Hannover. In: Stadtforschung und Statistik 2/94, S. 44f.
- Hinrichs, W. (1992): Wohnungsversorgung in der ehemaligen DDR - Verteilungskriterien und Zugangswege. In: WZB-Diskussionspapier P 92-105, WZB Berlin
- Hinze, K. (1993): Formen der Wohnungsnot und Obdachlosenhilfe in den neuen Bundesländern am Beispiel der Stadt Leipzig. In: Helmut Mair; Juergen Hohmeier (Hrsg.) (1993): Wohnen und soziale Arbeit : zwischen Unterbringung und Eingliederung. Opladen; Leske u. Budrich; S. 59-80
- Hoernig; E. M.(1990): Erfahrungen als biographische Ressourcen. In: Alheit,P./Hoernig, E.M.(Hrg.): Biographisches Wissen: Beiträge zu einer Theorie lebensgeschichtlicher Erfahrung. Frankfurt/Main, New York: Campus- Verlag, S.148-163
- Hoffmeyer-Zlotnik, J.H.P. (1995): Welcher Typ Stadtbewohner dominiert welchen Typ Wohnquartier? Merkmale des Wohnquartiers als Hintergrundmerkmale zur Regionalisierung von Umfragen. In: ZA-Information 37, November 1995
- Honneth, A. (1993): Die Wiederkehr der Armut. In: Merkur 47, S. 518f.
- Hörning, K.H.; Michailow, M. (1990): Lebensstil als Vergesellschaftungsform. In: Berger, P.A.,; Hradil, St.: (1990), S. 501-522
- Hradil, St. (1987): Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft; Opladen
- Hundhammer, F. (1979): Räumliche Aspekte des Randgruppenproblems. Sozialgeographische Studien zur Situation von Obdachlosen und Sozialhilfeempfängern im städtischen Bereich. (Diss. 1979), Augsburg; Augsburger Sozialgeographische Hefte; 4
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (1993): Kommunen in Not. Auswirkungen der wirtschaftlichen Rezession und der deutschen Einheit auf die Haushalte der nordrhein-westfälischen Kommunen, Düsseldorf
- Institut für Regional- und Baumarktentwicklung Leipzig GmbH (1995): Maßnahmen zur Eindämmung der sozialen Segregation in der Großsiedlung Leipzig-Grünau. Studie i.A. der Stadt Leipzig, Amt für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung, (2 Bde.)
- ISG GmbH - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (1999): Konzept- und Umsetzungsstudie zur Vorbereitung des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung. Köln
- Jahoda, M.; Lazarsfeld, P.F.; Zeisel, H. (1982): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch. 4. Auflage (zuerst 1933), Suhrkamp, Frankf./M.
- Kabisch, S.; Kindler, A.; Rink, D. (1997): Sozialatlas Leipzig. Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH. Leipzig
- Kahl, A. (1995): Soziales Porträt des Neubaugebietes Leipzig-Grünau, Forschungsbericht i.A. Stadt Leipzig, Amt für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung, Leipzig
- Kallmeyer, W. (1995): Kommunikation in der Stadt. Ethnographie von Mannheimer Stadtteilen (Teil 2), de Gruyter, Berlin, New York

- Kanter, R.M.(1968): commitment and social organisation. In: American sociological review. 33, S.499-517
- Karrenberg; Münstermann (1996): Gemeindefinanzbericht 1996. In: der städtetag, Heft 3
- Kasek, L. (1990): Die Entwicklung arbeitsbezogener Werte zwischen 1986 und 1990 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. In: Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR, 6/90, Berlin, S.50- 59
- Keim, K.D. (1979): Milieu in der Stadt. Ein Konzept zur Analyse älterer Wohnquartiere. Stuttgart
- Kleine, G. (1992): Historische Reminiszenz: das Recht auf Wohnraum als soziales Grundrecht - praktische Erfahrungen bei der Versorgung von 'Randgruppen' in der DDR. In: Koch, F./ Reris, C. (1992): Wohnungspolitik in sozialpolitischer Perspektive. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Heft 44 (Arbeitshilfen), Frankfurt am Main
- Kleinert, U.; Leutzsch, M.; Wagner, H. (1996): Herausforderung 'neue Armut'. Motive und Konzepte sozialer Arbeit. Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig
- Krause, P. (1992): Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 49/1992, S. 3-17
- Krieger, I. (1993): Operationalisierung des Lebenslageansatzes für qualitative Forschung. In: Hanesch, W. (1993): Lebenslageforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern, S. 109-126.
- Läpple, D. (1991): Essay über den Raum. In: Häussermann, Hartmut et al.: Stadt und Raum.
- Lamnek, S. (1989): Qualitative Sozialforschung. Psychologie Verlags Union; München
- Landesjugendamt Thüringen (1999): Auswertung der Befragung jugendlicher Sozialhilfeempfänger im Freistaat Thüringen im November 1999 (unveröff. Entwurf)
- Lang, R. (1992): Sozialisation und Wertorientierungen ostdeutscher Führungskräfte. In: Krisen, Kader, Kombinate: Kontinuität und Wandel in ostdeutschen Betrieben. Hrsg. Heidenreich, M.. Berlin: Sigma, S.125-142
- Lange, E.; Schöber, P. (1993): Sozialer Wandel in den neuen Bundesländern. Beispiel: Lutherstadt Wittenberg. Leske + Budrich
- Leibfried, St.; Voges, W. (1992): Vom Ende einer Ausgrenzung? - Armut und Soziologie. In: Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, Sonderheft 32 der KZfSS, S. 9-33
- Leipziger Erwerbslosenzentrum (1997): Soziales Netzwerk Leipzig.
- Lompe, K. (1987): Die Realität der neuen Armut, Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut in einer Problemregion, Regensburg
- Lutz, R.; Zeng, M. (Hrsg.) (1998): Armutforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Opladen; Leske+Budrich
- Mair, H.; Hohmeier, J. (Hrsg.) (1993): Wohnen und soziale Arbeit : zwischen Unterbringung und Eingliederung. Opladen; Leske+Budrich
- Mannheim, K. (1928a): Das Problem der Generationen I. In: Kölner Vierteljahrshefte 2/ 1928, S.157-185
- Mannheim, K. (1928b): Das Problem der Generationen II. In: Kölner Vierteljahrshefte 3/1928, S.309- 330
- Manz, G.; Winkler, G. (1988): Sozialpolitik. (2. Auflage). Berlin
- Manz, G. (1992): Armut in der DDR-Bevölkerung. Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende. Augsburg

- Mayer, K. U. (1987): Lebenslaufforschung. In: Voges, W. (Hrsg.): Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung. Leske u. Budrich, Opladen
- Mayring, Ph. (1991): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, U: Handbuch qualitative Sozialforschung, Psychologie Verlag; München
- Mead, G. H.(1973): Geist, Identität und Gesellschaft. Frankfurt/ Main: Suhrkamp
- Netzwerk Südost e.V. (Hrsg.) (1994): Pilotstudie zur Gemeinwesenanalyse des Stadtbezirkes Leipzig Südost.
- Noller, P; Prigge, W.; Ronneberger, K. (Hrsg.) (1994): STADT-WELT. Über die Globalisierung städtischer Milieus. Frankf./M., New York
- Olk, Th.; Rentzsch, D. (1996): Zur Armutsentwicklung in ostdeutschen Städten. In: Häußermann, Hartmut, Neef, R.: Stadtentwicklung in Ostdeutschland - soziale und räumliche Tendenzen, Opladen, Westdeutscher Verlag
- Ottomeyer, K. (1980): Gesellschaftstheorien in der Sozialisationsforschung. In: Handbuch der Sozialisationsforschung hrsg. von Klaus Hurrelmann und Dieter Ulich. Weinheim, Basel: Beltz, S.161-193
- Pfeiffer, T.S. (1991): Qualitative Stadt- und Gemeindeforschung. In: Flick, U. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden, Anwendungen, Abschnitt 7.7. 'Lebenswelt, Milieu und Kultur', 'Qualitative Stadt- und Gemeindeforschung', S. 394-402. Psychologie- Verlags-Union, München
- Piachaud, D. (1992): Wie mißt man Armut? In: Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, Sonderheft 32 der KZfSS, S. 63-87
- Pieper, M. (1978): Erwachsenenalter und Lebenslauf. München: Kösel- Verlag
- Projekt Stadtforschung und Infrastrukturplanung (1979): Soziale Infrastruktur und Bevölkerungsverteilung in Großstädten der Bundesrepublik Deutschland. Bremen, Essen, Frankfurt, Gelsenkirchen, Hannover, Karlsruhe, Kiel, München, Nürnberg, Wiesbaden.
- Reichertz, S. (1987): Verarmung durch Arbeitslosigkeit, dargestellt am Beispiel Essen. In: Informationen zur Raumentwicklung, Nr. 9/10, S. 551-555
- Rink, D. (1994): Entwicklungsszenarien für die Stadtregion Leipzig. In: Handlungsstrategien für den Leipziger Raum - Visionen, Innovationen, Praktikabilität. UFZ-Bericht Nr. 2/94, S. 60f.
- Rink, D. (1995): Das Leipziger Alternativmilieu zwischen alten und neuen Eliten. In: Vester et al. Soziale Milieus in Ostdeutschland. Bund-Verlag
- Rittmeier, B. (1989): Sozialhilfebedürftigkeit, Armut und soziale Ungleichheit - Erörtert auf der Basis einer Untersuchung zur Sozialhilfesituation in der Stadt Göttingen 1985. (Diss. 1989)
- Rohrmann, E. (1992): Soziale Sicherung und das Problem der 'Asozialen' in der DDR. In: Koch, F.; Reris, C. (1992): Wohnungspolitik in sozialpolitischer Perspektive. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Heft 44 (Arbeitshilfen), Frankfurt am Main
- Rosenthal, G. (1990): "Als der Krieg kam, hatte ich mit Hitler nichts mehr zu tun...". Opladen; Leske und Budrich
- Rosenthal, G. (1995): Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen. Campus, Frankfurt/Main, New York
- Sahner, H. (1996): Städte im Umbruch. In: Band 5 der KSPW-Berichte 'Städte und Regionen', Leske+Budrich
- Schäfer, U. (1996): Veränderungen in der wohnortnahen Infrastruktur. In: Band 5 der KSPW-Berichte 'Städte und Regionen', Leske+Budrich

- Scheurle, U. (1991): Statistische Erfassung von Armut. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen
- Schuleri-Hartje, U.K.; Pothast, J. (1995): Neue Armut - Handlungsansätze der Kommunen. In: Deutsches Institut für Urbanistik 3/95. Berlin
- Siebert, E. (1980): Untersuchung von Wohnzeilmärkten in Kassel. Arbeitsbericht des Fachbereiches Stadtplanung und Landschaftsplanung / GH Kassel
- Simon, K.H. (1992): Kommunale Sozialberichterstattung: Ziele, Anforderungen, Konzepte und Probleme, Vortrag beim ZUMA-Workshop „Kommunale Sozialberichterstattung“ (29./30. Oktober 1992, Universität Mannheim).
- Solga, H. (1995): Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR. Akademie Verlag, Berlin
- Sozialhilfe und Jugendhilfe in Deutschland 1990 - Auswirkungen der Sozialunion. Dokumentation einer Fachtagung, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt am Main
- Stadt Frankfurt am Main, Dezernat für Soziales und Jugend (1997): Sozialraumanalyse der Wohngebiete mit verdichteten sozialen Problemlagen.
- Stadt Hamburg (Hrsg.) (1993): Armut in Hamburg: Beiträge zur Sozialberichterstattung, Freie und Hansestadt Hamburg
- Stadt Leipzig, Amt für Stadtsanierung und Wohnungsbauförderung (1999): Sanierungsgebiet Neustädter Markt, ASW Leipzig 5/1999
- Stadt Leipzig; Amt für Statistik und Wahlen (1995): Ortsteilkatalog Leipzig.
- Stadt Leipzig, Referat für Gleichstellung von Frau und Mann (1996): Die Situation der Frauen in Leipzig (2 Teile)
- Stadt Leipzig; Dezernat Soziales und Gesundheit (1999): Bericht zur Entwicklung sozialer Strukturen und Lebenslagen in Leipzig (Lebenslagenreport)
- Stadt Leipzig; Dezernat Planung und Bau (1999). Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung Leipzig (unveröff. Entwurf)
- Strauss, A. I. (1991): Grundlagen qualitativer Sozialforschung. München: Fink- Verlag.
- TAKT (1995): Text-Analyse und Kodierungstool (TAKT). Ein Programm zur Auswertung qualitativer Interviews. Trafo-Verlag Dr. Weist, Berlin
- Tobias, G.; Boettner, J. (1992): Wenn die Kohle fuer die Kohlen knapp wird - wie verarmte Menschen ihr Leben in den Griff zu bekommen versuchen. Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt "Alltägliche Armutsbewältigung in Duisburg-Bruckhausen". In: sozial extra; H. 4; Jg. 1992; S. 8-11
- Townsend, P. (1979): Poverty in the United Kingdom; Harmondsworth
- Vaskovics, L. (1976): Segregierte Armut. Randgruppenbildung in Notunterkünften. Frankfurt / Main, Campus
- Vester, M. et al. (1993): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. 'Regionalentwicklung und Sozialstrukturen' in Hannover, S. 163f.
- Vester, M. et al. (1995): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Bund-Verlag
- Virilio, P.; Brausch, M. (1995): Randgruppen. Ein Gespräch. In: Fuchs, G.; Moltmann, B.; Prigge, W. (1995): Mythos Metropole, Suhrkamp, Frankfurt/M., S. 89-97

- Voges, W. (1987b): Zur Zeitdimension in der Biographieforschung. In: Methoden der Biographie- und Lebenslaufforschung. Hrsg. Wolfgang Voges. Opladen: Leske+ Budrich, S.125-141
- Wickop, E. et al. (1998): Qualitätszielkonzept für Stadtstrukturtypen am Beispiel der Stadt Leipzig. UFZ Leipzig-Halle GmbH
- Wiedemann, P. (1991): Gegenstandsnahe Theoriebildung. In: Flick, U: Handbuch Qualitative Sozialforschung. Psychologie-Verlag; München
- Winkler, G. (1987): Lexikon der Sozialpolitik. Berlin
- Winkler, G. (Hrsg.) (1990): Sozialreport DDR 1990. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR. Stuttgart
- Zwicky, M. (1994): Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland. Campus

Anhang

Anhang 1: Vorbemerkung zum Leitfaden

Leitfaden qualitative ('narrative') Interviews (Februar 1998)

Ausgehend vom Lebenslagenansatz, der in der qualitativ ansetzenden Armutsforschung der bisher am besten ausgearbeitete Ansatz ist, muß der Leitfaden folgende 'Gebiete' abdecken:

- Einkommen (Leistungsbezug)
- Wohnen
- Gesundheit
- Bildung (Kultur)
- Partizipation am gesellschaftlichen Leben.

Als qualitative Interviewmethode wird das narrative Interview nach F. Schütze vorgeschlagen, welches sich in zwei (in manchen Fällen drei) Abschnitte gliedert und einen spezifischen Leitfadenaufbau verlangt:

1. freie Erzählphase
2. Nachfragephase
3. (Reflektionsphase)

In den Interviews werden die beiden ersten Phasen angewendet, da eine kritische Reflektion der eigenen Erzählung nur bei einem tiefenpsychologischen bzw. linguistischen Ansatz sinnvoll ist.

Die erste Phase beginnt mit einer Eingangsfrage, die sehr offen und allgemein gehalten ist und der Betreffende aufgefordert wird, über seine bisherige Biographie / Erwerbsbiographie zu erzählen. Da es von Interesse ist, wie die Kindheit erlebt wurde, wird die Biographie der Elterngeneration (kurz) mit angesprochen.

Nach der Erzählphase kommt der Leitfaden zum Einsatz, wobei die Dinge nachgefragt werden, die noch nicht ausreichend angesprochen bzw. vertieft wurden. Da es letztlich immer um die Erfassung von Spielräumen der verschiedenen Bereiche der Lebenslage geht, die der Betreffende als ausreichend oder restringiert ansieht, gliedern diese auch den Leitfaden.

Etwas genauer geht es also um folgende Komplexe:

1. Einkommens- und Versorgungsspielraum

(z.B. Grad und Verfügbarkeit materieller Güter; Quelle; Höhe; Stabilität; Lebenseinkommensverlauf)

2. Kontakt- und Kooperationsspielraum

(z.B. Maß der -privaten- sozialen Kontakte; Organisation in Vereinen, Bürgerinitiativen etc.; Chancen zum Informationsaustausch),

3. Lern- und Erfahrungsspielraum

(z.B. Bildungsmöglichkeiten; Ausbildungsschicksal; Entscheidungsalternativen über Berufs- und
Ausbildungsverläufe; kulturelle Muster, Mobilität),

4. Regenerations- und Mußenspielraum

(Wohnsituation; Wohnumfeld; Umweltbedingungen; konkrete Arbeitsbedingungen; Freizeit; Zukunftsängste;
Diskriminierung)

5. Dispositionsspielraum

(z.B. formelle und individuelle Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten; tatsächlicher
Gestaltungseinfluß; soziale Distanz)

Vernachlässigt ist die Reihenfolge der Fragestellung (z.B. sollten Nachfragen zum Einkommen nicht unbedingt
am Beginn stehen). So viele Fragen wie möglich sollten im Alltagsdeutsch gestellt werden.

Anhang 2: Leitfaden

Biografie (Elternhaus einbezogen)

- Familiale Situation in Kindheit (Anzahl der Haushaltsmitglieder, eigenes Heim-Miete etc. und Zeitabschnitte; Wohnbiographie)
- Welche Berufe hatten Ihre Eltern (Wechsel der Berufe)
- Wenn Sie an die Situation in Ihrer Kindheit (Jugend) denken - war die finanzielle Situation in Ihrer Familie so, daß Sie immer ausreichend Geld zur Verfügung hatten?
- Hatten Sie das Gefühl, als Kind (Jugendlicher) oft auf Dinge verzichten zu müssen, da Ihre Eltern nicht über ausreichend Geld verfügten? (*eventuell mat. Lebensstandard erfassen*)
- Wurde über die finanzielle Situation in der Familie gesprochen?
- Erhielten Sie Taschengeld?
- Wann bezogen Sie Ihr erstes selbst verdientes Geld? (Ferienarbeit, Lehre, Studium?)
- weiterer Lebens(einkommens)verlauf (Berufe, Auf- und Abstiege, Heirat, Geburt der Kinder, Erbschaften, Gewinne etc.)
- Wie ist Ihr jetziger Haushalt ausgestattet?
- Schuldensituation des Haushaltes

-Leistungsbezug (Arbeitslosengeld, -hilfe, Sozialhilfe, Wohngeld etc. und Zeitabschnitte / Höhe des Bezuges)

- Wie schaffen Sie es, gegenwärtig mit Ihrem Geld auszukommen? (eher gut-eher schlecht-überhaupt nicht)
- Können Sie Ihre Ein- und Ausgaben planen?
- Wo geht Ihr Geld hauptsächlich hin (Ernährung, Kleider, Miete, Kinder)?
- In welchem Geschäft kaufen Sie hauptsächlich ein?
- Wie und wo besorgen Sie sich Nahrungsmittel (Geschäft, Garten, Markt)?
- Nutzen Sie Sonderangebote?
- Wie oft kaufen Sie ein (täglich, wöchentlich)?
- Bleiben Sie im Stadtteil, fahren Sie in die randstädtischen Einkaufszentren (Auto-oder anderes Verkehrsmittel?) oder kaufen Sie auch in der Innenstadt ein?
- Worauf legen Sie beim Einkaufen großen Wert (z.B. bei Nahrungsmitteln, bei Kleidern etc.)?

-Handlungsalternativen bei geringem Einkommen

- Stellen Sie sich vor, das Geld ist ausgegangen, und das nächste Monatsgehalt (der nächste Leistungsbezug) kommt erst in einer Woche. Wie helfen Sie sich?
- Welche Möglichkeiten nutzen Sie, um dennoch „durch den Monat zu kommen“?
- Gibt es jemanden, an den Sie sich in Notlagen wenden können?
- Stehen bei Ihnen größere Anschaffungen an?
- Kaufen Sie bei Versandhäusern? Nutzen Sie Ratenkauf-Angebote?
- Müssen Sie für etwas Raten zahlen? Wofür?
- Ist es eine größere Summe, die Sie belastet? (Evtl. Höhe der Gesamtverschuldung)
- Gönnen Sie sich oder Ihrer Familie manchmal etwas Besonderes? Wenn ja, was?

- Machen Sie gelegentlich Urlaub? Wenn ja, wie und wo?
- Können Sie für schlechte Zeiten manchmal etwas auf die Seite legen?
- Müssen Sie oder Ihre Familie gelegentlich auf etwas verzichten? Wenn ja, was?

Wenn Gelegenheiten des Zuverdienstes genutzt werden, Fragen darauf beziehen (Heimarbeit, ungesicherte Arbeit, d.h. 'Schwarzarbeit'?, Tauscharbeit etc.; Formen erfassen)

-Nutzung Staatliches Unterstützungssystem

- Wie nutzen Sie Ihre Rechte auf staatliche Unterstützung? (Sozialhilfe, Wohngeld, Arbeitslosengeld und -hilfe, Gebührenbefreiung u.a.)?
- Was hat dazu geführt, daß Sie staatliche Unterstützung erhalten?
- Welche Erfahrungen haben Sie mit den zuständigen Stellen (z.B. Sozialamt) gemacht?
- Was könnte man Ihrer Meinung nach verbessern?
- Wie hoch müßte Ihrer Meinung nach Sozialhilfe sein, um menschenwürdig leben zu können?

-Selbsteinschätzung als 'arm'

- Schätzen Sie sich selbst als arm ein? Muß eigene Armut versteckt werden? Warum und vor wem?

-Gesundheit

- Gibt es bei Ihnen oder Ihrer Familie gesundheitliche Probleme?
- Behinderung / Grad der Behinderung?
- Wie helfen Sie sich dabei? Von welchen Seiten wird Unterstützung erfahren?

-Wohnsituation

(in Gemeinschaftsunterkünften - Obdachlosen- oder Übernachtungshaus etc. entsprechend umformulieren)

- Wie groß ist Ihre Wohnung? (mit Küche, Bad, Balkon etc., einschl. qm der einzelnen Räume)
- Wie ist die Zimmeraufteilung auf die im Haushalt lebenden Personen?
- Wie hoch ist der Mietpreis (kalt/warm/NK)
- Halten Sie Miete/Nebenkosten für angemessen, billig, zu teuer?
- Gab es in der letzten Zeit eine Mieterhöhung/Erhöhung der Nebenkosten oder ist eine Erhöhung vorgesehen? Um wieviel Prozent wurde erhöht?
- Wieviel Prozent Ihres Gesamteinkommens müssen Sie für die Miete inkl. Nebenkosten aufwenden?
- Erhalten Sie Wohngeld? Von wo (Sozialamt/Wohngeldstelle?) Wieviel?
- Fühlen Sie sich in Ihrer Wohnung wohl?
- Was gefällt Ihnen an Ihrer Wohnung (z.B. preiswert, Aufteilung, Größe?), was gefällt Ihnen nicht?
- Wo spielt sich in Ihrer Wohnung 'das Leben' ab? Welcher Raum ist Ihnen am liebsten?
- Was gefällt Ihnen am Umfeld Ihrer Wohnung besonders gut (z.B. Kontakte zu Nachbarn, Ruhe im Haus)?
- Was gefällt Ihnen nicht?
- Haben Sie einen Garten / Gartennutzung am Haus?
- Haben Sie die Wohnung privat gemietet, über LWB, Genossenschaften, andere?
- Kommen Sie gut mit Ihrem Vermieter zurecht, oder gibt es Probleme? Wenn ja, welche?

- Womit sind Sie besonders zufrieden? Was soll auf jeden Fall erhalten bleiben?
- Was müßte verändert / verbessert werden, damit Sie sich wohler fühlen in Ihrer Wohnung und in Ihrer Umgebung?
- Was könnten Sie selber dafür tun? Woran liegt es, daß sich Ihre Vorstellungen nicht umsetzen lassen?
- Würden Sie lieber in einer anderen Wohnung leben? Wenn ja, wie müßte diese dann aussehen?

Stadtteil / Leben im Stadtteil / Infrastruktur / Problembereiche Kontext Stadtteil

(bei Gemeinschaftsunterkünften Fragen spezifisch stellen nach dem Stadtteil vor der Unterbringung, dem betreffenden Stadtteil und evtl. den - wenn schon bekannt - neuen Stadtteil der künftigen Wohnung)

a) allgemeine Fragen

- Seit wann leben Sie in Leipzig / in diesem Stadtteil?
- Bei unterschiedlichen Stadtteilen (vgl. Wohnbiographie)
- In welchem Stadtteil haben Sie vorher gewohnt?
- Ganz allgemein gefragt: Fühlen Sie sich in Ihrem Stadtteil wohl? Fühlen Sie sich zu Hause?
- Was glauben Sie, hat der Stadtteil, in dem Sie wohnen, eher einen guten oder schlechten Ruf?

b) äußere, strukturelle Probleme:

- Wie beurteilen Sie
 - Wohnumgebung allg.
 - Möglichkeiten Parks, Grün
 - den Straßenverkehr (Dichte etc.)
 - Lärm, Staub
 - Umweltverschmutzung (Spezifika)
 - baulicher Verfall?

c) soziale Probleme:

- Wenn Sie sich die Menschen in Ihrem Stadtteil anschauen, glauben Sie, daß es Probleme gibt, die den Leuten besonders zu schaffen machen?
- Kennen Sie Leute in Ihrer näheren Umgebung, die davon betroffen sind? (Alkohol, Sucht, drohender Wohnungsverlust) *(keine Namen+Adressen)*
- Kennen Sie diese Probleme auch aus Ihrer eigenen Erfahrung?
- Wer, glauben Sie, hat diese Probleme zu verantworten?
- Was sollte, müßte verändert werden und wer könnte Ihrer Meinung nach diese Veränderung/Verbesserung in Gang bringen?
- Gibt es 'gefährliche Ecken' im Stadtteil (Begründung)
- Nachfrage: Sicherheit im Stadtteil, Gewalt?
- Aktionsräume: Wo wird sich getroffen? (Nähe und Distanz)

d) Infrastruktur

- Haben Sie alles in Ihrer Nähe, was Sie brauchen, für Erledigungen, Besorgungen, Einkaufen, Ärzte, Beratung, Schulen, Kindergärten, Kinderspielplätze usw.?
- Gibt es ausreichend Geschäfte? Wie finden Sie die Angebote im Stadtteil - Was gefällt Ihnen, was vermissen Sie?
- Zu welchen Anlässen verlassen Sie den Stadtteil (*hier nur grobe Differenzierung, z.B. Arbeit, Ämtergang, Freizeit etc.*); Wie oft (täglich, wöchentlich etc.)
- Welche Angebote an sozialen Dienstleistungen nutzen Sie in Leipzig? (Ämter, Wohlfahrt, Vereine etc.) (*gleiche Frage alternierend für Stadtteil*)
- Was kann / soll Ihrer Meinung nach Sozialarbeit im Stadtteil leisten?

e) Arbeitslosigkeit und Folgeprobleme / Arbeitslosigkeit im Stadtteil

- Sind Sie selbst arbeitslos?
- Wenn ja, seit wann? Ursache? (*kurzer Abriß Erwerbsbiographie*)
- Haben Sie noch Kontakt zu Ihren früheren Arbeitskolleginnen / Arbeitskollegen
- Wie geht es Ihnen dabei, arbeitslos zu sein?

- Arbeitslosigkeit macht krank. Stimmt das Ihrer Meinung nach?
- Haben Sie gesundheitliche Beschwerden, von denen Sie denken, daß diese auf die Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind?
- Hat sich in letzter Zeit etwas an Ihrer häuslichen Situation verändert (durch Arbeitslosigkeit, Krankheit etc.)

- Haben Sie Bekannte, die arbeitslos sind?
- Können Sie bei diesen Veränderungen feststellen, seitdem sie arbeitslos geworden sind (persönlich, Freizeitverhalten?)

Soziale Kontakte / Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

- Haben Sie Verwandte / Bekannte hier? (Wer, in welchem Stadtteil, außerhalb der Stadt?)
- Kennen Sie die Leute in Ihrem Haus?
- Kennen Sie die Leute in Ihrer Straße?
- Wo kommen Sie mit -Nachbarn, -Hausbewohnern, -Bewohnern des Straßenzuges zusammen?
- Wen würden Sie um Hilfe bitten bei -persönlichen Problemen, -Ausleihen von Haushaltsgegenständen etc.?
- Wie lassen sich die Beziehungen untereinander im Haus charakterisieren? (*Wie sind die Beziehungen untereinander im Haus?*)
- Sind Sie oder Ihre (Haushalts-) Angehörigen in einem oder mehreren Vereinen? (welche: Initiativen, Clubs, kirchliche Gruppen, Partei, Gewerkschaft) *wenn kein Engagement: Weshalb nicht?*
- Wo und womit verbringen Sie am liebsten Ihre Freizeit?
- Welche Feste werden mit wem gefeiert?
- Nehmen Sie gerne an Stadtteilstesten oder sonstigen Veranstaltungen, z.B. auch in anderen Stadtteilen teil?
- Was könnte getan werden, damit die Bewohner Ihres Stadtteiles besser zusammenkommen können?

Wenn noch nicht thematisiert: Selbsthilfe - „Eigen“-hilfe (Gelegenheitsjobs, 'informelle Ökonomie)

Familienleben und Zeitverwendung

- Wie ist Ihr Tagesablauf im allgemeinen? Wie verbrachten Sie z.B. gestern Ihren Tag?
- Ist die Familie für Sie die ideale Lebensform? Worin sehen Sie die positiven/negativen Seiten?

Bildung

Eigene Schulbildung

- Welche Erfahrungen haben Sie selbst mit der Schule gemacht?
- Was hätte an der Schulbildung - jetzt betrachtet - besser sein können?

Berufliche Bildung

- Haben Sie für Ihre Arbeit eine Ausbildung gemacht?
- Haben Sie eine Ausbildung abgeschlossen (welche?), oder haben Sie es noch vor?
- Haben Sie vor, eine Umschulung zu machen, oder machen Sie z.Z. eine Umschulungsmaßnahme?
- Bilden Sie sich fort (Abend-, Fortbildungs-, anderer Kurs; Finanzierung durch wen?)?
- Was verbinden Sie mit der Fortbildung? (bessere Berufschancen, Aufstiegschancen etc.?)
- Machen Sie z.Z. eine Umschulung, oder haben Sie vor, eine Umschulung zu absolvieren?

Bildung der Kinder

- Wie schätzen Sie das Angebot an schulen in Ihrem Stadtteil ein?
- Gehen Ihre Kinder gern zur Schule?
- Kommen Sie dort gut zuecht?
- Gibt es Probleme in der Schule oder mit der Schule?
- Erwarten Sie zusätzliche Unterstützung durch die Schule?

Öffentliches Leben und politische Einstellungen / Kultur

- Welche Zeitungen lesen Sie?
- Welche Sendungen zur Politik im Fernsehen sehen Sie relativ regelmäßig?
- Welches ist Ihre Lieblingssendung?
- Hören Sie Radio? Welche Sendungen, welche Sender bevorzugen Sie?
- Haben Sie ein Videogerät? Welche Filme bevorzugen Sie?
- Gibt es ein Ereignis in jüngster Zeit, das Sie besonders interessiert hat?
- Gibt es eine/n Politiker/in, den/die Sie besonders schätzen?

Erwartungen/Hoffnungen

- Was stellen Sie sich vor, was Sie in 10 Jahren machen werden?
- Wenn Sie drei Wünsche frei hätten, was würden Sie sich dann wünschen?
- Nehmen wir an, Sie haben im Lotto den Hauptpreis gewonnen. Welche Wünsche würden Sie sich damit erfüllen?
- Wenn Sie Bürgermeister wären - was würden Sie in Ihrem Stadtteil ändern?

-Sehen Sie für sich - vielleicht gemeinsam mit anderen - Möglichkeiten, Ihre Wünsche zu realisieren?

(falls noch nicht thematisiert) **Reflektion Zeit vor 1989 / Zeit nach 1989**

-Jetzt besser / schlechter / gleich? (Lebenssituation allgemein und Trennung Lebensstandard)

-Gründe

Fragen im Anschluß an Interview (die Mehrzahl frei eintragen, ansonsten nachfragen, falls noch an keiner Stelle vom Interviewten darauf eingegangen wurde; zuerst standard. Teil):

-Geschlecht/ Alter der/des Interviewpartners zum Zeitpunkt der Befragung

-Wer gehört alles zum Haushalt?

-Geschlecht und Alter der weiteren Haushaltsmitglieder bzw. auch Kinder, die nicht mehr im Haushalt leben
(evtl. Enkel)

-Familienstand

-höchster Schulabschluß

-Berufsausbildung und berufliche Tätigkeit

-Schulbesuch und Berufsausbildung der Kinder

-Haushaltseinkommen netto (Unterteilung der Leistungsgewährung)

-Wann und warum in den gegenwärtigen Stadtteil gekommen? Gab es Umzüge innerhalb des Stadtteiles?

-Seit wann hier im Haus? Gab es Umzüge innerhalb des Hauses? Wann und warum?

Bemerkungen zum Interview / Eindrücke (s. auch folgender Bogen)

Standardisierter Erhebungsbogen (Ende des Interviews)

(während oder nach dem Interview auszufüllen bzw. für genaue Nachfragen)

Datum:.....

Uhrzeit: (Interviewdauer, evtl. Nachgespräch).....

Stadtbezirk:.....Ortsteil:.....Straße / Hnr.:.....

Geschlecht: männlich weiblich

Geburtsjahr:.....

Geburtsort:.....

Seit wann in Leipzig / seit wann im Stadtteil:.....

Anzahl der Geschwister (wenn: Unterteilung leiblich / Stief-).....

Anzahl der Personen im Haushalt:.....

Anzahl der Kinder / Alter der Kinder:.....

Familienstand

Ledig
verheiratet
geschieden
verwitwet

Lebenssituation

mit Ehepartner zusammenlebend
vom Ehepartner dauernd getrennt lebend
mit Lebenspartner zusammenlebend
derzeit ohne Partner/-in

Höchster Schulabschluß

(Noch) keine Schulausbildung
(bei Abschluß vor 1989) 8. Klasse
(nach 1989) Hauptschule
10. Klasse bzw. mittlere Reife; Realschulabschluß
Abitur

Höchsten beruflicher Ausbildungsabschluß

Noch in Ausbildung
Un-/und Angelernter
Teilfacharbeiter
Facharbeiter
Meister, Techniker oder gleichwertiger Abschluß
Fach(hoch)schul-/Ingenieurabschluß
Hochschule/Universität/Promotion
keinen beruflichen Abschluß
Sonstiges; was?.....

erlernter Beruf:.....zuletzt ausgeübter Beruf:.....

monatliches Haushaltseinkommen:.....

(alle Einkommensarten - Zusammensetzung s. Liste).....

Weitere Anmerkungen:.....
.....
.....
.....
.....

Liste Einkommensarten

<u>Einkünfte</u>	<u>Ja</u>	<u>Netto-Betrag in DM</u>
Verdienst (auch selbständige Tätigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Nebenverdienst	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Altersrente/-pension, Invalidenrente, Betriebsrente (aufgrund eigener Erwerbstätigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Witwenrente/-pension, Witwerrente, Waisenrente	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Bafög, Stipendium, Berufsausbildungsbeihilfe, Wehrsold	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Vorruhestandsgeld/Altersübergangsgeld	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Mutterschaftsgeld, Erziehungsgeld	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Arbeitslosengeld	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Arbeitslosenhilfe	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Unterhaltsgeld v. Arbeitsamt bei Fortbildung/Umschulung	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Zahlungen/Unterstützung von Personen, die nicht im Haushalt leben (einschl. Unterhaltsvorschuß)	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Kindergeld	<input type="checkbox"/>	für.....Kinder <input type="text"/>
Sozialhilfe/soziale Zuschüsse	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Wohngeld	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Pflegegeld	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Einkünfte aus Vermögen (z.B. Mieten, Pachten, Zinserträge)	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Nichts davon	<input type="checkbox"/>	

Weiteres?

Anhang 3: Projektinformation

ZAROF e.V.
Zentrum für Arbeits- und
Organisationsforschung Leipzig

Information zum Projekt

**Städtische Armut in Leipzig -
Analyse und Bewertung sozialer,
ökonomischer und ökologischer
Einflussfaktoren**

Projektleiterin:
Dipl.- Soz. Jenny Richter
c/o ZAROF e.V.
Zentrum für Arbeits- und Organisationsforschung
Leipzig, Ph.-Rosenthal-Str. 21, 04103 Leipzig
Telefon: 0341/ 96 13 578, -79
Telefax: 0341/ 96 13 580
eMail: ZAROF@t-online.de

Ansprechpartner im UFZ:

UFZ-UMWELTFORSCHUNGSZENTRUM
LEIPZIG-HALLE GmbH

Dr. Sigrun Kabisch / Dr. Dieter Rink • Abteilung Ökologische
Ökonomie/Umweltsoziologie an der Sektion Ökosystemanalyse
UFZ - Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle
Postfach 2 • 04301 Leipzig
Hausanschrift: Permoserstraße 15 • 04318 Leipzig
Tel.: +49 341 235-2366 Fax: +49 341 235-2511

Auftraggeber:

UFZ-UMWELTFORSCHUNGSZENTRUM
LEIPZIG-HALLE GmbH



Laufzeit: 01. 09. 1996 bis 31. 08. 1999

Projektbeschreibung

Durch den Systemwandel in den neuen Bundesländern sind verschiedene soziale Gruppen in unterschiedlichem Ausmaß von Armut bedroht. Die Darstellung der räumlichen Verteilung von Armut innerhalb der Stadt ist ein wesentlicher Bestandteil der Armutforschung und Grundlage für eine sozial- und umweltverträgliche Stadtentwicklung. In diesem Zusammenhang muß eine Charakterisierung städtischer Armutszonen durch die enge Verbindung ökonomischer, sozialer und umweltbedingter Faktoren geleistet werden. Dies kann durch die Verknüpfung aggregierter Daten zur sozialräumlichen Beschreibung von Armutszonen und lebenslageorientierten Untersuchungen erfolgen. Armut darf nicht nur als 'Einkommensarmut' betrachtet, sondern muß mit Hilfe weiterer Indikatoren

beschrieben werden. Dazu zählen z.B. die Bereiche Wohnen, Umweltbedingungen, Gesundheit, Bildung, Freizeit, soziale Netze, Partizipation am kulturellen Leben sowie Nutzungsmöglichkeiten städtischer Einrichtungen. Eine spezifische Frage für die Armutforschung in den neuen Bundesländern ist die nach der 'sozialräumlichen Kontinuität' städtischer Armutszonen. So ist das Projekt u.a. darauf gerichtet, die Frage zu beantworten, inwieweit es eine räumliche Verteilung von Armut in der Stadt schon vor der Wende 1989 gegeben hat und somit Persistenzen von Armutslagen bzw. Armutszonen bestehen. In dieser Hinsicht wird in dem Projekt ein Thema behandelt, das die Spezifik ostdeutscher Bedingungen erfaßt. Es werden Prozesse der Armutsentwicklung und gruppenspezifische Bewältigungsstrategien am Fallbeispiel der Stadt Leipzig beschrieben. Dazu sind Fallstudien in vier unterschiedlichen Stadtteilen Leipzigs

vorgesehen. Das Projekt wird im Auftrag des UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH von ZAROF Leipzig (Zentrum für Arbeits- und Organisationsforschung) durchgeführt. Es ist in längerfristige Forschungslinien am UFZ zu sozialräumlichen Ausdifferenzierungsprozessen unter Beachtung von Umweltfaktoren eingeordnet.

Methoden:

-Expertengespräche,
-narrative/biographische Interviews,
-Dokumentenanalyse,
-Kartierung,
-Photographie

Anhang 4: Anschreiben an potentielle Interviewpartner

Liebe Frauen des Übernachtungshauses in der Magdeburger Straße,

vielleicht können Sie sich noch an die Interviews im Februar (1998) erinnern, die wir geführt haben für den städtischen Leipziger Lebenslagenreport (mit Fragebogen).

Insgesamt 1000 Personen in Leipzig wurden befragt (bzw. werden immer noch befragt - bis jetzt haben wir knapp über 800 Gespräche geführt - bis Ende Juni geht diese Erhebung noch weiter.....). Diese Interviews fanden in vielen Einrichtungen statt, in Sozialstationen, Tagestreffs, Beratungsstellen, Obdachlosenhäusern, Jugendklubs und vielen anderen.....

Dabei sind alle Interviews anonym, d.h., es erscheinen keine Namen oder Anschriften des Befragten.

Meine Bitte - weshalb ich diesen Brief schreibe - hat jedoch nichts mit dieser Befragung der Stadt zu tun, sondern mit einem anderen Anliegen:

Seit einigen Monaten führe ich in verschiedenen Stadtteilen Leipzigs biographische Interviews durch. Es geht in diesem Projekt um die Entwicklung in einigen Stadtteilen und um die Menschen, die dort wohnen. Biographische Interviews erfassen einen längeren Abschnitt des Lebens, es ist wie eine Unterhaltung über sein Leben.....

Dafür suche ich noch einige Frauen, die bereit sind, über ihr Leben zu erzählen - über die Stadt, in der man geboren wurde, über Eltern, Freunde, über die Dinge, die damit zusammenhängen. Sicher auch über Probleme in bestimmten Lebenssituationen.

Selbstverständlich ist das Interview anonym!

Für die Teilnahme gibt es **40 DM**, ein Interview dauert nach Erfahrung 2 -3 Stunden.

(Insgesamt werde ich in Leipzig 120 Interviews führen.)

Frau Schuchardt war so freundlich, mich zu unterstützen und dieses Schreiben weiterzugeben. Bitte sagen Sie ihr Bescheid, falls Sie Interesse haben, an einem Interview teilzunehmen. Ich würde mich sehr freuen, wenn es viele sind, die Lust und Zeit haben. Ich setze mich dann über Frau Schuchardt bzw. das Übernachtungshaus mit Ihnen in Verbindung.

Vielen Dank!

Meine Anschrift (privat)

Jenny Richter (Soziologin)

Damaschkestr. 8, 04445 Liebertwolkwitz

(Tel.: 034297 / 133 65)

Herausgeber: Professor Dr. Jürgen Breuste
Redaktion: Dr. Raimund Krumm

UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH
Projektbereich Urbane Landschaften
Postfach 500136, 04301 Leipzig
Tel. 0341/235-2843; Fax 0341/235-2534